

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats (RK-N)
Per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 30. April 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen. Die Aids-Hilfe Schweiz (AHS) ist der Dachverband von über 50 im HIV/Aids-Bereich tätigen oder engagierten Organisationen. Wir planen, koordinieren und realisieren Präventionsprojekte in den Bereichen HIV/Aids besonders für Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Risiko. Wir engagieren uns für Menschen mit HIV/Aids, ihren Bedürfnissen, Rechten und Gleichstellung in der Gesellschaft. Weiter fungiert sie als eidgenössische Meldestelle für Diskriminierungen im Bereich HIV/Aids.

In unserer Arbeit haben wir überdurchschnittlich häufig mit schwulen und bisexuellen Männern zu tun. Unsere Motivation zur Stellungnahme ergibt sich nicht nur aus der grundsätzlichen Haltung, dass die Gleichberechtigung von schwulen, lesbischen, bisexuellen und Trans-Menschen ein fundamentales Menschenrecht ist.

Wir wissen auch aus unserer Arbeit in der Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, dass in jenen Gesellschaften, wo Minderheiten gleichberechtigt behandelt und vor (gesetzlicher) Diskriminierung geschützt sind, auch der Gesundheitszustand der Minderheiten besser ist. Dieser Stigma-Effekt ist in der Forschung ausreichend belegt. Exemplarisch die Stellungnahme der UNAIDS in Zusammenarbeit mit den UNO-Unterorganisationen ILO, UNHCR, UNDP, UNESCO, UNFPA, UNHCR, UNICEF, UNODC, UNWOMEN, WFP und WHO:

«Failure to uphold the human rights of LGBTI people and protect them against abuses such as violence and discriminatory laws and practices, constitute serious violations of international human rights law and have a far-reaching impact on society – contributing to increased vulnerability to ill health including HIV infection, social and economic exclusion, putting strain on families and communities, and impacting negatively on

economic growth, decent work and progress towards achievement of the future Sustainable Development Goals.» (September 2015)

Darum ist jeder Schritt für mehr Gleichberechtigung auch ein wertvoller Beitrag an die Präventionsarbeit im Bereich psychischer, physischer und sexueller Gesundheit.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist. Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offensteht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Aids-Hilfe Schweiz



Andreas Lehner
Geschäftsleiter



Dr. iur. Caroline Suter
Leiterin des Rechtsdienstes

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 27. Mai 2019

Ihr Kontakt: Sophie Achermann, Geschäftsführerin, Tel.+41 79 540 13 39
E- Mail: office@alliancef.ch

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur «Ehe für alle» Stellung nehmen zu können. alliance f, der überparteiliche Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, vertritt rund 150 Organisationen mit mehreren Hunderttausenden Mitgliedern in der Schweiz und setzt sich seit bald 120 Jahren für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung wegen des Geschlechts ein. Wir begrüssen und unterstützen die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf.

Vorbemerkung

Die Bundesverfassung verbietet jegliche Form der Diskriminierung, namentlich auch Diskriminierung wegen der «Lebensform», worunter die sexuelle Orientierung fällt (Art. 8 Abs. 2 BV). Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 konnte bereits ein Schritt in Richtung gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare getan werden. Trotzdem ist und bleibt die Schweiz momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. So wurde in den Niederlanden die Ehe bereits 2001 für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Aus Sicht von alliance f ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

alliance f begrüßt deshalb das pragmatische Vorgehen zur Öffnung der Ehe für alle mittels der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen bzw. -anpassungen.

Zustimmung zum Zugang zur Samenspende für lesbische Paare (Variante)

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland. Die rechtliche Absicherung der Beziehungen der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht aber nicht gewährleistet. Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und damit zur originären Elternschaft würde diese Rechtsunsicherheit behoben.

alliance F befürwortet deshalb den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da Letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

Kommentar zu den in der Vorlage nicht berücksichtigten Punkten

alliance F begrüßt das pragmatische Vorgehen mit dem Ziel, eine rasche Öffnung der Ehe für alle zu gewährleisten – mit Zugang zu allen Rechten. Es ist aber hinzunehmen, dass bestehende Ungleichbehandlungen, die an das Geschlecht der Eheleute anknüpfen bzw. die das Institut der eingetragenen Partnerschaft von der Ehe unterscheiden, vorerst noch bestehen bleiben und erst in nachfolgenden Revisionen an die Hand genommen werden.

Zugang zur Fortpflanzungsmedizin und die Frage nach der Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Es ist deshalb gerechtfertigt, die Frage nach der Leihmutterchaft von der Frage nach der Ehe für alle zu trennen. Denn im Gegensatz zur Samenspende ist diese grundsätzlich, also auch für gemischtgeschlechtliche Ehepaare, verboten.

Umgekehrt lässt es sich sachlich und rechtlich, wie das Gutachten von Prof. Andreas Ziegler überzeugend darlegt, aber nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl diese verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offensteht.

Männerpaare auf der anderen Seite können aus biologischen Gründen kein eigenes Kind resp. nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen; die Leihmutterchaft wiederum ist in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten.

alliance F fordert daher die Öffnung der Ehe inkl. Zugang zu allen fortppflanzungsmedizinischen Verfahren, die auch verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offenstehen.

Hinterlassenenrenten

Ebenfalls keine Anpassungen werden in der Vorlage betreffend die Hinterlassenenrente vorgeschlagen, das heisst eine Gleichstellung von Witwen- und Witwern, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen für eine Rentenleistung unterstehen. alliance F unterstützt zwar die Abschaffung der zivilstandsabhängigen Witwen- und Witwerrenten und begrüßt stattdessen eine Erhöhung der Hinterlassenenrenten an Elternteile mit Kindern. Die Angleichung der Renten von Witwern und Witwen resp. die Abschaffung der zivilstandsabhängigen Renten hat jedoch nicht im Zuge der Vorlage «Ehe für alle» zu erfolgen, sondern soll Bestandteil einer nächsten Altersreform sein, da diese grundsätzliche, die gesamte Gesellschaft betreffende Fragen aufwirft.

Geschlechterneutrale Sprache

Schliesslich möchten wir noch betonen, dass für uns der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen und den damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen der Vorlage nachvollziehbar ist. alliance F unterstützt deshalb das vorgeschlagene Vorgehen, wünscht sich aber, dass die Überarbeitung in naher Zukunft an die Hand genommen wird. Dabei sei auch auf das Postulat Flach ([18.3690](#), vom 15. Juni 2018; im Rat noch nicht behandelt) verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen. Im Zuge dessen ist eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech – unumgänglich.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und wie dargelegt beantragen, dass die volle Öffnung der Ehe, d.h. inkl. Zugang zu den fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, die auch verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offenstehen (Samenspende), eingeführt wird.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL



Kathrin Bertschy, Nationalrätin Grünliberale BE

Co-Präsidentinnen alliance F



Association Alpagai
Avenue du Ritz 33
1950 Sion

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Sion, le 16 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Alpagai est une association valaisanne ouverte à toutes les personnes concernées par les questions de genre et d'orientation sexuelle.

Elle a été fondée à Sion le 16 décembre 1994 et continue d'évoluer et de grandir pour offrir à toutes et tous un accueil chaleureux, un espace de rencontres et de discussions, un foyer amical ouvert d'esprit et de cœur.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels. De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.



Yannick Tapparel
Président d'Alpagai

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Das anyway Basel ist eine Arbeitsgruppe der habt queer Basel. Wir arbeiten ehrenamtlich für Jugendliche, welche einer Minderheit bezüglich ihrer Geschlechtsidentität und/oder sexuellen Orientierung angehören. Dafür veranstalten wir regelmässige betreute Treffen. Unser Andrang ist seit acht Jahren gross und unsere Veranstaltungen stossen auf enorm positives Feedback. Jedoch genügen Angebote wie diese nicht. Da die Suizid- und Depressionsraten bei dieser Population länderübergreifend besonders hoch ist, ist es besonders wichtig, dass unsere Jugendlichen auch im Alltag vor Diskriminierung geschützt werden. Dies ist jedoch bereits auf einer staatlichen Ebene nicht gewährt, da ihnen das Recht auf die Ehe verweigert ist.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Anna Becker

Anna Becker (sie) | Leitungsteam
anyway Basel | c/o habs queer basel
Postfach 1519 | CH-4001 Basel
<https://anyway-basel.ch>

**Commission des affaires juridiques
du Conseil national**

Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Genève le 14 juin 2019

**Prise de position concernant l'avant-projet de loi «Mariage civil pour tous»
de la Commission des affaires juridiques du Conseil national**

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

L'association lesbienne, gay, bisexuelle et transgenre (LGBT) 360 travaille depuis sa fondation en 1998, à l'inclusion des personnes quelle que soit leur orientation sexuelle et/ou leur identité de genre. 360 lutte contre les exclusions et les discriminations sociales, juridiques, professionnelles ou de toute autre nature fondées sur l'orientation sexuelle et/ou l'identité de genre. L'Association 360 est active dans la défense des droits des personnes Lesbiennes, Gay, Bisexuelles et Transgenres (LGBT) afin de donner une même chance à chacune et chacun dans la vie de tous les jours. 360 s'investit pour faire connaître les enjeux liés à aux familles arc-en-ciel, les questions Trans*, la bisexualité et les aîné.e.s LGBT au travers d'actions, d'événements, de sensibilisations et de formations.

1. Contexte

L'initiative parlementaire sur le mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, mais il a fallu attendre presque six ans pour un premier projet de loi. Au cours de ces années, l'adhésion de la population au mariage civil pour toutes et tous a augmenté de manière significative. En 2005, le partenariat enregistré avait été approuvé par une nette majorité de 58% des votantes et des votants.¹

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/f/pore/va/20050605/index.html>

Un sondage représentatif de GFS Zurich du mois d'avril 2016 a montré que 69% de la population est pour une ouverture du mariage civil aux couples de même sexe² (40% de oui, 29% de plutôt oui). Un autre sondage de Tamedia datant de décembre 2017 a même mis en avant que désormais seulement 24% de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous.³ Il est donc temps de procéder aux adaptations législatives pour les couples de même sexe.

L'introduction du partenariat enregistré en 2007 a été un pas important, mais de grandes différences persistent entre le mariage civil et le partenariat enregistré. Ces différences sont frappantes, que ce soit dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, de l'accès au don de sperme ou encore du droit à l'adoption. Ces inégalités de traitement entre couples de même sexe et couples hétérosexuels ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. Le partenariat enregistré conduit, au demeurant, à une stigmatisation des personnes liées par ce contrat. Elles se voient, en effet, dans beaucoup de domaines de leur quotidien, obligées de dire qu'elles sont homosexuelles. Dans beaucoup de formulaires, il est nécessaire d'indiquer son état civil (p.ex. lors de la signature de contrats de travail ou de bail), ce qui équivaut à un coming-out forcé qui peut avoir de lourdes conséquences au niveau personnel. Ces procédures préjudiciables seront abolies avec une mise à égalité juridique des états civils.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est également très insatisfaisante: en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai d'un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant. Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection juridique de l'enfant, fruit d'un projet parental commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe une inégalité de traitement au sein de la fratrie: l'aîné-e étant protégé-e par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du cadet ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure. **Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image obsolète de la famille; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.**

² Les désignations du sexe des partenaires se réfèrent ci-après à leur sexe civil ou à leur fonction biologique par rapport à l'enfant. Elles ne donnent aucune information sur leur identité ou expression de genre.

³ Cf. sondage thématique Tamedia, p. 9 :

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Aujourd’hui, la Suisse est l’un des derniers pays d’Europe de l’Ouest qui refuse le mariage civil pour les couples de même sexe. L’ouverture du mariage civil date de 2001 aux Pays-Bas et récemment le pas a été franchi également par l’Allemagne (en 2018) et par l’Autriche (en 2019).⁴ Même dans un pays de tradition catholique comme l’Irlande, le mariage civil pour toutes et tous a été accepté en 2015 lors d’un vote populaire par un majorité nette de 62%.

2. Nous revendiquons les mêmes droits pour toutes et tous

Aujourd’hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du «mode de vie» ou du «sexe» est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). L’expression «mode de vie» a été choisie à bon escient. D’après la volonté du Parlement, elle désigne en premier lieu l’orientation sexuelle et c’est dans ce sens qu’elle a également été reprise dans des textes de loi ainsi que dans la doctrine. Une inégalité de traitement des couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

Une comparaison avec d’autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu’une discrimination des couples de même sexe est non seulement non conforme au droit, mais également tout à fait dépassée.

Pour qu’il y ait égalité, les couples de même sexe doivent pouvoir contracter un mariage avec les mêmes droits et devoirs qui s’appliquent aux couples de sexe différent. Ceci implique aussi l’égalité entre couples de même sexe et couples de sexe différents dans tous les domaines du droit, telle que précisée dans le rapport explicatif relatif à l’avant-projet.⁵ Seul l’avant-projet incluant la variante («accès au don de sperme») est en mesure de satisfaire à l’exigence d’une complète égalité; sans cette variante, l’inégalité de traitement persisterait dans ce domaine. La Commission nationale d’éthique a déjà estimé dans sa prise de position de 2013 que, pour des motifs de non-discrimination, les couples de même sexe devraient avoir accès à la procréation médicalement assistée.⁶

En plus de répondre au souhait des couples de même sexe qui désirent se marier, l’introduction du mariage civil pour toutes et tous a un impact social non négligeable. Une étude de 2018 a montré que cette introduction constituerait un signal positif pour la société dans son ensemble.⁷ Par conséquent, le mariage civil pour toutes et tous fait progresser l’acceptation au sein de la société des personnes homosexuelles et bisexuelles. Par contre, des lois spéciales, comme le partenariat enregistré, conduisent à une certaine stigmatisation, car les personnes concernées se trouvent classifiées dans un exogroupe, ce qui a un impact négatif sur leur degré d’acceptation. L’ouverture du mariage civil renforcerait donc une attitude positive à l’égard des lesbiennes, des gays et des personnes bisexuelles (personnes

⁴ Pour un panorama complet, voir: <https://rainbow-europe.org>

⁵ Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national : 3.2 « Conséquences du mariage pour tous », p. 12.

⁶ https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf

⁷ Abou-Chadi, T. et Finnigan, R. (2018) : « Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe », Comparative Political Studies, p. 1-28 : https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

LGB) qui représentent, selon plusieurs études, entre 5 et 10% de la population suisse, soit plusieurs centaines de milliers de personnes.⁸

En raison des préjugés qui existent encore trop souvent à l'égard des lesbiennes, gays et personnes bisexuelles dans la société, la santé des personnes LGB est sensiblement plus mauvaise que la moyenne et la propension au suicide bien plus élevée. L'État a la responsabilité de prendre toutes les mesures appropriées pour améliorer l'acceptation sociale, afin de réduire les problèmes auxquels sont confrontées les personnes LGB. L'ouverture du mariage civil et l'égalité effective dans tous les domaines sont donc indispensables pour améliorer la situation de toutes les personnes gays, lesbiennes et bisexuelles.

La pétition «Les mêmes droits pour les couples de même sexe» a été déposée avec plus de 85'000 signatures en janvier de 1995. Presque 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette requête, en accordant aux couples homosexuels de Suisse l'égalité des droits.

3. Remarques générales sur l'avant-projet de loi

L'Association 360 soutient globalement l'initiative parlementaire «Mariage civil pour tous» et l'avant-projet élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national. **Il est à noter que seule une égalité entière, comprenant la mise en œuvre complète du mariage civil pour toutes et tous, rencontre l'adhésion sans réserve de l'Association 360.**

Au vu du principe d'égalité de traitement (art. 8, al. 2, Cst), l'exclusion de certains domaines tels que l'accès au don de sperme ne se justifie pas. Il convient donc de modifier toutes les dispositions susceptibles d'engendrer directement ou indirectement, à situation comparable, une discrimination à l'égard des couples de même sexe. Le projet central ne répond pas à lui seul à ces exigences. **Dans l'optique d'égalité et au vu des problèmes graves existants, nous estimons indispensable de mettre en œuvre la variante comprenant l'accès au don de sperme.**⁹

L'Association 360 se félicite en particulier de ce que le présent projet prévoie d'ouvrir le mariage en passant par une simple révision de la loi plutôt que par une modification de la Constitution. L'avis de droit émis par l'Office fédéral de la justice conclut clairement, et à juste titre, qu'il n'est pas nécessaire de modifier la Constitution vu que cette dernière est dynamique et doit être interprétée à la lumière des questions contemporaines, et que l'ouverture du mariage doit donc passer par une révision de la loi.¹⁰ Nous soutenons donc la position exprimée par la majorité de la commission des affaires juridiques.

Par ailleurs, nous soutenons clairement l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui inconcevable de ne pas permettre aux couples

⁸ Bahr, Michael W. et Sherblom, Stephen A (2008) : « Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation », in : Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, p. 87.

⁹ Rapport explicatif : 3.2.3.2 «Accès à la procréation médicalement assistée», p. 15

¹⁰ Rapport explicatif : 2.2 «Niveau normatif: Constitution ou loi», p. 8

de même sexe d'adopter ensemble des enfants, d'autant plus quand on sait que les personnes seules peuvent en adopter. L'ouverture de cet accès dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous a fait ses preuves dans tous les pays européens ayant ouvert le mariage au cours de ces presque 20 dernières années.

4. Variante comprenant l'accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps: selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou arc-en-ciel.¹¹ La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger.¹² Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant.¹³ L'Association faîtière Familles arc-en-ciel développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire.¹⁴

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette question.¹⁵ L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous sommes clairement favorable à la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de comaternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

¹¹ Le terme de « familles arc-en-ciel » désigne les familles dont au moins l'un des parents se considère comme lesbien, gay, bisexuel, trans*.

¹² Sondage national réalisé par l'Association faîtière Familles arc-en-ciel : <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

¹³ Synthèse de 75 recherches quantitatives et qualitatives (Law School Columbia, États-Unis) : <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹⁴ Argumentaire complet : <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹⁵ Rapport explicatif : 5.3 « Autres questions sur le droit de la filiation, p. 23.

4.1 Pour l'accès au don de sperme, il suffit de modifier la loi

Sur la base d'un rapport publié en juillet 2016 par l'Office fédéral de la justice, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé qu'il suffisait de légiférer pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Au départ, il n'était pas clair s'il y avait besoin de modifier la Constitution pour ouvrir l'accès au don de sperme. Un avis de droit publié en janvier 2019 et rédigé par Andreas R. Ziegler, professeur à l'Université de Lausanne, montre que ce n'est pas le cas.¹⁶ La notion d'infertilité, telle que définie dans la Constitution comme condition d'admissibilité au don de sperme, est pertinente à cet égard. L'avis de droit montre que les couples infertiles non pas du point de vue «médical» mais de par leur configuration sont aussi considérés comme tels au sens de la Constitution, ce qui veut dire que cette notion s'applique également aux couples de même sexe. L'avis de droit se penche aussi sur la position défendue dans le passé par le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la justice selon laquelle l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution. L'avis de droit précise que cette logique, basée sur des représentations sociales traditionnelles du début des années 90, est aujourd'hui obsolète. De nos jours, la doctrine admet majoritairement que la Constitution n'interdit pas expressément aux couples de même sexe de recourir à des méthodes de procréation médicalement assistée.

Nous retenons de l'avis de droit émis par M. Ziegler que l'exclusion actuelle des couples de femmes de l'accès au don de sperme relève de la législation ordinaire et peut donc être revue sans modifier la Constitution. L'ouverture du mariage ayant pour but de réaliser une égalité de fait entre couples de même sexe et couples de sexe différent, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme en conservant les règles discriminatoires en vigueur.

4.2 Accès au don de sperme

Le don de sperme est la méthode la plus utilisée de nos jours par les couples de femmes pour fonder une famille et constitue dès lors un enjeu de taille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse ont recours au don de sperme accessible dans des cliniques à l'étranger. La durée d'un traitement de PMA, considéré de manière générale comme une démarche stressante, peut varier considérablement d'une femme à l'autre, mais il n'est pas rare que les essais se succèdent sur plus d'une année. Mener ce processus en se rendant tous les mois à l'étranger constitue dès lors une lourde charge psychique et financière qu'un accès aux services existants en Suisse atténuerait grandement. En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. L'exclusion actuelle des couples lesbiens de l'accès au don de sperme n'a aucun fondement objectif et est, de ce fait, discriminatoire et c'est là une analyse que l'on retrouve dans les prises de position des commissions d'éthique, tant en Suisse qu'à l'étranger. On se doit en outre de souligner que la majorité des pays d'Europe de l'Ouest ont accordé l'accès de la PMA aux couples de femmes et que dans ce contexte, les

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019) : Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS) : https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

seuls exemples de la France – sur le point de le faire également – et de l'Allemagne ne sont dès lors guère pertinents.¹⁷ La Suisse est, à l'heure actuelle, un des pays les plus restrictifs en matière de droits parentaux pour les couples de même sexe, il importe de remédier à cela.

4.3 Double filiation dès la naissance¹⁸

La révision de la loi proposée comme variante¹⁹ permet aux couples de lesbiennes d'accéder au don de sperme et donc à la double filiation dès la naissance. En d'autres termes, cela signifie que lorsqu'un enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun par deux femmes unies par le mariage, les deux mères seront ses parents légaux dès sa naissance. Cela veut dire que les couples mariés de même sexe sont dès la naissance de leur enfant, conçu ensemble dans le cadre d'un projet parental commun, ses parents légaux. C'est un aspect fondamental pour la protection juridique de l'enfant car l'établissement d'un rapport de filiation est associé à des droits élémentaires tels que le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations en matière d'assurances sociales, les droits de succession ou les impôts. L'établissement de la double filiation dès la naissance met l'accent sur l'intérêt supérieur de l'enfant, ce dernier étant protégé juridiquement dès sa naissance par deux parents légaux. La double filiation à la naissance supprime la nécessité pour la mère qui ne donne pas naissance d'adopter l'enfant de sa partenaire, une démarche longue et soumise à des conditions strictes. La pratique montre que l'adoption de l'enfant du/de la partenaire, possible depuis le 1^{er} janvier 2018, ne constitue pas une alternative satisfaisante à la double filiation à la naissance. La rigueur des conditions d'accès et le délai important entre la naissance et l'adoption représentent un risque pour les parents comme pour l'enfant, notamment si les parents se séparent avant l'adoption ou en cas de décès du parent légal. De plus, l'évaluation «d'aptitude» pointilleuse réalisée par les autorités est ressentie par les couples comme humiliante et comme une atteinte injustifiée à leur vie privée. Le canton de Zurich exige ainsi de joindre 22 pièces à la requête d'adoption, comportant pour certaines des informations très personnelles. Une éventuelle maladie du parent adoptif peut par exemple représenter un obstacle et dans le pire des cas entraîner le refus de l'agrément d'adoption. Globalement, la procédure d'adoption est discriminatoire pour les couples de même sexe qui ne peuvent pas, contrairement aux couples de sexe différent, établir leur parentalité juridique dès la naissance sans passer par une évaluation d'aptitude.

4.4 Égalité entre couples de femmes et couples d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent.

¹⁷ Voir le tableau réalisé par l' Association faîtière Familles arc-en-ciel: www.regenbogenfamilien.ch/fr/ehe/

¹⁸ Dans le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019, le terme employé est «parentalité originale» (parentalité dès la naissance).

¹⁹ Art. 252, al. 2, et 259a, AP-CC.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5. Evaluations d'autres points de l'avant-projet de loi

5.1 Sort/conversion du partenariat enregistré

Que les partenariats enregistrés conclus auparavant puissent être poursuivis est à saluer. Également proposée, la possibilité de convertir sans obstacles bureaucratiques un tel partenariat en mariage est une disposition complémentaire indispensable. Autre point crucial: les dispositions liées à la durée d'un mariage doivent tenir compte des années de partenariat enregistré, comme le mentionne par ailleurs l'avant-projet.²⁰

La seule chose qui est injuste est le fait que la conversion entraînera de nouveaux frais.²¹ De nombreux couples se seraient mariés au lieu de faire enregistrer leur partenariat si cela avait été possible. De ce fait, il faudrait leur permettre de convertir sans frais leur partenariat en mariage.

Par ailleurs, il convient de répondre aux revendications portant sur une protection juridique différente, à l'instar de celle offerte par le PACS français.²² Une législation moderne, en phase avec les réalités sociales, ne doit pas miser exclusivement sur une institution telle que le mariage pour garantir une protection juridique mutuelle. Si un grand nombre de communautés de vie, aussi bien hétérosexuelles qu'homosexuelles ou bisexuelles, ne peuvent pas entrer dans le cadre du mariage, ces personnes ne devraient pas moins avoir la possibilité de bénéficier d'une protection mutuelle. Il convient toutefois de mener ce débat indépendamment de l'ouverture du mariage car il concerne tous les couples et non seulement ceux de même sexe.

5.2 Changement du régime matrimonial

Lors de la conversion d'un partenariat enregistré en mariage civil, et à moins qu'il ait été convenu autre chose, il faudra également réajuster le régime matrimonial. Ainsi, à l'avenir il y aura pour les couples de même sexe le même régime ordinaire et la même liberté de choix que pour les couples hétérosexuels. En vue de la sécurité juridique, il serait raisonnable, comme cela a par ailleurs été préconisé, que le nouveau régime matrimonial n'ait pas d'effet rétroactif jusqu'au moment du début du partenariat enregistré, mais qu'il déploie ses effets à

²⁰ Rapport explicatif : 3.3.2 «Effets de la conversion», p. 17.

²¹ Rapport explicatif : 6.2 «Dispositions de l'AP-LPart», p. 32.

²² Voir aussi le postulat Caroni/Portmann (15.3431) qui a été adopté : «Un pacs pour la Suisse»: <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20153431>

partir du moment de la conversion en mariage. Dans le cas contraire, pour de nombreux couples le processus pourrait être trop complexe, voire devenir un obstacle à la conversion du partenariat enregistré en mariage civil.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est elle aussi une solution pragmatique et positive.

Pour certains couples, le changement du régime matrimonial peut avoir des conséquences importantes. C'est pourquoi, il est impératif que les couples soient très bien informés par les offices de l'état civil avant de procéder à la conversion.

5.3 Accès à l'adoption conjointe

Comme les partenaires de même sexe seront à l'avenir également considérés comme «épouses» ou «époux», l'accès à la procédure d'adoption leur sera automatiquement ouvert. Il s'agit là d'une égalisation indispensable, attendue depuis longtemps. Diverses études montrent que les enfants des familles arc-en-ciel ne sont pas désavantagés, que ce soit au niveau de leur développement personnel ou de la société. Par ailleurs, les arguments mentionnés au chapitre 4 s'appliquent aussi sur ce point.

5.4 Naturalisation

Nous saluons le fait que l'ouverture du mariage civil pour toutes et tous permet d'appliquer les dispositions régissant les conditions pour la naturalisation des personnes mariées avec un-e citoyen-ne suisse sans distinction entre les couples hétérosexuels et les couples de même sexe.

Dans la version allemande de la loi sur la nationalité suisse (LN), dans la section «Naturalisation facilitée», il faudra adapter le titre de l'art. 21 pour corriger la formulation actuelle qui fait référence à la «femme» et au «mari».

5.5 Rentes de survivants

Dans le rapport explicatif, il est indiqué que des modifications dans le domaine des rentes de survivants ne sont pas nécessaires. Le présent projet ne vise pas à établir une égalité entre les rentes des veuves et celles des veufs, qui sont aujourd'hui régies par des règles différentes.

Il est logique et positif que les veuves au bénéfice d'un mariage entre personnes de même sexe aient les mêmes droits que celles au bénéfice d'un mariage hétérosexuel. Ceci constituerait une amélioration par rapport à la situation actuelle, où les veuves au bénéfice d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à une rente de veuf, qui est non seulement moins élevée, mais aussi qui ne correspond pas à leur statut: une veuve n'est pas un veuf!

6. Droit international privé

Les modifications dans le droit international privé sont à saluer, puisqu'elles garantissent enfin une reconnaissance complète des mariages conclus à l'étranger par des couples de même sexe. Un point essentiel est le changement automatique, et avec effet rétroactif, du régime matrimonial au régime ordinaire de la participation aux acquêts. La solution préconisée d'une simple déclaration écrite unilatérale si l'un-e des partenaires ne souhaitait pas ce changement est tout à fait raisonnable. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de façon complète quant à cette possibilité ainsi que sur le fait qu'ils n'ont que six mois pour agir.

7. Langue non genrée

Au vu de la grande quantité de modification nécessaires, le fait que l'on renonce à adapter l'ensemble du droit matrimonial pour qu'il soit formulé dans une langue non genrée est pour l'Association 360 une opportunité manquée.

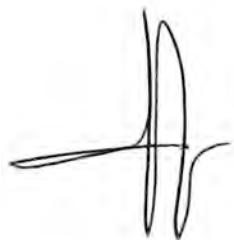
À ce propos, il faut également rappeler le postulat Flach, qui demande une suppression des références au sexe non justifiées dans les textes de loi.²³ L'usage d'une langue non genrée dans tous les domaines du droit – même dans le droit matrimonial – serait dès lors incontournable.

En résumé, nous sommes tout à fait favorables à l'avant-projet relatif au mariage civil pour toutes et tous et vous demandons d'opter pour la variante permettant l'accès au don de sperme.

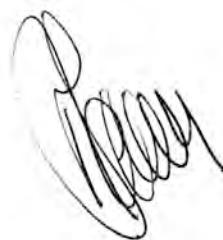
Nous vous prions de prendre en considération nos préoccupations lors des prochaines étapes de la procédure législative et vous en remercions par avance. Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos salutations distinguées.

Pour l'Association 360

Chatty Ecoffey
Co-présidente



Philippe Scandolera
Co-présidente



²³ Postulat Flach (18.3690) : « Supprimer en droit toute référence au sexe, pour assurer l'égalité de tous devant la loi » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690>

Zürich, 18. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Avenir Social Sektion Zürich & Schaffhausen, Berufsverband der Professionellen in der Sozialen Arbeit

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.^[1] Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Gabriela M. Meier
Vorstandsmitglied, Avenir Social Sektion Zürich & Schaffhausen

[1] Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Reto Wassmer
Aktuar AVZ
Regionales Zivilstandamt
Zentralstrasse 20
5610 Wohlen

Bundesamt für Justiz BJ

per E-Mail an
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Wohlen/Rheinfelden,
23. Mai 2019

Vernehmlassung der RK-N zur Ehe für alle

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Aargauischen Verbandes für Zivilstandswesen hat den angedachten Vor-entwurf zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts eingehend diskutiert und diesen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Unser Verband begrüßt die angestrebte Änderung und erachtet diesen Schritt als dringend notwendig, dass auch unser Staat endlich dem Beispiel vieler Nachbarstaaten folgt und die bestehenden Ungleichheiten der eingetragenen Partnerschaft gegenüber der Ehe damit ausgeschaltet werden.

Gestatten Sie uns einzig folgende Anmerkungen:

Zu Punkt 3.3.1

- Die Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll mittels entsprechender Umwandlungserklärung vor einem beliebigen Zivilstandamt erfolgen. Hier sind wir der Ansicht, dass diese Erklärung nicht kostenlos, sondern vielmehr ebenfalls mit CHF 75.-- (analog den anderen Erklärungen) veranschlagt werden muss.
- Den betroffenen Personen sollte ausserdem die Möglichkeit offen stehen, die Umwandlung in Form einer Zeremonie vor einem beliebigen Zivilstandamt feiern zu dürfen; auch dies natürlich gegen noch zu definierender Kostenfolge.

Ausserdem gehen wir davon aus, dass dereinst die Begrifflichkeit betreffend Entstehung des Kindesverhältnisses zum Ehemann der Mutter auch in Infostar angepasst wird und die „Vaterschaftsvermutung“ somit durch „Elternschaft ab Geburt“ ersetzt wird. Diese redaktionelle, infostartechnische Anpassung erachten wir als fair gegenüber allen verheirateten Vätern.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Überlegungen zur laufenden Vernehmlassung.

Bei Fragen steht Ihnen unser Präsident Adrian Keller (Tel. 061 835 52 86 oder E-Mail adrian.keller@rheinfelden.ch) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Aargauischer Verband für Zivilstandswesen

sig. Adrian Keller, Präsident

sig. Reto Wassmer, Aktuar



BPW Switzerland, Badenerstrasse 255, 8003 Zürich

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates RK-N
Herr Nationalrat Pirmin Schwander,
Präsident
Parlamentsgebäude, 3003 Bern

per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 18.06.2019

13.468. Palv Fraktion GL
Ehe für alle: Vernehmlassungsverfahren
Stellungnahme der Business and Professional Women Schweiz (BPW Switzerland)

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Frau Gianinazzi

BPW Switzerland zählt 40 lokale Clubs mit insgesamt über 2'000 Mitgliedern. Unsere Ziele sind die Unterstützung, die Interessenvertretung und Vernetzung von berufstätigen Frauen, die Förderung und das Mentoring von Nachwuchstalenten. Durch die Unterstützung bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen sollen Frauen die Wahlfreiheit haben, mit der gleichen Selbstverständlichkeit dieselben Positionen einzunehmen wie Männer, verbunden mit gleicher Verantwortung, gleichem Prestige, gleichem Lohn und gleichen Einflussmöglichkeiten. Unsere Vision ist, dass Frauen im Berufs- und Geschäftsleben gleichberechtigt und gleichwertig vertreten sind.

Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, zum Vorentwurf der Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) für die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.468 «Ehe für alle» der Grünliberalen Fraktion Stellung zu nehmen.

BPW Switzerland befürworten und unterstützen alle Bestrebungen, die mit einer offenen und toleranten Gesellschaft einher gehen. Auf unnötige, zumindest sinnlose oder gar diskriminierende gesetzliche wie gesellschaftliche Normen muss verzichtet werden. Ältere berufstätige Frauen kennen solche Vorschriften noch aus persönlicher (und oft leidvoller) Erfahrung (Stichwort Geschlechtervormundschaft u.a. im Ehegüterrecht, Erbrecht). Solche diskriminierenden Vorschriften stifteten letztlich keinen Nutzen.

In der Tat ist nicht einzusehen, aus welchem Grund auf Grund des Zivilstandes bereits erkennbar sein sollte, welche sexuelle Orientierung ein Mensch hat; dieser Eingriff in die Intimsphäre ist unnötig und diskriminierend. Das gilt umso mehr – und wird zu Recht in den Erläuterungen ebenfalls erwähnt –, als noch heute zahlreiche Länder die Homosexualität unter Strafe stellen. Entsprechend unterstützen wir die Vorlage «Ehe für alle» ausdrücklich. Eine offene und toleran-



te Gesellschaft kommt allen zu Gute. Für uns ein weiterer logischer Schritt auf diesem Weg wird sein müssen, auch für verheiratete Menschen die Individualbesteuerung einzuführen.

Die Frage, ob und inwieweit gleichgeschlechtlichen Personen Zugang zur Fortpflanzungsmedizin gewährt werden soll, tangiert BPW Switzerland zu wenig direkt. Entsprechend äussern wir uns ausdrücklich nicht dazu.

Wir erachten auch das Vorgehen mittels Kernvorlage als sinnvoll. Damit dürfte die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage am ehesten erreicht werden können. Es ist dann allerdings zu hoffen, dass die weiteren noch folgenden Anpassungen nicht einen gleich dornenvollen und langwierigen politischen Prozess mit mehreren Anläufen durchlaufen müssen wie die Durchsetzung von Frauenrechten - wie beispielsweise die Mutterschaftsversicherung, die Lohngleichheit oder die Vertretung von Frauen in Leitungsgremien.

Für die Berücksichtigung unserer Eingabe danken wir Ihnen bereits heute. Bei allfälligen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Elisabeth Bosshart
Zentralpräsidentin



Von: [Andreas Freimüller](#)
An: [Gianinazzi Debora BJ](#)
Betreff: STN Campax 26.06.2019 VNL Ehe für alle
Datum: Mittwoch, 26. Juni 2019 13:24:47
Anlagen: [Campax_Vernehmlassung_Ehe-fuer-alle.pdf](#)

Sehr geehrte Frau Gianinazzi

in den Anlage unsere leider etwas verspätete Stellungnahme zur Vernehmlassung. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

--
Freundliche Grüsse
Andreas Freimüller

Campax
make change happen
Hermetschloostr. 70 / 4.01
8048 Zürich
Tel. 044 515 02 47
Mob. 079 251 38 35
Email: afm@campax.org
www.campax.org
Facebook: <https://www.facebook.com/campaxorg>
Twitter: @rasgariwat @campaxorg

Du willst Dich für eine Sache einsetzen, die Dir am Herzen liegt?
Starte Deine Kampagne mit einer Petition auf ACT – act.campax.org

Vielen Dank für deine [Online-Spende](#)!
...oder via IBAN: CH53 0900 0000 8974 2262 8

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 21. März 2019
Frist: 21. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Campax ist eine Schweizer Kampagnenorganisation mit Sitz in Zürich. Unsere Mission ist es, die offene Demokratie der Schweiz zu erhalten und weiterzuentwickeln. Unter anderem setzen wir uns für eine solidarische Gesellschaft ein, die aufeinander Acht gibt und in der gleiche Rechte für alle Menschen gelten.

Traurigerweise sind wir in der Schweiz noch weit von dieser Wunschgesellschaft entfernt. Eine der grossen Ungleichheiten betrifft die LGBT-Minderheiten, denen es seit 2007 zwar möglich ist, ihre Partnerschaft einzutragen, eine offizielle Ehe bleibt ihnen jedoch bis heute verwehrt. Folglich ist es für gleichgeschlechtliche Partnerschaften beispielsweise schwieriger das Bürgerrecht zu erwerben, zugang zur Samenspende oder zu gleichen Sozialversicherungsleistungen zu erhalten wie heterosexuelle Partnerschaften. Dies obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit die Öffnung der Ehe unterstützt.¹

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend und unmittelbar behoben werden.

Im Westeuropäischen Vergleich befindet sich die Schweiz im Rückstand zu ihren Nachbarn. Sie ist eines der wenigen Ländern, die die Öffnung der Ehe für alle immer noch verwehrt, wohingegen die Länder Deutschland, Österreich, die Niederlande und auch das katholisch geprägte Irland diesen Schritt bereits vollzogen haben. Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist. Dass die Schweiz nicht wieder als internationales Negativbeispiel in Sachen Gleichberechtigung auffällt, wie es etwa bei der Einführung des nationalen Frauenstimmrechts 1991 der Fall war, muss jetzt gehandelt werden.

¹ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Effektive Gleichstellung von homo- und bi-sexuellen Personen tritt nur dann ein, wenn gleichgeschlechtliche Paare die Ehe mit allen Rechten und Pflichten eingehen können, wie das auch heterosexuellen Paaren offen steht. Dafür benötigt es die Umsetzung des Gesetzesvorentwurfes, inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Viele Paare gehen darum ins Ausland um ihren Kinderwunsch in Erfüllung zu bringen. In dreizehn westeuropäischen Nationen ist das bereits möglich.² Auch für den Schweizer Staat ist das kein wünschenswerter Zustand. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist.

Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden. Diese Änderung ist essentiell, da sie verhindert, dass im Falle des Todes des leiblichen Elternteils das Kind dem anderen Elternteil weggenommen werden kann und somit unter Umständen elternlos aufwachsen muss.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren verhindert und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

² Namentlich sind dies Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Grossbritannien, Island, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweden, Luxemburg und Malta.



Magden, Bern, 17.06.2019

RK-N
Sekretariat der Kommission für
Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Stellungnahme in der Vernehmlassung zur 13.468 n Pa.IV. Fraktion GL Ehe für alle

Sehr geehrter Herr Schwander,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Beteiligung am obgenannten Vernehmlassungsverfahren und unterbreiten Ihnen hier unsere Stellungnahme:

Bischof und Synodalrat der Christkatholischen Kirche der Schweiz befürworten die Kernvorlage für die zivilrechtliche Öffnung der Ehe für Personen des gleichen Geschlechts. Die Christkatholische Nationalsynode hat an ihrer Session vom 15. Juni diese Stellungnahme positiv zur Kenntnis genommen.

Es gehört zur Glaubenstradition der Christkatholische Kirche, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes das Recht hat, sein Leben ganzheitlich und in persönlicher Verantwortung zu gestalten.

Wir würden es allerdings vorziehen, wenn alle zusätzlichen Änderungen der Kernvorlage (Bestimmungen über die Entstehung des Kindesverhältnisses) auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der grundlegende Zugang zur Fortpflanzungsmedizin ist ein ganz eigenes Thema, das unabhängig von der Öffnung der Ehe diskutiert werden muss. Deshalb finden wir es nicht wünschenswert, dass eine Lösung für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare bereits jetzt im Gesetz verankert wird.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Christkatholische Kirche der Schweiz

Manuela Petraglio-Bürgi

Manuela Petraglio-Bürgi
Präsidentin des Synodalrats

+ Harald Rein

Dr. Harald Rein
Bischof



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Genève, le 15 mai 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Dialogai, association homosexuelle genevoise, active depuis plus de 35 ans, et reconnue d'utilité publique, lutte contre les discriminations et assure le développement de services au profit de la communauté LGBTIQ+. Ses activités sont réunies en trois grandes catégories : Santé Gaie, lutte contre l'homophobie/transphobie et vie communautaire. Ses collaborations avec les pouvoirs publics ont permis de développer des projets pérennes spécifiquement adaptés. Checkpoint Genève est ainsi un centre médical de dépistage, de traitement et de suivi du VIH et des IST pour les hommes qui ont des relations sexuelles avec des hommes, dont le modèle s'est implanté depuis 10 ans dans nombre de grandes villes de Suisse. Checkpoint offre une permanence en santé sexuelle sans rendez-vous, des consultations de médecine générale ainsi que des consultations en santé mentale. Blues Out est un site internet qui assure la promotion de la santé mentale et s'inscrit dans la lutte contre la dépression et le risque de suicide.

Dialogai offre à la communauté LGBTIQ+ une structure d'accueil, d'écoute, d'information, d'expression, de convivialité et de solidarité. L'association cherche à favoriser le dialogue avec toutes les composantes de la société et agit dans le cadre de la lutte contre le sida et en faveur de la promotion de la santé des membres de la communauté LGBTIQ+. Elle défend les intérêts de ses membres, de la communauté LGBTIQ+ et des personnes qui feraient l'objet de discriminations et/ou de violences fondées sur l'orientation sexuelle et/ou sur l'identité de genre.

Dialogai est une association militante et de visibilité. Elle est membre de l'ILGA (International Lesbian and Gay Association), de Pink Cross (association des gays de Suisse), de la Fédération genevoise des associations LGBT (aux côtés de 360, Lestime, Think Out et Parents d'homos), de la Fédération romande des associations LGBT et de la Fédération européenne des Refuge. Dialogai est également une antenne de l'Aide Suisse contre le SIDA.

Lieu de vie, lieu ressource, lieu d'échange, lieu d'écoute, lieu d'information, de partage, Dialogai tente, jour après jour, d'être l'espace de tous*tes et de chacun*e pour aider à être un peu plus soi-même.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage

civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pascal Messerli
Président



An die:

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 21. Juni 2019

Vernehmlassungsverfahren: Ehe für alle, 13.468, Pa.Iv. Fraktion GL

Vernehmlassungsfrist: 21. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit nehmen die Demokratischen Jurist_innen Schweiz (DJS) Stellung zur Vorlage «Ehe für alle».

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleiben ihnen gleiche Rechte wie für verschiedengeschlechtliche Paare noch immer verwehrt. Dies, obwohl in der Gesellschaft ein Konsens zu spüren ist, dass eine «Ehe für alle» als selbstverständlich angesehen wird. Auch im Vergleich mit anderen Ländern zeigt sich, dass vielerorts die rechtlichen Schranken für einen Zugang zur «Ehe für alle» beseitigt worden sind.

Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zu den in der Schweiz zugelassenen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht auf sachlichen Gründen, sondern auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die jetzige Gesetzeslage ist auch aus grundrechtlicher Sicht nicht haltbar: Gemäss Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung ist eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzu-

lässig. Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst der Ausschluss von gleichgeschlechtlichen Paaren von der Ehe und Fortpflanzungsmedizin gegen die Verfassung und muss beseitigt werden.

Um eine Gleichstellung in Rechten und Pflichten zu erreichen, bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende. Auch die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paare aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zuzulassen sind.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Die Kinder haben bei der Geburt nur einen Elternteil und sind deshalb ungenügend abgesichert. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Die DJS möchten ausserdem darauf hinweisen, dass eine grundsätzliche Überprüfung der Verknüpfung von Ehe und Zugang zur Fortpflanzungsmedizin angezeigt ist. Angesichts der diversen Lebens- und Familienformen, die tatsächlich existieren, ist eine Bevorzugung von Verheirateten hier nicht mehr zeitgemäß. Immerhin wird durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und kostspieligen Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Anders als im Entwurf vorgesehen teilen wir die Auffassung, die eingetragene Partnerschaft als Konsequenz der «Ehe für alle» nicht mehr begründen zu können, nicht unbedingt. Wir würden es stattdessen begrüssen, dass eingetragene Partnerschaften weiterhin möglich sind, mit einer Öffnung für verschiedengeschlechtliche Paare, ähnlich wie der «Pacte civil de solidarité» (PACS) in Frankreich. Die Ehe ist nach wie vor ein bürgerlich geprägtes Institut, mit dem traditionelle Vorstellungen einhergehen, die längst nicht mehr für alle Paare erstrebenswert sind oder mit ihren Auffassungen übereinstimmen. Ein «Ziviler Solidaritätspakt» würde es ermöglichen, Personen, welche die Ehe deshalb nicht eingehen wollen, trotzdem eine gewisse Absicherung zu geben. Zudem wäre die Möglichkeit eines solchen Vertrages ein erster Schritt, auch weitere Lebens- und Familienformen abzusichern und bald einmal als Alternative für die Ehe zu gelten, wie es auch im Bericht des Bundesrates zur Modernisierung des Familienrechts im März 2015 vorgeschlagen worden ist.

Solange im Schweizerischen Recht aber am Institut «Ehe» festgehalten wird, muss dieses für alle zugänglich sein. Die Demokratischen Jurist_innen Schweiz begrüßen also den längst überfälligen Gesetzesentwurf inkl. des Zugangs zur Samenspende.

Aus unserer Sicht ist es ein erster Schritt zur Beseitigung der Diskriminierung nicht-heteronormativer Lebensformen.

Eine umfassende Anpassung des Ehe- und Zivilrechts im Hinblick auf geschlechtergerechte Formulierungen erachten wir als notwendig, um den tatsächlichen Gegebenheiten gerecht werden zu können. Wir begrüßen die vorgeschlagenen Änderungen und das Vorhaben einer zukünftigen Gesamtanpassung. Insbesondere möchten wir anregen, die Begriffe von Mutter- und Vaterschaft zu überdenken, da auch als männlich eingetragene Personen schwanger werden und als weiblich eingetragene Personen Kinder zeugen können und sie deshalb z.B. von der Regelung des Art. 259a entsprechend erfasst werden sollten.¹ Gerade auch hinsichtlich der Bestrebungen, die rechtliche Geschlechtsbinarität aufzuheben, muss das Familien- und Eherecht auch sprachlich neu gedacht werden.²

Mit bestem Dank für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen,



Melanie Aebli
Rechtsanwältin, Geschäftsleiterin DJS



Manuela Hugentobler
MLaw, Vorstand DJS

¹ Vgl. zu unzulässigen Voraussetzungen für die Änderung des Geschlechtseintrages das Urteil des EGMR A.P., Garçon and Nicot gegen Frankreich, Entscheid vom 6. April 2017 (Nr. 79885/12, 52471/13 und 52596/13).

² Vgl. Postulat Sibel Arslan vom 13. Dezember 2017 (17.4121): Drittes Geschlecht im Personenstandsregister.



Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 28. Juni 2019

Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“ Stellungnahme der Evangelischen Frauen Schweiz EFS

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) danken für die Einladung zur Stellungnahme zur Vorlage „Ehe für alle“. Die EFS nahmen dazu wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

Die EFS setzen sich für ein Leben in Fülle für alle ein. Auf dieser Basis hatten sich die EFS auch für das Partnerschaftsgesetz ausgesprochen. Sie begrüssen deshalb die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wie sie der vorliegende Gesetzesentwurf vorsieht. Die Vorlage ermöglicht es, der Diskriminierung von gleichgeschlechtlich liebenden Menschen entgegenzuwirken, indem sie Beziehungen von gleichgeschlechtlichen Paaren auf dieselbe Weise vor dem Gesetz anerkennt, wie das bei verschiedengeschlechtlichen Paaren der Fall ist. Zudem verhindert die neue Möglichkeit eine ungewollte Aussage über die sexuelle Orientierung durch Angabe des Zivilstands. Mit der Vorlage werden verantwortungsvolle Liebe und die Verbindlichkeit von Beziehungen gestärkt – unabhängig von der sexuellen Orientierung der Liebenden.

2. Neuerungen durch die Öffnung der Ehe

Die Ehe hat gegenüber der eingetragenen Partnerschaft nicht nur ein anderes symbolisches Gewicht, sondern bietet auch Zugang zu Verfahren, die Menschen in eigetragener Partnerschaft verwehrt bleiben.

Die EFS begrüssen, dass es mit der Öffnung der Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren neu möglich sein wird, ein Kind zu adoptieren. Kinder brauchen in erster Linie verlässliche Beziehungen, um aufzuwachsen. Dies können Eltern unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung bieten. Heute ist es in der Schweiz neben verschiedengeschlechtlichen Paaren auch Alleinstehenden

erlaubt, Kinder zu adoptieren. Die EFS sehen folglich keinen Grund, gleichgeschlechtlichen Paaren die Volladoption zu verwehren. In diesem Zusammenhang begrüssen die EFS auch, dass die Ehefrau der Mutter, eines während der Ehe geborenen Kindes automatisch ebenfalls als dessen Mutter betrachtet wird. Das erspart den langwierigen Prozess der Stiefkindadoption und sichert damit auch die Beziehungen des Kindes zu seinen Eltern rechtlich ab.

Die EFS begrüssen, dass es die Öffnung der Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren neu genauso wie verschiedengeschlechtlichen Paaren ermöglicht, für die Ehefrau oder den Ehemann eine erleichterte Einbürgerung zu beantragen. Die Einbürgerung kann ein wichtiger Schritt sein, um eine binationale Beziehung zu stärken und zu stabilisieren.

Die EFS begrüssen es weiter, dass Ehefrauen aus gleichgeschlechtlichen Beziehungen in der Hinterbliebenenversicherung gleichgestellt werden mit Ehefrauen aus verschiedengeschlechtlichen Beziehungen. So erhalten sie neu wie alle verheirateten Frauen eine Witwenrente. Dies bietet insbesondere vor dem Hintergrund, dass Frauen in gleichgeschlechtlichen Paaren oft Eltern sind, eine bessere Absicherung von unbezahlter Care-Arbeit.

Weiter begrüssen die EFS die Übergangsbestimmungen, die für die eingetragene Partnerschaft vorgesehen sind. Es ist richtig, den Übergang in eine Ehe für Paare, die bisher in eingetragener Partnerschaft gelebt haben, möglichst einfach zu gestalten und gleichzeitig die Option, weiterhin in der eingetragenen Partnerschaft zu leben, offen zu halten. In diesem Zusammenhang sind die Diskussionen, ob es für alle Paare eine weitere Institution zur gesetzlichen Regelung von längerfristigen Partnerschaften – wie beispielsweise den PACS in Frankreich – braucht, zu vertiefen.

3. Zugang zur Samenspende für lesbische Paare

Die EFS befürworten die vorgeschlagene Variante, dass lesbischen Paaren der Zugang zur Samenspende ermöglicht wird. Die Samenspende ist eine wenig belastende Form der Fortpflanzungsmedizin, die in der Schweiz verschiedengeschlechtlichen Paaren bereits heute zur Verfügung steht. Die EFS sehen keinen Grund, lesbische Paare davon auszuschliessen.

Weitergehenden generellen Liberalisierungen der Fortpflanzungsmedizin stehen die EFS jedoch kritisch gegenüber.

4. Weiterführende Reformen im Zusammenhang mit der Vorlage

Die EFS begrüssen, dass die Kommission eine Kernvorlage vorlegt, um möglichst rasch die bestehende Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren zu beheben und die Ehe zu öffnen. Die EFS erwarten aber, dass die bei der Reform zu Tage getretene Ungleichbehandlung der Geschlechter rasch behoben wird.

So soll die Ungleichbehandlung bei den Hinterlassenenrenten, die das Gesetz aufgrund des Geschlechts und des Zivilstands aktuell vorsieht, abgeschafft werden. Eine Reform sollte vielmehr die soziale Notwendigkeit der Hinterlassenenrente aufgrund der bisherigen Verteilung von

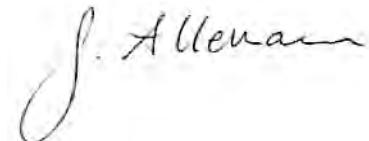
Care-Arbeit und Erwerbsarbeit innerhalb des Paars in den Vordergrund stellen. Dies würde die soziale Absicherung von unbezahlter Care-Arbeit unabhängig von Zivilstand und Geschlecht verbessern und dazu beitragen, dass unbezahlte Care-Arbeit zu gleicher Teilen zwischen den Geschlechtern verteilt würde.

Weiter zeigt die Reform, dass das Eherecht dringend einer geschlechterneutraleren Formulierung bedarf. Die EFS haben Verständnis dafür, dass im Rahmen der aktuellen Version nur die dringendsten sprachlichen Änderungen vorgenommen werden, sie erwarten aber, dass eine entsprechende Revision für eine geschlechtergerechte Sprache im Eherecht rasch an die Hand genommen wird. Die EFS sind dezidiert der Meinung, dass dies nicht nur für die deutsche Version, sondern auch für die französische und die italienische Version des Gesetzes gilt. Es ist nicht einleuchtend, warum in der französischen und der italienischen Version auf diese Anpassungen verzichtet wird. So ist es grammatisch schlichtweg falsch den maskulinen Plural zu verwenden, also von „les époux“ respektive von „gli sposi“ zu sprechen, wenn es sich dabei um zwei Frauen handelt.

Die EFS bedanken sich für die Entgegennahme ihrer Stellungnahme und hoffen, dass die aufgeworfenen Punkte Berücksichtigung finden.

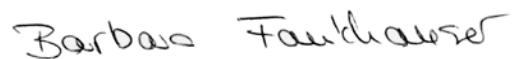
Mit freundlichen Grüßen

Evangelische Frauen Schweiz EFS



Gabriela Allemann

Präsidentin



Barbara Fankhauser

Vize-Präsidentin

Über die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) vertreten als Dachverband von protestantischen und ökumenischen Frauenverbänden und Einzelmitgliedern die Interessen von rund 37'000 Frauen. Sie setzen sich in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten ein. Sie orientieren sich an den befreienden Grundlagen des Evangeliums und stehen in Auseinandersetzung mit feministischen Theologien.

Die EFS engagieren sich für Frauen in allen Lebensbereichen und besonders für jene in schwierigen Verhältnissen. Sie treten in kirchlichen und weltlichen Organisationen für die Besserstellung der Frauen ein. Zu eidgenössischen Gesetzes- und Abstimmungsvorlagen und zu aktuellen Fragen nehmen die EFS aus Sicht evangelischer Frauen Stellung. Mit Publikationen und Weiterbildungsangeboten ermutigen sie Frauen, in Kirche und Gesellschaft aktiv mitzuwirken.



13.468 Parlamentarische Initiative Ehe für alle

Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 14. Februar 2019

Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF
(Juni 2019)

Die Kommission begrüßt die Änderungsvorschläge sehr, besonders auch die Variante mit Zugang von Frauenpaaren zur Samenspende. In diesem Zusammenhang verlangt sie, dass die Gesetzgebung in allen drei Amtssprachen geschlechtergerecht auszugestalten ist.

1. Zähe Anerkennung der Rechte gleichgeschlechtlicher Paare in der Schweiz

2005 entschied das Bundesgericht, dass eine Ehe auch dann weitergeführt werden darf, wenn ein Partner oder eine Partnerin das Geschlecht amtlich ändert. Seit 2007 steht gleichgeschlechtlichen Paaren die „eingetragene Partnerschaft“ offen, die in Bezug auf die gegenseitige sozialversicherungsrechtliche und finanzielle Absicherung der Partner und Partnerinnen Verbesserungen brachte. Gleichzeitig setzt sich durch dieses „besondere Rechtsinstitut“, das eben keine Ehe ist und dieser auch nur teilweise gleichgestellt ist, die Stigmatisierung gleichgeschlechtlicher Paare fort. Seit 2018 steht Paaren in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption offen.

Trotz dieser Verbesserungen existieren weiterhin bundesrechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Paare diskriminieren. So bleiben verschiedene gravierende Unterschiede zur Ehe bestehen, etwa im Bereich der Sozialversicherungen oder des Bürgerrechts.¹ Ferner sind der (volumfängliche) Zugang zur Adoption, die juristische Anerkennung beider Elternteile bei der Geburt des Kindes und der Zugang zur Reproduktionsmedizin bis heute verwehrt.

Mehrere europäische Länder sehen die umfassende eherechtliche Gleichstellung von gegen- und gleichgeschlechtlichen Paaren vor, so Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Finnland, Grossbritannien (ohne Nordirland), Island, Norwegen, Niederlande, Portugal und Schweden. Luxemburg und Malta haben die Ehe geöffnet, anerkennen aber das Kindsverhältnis beider Elternteile bei Geburt eines Kindes nicht an, und in Frankreich, Deutschland und Irland wird zusätzlich auch der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin verwehrt. Abgesehen von den osteuropäischen Ländern, die weder die gleichgeschlechtliche Ehe noch einen Zivilunionsvertrag kennen, besitzen lesbische und schwule Paare einzig in Griechenland, Italien und Lichtenstein noch weniger Rechte in Bezug auf gemeinsame Kinder als in der Schweiz.

¹ <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/beilage-mm-rk-n-2018-07-06-13.486-d.pdf>

2. Zur Grundausrichtung des Vorentwurfs: Ein notwendiger Schritt

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat mit Freude davon Kenntnis genommen, dass die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Vorentwurf erarbeitet hat, der gleichgeschlechtlichen Paaren den Zugang zur Ehe ermöglichen soll. Sie begrüsst die Stossrichtung der Vorlage und die vorgeschlagenen Änderungen ausdrücklich, insbesondere auch die Variante mit Zugang zur Samenspende.

3. Zur Frage der Verfassungs- oder Gesetzesrevision: Verfassung verpflichtet zur Achtung des Privatlebens und zur Beseitigung von Diskriminierung

Die Rechtskommission des Nationalrates schlägt für den Zugang zur Ehe vorliegend lediglich eine Änderung der Gesetzgebung, nicht aber der Verfassung vor. Dies ist unseres Erachtens korrekt: Der Weg über eine Gesetzesänderung ist pragmatisch und sachgerecht; eine Verfassungsänderung ist nicht notwendig, da sich Art. 14 BV, der das „Recht auf Ehe und Familie“ enthält, dynamisch und zeitgemäß auslegen lässt. Die Verfassung verbietet Ehen zwischen gleichgeschlechtlichen ParterInnen nicht. Im Gegenteil folgt aus der Verfassung, dass das Ehrerecht geändert werden muss: Die Verfassung schützt die Freiheit des Beziehungslebens und die Privatsphäre. Sie verbietet Diskriminierungen aufgrund der Lebensform und damit auch aufgrund der sexuellen Orientierung. Ungleichbehandlungen in Bezug auf die juristische Absicherung von Lebensgemeinschaften, die an die sexuelle Orientierung bzw. das Geschlecht der PartnerInnen bzw. Partner anknüpfen, lassen sich durch keine sachlichen Gründe rechtfertigen. Auch religiöse oder sonstige traditionelle Vorstellungen von Partnerschaft und Ehe können hierfür nicht herangezogen werden. Gleichgeschlechtliche Paare, die ihre Gemeinschaft verbindlich juristisch absichern möchten, sollten dies in gleicher Weise tun dürfen, wie gegengeschlechtliche Paare. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen ist der Ansicht, dass die Paare nicht nur hinsichtlich des Zugangs zur Ehe, sondern auch in Bezug auf sämtliche Rechtsfolgen der Ehe gleichbehandelt werden sollten (insb. Güterstand, Zugang zur Adoption, Einbürgerungsvoraussetzungen, Zugang zur Samenspende und zu Methoden der medizinisch assistierten Fortpflanzung, Anerkennung des Kindesverhältnisses ab Geburt). Die Öffnung des Zugangs zur Ehe setzt schliesslich auch ein wichtiges und positives gesellschaftspolitisches Zeichen.

4. Zur Frage der gemeinschaftlichen Adoption (Kindswohl)

Die Kommission begrüsst den gleichberechtigten Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption sehr. Die gemeinschaftliche Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare führt in anderen europäischen Ländern, die diesen Zugang seit längerem kennen, zu keinerlei Problemen. Eine grosse Zahl von Langzeitstudien belegt im Übrigen, dass positive Entwicklungsbedingungen für Kinder und Jugendliche nicht vom Geschlecht und der sexuellen Orientierung der Eltern abhängen, sondern von positiven, emotional stabilen und konstanten Elternbindungen, die ein förderndes und verlässliches soziales Umfeld für das Kind bzw. die Jugendlichen schaffen.²

² Siehe die Kompilation von 75 internationalen Studien, verzeichnet auf der Website der Cornell Law School, <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents/>.

5. Zur Variante mit Zugang von Frauenpaaren zur Samenspende

Die Kommission befürwortet den Zugang von Frauenpaaren zur Samenspende sowie die rechtliche Anerkennung und Absicherung des durch Samenspende entstandenen Eltern-Kind-Verhältnisses (Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB). Ein Gutachten der Universität Lausanne zeigt klar auf, dass auch hierfür eine Änderung auf Gesetzesstufe genügt, weil der Unfruchtbarkeitsbegriff der Verfassung nicht nur die biologisch-medizinische, sondern auch die paarkonstellationsbedingte Unfruchtbarkeit erfasst (Art. 119 Abs. 2 lit. c BV).³

Die Einführung der originären Elternschaft für die nicht gebärende Mutter ab Geburt (mit der entsprechenden gesetzlichen Vermutung) vereinfacht die Situation im Vergleich zu heute sehr. Zwar ist seit dem 1. Januar 2018 die Stieffkindadoption möglich; dieses Verfahren ist jedoch aufwändig. Zudem sichert die originäre Anerkennung der Elternschaft das Kind in Bezug auf Name, BürgerInnenrecht, elterliche Sorge, Unterhalt und Erbrecht optimal ab.

6. Zu weiteren Vorschlägen im Vorentwurf

Die Kommission begrüßt es, dass eingetragene Partnerschaften weiterbestehen können, solchen Paaren aber ein einfacher, unbürokratischer Weg zur Umwandlung offen stehen soll. Es ist sachgerecht, dass die Dauer der eingetragenen Partnerschaft an die Ehe angerechnet wird (etwa für den Vorsorgeausgleich nach Scheidung) und dass der Güterstand bei der Umwandlung von der eingetragenen Partnerschaft zur Ehe angepasst wird; es wird also regelmässig ein Wechsel von der Gütertrennung zur Errungenschaftsbeteiligung erfolgen, sofern die Eheleute nichts anderes vereinbaren. Bei diesem Vorgang sollte sichergestellt werden, dass die betreffenden Paare angemessen über die Vor- und Nachteile des Güterstandswechsels informiert werden. Schliesslich macht es auch Sinn, dass bestehende vermögensrechtliche Verträge weitergelten. Es könnte allenfalls geprüft werden, ob der Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung auch in diesen Fällen - gleich wie bei der Anerkennung von im Ausland geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen, dazu unten - rückwirkend gelten sollte (vorbehältlich einer anderslautenden Erklärung bzw. Vereinbarung).

Sehr zu begrüssen ist die umfassende Anerkennung von im Ausland geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen unter Einschluss der automatischen und rückwirkenden Änderung des Güterstands hin zur Errungenschaftsbeteiligung. Eine solche Anpassung erfolgt automatisch, sofern nicht eine Partnerin oder ein Partner innerhalb eines halben Jahres schriftlich die Anpassung ablehnt. Auch hier gilt, dass die Paare angemessen über die vermögensrechtlichen Konsequenzen informiert werden müssten.

Dass gleichgeschlechtliche Paare auch in Bezug auf die Einbürgerungsvoraussetzungen gleichgestellt werden, ist folgerichtig und wird von der Kommission ebenfalls sehr befürwortet (siehe dazu den erläuternden Bericht RK NR, S. 12 f.; entsprechend müsste auch Art. 21 des Bürgerrechtsgesetzes sprachlich angepasst werden).

³ Andreas R. Ziegler, „Ehe für alle“ und Fortpflanzungsmedizin in der Schweiz. Warum die schweizerische Bundesverfassung bereits heute auch gleichgeschlechtlichen Paaren den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin garantiert, Jusletter 8. April 2019, Rz. 49.

7. Zur Frage von weiterführenden Reformen des Fortpflanzungsmedizinrechts

Im Zusammenhang mit der Fortpflanzungsmedizin ergeben sich verschiedene weitere Gleichstellungsfragen (insb. Zugang zur Eizellenspende; Zulässigkeit der Leihmutterschaft in der Schweiz; Zugang von Einzelpersonen zur medizinisch assistierten Fortpflanzung; Revision des Abstammungsrechts). Die Kommission kann jedoch den Entscheid der RK NR nachvollziehen, wonach sich das vorliegende Reformprojekt auf die ehebezogene Gleichstellung konzentrieren und nicht überladen werden soll. Die vorgeschlagene Revision stellt insofern einen sehr wichtigen ersten Schritt dar, der nicht durch eine Überfrachtung mit stark umstrittenen Themen gefährdet werden sollte. Es macht zudem Sinn, alle Aspekte der Fortpflanzungsmedizin in einem weiteren Schritt *gesamthaft* zu überdenken und allenfalls neu zu regulieren, zumal das Verbot der Eizellenspende und der Leihmutterschaft in der Schweiz unabhängig von der sexuellen Orientierung für alle Paare gilt. In diesem Zusammenhang wird es unerlässlich sein, die ganze Thematik der Fortpflanzungsregulierung spezifisch und kritisch aus der Perspektive der Rechte und Interessen von Frauen zu beurteilen und hier namentlich breit zu diskutieren, wie weit eine Liberalisierung tatsächlich im Interesse von Frauen liegt und ob dadurch nicht die Gefahr einer Instrumentalisierung besteht.

8. Zur Frage der Ungleichheiten im Bereich der Witwer- und Witwenrenten

Das vorliegende Reformpaket erstreckt sich nicht auch auf eine gesamthafte Reform bei den Witwer- und Witwenrenten; dies ist zwar bedauerlich, aber letztlich nachvollziehbar. Die Kommission ist der Ansicht, dass Diskriminierungen im Bereich der Hinterlassenenrenten beseitigt werden müssen. Allerdings sind die in diesem Bereich bestehenden Ungleichheiten anders gelagert als die Stossrichtung des vorliegenden Reformprojekts; sie müssen aus einer breiteren Perspektive angegangen werden, um auch Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen bzw. Ungleichheiten aufgrund des Zivilstandes (verheiratete bzw. unverheiratete Paare) zu beseitigen.

9. Zur Frage der Anpassung der Gesetzgebung in sprachlicher Hinsicht

Die Kommission nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass im Rahmen des Reformprojekts die Gesetzgebung nicht auch sprachlich angepasst werden soll (vgl. erläuternder Bericht RK NR, S. 26 f.). Sie ist der Ansicht, dass eine sprachliche Überarbeitung des Zivilgesetzbuches und auch der anderen gesetzlichen Grundlagen *in allen drei Landessprachen dringend notwendig ist*, um mit geschlechtergerechter Sprache die Wirklichkeit abzubilden.



CH-3003 Bern, BSV, EKFF

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates

via Bundesamt für Justiz
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Ihr Schreiben vom 14.03.2019
Unser Zeichen: 746.1-02597 28.05.2019 Doknr: 203
Sachbearbeiter/in: Regula Schlanser / Sre
Bern, 11. Juni 2019

Stellungnahme der EKFF zum Vorentwurf «Ehe für alle» in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.468

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) eingeladen haben, sich zum Vorentwurf «Ehe für alle» in Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.468 zu äussern. Die EKFF nimmt in der vorgegebenen Frist wie folgt Stellung:

Die EKFF begrüßt den Vorentwurf zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts. Der EKFF ist es ein Anliegen, dass Familien in ihrer Vielfalt gesellschaftlich anerkannt und gleichbehandelt werden. Bei ihren Stellungnahmen und Empfehlungen stützt sich die EKFF deshalb bewusst auf eine inklusive Definition der Familie¹. Aus Sicht der EKFF müssen gleichgeschlechtlichen Paaren grundsätzlich dieselben Rechte gewährt werden wie verschiedengeschlechtlichen Paaren. Dazu gehört auch der Zugang zum Rechtsinstitut der Ehe.

Zugang zur Ehe bedeutet auch Zugang zur gemeinsamen Elternschaft in formeller Hinsicht. Dieser besteht heute erst in Form der Stiefkindadoption. Wie viele Kinder in der Schweiz tatsächlich in sogenannten Regenbogenfamilien leben, ist nicht genau bekannt.² Elternschaft von gleichgeschlechtlichen

¹ Familienbegriff der EKFF: «Der Begriff der Familie bezeichnet jene Lebensformen, die in den Beziehungen von Eltern und Kindern im Mehrgenerationenverbund begründet und gesellschaftlich anerkannt sind.» Ein Kommentar zu diesem Familienbegriff ist auf der Website der EKFF abrufbar: <https://www.ekff.admin.ch/die-ekff/familie-definition/>

² Die äusserst tiefen Werte aus der Strukturerhebung des Bundesamtes für Statistik sind mit Vorsicht zu behandeln, da die Stichproben sehr klein sind. Demnach machten gleichgeschlechtliche Paare mit mind. einem Kind unter 25 Jahren in den Jahren 2015-2017 nur 0.04% aller Familienhaushalte aus.

Paaren geniesst in unserer Gesellschaft noch keine sehr hohe Akzeptanz. Gegner äussern oft Bedenken in Bezug auf das Wohl des Kindes. Die EKFF teilt die Zweifel hinsichtlich dem Wohl der Kinder nicht, denn es gibt aus wissenschaftlicher Sicht keinen Grund dazu. Zahlreiche Studien haben untersucht, ob das Wohl der Kinder, die mit gleichgeschlechtlichen Eltern aufwachsen, im Vergleich zu Kindern verschiedengeschlechtlicher Eltern in irgendeiner Weise beeinträchtigt wird. Untersucht wurden namentlich die Auswirkungen auf die kognitive und die soziale Entwicklung des Kindes, auf seine psychische Gesundheit, die schulischen Leistungen, die Berufslaufbahn sowie auf das Sexualverhalten und das Suchtverhalten.³ Aufgrund der einstimmigen Ergebnisse herrscht in der Forschung heute ein breiter Konsens darüber, dass sich Kinder gleichgeschlechtlicher Eltern nicht in relevanter Weise von Kindern verschiedengeschlechtlicher Eltern unterscheiden und ihr Wohlbefinden von anderen Faktoren abhängig ist.

Insofern begrüßt die EKFF, dass gleichgeschlechtlichen Ehepaaren mit der Öffnung der Ehe nicht nur die Stiefkindadoption, sondern auch die gemeinsame Adoption ermöglicht wird. Insbesondere unterstützt die EKFF auch die Variante der Kommission für Rechtsfragen, welche die Samenspende gleichgeschlechtlichen weiblichen Ehepaaren zugänglich macht.

Die EKFF bejaht, dass der Vorentwurf auf eine Kernvorlage beschränkt wird. Die Mitbehandlung der nun aufgeschobenen Reformpunkte hätte die Vorlage überladen und das zentrale Anliegen der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gefährdet. Nichtsdestotrotz ist es nach Ansicht der EKFF wichtig, dass die aufgeschobenen Reformpunkte möglichst rasch im Rahmen anderer Revisionen angegangen werden.

Besten Dank für die Kenntnisnahme der vorliegenden Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Eidgenössische Kommission für Familienfragen
Präsidentin



Anja Wyden Guelpa

³ Manning, W.D. et al. (2014), "Child Well-Being in Same-Sex Parent Families: Review of Research Prepared for American Sociological Association Amicus Brief", *Population Research and Policy Review* 33(4), Special Issue: Population Perspectives on Sexual Minority Status, pp. 485-502

**Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»
der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats**

Horw, 1. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

fels, Freundinnen, Freunde und Eltern von Lesben und Schwulen,
ist die nationale Elternorganisation der LGBT Kinder.
fels setzt sich ein für die Eheöffnung mit Zugang zur Samenspende.

Nehmen wir an, es gibt 300'000 LGBTs in der Schweiz. Diese haben alle eine Mutter und einen Vater. Sie haben durchschnittlich mindestens ein Geschwister. Das sind also 1'200'000 Schweizerinnen und Schweizer, denen die Ungleichbehandlung ihrer Familienmitglieder sehr nahe geht.

Seit 20 Jahren kämpfen wir für «Gleiche Werte - Gleiche Rechte - Ehe für alle».

Schon vor 16 Jahren, 2003, setzten wir uns mit unserer Vernehmlassung zum Partnerschaftsgesetz EPG für die **volle Öffnung** der Ehe ein. Wir wurden zum Kompromiss EPG gezwungen!

Jetzt 2019 muss die Ehe vollständig geöffnet werden, also Variante 2 mit dem Zugang zur Samenspende für lesbische Paare und mit der Anerkennung der originären Elternschaft für Regenbogenfamilien.

Zwar ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstößt eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr unserer Rechtsauffassung entspricht und nicht mehr zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der **Zugang zur Samenspende** auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die **originäre Elternschaft** ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet

werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden muss.**

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Fritz Lehre, Präsident fels

Brigitte Schenker, Vizepräsidentin fels





Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 12. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

*Der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz (FemWiss) setzt sich als unabhängige Akteurin auf nationaler Ebene für Gleichstellungs- und Wissenschaftspolitik ein und sensibilisiert die Öffentlichkeit auf feministische Perspektiven. Ausserdem versteht sich FemWiss als solidarisches Netzwerk und offenes Forum für alle Feminist*innen und Sympathisant*innen.*

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.¹ Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zu den in der Schweiz zugelassenen fortppflanzungsmedizinischen Verfahren, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht auf sachlichen Gründen, sondern auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt jedoch vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst der Ausschluss von gleichgeschlechtlichen Paaren von der Ehe und Fortpflanzungsmedizin gegen die Verfassung und muss beseitigt werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung haben klar ergeben, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.²

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der

1 Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

2 <https://www.regenbogenfamilien.ch/ehe/>



vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende. Die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paaren aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zuzulassen sind.³

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Die Kinder haben bei der Geburt nur einen Elternteil und sind deshalb ungenügend abgesichert. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und kostspieligen Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er die bestehenden Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren beseitigt und damit auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) muss ausserdem **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Mirjam Aggeler

Geschäftsleiterin Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

³ https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Genève, le 21 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

La Fédération genevoise des associations LGBT est composée des associations 360, Dialogai, Lestime, Parents d'homos et Think Out. Initié en 2004 lors de la préparation de la Pride romande à Genève, le travail commun d'alors quatre associations – 360, Dialogai, Lestime et Think Out – s'est concrétisé par la création, le 18 mars 2008, de la Fédération genevoise des associations LGBT. Ce regroupement a été accéléré par deux événements catalyseurs. Le premier lors de la publication d'affiches homophobes, par un parti politique, contre les couples partenariés qui a conforté les associations LGBT genevoises dans l'idée qu'il fallait s'unir pour pouvoir réagir plus rapidement et plus efficacement à de telles agressions.

Le deuxième événement catalyseur a été l'urgence de mettre en place des projets pour prévenir et lutter contre l'homophobie et la transphobie dont les jeunes LGBT sont la cible. Les résultats des enquêtes « Santé gaie » de l'association Dialogai et de l'Université de Zurich et les études internationales montrent que les jeunes LGBT ont 2 à 10 fois plus de risques de faire une tentative de suicide. Face à cette urgence, la Fédération a donc initié ses deux premiers projets sur le thème de la jeunesse et c'est ainsi que sont nés le groupe Totem et les Premières assises contre l'homophobie à Genève. Celles-ci, ayant eu lieu les 4 et 5 septembre 2009, ont réuni notamment les acteurs et actrices des milieux scolaires et de l'éducation, dont le Département de l'instruction publique du Canton de Genève, et la Ville de Genève.

Depuis sa création, riche de l'expertise et de la force de ses associations membres, la Fédération travaille avec les institutions publiques et les milieux professionnels pour prévenir et lutter contre l'homophobie, la lesbophobie, la biphobie et la transphobie. Elle œuvre plus particulièrement avec le Département de l'instruction publique, de la formation et de la jeunesse : elle mène des actions de sensibilisation à destination des élèves des établissements scolaires et propose des formations à destination des professionnel.le.s de l'éducation.

Dans la continuité des premières Assises, les assises « La diversité au travail : un enrichissement mutuel », organisées par la Fédération et qui ont eu lieu les 28 et 29 novembre 2014, ont cette fois-ci réuni les acteurs et actrices des milieux professionnels suisses. Elles ont permis de définir les enjeux des questions LGBT au travail et de proposer des pistes d'actions et des outils



concrets. Depuis, la Fédération mène également des sensibilisations et des formations à destination des milieux professionnels et économiques.

La Fédération travaille également à la reconnaissance et à l'égalité juridique et sociale des personnes LGBT au niveau cantonal, mais également au niveau fédéral en soutenant et en participant aux initiatives des associations faîtières et nationales LGBT.

1. Situation de départ

L'initiative parlementaire sur le mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, mais il a fallu attendre presque six ans pour un premier projet de loi. Au cours de ces années, l'adhésion de la population au mariage civil pour toutes et tous a augmenté de manière significative. En 2005, le partenariat enregistré avait été approuvé par une nette majorité de 58% des votantes et des votants.

Un sondage représentatif de GFS Zurich du mois d'avril 2016 a montré que 69% de la population est pour une ouverture du mariage civil aux couples de même sexe (40% de oui, 29% de plutôt oui). Un autre sondage de Tamedia datant de décembre 2017 a même mis en avant que désormais seulement 24% de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous. Il est donc temps de procéder aux adaptations législatives pour les couples de même sexe.

L'introduction du partenariat enregistré en 2007 a été un pas important, mais de grandes différences persistent entre le mariage et le partenariat enregistré. Ces différences sont frappantes, que ce soit dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme. Ces inégalités de traitement entre couples de même sexe et couples hétérosexuels ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. Le partenariat enregistré conduit, au demeurant, à une stigmatisation des personnes liées par ce contrat. Elles se voient, en effet, dans beaucoup de domaines de leur quotidien, obligées de dire qu'elles sont homosexuelles. Dans beaucoup de formulaires, il est nécessaire d'indiquer son état civil (p.ex. lors de la signature de contrats de travail ou de bail), ce qui équivaut à un coming-out forcé qui peut avoir de lourdes conséquences au niveau personnel. Ces procédures préjudiciables seront abolies avec une mise à égalité juridique des états civils.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est également très insatisfaisante: en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai d'un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant.

Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection juridique de l'enfant, fruit d'un projet parental commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe



une inégalité de traitement au sein de la fratrie: l'aîné-e étant protégé-e par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du cadet ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure. Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image de la famille qui ne correspond pas à la diversité des configurations familiales ; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.

Aujourd'hui, la Suisse est l'un des derniers pays d'Europe de l'Ouest qui refuse le mariage civil pour les couples de même sexe. L'ouverture du mariage civil date de 2001 aux Pays-Bas et récemment le pas a été franchi également par l'Allemagne (en 2018) et par l'Autriche (en 2019). Même dans un pays de tradition catholique comme l'Irlande, le mariage civil pour toutes et tous a été accepté en 2015 lors d'un vote populaire par une majorité nette de 62%.

2. Notre revendication : l'égalité des droits pour toutes et tous

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). L'expression « mode de vie » désigne, d'après la volonté du Parlement, en premier lieu l'orientation sexuelle et c'est dans ce sens qu'elle a également été reprise dans des textes de loi ainsi que dans la doctrine. Une inégalité de traitement des couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples de même sexe est non seulement non conforme au droit, mais également tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut toutefois être atteinte que si les couples de même sexe peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Cela comprend l'égalité entre couples mariés de même sexe et de sexe différent dans tous les domaines juridiques, comme cela a été mis par écrit dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet. Seul l'avant-projet avec la variante qui comprend l'accès au don de sperme correspond à la pleine égalité.

En plus de répondre au souhait des couples de même sexe qui désirent se marier, l'introduction du mariage civil pour toutes et tous a un impact social non négligeable. Une étude de 2018 a montré que cette introduction constituerait un signal positif pour la société dans son ensemble. Par conséquent, le mariage civil pour toutes et tous fait progresser l'acceptation au sein de la société des personnes homosexuelles et bisexuelles. Par contre, des lois spéciales, comme le partenariat enregistré, conduisent à une certaine stigmatisation, car les personnes concernées se trouvent classifiées dans un exogroupe, ce qui a un impact négatif sur leur degré d'acceptation. L'ouverture du mariage civil renforcerait donc une attitude positive à l'égard des personnes LGBT qui représentent, selon plusieurs études, entre 10% et 15% de la population suisse, soit plusieurs centaines de milliers de personnes.

En raison des préjugés qui existent encore trop souvent à l'égard des personnes LGBT dans la société, la santé des personnes LGBT est sensiblement plus mauvaise que la moyenne et la propension au suicide bien plus élevée. L'État a la responsabilité de prendre toutes les mesures appropriées pour améliorer l'acceptation sociale, afin de réduire les problèmes auxquels sont confrontées les personnes LGBT. L'ouverture du mariage civil et l'égalité effective dans tous les domaines sont donc indispensables pour améliorer la situation de toutes les personnes LGBT.



La pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » a été déposée avec plus de 85'000 signatures en janvier de 1995. Presque 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette requête, en accordant aux couples de même sexe de Suisse l'égalité des droits.

3. Remarques d'ordre général sur l'avant-projet de loi

La Fédération genevoise des associations LGBT est en faveur de l'avant-projet élaboré par la Commission juridique qui inclut de manière non-discriminatoire et égalitaire l'accès à la procréation médicalement assistée et donc la variante de la PMA. Les personnes LGBT ont les mêmes devoirs, elles devraient donc avoir en tant que couples et en tant que familles les mêmes droits, notamment en termes de droit d'union et de droit de la famille.

L'exclusion de certains droits, comme celui de l'accès au don de sperme, est contraire au principe de l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.). Par conséquent, il faut adapter toutes les dispositions qui, dans une situation comparable, produisent une discrimination directe ou indirecte des couples de même sexe. L'avant-projet qui ne comprend pas le don de sperme ne satisfait pas à cette exigence. Nous sommes dès lors d'avis que du point de vue de l'égalité des droits pour toutes et tous, il est impératif de choisir la variante qui le comprend.

La Fédération genevoise des associations LGBT salue en particulier le fait que le présent projet prévoit une ouverture du mariage par une simple modification de loi au lieu d'une modification constitutionnelle. L'avis de droit de l'Office fédéral de la justice arrive à la conclusion claire et nette qu'une modification de la Constitution fédérale n'est pas nécessaire, car la Constitution doit être interprétée de manière dynamique et adaptée au temps présent. En conséquence, nous soutenons la position de la majorité de la Commission juridique.

Nous soutenons bien évidemment également l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui incompréhensible que les couples de même sexe ne puissent pas adopter des enfants ensemble, et ce d'autant plus que des personnes célibataires en ont la possibilité. Dans tous les pays européens qui ont donné accès à l'adoption dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous au cours des 20 dernières années, cette décision a fait ses preuves.

4. Variante avec accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps: selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou arc-en-ciel¹. La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger². Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que celles ou ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et

¹ Le terme de « familles arc-en-ciel » désigne les familles dont au moins l'un des parents se considère comme lesbien, gay, bisexuel, trans*.

² Sondage national réalisé par l'Association faîtière Familles arc-en-ciel : <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>



du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant³. L'Association faîtière Familles arc-en-ciel développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire⁴.

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette question. L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous sommes clairement favorables à la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de co-maternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

4a. Pour l'accès au don de sperme : une modification de loi suffit

Bien que le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la Justice aient jusqu'ici affirmé que l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution, une expertise du Prof. Dr. Andreas Ziegler de l'Université de Lausanne, datant de janvier 2019, montre que ce n'est pas le cas. L'élément important est le terme de « stérilité », tel qu'il figure dans la Constitution fédérale en tant que condition préalable pour autoriser le don de sperme. L'expertise du Prof. Ziegler démontre qu'il ne s'agit pas d'une notion médicale ; ainsi, une stérilité qui serait due à la composition même du couple, est une stérilité au sens de la Constitution. Le terme est donc applicable aux couples de même sexe. Dans son expertise, il explique également que la position de l'Office fédéral de la Justice et du Conseil fédéral repose sur des conceptions sociales remontant aux débuts des années 1990 et qu'il s'agit donc d'une interprétation dépassée de la Constitution. La majeure partie de la doctrine partage aujourd'hui l'avis selon lequel il ne serait pas possible de déduire que la Constitution interdit la procréation médicalement assistée pour les couples de même sexe.

Nous parvenons à la même conclusion que l'expertise du Prof. Ziegler, à savoir que l'actuelle exclusion des couples de femmes du don de sperme ne repose que sur le droit législatif et qu'elle peut par conséquent être modifiée sans toucher à la Constitution. Puisque l'ouverture du mariage civil vise l'égalité de fait des couples de même sexe et hétérosexuels, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme et de perpétuer une discrimination.

³ Synthèse de 75 recherches quantitatives et qualitatives (Law School Columbia, États-Unis) : <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-withgay-or-lesbian-parents>

⁴ Argumentaire complet : <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>



4b. Accès au don de sperme

Le don de sperme est très important, car il s'agit aujourd'hui de la méthode la plus utilisée par les couples de femmes pour fonder une famille. De nombreux couples de femmes en Suisse y ont recours grâce à un don de sperme dans des cliniques à l'étranger. Ces femmes s'exposent ainsi inutilement à des risques légaux et de santé et sont obligées de passer par des procédures coûteuses et qui prennent beaucoup de temps.

En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. Cette inégalité de traitement est discriminatoire et ne peut être justifiée d'aucune manière, d'autant plus qu'une bonne majorité des pays européens notamment ont mis sur un pied d'égalité les couples lesbiens en leur donnant la possibilité d'avoir accès au don de sperme et à la PMA.

4c. Double filiation automatique dès la naissance de l'enfant

La modification de loi proposée en tant que variante permet en outre la parentalité dès la naissance pour les couples de même sexe. Cela signifie que les deux personnes d'un couple de même sexe sont légalement considérées parents de l'enfant qu'elles ont voulu et qu'elles ont eu ensemble, et ceci dès la naissance de l'enfant. Ceci évite notamment que la mère qui n'a pas accouché doive passer par la procédure de l'adoption de l'enfant de sa partenaire, une procédure longue, chère et soumise à des conditions très strictes. La pratique montre que, depuis son introduction le 1^{er} janvier 2018, l'adoption de l'enfant du partenaire ne constitue pas une alternative satisfaisante à la parentalité dès la naissance. Ce qui pose problème, ce ne sont pas seulement les strictes conditions ni les temps très longs qui découlent entre la naissance et l'adoption, temps trop long à risque notamment en cas de séparation ou de décès, mais également la « preuve d'aptitude » à laquelle il faut se soumettre : elle est perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Dans le canton de Zurich, par exemple, il est exigé 22 documents qui révèlent des informations très personnelles. De plus, il suffit que le parent voulant adopter ait une maladie pour que le processus puisse être entravé. Cette procédure d'adoption est discriminatoire, parce que chez les couples hétérosexuels, la parentalité légale est obtenue dès la naissance et sans aucune preuve d'aptitude.

Ceci est essentiel, parce que le lien de filiation est lié à des droits relatifs à des questions fondamentales telles que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations des assurances sociales, le droit des successions et les impôts. La modification proposée est simple et claire et confère les mêmes droits et devoirs à tous les couples qui deviennent parents.

4d. Egalité entre couples de femmes et couple d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés hétérosexuels.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres

méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5. Appréciation d'autres points de l'avant-projet de loi

5a. Sort/conversion du partenariat enregistré

Il serait souhaitable que les partenariats conclus puissent être maintenus pour celles et ceux qui le souhaitent. La possibilité proposée de convertir un partenariat enregistré en mariage sans obstacles bureaucratiques constitue un complément essentiel. Il est tout aussi important que, comme cela a été précisé dans l'avant-projet et dans le cas de dispositions basées sur la durée d'un mariage, que soient également comptées les années du partenariat enregistré qui l'ont précédé.

Ce qui est par contre gênant, c'est que la conversion engendre des coûts supplémentaires. Puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, la procédure de conversion doit être gratuite.

De plus, il faudrait donner suite à la requête d'un modèle de protection juridique similaire à celle du PACS français. Une législation progressiste qui reconnaît les réalités sociales ne peut pas se limiter à garantir des droits réciproques dans le cadre d'une institution rigide comme le mariage. Beaucoup de formes de vie commune – entre personnes hétérosexuelles, homosexuelles ou bisexuelles – ne peuvent pas être réglées par le mariage civil. Il faudrait néanmoins que ces personnes puissent, elles aussi, bénéficier d'une protection juridique réciproque. Il s'agit toutefois d'une discussion qui est, à juste titre, indépendante de la question de l'ouverture du mariage civil, car elle concerne tous les couples et pas seulement les couples de même sexe.

5b. Changement du régime matrimonial

Lors de la conversion d'un partenariat enregistré en mariage, et à moins qu'il ait été convenu autre chose, il faudra également réajuster le régime matrimonial. Ainsi, à l'avenir il y aura pour les couples de même sexe le même régime ordinaire de la participation aux acquêts et la même liberté de choix que pour les couples hétérosexuels. En vue de la sécurité juridique, il serait raisonnable, comme cela a par ailleurs été préconisé, que le nouveau régime matrimonial n'ait pas d'effet rétroactif jusqu'au moment du début du partenariat enregistré, mais qu'il déploie ses effets à partir du moment de la conversion en mariage. Dans le cas contraire, pour de nombreux couples le processus pourrait être trop complexe, voire devenir un obstacle à la conversion du partenariat enregistré en mariage civil.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est elle aussi une solution pragmatique et positive.

Pour certains couples, le changement du régime matrimonial peut avoir des conséquences importantes. C'est pourquoi, il est impératif que les couples soient très bien informés par les offices de l'état civil avant de procéder à la conversion.

5c. Accès à l'adoption conjointe

Puisqu'à l'avenir les couples de même sexe mariés seront considérés comme épouses ou époux, ils auront automatiquement accès à la procédure pour l'adoption. Ceci correspond à une revendication d'égalité attendue depuis longtemps et absolument nécessaire. Plusieurs études montrent que qu'il n'y a pas de différences entre les enfants élevé.e.s dans des familles arc-en-ciel et celles et ceux élevé.e.s dans des familles hétérosexuelles en ce qui concerne leur développement sur les plans personnel et social. Les arguments développés sous le point 4 sont également à reprendre ici.

5d. Naturalisation

Nous saluons le fait que l'ouverture du mariage civil pour toutes et tous permet d'appliquer les dispositions régissant les conditions pour la naturalisation des personnes mariées avec un-e citoyen-ne suisse sans distinction entre les couples hétérosexuels et les couples de même sexe.

Dans la version allemande de la loi sur la nationalité suisse (LN), dans la section « Naturalisation facilitée », il faudra adapter le titre de l'art. 21 pour corriger la formulation actuelle qui fait

5e. Rentes de veuve et de veuf

Dans le rapport explicatif, il est indiqué que des modifications dans le domaine des rentes de veuve et de veuf ne sont pas nécessaires. Le présent projet ne vise pas à établir une égalité entre les rentes des veuves et celles des veufs, qui sont aujourd'hui régies par des règles différentes.

Il est logique et positif que les veuves au bénéfice d'un mariage de même sexe aient les mêmes droits que celles au bénéfice d'un mariage hétérosexuel. Ceci constituerait une amélioration par rapport à la situation actuelle, où les veuves au bénéfice d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à une rente de veuf, qui est soumise à des conditions d'octroi plus strictes et qui ne correspond pas à leur statut : une veuve n'est pas un veuf !

6. Droit international privé

Les modifications dans le droit international privé sont à saluer, puisqu'elles garantissent enfin une reconnaissance complète des mariages conclus à l'étranger par des couples de même sexe. Un point essentiel est le changement automatique, et avec effet rétroactif, du régime matrimonial au régime ordinaire de la participation aux acquêts. La solution préconisée d'une simple déclaration écrite unilatérale si l'un.e des partenaires ne souhaitait pas ce changement est tout à fait raisonnable. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de façon complète quant à cette possibilité ainsi que sur le fait qu'ils n'ont que six mois pour agir.

7. Langue non genrée

Au vu de la grande quantité de modifications nécessaires, le fait que l'on renonce à adapter l'ensemble du droit matrimonial pour qu'il soit formulé dans une langue non genrée est pour la Fédération genevoise des associations LGBT une opportunité manquée.

À ce propos, il faut également rappeler le postulat *Flach*, qui demande une suppression des références au sexe non justifiées dans les textes de loi. L'usage d'une langue non genrée dans tous les domaines du droit – même dans le droit matrimonial – serait dès lors incontournable.

8. Conclusion

Pour résumer, nous sommes très favorables à cet avant-projet sur le mariage civil pour toutes et tous à condition que soit choisie la variante avec accès au don de sperme.

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

La Fédération genevoise des associations LGBT

Lorena Parini, co-présidente

Matthias Erhardt, co-président





FEDERATION ROMANDE
DES ASSOCIATIONS LGBT

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, 10 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Créée le 1^{er} septembre 2018, la Fédération romande des associations LGBT compte à ce jour 15 associations membres (Alpagai, Asile LGBT, Dialogai, EPICENE, Juragai, Les Klamydia's, Le PAV, Lestime Lilith, LWork, Sarigai, Togayther, Vogay, Think Out, 360°) qui couvrent l'ensemble de la Suisse romande.

La Fédération a pour buts :

- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de la promotion de l'égalité des droits pour les personnes, quelles que soient leur orientation sexuelle ou leur identité de genre ;
- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de lutter contre toutes formes de discriminations liées à l'orientation sexuelle ou l'identité de genre ;
- De permettre une collaboration efficace entre les associations membres en vue de la promotion de la santé physique et psychique des personnes, quelles que soient leur orientation sexuelle ou leur identité de genre ;
- De développer et promouvoir les relations entre la Fédération et les organisations qui poursuivent les mêmes objectifs et de porter la voix des associations membres au niveau national ;
- De représenter, vis-à-vis des tiers, ses associations membres en ce qui concerne les projets, activités et stratégies communes élaborées et réalisées ;
- De promouvoir des liens de solidarité et d'entraide entre ses associations membres.

1. Situation de départ

L'initiative parlementaire sur le mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, mais il a fallu attendre presque six ans pour un premier projet de loi. Au cours de ces années, l'adhésion de la population au mariage civil pour toutes et tous a augmenté de manière significative. En 2005, le partenariat enregistré avait été approuvé par une nette majorité de 58 % des votantes et des votants.

Un sondage représentatif de GFS Zurich du mois d'avril 2016 a montré que 69 % de la population est pour une ouverture du mariage civil aux couples de même sexe (40 % de oui, 29 % de plutôt oui). Un autre sondage de Tamedia datant de décembre 2017 a même mis en avant que désormais seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous. Il est donc temps de procéder aux adaptations législatives pour les couples de même sexe.

L'introduction du partenariat enregistré en 2007 a été un pas important, mais de grandes différences persistent entre le mariage et le partenariat enregistré. Ces différences sont frappantes, que ce soit dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme. Ces inégalités de traitement entre couples de même sexe et couples hétérosexuels ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. Le partenariat enregistré conduit, au demeurant, à une stigmatisation des personnes liées par ce contrat. Elles se voient, en effet, dans beaucoup de domaines de leur quotidien, obligées de dire qu'elles sont homosexuelles. Dans beaucoup de formulaires, il est nécessaire d'indiquer son état civil (p.ex. lors de la signature de contrats de travail ou de bail), ce qui équivaut à un coming-out forcé qui peut avoir de lourdes conséquences au niveau personnel. Ces procédures préjudiciables seront abolies avec une mise à égalité juridique des états civils.

La situation actuelle est également très insatisfaisante pour les couples qui désirent des enfants. En Suisse, les personnes formant un couple homosexuel n'ont aujourd'hui aucune possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale et d'être toutes les deux, dès la naissance ou l'adoption, considérées en tant que parents. Depuis l'introduction de l'adoption de l'enfant du partenaire en 2018, il est au moins possible d'offrir à un enfant un cadre juridique complet, mais c'est un parcours très coûteux et semé d'obstacles. De plus, le temps d'attente – parfois très long – entre la naissance, le rapport nourricier d'un an, la demande d'adoption et son approbation (au total jusqu'à 2 ans et demi) met en danger le bien de l'enfant : en cas de décès du parent biologique pendant cette période, le parent survivant n'a aucun droit sur l'enfant.

C'est une situation qui montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas aujourd'hui au centre des préoccupations. Les dispositions actuelles témoignent d'une conception dépassée de la famille et doivent être adaptées à la réalité.

Aujourd'hui, la Suisse est l'un des derniers pays d'Europe de l'Ouest qui refuse le mariage civil pour les couples homosexuels. L'ouverture du mariage civil date de 2001 aux Pays-Bas et récemment le pas a été franchi également par l'Allemagne (en 2018) et par l'Autriche (en 2019). Même dans un pays de tradition catholique comme l'Irlande, le mariage civil pour toutes et tous a été accepté en 2015 lors d'un vote populaire par un majorité nette de 62 %.

2. Notre revendication : l'égalité des droits

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). L'expression « mode de vie » a été choisie à bon escient. D'après la volonté du Parlement, elle désigne en premier lieu l'orientation sexuelle et c'est dans ce

sens qu'elle a également été reprise dans des textes de loi ainsi que dans la doctrine. Une inégalité de traitement des couples homosexuels est donc contraire à la Constitution.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais également tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut toutefois être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Cela comprend l'égalité entre couples mariés homosexuels et hétérosexuels dans tous les domaines juridiques, comme cela a été mis par écrit dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet. Seul l'avant-projet avec la variante qui comprend l'accès au don de sperme correspond à la pleine égalité.

En plus de répondre au souhait des couples homosexuels qui désirent se marier, l'introduction du mariage civil pour toutes et tous a un impact social non négligeable. Une étude de 2018 a montré que cette introduction constituerait un signal positif pour la société dans son ensemble. Par conséquent, le mariage civil pour toutes et tous fait progresser l'acceptation au sein de la société des personnes homosexuelles et bisexuelles. Par contre, des lois spéciales, comme le partenariat enregistré, conduisent à une certaine stigmatisation, car les personnes concernées se trouvent classifiées dans un exogroupe, ce qui a un impact négatif sur leur degré d'acceptation. L'ouverture du mariage civil renforcerait donc une attitude positive à l'égard des lesbiennes, des gays et des personnes bisexuelles (personnes LGB) qui représentent, selon plusieurs études, entre 5 et 10 % de la population suisse, soit plusieurs centaines de milliers de personnes.

En raison des préjugés qui existent encore trop souvent à l'égard des lesbiennes, gays et personnes bisexuelles dans la société, la santé des personnes LGB est sensiblement plus mauvaise que la moyenne et la propension au suicide bien plus élevée. L'État a la responsabilité de prendre toutes les mesures appropriées pour améliorer l'acceptation sociale, afin de réduire les problèmes auxquels sont confrontées les personnes LGB. L'ouverture du mariage civil et l'égalité effective dans tous les domaines sont donc indispensables pour améliorer la situation de toutes les personnes gays, lesbiennes et bisexuelles.

La pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » a été déposée avec plus de 85'000 signatures en janvier de 1995. Presque 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette requête, en accordant aux couples homosexuels de Suisse l'égalité des droits.

3. Remarques d'ordre général sur l'avant-projet de loi

La Fédération romande des associations LGBT est en faveur de l'avant-projet élaboré par la Commission juridique qui comporte la variante de la PMA. La Fédération romande des associations LGBT ne peut en effet soutenir qu'un mariage égalitaire.

L'exclusion de certains droits, comme celui de l'accès au don de sperme, est contraire au principe de l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.). Par conséquent, il faut adapter toutes les dispositions qui, dans une situation comparable, produisent une discrimination directe ou indirecte des couples homosexuels. L'avant-projet qui ne comprend pas le don de sperme ne satisfait pas à cette exigence. Nous sommes dès lors d'avis que du point de vue de l'égalité des droits pour toutes et tous, il est impératif de choisir la variante qui le comprend.

La Fédération romande des associations LGBT salue en particulier le fait que le présent projet prévoit une ouverture du mariage par une simple modification de loi au lieu d'une modification

constitutionnelle. L'avis de droit de l'Office fédéral de la justice arrive à la conclusion claire et nette qu'une modification de la Constitution fédérale n'est pas nécessaire, car la Constitution doit être interprétée de manière dynamique et adaptée au temps présent. En conséquence, nous soutenons la position de la majorité de la Commission juridique.

Nous soutenons bien évidemment également l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples homosexuels. Il est aujourd'hui incompréhensible que les couples homosexuels ne puissent pas adopter des enfants ensemble, et ce d'autant plus que des personnes célibataires en ont la possibilité. Dans tous les pays européens qui ont donné accès à l'adoption dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous au cours des 20 dernières années, cette décision a fait ses preuves.

4. Variante avec accès au don de sperme

Les parents homosexuels sont une réalité depuis très longtemps. On estime qu'en Suisse il y a aujourd'hui entre 6000 et 30'000 enfants vivant au sein de familles arc-en-ciel. La moitié de ces familles a été fondée à partir d'un don de sperme. Dans un cinquième des cas, il s'agissait d'un donneur privé, dans un tiers des cas d'un donneur d'une banque de sperme étrangère. Les dons de sperme sont donc un élément central pour fonder des familles, surtout dans le cas des couples de femmes. La protection légale de ces enfants et de ces familles dans les conditions juridiques actuelles est insuffisante.

De nombreuses études récentes ont prouvé que les enfants élevés par des parents homosexuels se développent tout aussi bien que les enfants élevés par des parents hétérosexuels. Selon les résultats des recherches scientifiques, le bien-être de l'enfant dépend de la qualité de la relation et du climat qui règne dans la famille. Le genre et l'orientation sexuelle des parents n'ont aucune importance. L'Organisation faîtière des familles arc-en-ciel s'est penchée de manière approfondie sur cette question.

La situation juridique actuelle est nettement insatisfaisante pour les familles arc-en-ciel. La nécessité abordée dans le rapport explicatif d'un examen global du droit suisse de la filiation montre bien qu'il ne serait pas raisonnable de reporter la réglementation à ce sujet. Il faut plutôt viser l'égalité en choisissant dès maintenant un projet de mariage pour toutes et tous selon la variante qui prévoit l'accès au don de sperme et à la parentalité dès la naissance. Ceci n'empêche pas un remaniement ultérieur du droit de la filiation, qui devra bien entendu se faire pour les couples homosexuels et pour les couples hétérosexuels.

Nous sommes clairement favorables à l'avant-projet de loi avec la variante concernant l'art. 252 al. 2 et l'art. 259a CC. Le nouvel art. 259a CC proposé contient – de façon analogue à la présomption de paternité de l'art. 255 CC – une présomption de parentalité de la part de l'épouse de même sexe. De telle manière, on garantit en même temps l'accès aux procédures pour la procréation médicalement assistée, puisque cet accès est réservé aux couples pour lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante permet donc, d'une part, de garantir l'accès au don de sperme et, d'autre part, de rendre possible la parentalité dès la naissance.

4a. Pour l'accès au don de sperme une modification de loi suffit

Bien que le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la Justice aient jusqu'ici affirmé que l'accès au don de sperme nécessiterait d'une modification de la Constitution, une expertise du Prof. Dr. Andreas Ziegler de l'Université de Lausanne, datant de janvier 2019, montre que ce n'est pas le cas. L'élément important est le terme de « stérilité », comme il est défini dans la Constitution fédérale en tant que condition préalable pour autoriser le don de sperme. L'expertise du Prof. Ziegler montre que même une stérilité qui ne serait pas due à des raisons « médicales », mais à la nature de la composition du

couple, est conforme à la Constitution. Le terme est donc applicable aux couples homosexuels. Dans son expertise, il explique également que la position de l'Office fédéral de la Justice et du Conseil fédéral repose sur des conceptions sociales traditionnelles remontant aux débuts des années 1990 et qu'il s'agit donc d'une interprétation dépassée de la Constitution. La majeure partie de la doctrine partage aujourd'hui l'avis selon lequel il ne serait pas possible de déduire que la Constitution interdit la procréation médicalement assistée pour les couples homosexuels.

Nous parvenons à la même conclusion que l'expertise du Prof. Ziegler, à savoir que l'actuelle exclusion des couples de femmes du don de sperme ne repose que sur le droit législatif et qu'elle peut par conséquent être modifiée sans toucher à la Constitution. Puisque l'ouverture du mariage civil vise l'égalité de fait des couples homosexuels et hétérosexuels, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme et de perpétuer une discrimination.

4b. Accès au don de sperme

Le don de sperme est très important, car il s'agit aujourd'hui de la méthode la plus utilisée par les couples de femmes pour fonder une famille. De nombreux couples de femmes en Suisse y ont recours grâce à un don de sperme obtenu à l'étranger. Ces femmes s'exposent ainsi inutilement à des risques légaux et de santé et sont obligées de passer par des procédures coûteuses et qui prennent beaucoup de temps. Bien souvent, les couples de femmes qui désirent un enfant s'exposent à des risques pour leur santé, en acceptant des offres douteuses de la part de donneurs (facilement repérables sur Internet) ou en ne se faisant pas suffisamment suivre par un médecin, par peur des conséquences de leur action « illégale ». Les couples hétérosexuels, par contre, reçoivent toutes sortes de prestations liées à l'insémination artificielle en Suisse et ceci de manière sûre et économique. Cette inégalité de traitement est discriminatoire et ne peut être justifiée d'aucune manière.

4c. Parentalité dès la naissance

La modification de loi proposée en tant que variante permet en outre la parentalité dès la naissance pour les couples homosexuels. Cela signifie que les deux personnes d'un couple homosexuel sont légalement considérées parents de l'enfant qu'elles ont voulu et qu'elles ont eu ensemble, et ceci dès la naissance de l'enfant. Ceci évite que la mère qui n'a pas accouché doive passer par la procédure de l'adoption de l'enfant de sa partenaire, une procédure longue, chère et soumise à des conditions très strictes. La pratique montre que, depuis son introduction le 1^{er} janvier 2018, l'adoption de l'enfant du partenaire ne constitue pas une alternative satisfaisante à la parentalité dès la naissance. Ce qui pose problème, ce ne sont pas seulement les strictes conditions ni les temps très longs qui découlent entre la naissance et l'adoption, mais également la « preuve d'aptitude » à laquelle il faut se soumettre : elle est perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Dans le canton de Zurich, par exemple, il est exigé 22 documents qui révèlent des informations très personnelles. De plus, il suffit que le parent voulant adopter ait une maladie pour que le processus soit entravé. Cette procédure d'adoption est discriminatoire, parce que chez les couples hétérosexuels la parentalité légale est obtenue dès la naissance et sans aucune preuve d'aptitude.

Ceci est essentiel, parce que le lien de filiation est lié à des droits relatifs à des questions fondamentales telles que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations des assurances sociales, le droit des successions et les impôts.

4d. Egalité entre couples de femmes et couple d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il

n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5. Appréciation d'autres points de l'avant-projet de loi

5a. Sort/conversion du partenariat enregistré

Il serait souhaitable que les partenariats enregistrés conclus puissent être maintenus pour celles et ceux qui le souhaitent. La possibilité proposée de convertir un partenariat enregistré en mariage sans obstacles bureaucratiques constitue un complément essentiel. Il est tout aussi important que, comme cela a été précisé dans l'avant-projet et dans le cas de dispositions basées sur la durée d'un mariage, que soient également comptées les années du partenariat enregistré qui l'ont précédé.

Ce qui est par contre gênant, c'est que la conversion engendre des coûts supplémentaires. Puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, la procédure de conversion doit être gratuite.

De plus, il faudrait donner suite à la requête d'un modèle de protection juridique similaire à celle du PACS français. Une législation progressiste qui reconnaît les réalités sociales ne peut pas se limiter à garantir des droits réciproques dans le cadre d'une institution rigide comme le mariage. Beaucoup de formes de vie commune – entre personnes hétérosexuelles, homosexuelles ou bisexuelles – ne peuvent pas être réglées par le mariage civil. Il faudrait néanmoins que ces personnes puissent, elles aussi, bénéficier d'une protection juridique réciproque. Il s'agit toutefois d'une discussion qui est, à juste titre, indépendante de la question de l'ouverture du mariage civil, car elle concerne tous les couples et pas seulement les couples homosexuels.

5b. Changement du régime matrimonial

Lors de la conversion d'un partenariat enregistré en mariage civil, et à moins qu'il ait été convenu autre chose, il faudra également réajuster le régime matrimonial. Ainsi, à l'avenir il y aura pour les couples homosexuels le même régime ordinaire et la même liberté de choix que pour les couples hétérosexuels. En vue de la sécurité juridique, il serait raisonnable, comme cela a par ailleurs été préconisé, que le nouveau régime matrimonial n'ait pas d'effet rétroactif jusqu'au moment du début du partenariat enregistré, mais qu'il déploie ses effets à partir du moment de la conversion en mariage. Dans le cas contraire, pour de nombreux couples le processus pourrait être trop complexe, voire devenir un obstacle à la conversion du partenariat enregistré en mariage civil.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est elle aussi une solution pragmatique et positive.

Pour certains couples, le changement du régime matrimonial peut avoir des conséquences importantes. C'est pourquoi, il est impératif que les couples soient très bien informés par les offices de l'état civil avant de procéder à la conversion.

5c. Accès à l'adoption conjointe

Puisqu'à l'avenir les couples homosexuels mariés seront considérés comme épouses ou époux, ils auront automatiquement accès à la procédure pour l'adoption. Ceci correspond à une revendication d'égalité attendue depuis longtemps et absolument nécessaire. Plusieurs études montrent que les enfants élevés dans des familles arc-en-ciel sont sur un pied d'égalité par rapport aux enfants élevés dans des familles hétérosexuelles et que leur développement sur les plans personnel et social sont comparables. Les arguments développés sous le point 4 sont également à reprendre ici.

5d. Naturalisation

Nous saluons le fait que l'ouverture du mariage civil pour toutes et tous permet d'appliquer les dispositions régissant les conditions pour la naturalisation des personnes mariées avec un-e citoyenne suisse sans distinction entre les couples hétérosexuels et les couples homosexuels.

Dans la version allemande de la loi sur la nationalité suisse (LN), dans la section « Naturalisation facilitée », il faudra adapter le titre de l'art. 21 pour corriger la formulation actuelle qui fait référence à la « femme » et au « mari ».

5e. Rentes de survivants

Dans le rapport explicatif, il est indiqué que des modifications dans le domaine des rentes de survivants ne sont pas nécessaires. Le présent projet ne vise pas à établir une égalité entre les rentes des veuves et celles des veufs, qui sont aujourd'hui régies par des règles différentes.

Il est logique et positif que les veuves au bénéfice d'un mariage homosexuel aient les mêmes droits que celles au bénéfice d'un mariage hétérosexuel. Ceci constituerait une amélioration par rapport à la situation actuelle, où les veuves au bénéfice d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à une rente de veuf, qui est non seulement moins élevée, mais aussi qui ne correspond pas à leur statut : une veuve n'est pas un veuf !

6. Droit international privé

Les modifications dans le droit international privé sont à saluer, puisqu'elles garantissent enfin une reconnaissance complète des mariages conclus à l'étranger par des couples de même sexe. Un point essentiel est le changement automatique, et avec effet rétroactif, du régime matrimonial au régime ordinaire de la participation aux acquêts. La solution préconisée d'une simple déclaration écrite unilatérale si l'un-e des partenaires ne souhaitait pas ce changement est tout à fait raisonnable. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de façon complète quant à cette possibilité ainsi que sur le fait qu'ils n'ont que six mois pour agir.

7. Langue non genrée

Au vu de la grande quantité de modifications nécessaires, le fait que l'on renonce à adapter l'ensemble du droit matrimonial pour qu'il soit formulé dans une langue non genrée est pour xxx une opportunité manquée.

À ce propos, il faut également rappeler le postulat Flach, qui demande une suppression des références au sexe non justifiées dans les textes de loi. L'usage d'une langue non genrée dans tous les domaines du droit – même dans le droit matrimonial – serait dès lors incontournable.

8. Conclusion

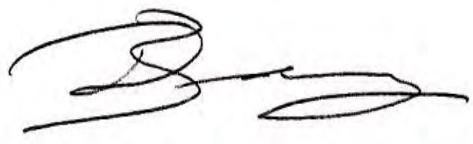
Pour résumer, nous sommes très favorables à cet avant-projet sur le mariage civil pour toutes et tous à condition que soit choisie la variante avec accès au don de sperme.

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour la Fédération romande des associations LGBT

A handwritten signature in black ink on a light gray background. The signature reads "M. Burkhalter" in a cursive, flowing style.

Maya Burkhalter, co-présidente

A handwritten signature in black ink on a white background. The signature reads "D. Bonny" in a cursive, flowing style.

Didier Bonny, co-président

Ansprechpartner: Muriel Brinkrolf
Direktnummer: +41 31 388 88 41
muriel.brinkrolf@fsp.psychologie.ch

Bern, 18. Juni 2019

Elektronischer Versand
Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
CH-3003 Bern
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Stellungnahme der FSP zum Gesetzesvorentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Seit 2007 ermöglicht die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlichen Paaren ihre Beziehung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten rechtlich abzusichern, jedoch mit klaren Unterschieden zur Ehe. Diese Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare in Bezug auf den Eheschluss soll mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf beseitigt werden. Die FSP begrüßt diesen Entscheid. Neben der Kernvorlage befürwortet die FSP zudem auch die zur Diskussion gestellte Variante, mit der der Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare geöffnet werden soll. Die FSP ist der Meinung, dass eine tatsächliche Gleichstellung nur dann erreicht werden kann, wenn neben der Ehe auch der Zugang zur Samenspende für verheiratete Frauenpaare ermöglicht wird – so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist.

Realität ist, dass Kinder heute in unterschiedlichsten Familienkonstellationen mitunter von gleichgeschlechtlichen Eltern erzogen werden. Auch werden viele Familien mit Hilfe der Samenspende im Ausland gegründet. Die Forschung hat mehrfach bestätigt¹, dass das Geschlecht der Elternteile für das Kindeswohl unerheblich ist. Die Gesetze müssen diesen aktuellen Verhältnissen angepasst werden und folgende Benachteiligungen beheben:

- Kinder gleichgeschlechtlicher Eltern sind heute nicht ab Geburt abgesichert, weil das Kindesverhältnis erst durch die Adoption begründet wird. So ist das Kind beispielsweise beim Tod des nichtleiblichen Elternteils nicht erbberechtigt, nicht pflichtteilsgeschützt und erhält keine Waisenrente.
- Eine rechtliche Elternschaft der nicht leiblichen Mutter ist nur über den Weg der Stiefkindadoption möglich. Dieser Weg ist kostenintensiv, langwierig und auch mit Risiken behaftet.
- Lesbische Frauen müssen heute für eine Samenspende auf Samenbanken im Ausland zurückgreifen. Auch die medizinischen Leistungen für die künstliche Befruchtung sind ihnen in der Schweiz verwehrt. Demgegenüber ist das Verfahren für heterosexuelle Paare klar geregelt und bestens etabliert.

Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art.8 Abs. 2 BV) befürwortet die FSP klar, dass die vorgeschlagene Variante mit dem Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche Frauenpaare

¹ Zusammenfassung der Forschungsarbeit zum Thema Kindeswohl und gleichgeschlechtlicher Eltern: <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents/>

in die Kernvorlage integriert wird. Die FSP begrüßt es zudem, dass die Kommission sich wegen erwarteter Verzögerung und politischer Risiken für ein Vorgehen mit einer Kernvorlage entschieden hat und so der Öffnung der Ehe Priorität einräumt – dies im Wissen, dass für eine kohärente Gesetzgebung die Diskussionen zu den Hinterlassenenrenten, zum Zugang zur Fortpflanzungsmedizin, wie auch diejenige zu einer weiteren gesetzlich geregelten Lebensform neben der Ehe, in nachfolgenden Revisionen geführt werden müssen.

Freundliche Grüsse



Yvik Adler
Co-Präsidentin FSP



Muriel Brinkrolf
Geschäftsleiterin FSP a. I.



Für Fragen oder Rückmeldungen:

Valentin Abgottspön

Vizepräsident der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Verantwortlicher Ressort Politik

valentin.abgottspön@frei-denken.ch

0786710803

Postanschrift: Freidenker-Vereinigung der Schweiz, FVS, 3000 Bern

Lyss, 21.6.2019

An: debora.gianinazzi@bj.admin.ch (per Mail)

Vernehmlassungsantwort

«Ehe für alle», Gesetzesänderungen betreffend parlamentarische Initiative 13.468

Angaben zum Absender dieser Vernehmlassungsantwort:

Die **Freidenker-Vereinigung der Schweiz** mit ihren Kantonalsektionen setzt sich ein für die Belange der konfessionsfreien, religionsungebundenen Menschen in der Schweiz. Wir treten für eine Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften ein, kämpfen für die Einhaltung der Menschenrechte und setzen uns für eine offene, pluralistische, tolerante Gesellschaft ein. Die Öffnung der Ehe für alle betrifft unmittelbar Fragen der Toleranz und Menschenrechte, deshalb nehmen wir Stellung in dieser Vernehmlassung.

Wir sprechen uns in seiner Gesamtheit dem vorgeschlagenen Vorgehen zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 13.468 aus. Wir stimmen somit mit der **Kernvorlage** überein. Zudem **befürworten** wir explizit – wie in der zusätzlichen, ergänzenden **Variante** dargelegt – den Zugang zur **Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare**.

Begründung, Erwägungen, Details und Studien

Die parlamentarische Initiative wurde bereits im Dezember 2013 eingereicht, es ist unserer Ansicht nach an der Zeit, dass die Umsetzung erfolgt. Gesellschaftlich hat sich das Klima in den letzten Jahrzehnten signifikant verändert, was Themen wie gleichgeschlechtliche Liebe, Partnerschaft, Ehe usw., aber auch ganz allgemein das Themenfeld LGBTIQ betrifft. Mitverantwortlich für diesen Wandel zu mehr Toleranz und Akzeptanz hin ist auch die verminderte religiöse Bindung der Schweizerinnen und Schweizer. Gerade in der vorliegenden Frage um die Ehe für alle (bei der es ja um die Zivilehe geht, nicht etwa um deren religiöse Rahmung) kommen die negativen, ablehnenden Wortmeldungen vorwiegend, gar nahezu ausschliesslich, von Menschen mit ausgeprägt konservativem Religionshintergrund und von Lobbys, welche – mehr oder weniger versteckt – in dieser Frage religiöses Gedankengut vertreten.

Es geht nicht an, dass eine ehegleiche Partnerschaft zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Partnern oder Partnerinnen abgewertet wird und eine andere

Bezeichnung als Ehe hat. Wer die Ehe eingehen will, wer diese Partnerschaft mit all ihren Rechten UND Pflichten eingehen will: Soll dies dürfen. Da die staatliche Ehe für Partner verschiedenen Geschlechts offen steht, soll sie unter den genau gleichen Voraussetzungen auch von Paaren gleichen Geschlechts geschlossen werden dürfen.

Es geht hier ganz konkret um eine menschenrechtliche Frage der Gleichberechtigung und eine Abschaffung einer bestehenden Diskriminierung. Eine Diskriminierung herrscht in der Schweiz aktuell durch die Privilegierung gemischtgeschlechtlicher Partnerschaften/Ehen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz, und nicht etwa blosse Duldung oder Toleranz gegenüber LGBTIQ-Menschen und ihren Lebensentwürfen ist gestiegen und in der Schweiz mittlerweile auf einem hohen Niveau. Umso dringender angebracht ist es, dass die Gesetzgebung endlich der gesellschaftlichen und kulturellen, der gelebten Realität angepasst wird. Wir würden uns selbstverständlich auch dann für eine Anpassung der Gesetzgebung einsetzen, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz nicht derart hoch wäre. Was diesbezüglich inzwischen recht breite zivilgesellschaftliche Akzeptanz geniesst, gehört für Freidenkerinnen und Freidenker schon längst zu ihren gelebten Werten.

Wir begrüssen explizit die vorgesehene Gleichstellung in allen Aspekten. Insbesondere begrüssen wir die vorgeschlagenen Verbesserungen und Anpassungen bezüglich Familiengründung und Adoption.

Meist wird von religiös-konservativer Seite beim Thema Nachwuchs/Familiengründung/Adoption das **Kindswohl** thematisiert und beispielsweise wird vorgebracht, dass Kinder, welche zwei Väter oder zwei Mütter hätten, dem Risiko ausgesetzt seien, öfter gehänselt, gemobbt oder ausgeschlossen zu werden, als Kinder aus oder in «normalen Verhältnissen». Letztere Begriffe verwenden die Interessenvertreter von konservativen Rollenbildern manchmal mit, manchmal ohne Anführungszeichen. Ich erlaube mir, hier auch etwas in Anführungszeichen zu setzen: Derartige «Argumente» unterschlagen, dass ein allfälliges Mobbing von Kindern aus Regenbogenfamilien usw. meistens GERADE aus der rückständigen Ideologie konservativer Rollenbilder und religiöser Vorstellungen hervorgeht!

In einer breiten Studie (Farr et al, 2017) wird das Verhalten beim Spielen untersucht. Die Schlussfolgerung lautet**: «Es scheint, als sei eine Familie mit einem männlichen und einem weiblichen Elternteil weder nötig, um typische Geschlechtsidentitätsentwicklung bei Kindern zu ermöglichen, noch behindert sie Geschlechtsnonkonformität.»*

*Link zur Studie, engl., konsultiert am 20.6.2019: <https://link.springer.com/article/10.1007%2Fs11199-017-0812-5>

**Link zu einer deutschsprachigen Zusammenfassung, konsultiert am 20.6.2019: <https://www.aerztezeitung.de/medizin/fachbereiche/paediatrie/article/941090/geschlechtsidentitaet-homosexuelle-eltern-laesst-kinder-kalt.html>

Zuweilen wird auch vorgebracht, dass es doch eigentlich das Ziel einer Ehe sei oder sein müsse, sich auf herkömmlichem biologischen Weg fortzupflanzen und Nachwuchs zu erhalten. Einerseits ist diese Definition nicht jene des Schweizer Rechts, andererseits wird bei der Schliessung einer Ehe ja aktuell mitnichten vom Standesamt ein Test der Fruchtbarkeit der Ehepartner veranlasst. Es wird von den Ehepartnern auch keine Absichtserklärung verlangt, sich innert nützlicher Frist gefälligst fortzupflanzen.

Es wird – auch wiederum vorwiegend von religiösen Lobbys – vorgebracht, **Kinder sollten idealerweise bei einem Vater und einer Mutter aufwachsen**. Studien zeigen jedoch, dass auch Kinder mit zwei Vätern oder zwei Müttern sehr gut aufwachsen und deren körperliche oder psychische Gesundheit keineswegs in irgendeiner Gefahr ist.

Wenn die Mutter eines Kindes stirbt, wird dem Vater ja auch nicht vom Staat vorgeschrieben, innert einer Frist wieder eine Frau zu heiraten, damit die Kinder gefälligst auch ein «weibliches Rollenvorbild» oder eine feminine Bezugsperson erhalten. Es geht darum, dass Kinder eine liebevolle Umgebung erfahren dürfen. Und dies ist klar unabhängig von der Frage, ob sich nun Eltern verschiedenen Geschlechts oder gleichen Geschlechts um den Nachwuchs kümmern. Falls Kinder in gleichgeschlechtliche Ehen oder Familien aufgenommen werden, sind diese gewollte und gewünschte Kinder, welche genau wie in «traditionellen» Konstellationen gedeihen können und gedeihen werden. Diese Kinder werden in genau gleicher Weise zu wertvollen erwachsenen Mitgliedern unserer Gesellschaft werden.

Stellvertretend für viele andere Zusammenfassungen von Forschungsergebnissen, zitieren wir hier aus «Forschungsergebnisse zu Regenbogenfamilien» (Nay, Universität Basel, 2011, Fussnoten/Belege usw. beim Dokument selber: <https://www.regenbogenfamilien.ch/docus/FAQ-Forschung.pdf> konsultiert am 20.6.2019)

Zusammenfassend für verschiedene Untersuchungsergebnisse, darunter Langzeitstudien aus den USA, kann festgehalten werden: Die Kinder mit einem oder mehreren homosexuellen Elternteilen entwickeln sich nicht anders als Kinder mit heterosexuellen Eltern. Studien aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und den USA stimmen in folgenden Ergebnissen überein:

- *Persönlichkeitsentwicklung, schulische und berufliche Entwicklung sowie emotionale und soziale Kompetenz verläuft nicht anders als bei Kindern mit heterosexuellen Eltern*
- *Keine erhöhte Depressionsneigung, eher etwas höheres Selbstwertgefühl und mehr Autonomie in der Beziehung zu beiden Elternteilen als bei Gleichaltrigen mit heterosexuellen Eltern*
- *Freundschaften und intime Beziehungen, Umgang mit körperlichen Veränderungen in der Pubertät werden von Kindern aus Regenbogenfamilien nicht anders gestaltet als von Gleichaltrigen aus heterosexuellen Familienkonstellationen*
- *Im Vergleich zu Kindern mit heterosexuellen Eltern sind Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern nicht öfter oder seltener homosexuell und sie entwickeln gleichermassen eine Geschlechtsidentität innerhalb der üblichen Geschlechterrollen*

*Die Untersuchungen ziehen das Fazit: **Nicht die sexuelle Orientierung der Eltern ist entscheidend für das Wohlergehen und die Entwicklung der Kinder, sondern die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie. Keine der bisherigen Studien sowohl im englisch- noch im französisch- oder deutschsprachigen Raum hat gezeigt, dass Kinder von Lesben und Schwule signifikante Nachteile im Vergleich mit Kindern von heterosexuellen Eltern hätten.***

Es gelingt den Menschen, welche die Ehe für alle verhindern möchten und immer wieder gegen die gesellschaftliche Akzeptanz andersartiger Lebensentwürfe agitieren, immer schlechter, zu verbergen, dass hinter ihren Ideen religiöse Vorstellungen stecken, dass teils biblische Vorstellungen durchgesetzt werden sollen. Es ist der Schweiz des 21. Jahrhunderts unwürdig und unangemessen, dass diese Überbleibsel religiöser Denkweise, dass diese überkommenen Rollenbilder und Einstellungen einen beträchtlichen Teil unserer Gesellschaft vom Glück – beispielsweise durch Gründung einer Familie mit Nachwuchs – ausschliessen.

Auch bezüglich Datenschutz oder Diskriminierungsschutz stimmen wir mit den Einschätzungen im Entwurf überein. Aktuell ist die Angabe des Zivilstandes «in einer eingetragenen Partnerschaft» gegenüber dem Arbeitgeber oder bei Bewerbungsverfahren gegenüber möglichen zukünftigen Arbeitgebern zumindest heikel. Diese Angabe stigmatisiert und lässt den Rückschluss auf die sexuelle Orientierung des Arbeitnehmenden oder der Bewerberin zu. Das kann negative Folgen haben. Die sexuelle Orientierung gehört menschenrechtlich aber zu den besonders schützenswerten Daten. Die aktuellen Regelungen stellen einen eigentlich nicht mehr hinzunehmenden Eingriff in die Intimsphäre dar.

Da bestehende eingetragene Partnerschaften nach der Einführung der Ehe für alle bestehen bleiben werden, sollte zudem ein anderer Begriff für den Zivilstand von Personen, die in eingetragener Partnerschaft lebten und deren Partnerin oder deren Partner verstarb, geschaffen werden. «Aufgelöste Partnerschaft» ist kein adäquates Pendent zu «verwitwet». Wir schlagen vor, für diese Personen der Einfachheit halber ebenfalls den Begriff «verwitwet» zu verwenden.

Ergänzend halten wir fest: Falls die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft auch weiterhin bestehen bleiben sollte, müsste diese auch gemischtgeschlechtlichen Paaren offen stehen. Damit würde man allen bindungswilligen Personen ein schlankeres und ein umfassenderes zivilgesetzliches Regelwerk anbieten.

Die Schweiz darf sich in guter Gesellschaft wissen, wenn wir die Öffnung der Ehe für alle vollziehen. Die Niederlande, Belgien, Spanien, Norwegen, Frankreich, Irland, Deutschland und Österreich... Das ist die nicht vollständige Aufzählung der europäischen Länder, welche in den letzten 20 Jahren ihre Rechtsordnung diesbezüglich verändert haben. Es ist unser Wunsch und unsere Bestrebung, dass die Schweiz dieser Liste möglichst bald hinzugefügt wird.

Für eine offene, liberale, tolerante, eine humanistische Schweiz!

Für die Freidenker-Vereinigung der Schweiz



Valentin Abgottspoon, Verantwortlicher Ressort Politik



frei-denken.ch
Freidenker-Vereinigung der Schweiz
säkular . humanistisch . rational

Kommission für Rechtsfragen
Nationalrat«Firma_1_Zeile»«Firma_2_Zeile»

Elektronische Übermittlung an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 21. Juni 2019

Stellungnahme

**zum Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
zur Parlamentarischen Initiative «Ehe für alle»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne beteiligt sich die Frauenzentrale Zürich am Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur Parlamentarischen Initiative Ehe für alle, eröffnet am 14.03.2019. Der Vorentwurf sieht die Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts per Gesetzesänderung vor.

Die 1914 gegründete Frauenzentrale Zürich unterstützt, vertritt und vernetzt die Anliegen von Frauen. Zum statutarischen Zweck gehört die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, Familie, Politik und Gesellschaft. Die Frauenzentrale Zürich

hat als parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Dachverband aktuell rund 130 Kollektivmitglieder und 1'600 Einzelmitglieder.

Die Frauenzentrale Zürich spricht sich für eine zeitgemäße Ausgestaltung des Ehrechts aus. Allen Paaren soll unabhängig ihres Geschlechts dieselben Rechte zustehen. Die Beschränkung des Instituts der Ehe auf eine Frau und einen Mann ist überholt. Der Gleichstellungsgedanke gebietet es, dass Paare unabhängig ihres Geschlechts eine Ehe eingehen sowie eine Familie gründen und leben können. Auch ihren Kindern soll das Recht Normalität vermitteln.

Es versteht sich von selbst, dass jede Anpassung des Rechts in diese Richtung begrüßt wird, bis eine vollständige Revision vollzogen ist (siehe den erläuternden Bericht, S. 15). Besonders die Ausgrenzung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien lässt sich aufgrund ihrer breiten Akzeptanz nicht mehr rechtfertigen. Für sie ist die Ehe ohne weitere Verzögerung auf Gesetzesstufe einzuführen.

Folglich sprechen wir uns dafür aus, dass die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Ehen in allen Rechtsbereichen verwirklicht wird, so auch im Einbürgerungsverfahren, im Sozialversicherungsrecht, im Familienrecht (insbesondere zivilrechtliche Elternschaft und gemeinsame Adoption) sowie im Fortpflanzungsmedizinrecht. Gleichgeschlechtliche Ehen sind in der gesamten Rechtsordnung gleichwertig mit sämtlichen Rechten auszustatten.

Aus dieser Gleichheitsüberlegung soll auch jedes Kindsverhältnis entsprechend dem geltenden Recht primär kraft Ehe begründen werden. Es liegen keine sachlichen Gründe vor, die es rechtfertigen würden, unehelich geborene Kinder aufgrund der Gleichgeschlechtlichkeit ihrer Eltern ungleich zu behandeln. Art. 252 Abs. 2 neuZGB, wie er im Entwurf als Variante vorgeschlagen wird, ist in geltendes Recht zu überführen. Genau genommen hätte der Artikel Kern der Vorlage zu sein. Die zivilrechtliche Begründung des Kindsverhältnisses ist im traditionellen Ehrechth tief verankert.

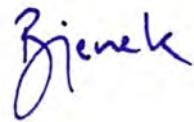
Zusätzlich möchte die Frauenzentrale auf das emanzipatorische Moment der Vorlage in der Frauengeschichte hinweisen. Bis anhin war es einer Frau nur möglich, mit einem Mann eine Familie zu gründen und hierfür eine Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Diese war geprägt von Rollenzuweisungen. Mit der Öffnung der Ehe wird die Frau bezüglich der Personenwahl, was die Geschlechtsmerkmale betrifft, vollkommen befreit, was wir begrüssen. Wir erhoffen uns, dass sich damit auch die Wahrnehmung von Frau und Mann verändert und Klischees dekonstruiert werden.

Abschliessend unterstreicht die Frauenzentrale Zürich, dass sie die vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Öffnung der Ehe, inklusive des gleichberechtigten Zugangs zur Fortpflanzungsmedizin, vollumfänglich befürwortet.

Freundliche Grüsse



Marianne Breu, Präsidentin



Sandra Bienek, Vorstandsmitglied



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 13. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

GaySVP ist ein Verein der innerhalb der SVP Schweiz politisch aktiv ist und gegenwärtig über 100 Mitglieder zählt, welche sich mit der SVP identifizieren bzw. in der SVP aktiv sind, und gleichzeitig homosexuell sind. Der Verein besteht seit dem Jahr 2010.

GaySVP begrüßt grundsätzlich jeden Schritt, welcher zur Aufhebung von Benachteiligungen von homosexuellen Frauen und Männern führt, ist aber nicht der Auffassung, dass die «Ehe für alle» der einzige richtige Schritt dazu ist. Gays überall in der Welt kämpfen bereits seit Jahrzehnten offen und aktiv für die Anerkennung und Würdigung ihrer Andersartigkeit. So gesehen kann auch die Haltung vertreten werden, dass die Übernahme einer Rechtsform, welche auf heterogeschlechtliche Beziehungsmuster konzipiert wurde, nicht der zwingende Schluss zur Beseitigung von Diskriminierung sein muss. Es wäre aus Sicht der GaySVP deshalb wünschenswerter gewesen, wenn einzelne Bestimmungen zur Behebung von klarerweise nach wie vor vorhandenen Diskriminierungen entweder im Rahmen der Ausgestaltung der eingetragenen Partnerschaft oder in anderer geeigneter Form angepasst worden wären.

Da nun aber der beschriebene Weg der «Ehe für alle» zur Stellungnahme vorliegt, nimmt die GaySVP gerne dazu wie folgt Stellung:

Die GaySVP begrüßt die vorgesehenen Regelungen bzgl. Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft wie auch die Möglichkeit, diese nach wie vor beizubehalten. Hingegen wird die Regelung abgelehnt, wonach künftig keine eingetragenen Partnerschaften mehr abgeschlossen werden können. Die GaySVP ist der Auffassung, dass dies weiterhin möglich sein soll, da es für viele homosexuelle und bindungswillige Menschen wie bereits erwähnt nicht erstrebenswert ist, sich in heteronormative Rollen zwängen zu lassen.

Neu sollen im Ausland geschlossene Ehen von Personen gleichen Geschlechts künftig auch in der Schweiz als Ehe anerkannt werden. Die GaySVP regt diesbezüglich an, dass künftig ein Wahlrecht gewährt sein soll, wonach im Ausland geschlossene Ehen von Personen gleichen Geschlechts in der Schweiz entweder als Ehe oder als eingetragene Partnerschaft anerkannt werden sollen.

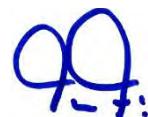
GaySVP begrüßt den ausgearbeiteten Variantenvorschlag, wonach verheiratete Frauen Zugang zur Samenspende ermöglicht werden soll sowie die vorgesehene Änderung von Art. 259a, wonach die Ehefrau der Mutter eines während der Ehe geborenen Kindes ab Geburt als rechtlicher Elternteil gilt. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass diese Regelungen auch für eingetragene Partnerschaften übernommen werden sollten.

GaySVP bedankt sich für die Gelegenheit zur Abgabe der vorliegenden Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Beat Feurer
Präsident



Thomas Fuchs
Geschäftsführer

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 12. Juni 2019

**Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»
der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

GLL steht als Abkürzung für Gleichgeschlechtliche Liebe Leben. Das Schulprojekt wurde im Jahr 2000 von Lehrpersonen als Arbeitsgruppe der nationalen Dachorganisationen Pink Cross (Schwulenorganisation Schweiz), LOS (Lesbenorganisation Schweiz) und fels (Freunde und Eltern von Lesben und Schwulen) gegründet. Aufgrund der hohen Nachfrage von Schulen aus dem Kanton Zürich entstand 2004 in Zusammenarbeit mit den HAZ-queer Zürich eine eigenständige Regionalgruppe. Im Jahr 2017 wurden schliesslich beide Gruppen zusammengelegt und der Verein „GLL – das andere Schulprojekt“ gegründet. Bei unseren Schulbesuchen und Workshops zum Thema sexuelle Orientierung und Coming-out laden wir die Jugendlichen dazu ein, sich im Dialog mit uns ein persönliches Bild zum Thema sexuelle Orientierung zu machen. Unser Angebot richtet sich an Schulen und Jugendorganisationen in der Deutschschweiz. Wir bieten auch Weiterbildungen und Inputs für Fachpersonen in den Bereichen Pädagogik und Erwachsenenbildung. GLL führt jährlich ungefähr 160 Schulbesuche durch und erreicht damit eine Zahl von rund 2300 Schülerinnen und Schüler.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

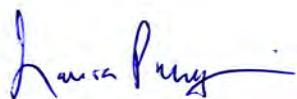
Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt** werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Laura Pestalozzi



Noah Zehnder

Co-Leitung GLL – das anderer Schulprojekt



Gleichstellung von Frauen und Männern

► Gleichstellungskommission des Kantons Basel-Stadt

Gleichstellungskommission
Marktplatz 30a
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 66 81
Fax: +41 61 267 66 80
E-Mail: info@gleichstellungskommission-bs.ch
www.gleichstellungskommission-bs.ch

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats

Basel, 20. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen. Die Gleichstellungskommission Basel-Stadt ist eine regierungsrätliche Kommission mit dem Auftrag, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kanton Basel-Stadt nachhaltig zu verbessern.

Wir befassen uns im Rahmen dieses Auftrags auch mit Ungleichbehandlungen aufgrund des Zivil- und Familienrechts¹. Zahlreiche Paare erfahren im Kanton Basel-Stadt in diesem Bereich eine Diskriminierung, die nicht vereinbar ist mit Art. 8 Abs. 2 der Schweizerischen Bundesverfassung. So ist es gleichgeschlechtlichen Paaren verwehrt, eine Ehe zu schliessen und von den damit einhergehenden Privilegien und Sicherheiten zu profitieren.

Um allen Paaren im Kanton Basel-Stadt Chancengleichheit gewähren zu können, ist es unerlässlich, dass gleichgeschlechtliche Paare dieselben rechtsrelevanten Lebensgemeinschaften eingehen können wie nicht-gleichgeschlechtliche Paare. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist. **Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»).**

¹ Im Frühjahr 2015 lud die Gleichstellungskommission Basel-Stadt zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel «Ist die Ehe ein Relikt?» ein. Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Forschung und rund 80 Gäste diskutierten die rechtliche Sonderstellung der Ehe und neue Lösungen zur besseren Gleichstellung aller Zivilstandsformen.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir, diese sollte aber kostenfrei ermöglicht werden. Zudem möchten wir Sie darauf hinweisen, dass es weitere Massnahmen benötigt, um alle Lebensgemeinschaften gleichzustellen. Wir begrüssen deshalb den in anderen Ländern bereits eingeführten «Pacte civil de solidarité» (Pacs).

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Anette Stade
Präsidentin
Gleichstellungskommission Basel-Stadt



Roman Heggli
Vize-Präsident
Gleichstellungskommission Basel-Stadt

Kommission für Rechtsfragen des Na ats
per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 16. Mai 2019

Unsere Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur «Ehe für alle» Stellung zu nehmen zu können.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaften zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.¹ Zwischen der eingetragenen Partnerschaften gewichen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung zeichnet, verstößt eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die Situation unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche

¹ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten ja, 29 Prozent eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
http://www.tamedia.ch/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Elternteile und auf den ztensiven und teuren Umwann verzichtet werden.
Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerscha-
sen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerscha-
sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.
egangen wären,

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adop- verfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rech- en, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauen- paare umgesetzt** werden muss.

en Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksich- en.

Freundliche Grüsse



Christoph Janser, HAB-Präsident

AG Politik und Gesellschaft:



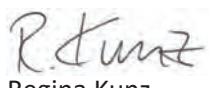
Hans Peter Hardmeier
Koordinat



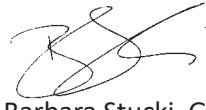
Daniel Frey



David Herren



Regina Kunz



Barbara Stucki, Grossrä

anton Bern



habs queer basel
Postfach 1519
CH 4001 Basel
0041 61 692 66 55
www.habs.ch
vorstand@habs.ch

Absender: Postfach 1519 / CH-4001 Basel
Kommission für Rechtsfragen des
Nationalrads
Per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Basel, 14. Mai 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrads

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

habs queer basel dankt für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur «Ehe für alle» Stellung beziehen zu können.

- Die mit diesem Schreiben Stellung beziehende Organisation **habs queer basel** ist ein Verein und hat zum Ziel, aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus ein selbstbestimmtes Leben von Menschen aller Geschlechtsidentitäten, sexuellen Orientierungen und jeglichen biologischen Geschlechts zu fördern. Solange in unserer Gesellschaft und Kultur Strukturen herrschen, die dazu führen, dass Menschen mit einem diesbezüglich queeren Selbstverständnis ausgegrenzt oder in irgendeiner anderen Weise in ihrer Lebensführung benachteiligt werden, setzt sich **habs queer basel** für deren Emanzipation und Freiheitsrechte ein.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.¹ Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

¹ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Diese Stellungnahme wurde vom Vorstand des Vereins **habs queer basel** an seiner Sitzung am 13. Mai 2019 beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Huber
Mitglied des Vorstandes



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 21. März 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Die HAZ – Queer Zürich machen sich seit 1972 für die Anliegen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und trans Menschen stark. Wir bieten Raum für Treffen, Vernetzung und Veranstaltungen, betreiben diverse Projekte und Arbeitsgruppen, beraten LGBTQ-Personen und Fachpersonen und engagieren uns (gesellschafts-)politisch für Akzeptanz und Gleichstellung von LGBTQ-Personen. Mit Sitz in Zürich ist unser Einzugsgebiet neben Stadt und Kanton auch die weitere Deutschschweiz. Die HAZ waren federführend bei der Kampagne fürs Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare, das im Kanton Zürich bereits 2003 in Kraft trat.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs. Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein.

Mit der Einführung der Stieffkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stieffkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstößt folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁷ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁷ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Die HAZ – Queer Zürich unterstützen die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass die HAZ – Queer Zürich nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürworten.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.⁸**

Begrüßt wird von den HAZ – Queer Zürich insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht

⁸ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

⁹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

¹⁰ Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/>

oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.¹¹ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

¹¹ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA): <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹² Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹³ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem “illegalen” Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses Argument.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüßen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist außerdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer

¹⁵ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

¹⁶ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁷ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

¹⁸ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

¹⁹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²⁰ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage. Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird. Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der Ehe-für-alle-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

Einer Ergänzung bedarf es jedoch bei der Anerkennung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geboren wurden. Da in der vorliegenden Vorlage auch die Kindsverhältnisse geregelt werden, sollte diese Ergänzung im IPRG ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage vorgenommen werden. Entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts soll eine Anpassung des internationalen Privatrechts erfolgen: Wenn ein Männerpaar durch eine Leihmutterenschaft im Ausland Eltern wird, werden momentan nicht beide Elternteile von der Schweiz anerkannt. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichstellung müssten jedoch sämtliche Kindsverhältnisse, welche im Ausland anerkannt sind, auch in der Schweiz anerkannt werden. Entsprechend sollten beide Elternteile als Eltern anerkannt werden, auch wenn das Kind durch eine Leihmutter ausgetragen oder durch andere, in der Schweiz nicht zugelassene Verfahren, gezeugt wurde. Dies liegt im Interesse des Kindeswohls.

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermaßen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Die HAZ – Queer Zürich unterstützen das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehreht – unumgänglich.

²¹ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²² Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²³ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Ehegüterrecht», S. 22.

²⁴ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>



Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Patrick Hadi Huber, Präsidium

Ulla Blume, Präsidium

Ladina Cavelti, Vorstand



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
3003 Bern

Vernehmlassungsverfahren der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zum Gesetzgebungsprojekt „Ehe für alle“ (13.468 n Pa.IV. Fraktion GL)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

1. Formelles

Am 28. Februar 2016 ist die Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ hauchdünn abgelehnt worden (50,8 % Nein-Stimmen; 16 1/2 Kantone stimmten ihr zu). In einer Medienmitteilung vom 15. Juni 2018 musste der Bundesrat einräumen, dass er das Stimmvolk im Vorfeld der genannten Abstimmung mit krass irreführenden Zahlen hinters Licht geführt hatte. In der Folge reichten mehrere Privatpersonen Beschwerde ein mit dem Antrag, die eidgenössische Abstimmung sei aufzuheben bzw. eine Verletzung der politischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger festzustellen. Mit Urteil vom 10. April 2019 hiess das Bundesgericht die Beschwerde gut.

In Respektierung der politischen Entscheidungsprozesse eines direkt-demokratischen Staates, wie es die Schweiz ist, beschloss die Wirtschaftskommission des Ständerates nach Kenntnisnahme des bundesrätlichen Zahlenschwindels, die Beratungen der bundesrätlichen Vorlage vom März 2018 zur Eliminierung der Heiratsstrafe bis zum Vorliegen des Urteils des Bundesgerichts zu sistieren. Nicht so die Mehrheit Ihrer Kommission: In Verkennung und Missachtung demokratisch-rechtsstaatlicher Grundsätze eröffneten Sie am 14. März 2019, also nur wenige Wochen vor dem einschlägigen Bundesgerichtsurteil, ein Vernehmlassungsverfahren mit dem Ziel der Legalisierung der „Ehe für alle“ und der Samenspende für lesbische Paare. Sollte nun, wie es die Juristen der Bundesverwaltung und renommierte Staatsrechtler wie die Professoren Ulrich Sacher und Rainer J. Schweizer korrekterweise fordern, die Abstimmung über die gleiche Vorlage tel quel dem Stimmvolk erneut unterbreitet werden, würde sich im Falle einer Annahme Ihr Vorpreschen vollends als eine zeit- und ressourcenverschleissende, ideologiesteuerte Nullnummer erweisen.

2. Materielles

Human Life International (HLI) lehnt das Gesetzgebungsprojekt „Ehe für alle“ und insbesondere die darin enthaltene Zusatz-Variante der Legalisierung der Samenspende für lesbische Paare ab. Nach klassischem Verständnis ist die Ehe eine Verbindung von Mann und Frau, ihrer Natur nach hingeordnet auf die Weitergabe des Lebens. Die Zeugung von

Nachkommen kann mit Fug als ihr Alleinstellungsmerkmal bezeichnet werden, sie ist einem gleichgeschlechtlichen Paar, sei es homosexuell oder lesbisch, nicht möglich. Professor Ottfried Höffe, ehemals Präsident der Nationalen Ethikkommission, hat diesen Fakt wie folgt umschrieben: „Der Grund, nicht die eingetragene Partnerschaft, wohl aber die Ehe auf heterosexuelle Partner zu beschränken, liegt auf der Hand: Ausschliesslich die heterosexuelle Beziehung ist über die Bedingungen blosser Partnerschaft, also Dauer, Verlässlichkeit und Intimität, hinaus auf die Zeugung von Nachkommen angelegt. Gewiss, die einzelnen Ehepaare müssen Kinder weder haben können noch wollen. Die Ehe als Rechtsinstitut ist aber auf die für die Menschheit existentiell notwendige Zeugung von Nachkommen angelegt. Diese ist nämlich nicht bloss langfristig für die Fortpflanzung des Menschengeschlechts, sondern schon mittelfristig für jene nächste und übernächste Generation unerlässlich, die die finanzielle Rente, die soziale und die medizinische Altersvorsorge der Eltern- und Grosselterngeneration übernimmt“ (Ottfried Höffe, *Die Ehe für alle ist kein Gebot säkularen Rechts*, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. März 2019, S. 12).

Ein unserer Rechtskultur inhärenter, unbestrittener Grundsatz lautet: *Gleiches ist nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln*. Es ist deshalb geradezu grotesk, wenn im Erläuternden Bericht behauptet wird, der Vorbehalt des Rechtsinstituts der Ehe für heterosexuelle Paare und das Verbot der Samenspende für lesbische Paare käme einer Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gleich (vgl. S. 15 et passim). Das Gegenteil ist der Fall. Eine Legalisierung des Gesetzgebungsprojektes „Ehe für alle“ und insbesondere der Samenspende für lesbische Paare würde vielmehr darauf hinauslaufen, Ungleiches gleich zu behandeln. Um nochmals Professor Höffe zu zitieren: „Homosexuellen Paaren ist das „dafür sachgerechte Rechtsinstitut, die eingetragene Partnerschaft, zu gewähren. Alles andere widersprüche dem so grundlegenden Gleichheitsgebot und dem nicht minder grundlegenden Diskriminierungsverbot“ (l.c.).

Ausgesprochen befremdend wirkt die Art und Weise, wie die Mehrheit Ihrer Kommission mit Rechtsgutachten und wissenschaftliche Gesetzeskommentaren umgeht. Nicht ins ideologische Konzept passende Feststellungen werden ausgeblendet oder nur partiell zur Kenntnis genommen, bei fehlendem wissenschaftlichem Support werden auf die Schnelle bestellte, als „Kurzgutachten“ getarnte Werbespots in eigener Sache aus dem Hut gezaubert. So wird im Erläuternden Bericht eingeräumt, dass gemäss „den Materialien und einem Teil der Lehre der Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von den Fortpflanzungsmedizinverfahren direkt auf der Bundesverfassung (Art. 199 Abs. 2 Bst. c B) beruhe, da der verfassungsrechtliche Begriff der Unfruchtbarkeit nur auf verschiedengeschlechtliche Paare anwendbar sein könne (S. 15). Das zu dieser Thematik erstellte Rechtsgutachten des Bundesamtes für Justiz vom 7. Juli 2016 hält demgegenüber fest: „Gemäss den Materialien und dem überwiegenden Teil der Lehre beruht der Ausschluss homosexueller Paare von Fortpflanzungsmedizinverfahren direkt auf der Bundesverfassung...“ (S. 8). Was läge also näher, als sich dieser Auffassung anzuschliessen und konsequenter- und ehrlicherweise dem Stimmvolk eine Revision der Bundesverfassung vorzuschlagen, wenn man denn diese Art der Fortpflanzung auf Biegen und Brechen legitimiert haben will? Aber nein, wäre ja viel zu riskant und mühsam, darf doch nicht sein,



dass ein so fortschrittliches Gleichstellungsprojekt allenfalls gar am schnöden Ständemehr scheitern würde. Das von Ihrer Kommission bestellte, auf S. 15 allen Ernstes als „Gutachten“ apostrophierte Elaborat des Lesben-Lobbyisten Andreas Ziegler lieferte das gewünschte Resultat: Nur der Bundesverwaltung und einigen wenigen älteren (sic) Autoren sei die Tatsache geschuldet, dass der Begriff „Unfruchtbarkeit“ im Sinne von Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV gemischtgeschlechtlichen (sic). Paaren vorbehalten worden sei. Einer verfassungsfreien Ausweitung der Fortpflanzungsmedizin auf gleichgeschlechtliche Paare stehe mithin nichts im Wege. Die semantische Umpolung, ja Verfälschung zentraler rechtsstaatlicher Begriffe wie „Gleichstellung“ und „Diskriminierung“ wird hier auf die Spitze getrieben.

Schliesslich würde die Legalisierung der Samenspende für lesbische Paare bedeuten, einem Kind seinen Vater wissentlich und willentlich vorzuenthalten. Der gegenwärtig flächendeckend grassierende, zunehmend alle gesellschaftlichen Segmente in Beschlag nehmende Kult der Selbstbestimmung bzw. Autonomie geht auch in diesem existentiellen Bereich unausweichlich einher mit einer massiven Fremdbestimmung und Instrumentalisierung von Dritten, in casu den Kindern. Besonders krasse, menschenverachtende Formen nimmt dieser Ego-Kult an, wenn – wie in einem Beispiel der NZZ vom 29. Mai 2019 geschildert – der Samenspender zeitlebens anonym bleibt. Das betroffenen Kind wird zeit seines Lebens nie wissen, wer sein Vater ist.

Mit bestem Dank für die Kenntnisnahme und freundlichen Grüßen
Human Life International (HLI) Schweiz

Zug, den 21. Juni 2019

Pfr. Dr. theol. Roland Graf
Präsident a.i.

Niklaus Herzog lic.iur et theol.
Vize-Präsident

Ch. Keel-Altenhofer
Sekretär

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bellinzona, 21 juin 2019

**Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous »
de la Commission des affaires juridiques du Conseil national**

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Nous sommes une association créée par les gais et les lesbiennes en 2006 à Bellinzona. Notre objectif, pour tous ceux qui, de près ou de loin, sont confrontés à toutes les questions d'identité sexuelle est créer des espaces de rencontre, comparaison pour toute la communauté homosexuelle, bisexuelle, transsexuelle et hétérosexuelle de la Suisse italienne; mettre en œuvre toutes les manifestations qui peuvent soutenir et promouvoir la pleine dignité de chaque personne, dans son propre chemin d'identité sexuelle.

Depuis 2006, nous avons organisé une multitude d'occasions pour nous rencontrer et discuter des questions relatives aux LGBT+. Apéritifs et fêtes, journées d'étude, publication de brochures, activités de sensibilisation dans les écoles, festival du film LGBT+ et enfin coorganisateur de la Pride 2018 - Lugano.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agrérer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.



Federico De Angelis
Co-coordonnateur



Mattia Modini
Co-coordonnateur

Associazione
Imbarco Immediato
CH-6500 Bellinzona

T: +41 (0)79 849 87 17

imbarcoimmediato.ch
info@imbarcoimmediato.ch

 imbarcoimmediato
 imbarcoimmediato

Neuchâtel / Bern, 18. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»
der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch
Frist: 21. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung nehmen zu dürfen.

InterAction Suisse hat sich zum Ziel gesetzt, Forderungen und Erfahrungen von Menschen mit Variationen der Geschlechtsentwicklung sichtbar zu machen, den Betroffenen psychologische, rechtliche und soziale Unterstützung zu bieten und sich gegen die chirurgischen, medizinischen und hormonellen Behandlungen, denen intergeschlechtliche Personen ohne ihre Zustimmung unterzogen werden, zu engagieren.

Die Begriffe «Intersexualität/intersexuell» sind insbesondere verwirrend und pathologisierend, weshalb wir diese Begriffe auch für deutsche Texte ablehnen (sie werden auch von der Medizin nicht mehr verwendet), da Intergeschlechtlichkeit insbesondere nichts mit der Sexualität zu tun hat.

Intergeschlechtlichkeit ist keine Krankheit und eine natürliche und angeborene Variation von Geschlechtsmerkmalen (genital, gonadal, chromosomal), die nicht den Standarddefinitionen von männlichen oder weiblichen Körpern entsprechen.

Bei einigen Menschen ist die Intergeschlechtlichkeit oder Geschlechtsvariation vor der Geburt oder bei der Geburt erkennbar, bei anderen erst später im Leben.

Unsere Vision ist aber auch die Schaffung einer emanzipierten Gesellschaft, die aufgeklärt die noch ausstehenden Herausforderungen wahrnimmt.

Intergeschlechtliche Menschen haben überwiegend eine männliche oder weibliche Geschlechtsidentität und können, wie die übrige Bevölkerung der Schweiz, eine sexuelle Orientierung zu einem gleichgeschlechtlichen¹ Partner oder einer gleichgeschlechtlichen Partnerin haben, d.h. lesbisch, schwul oder bisexuell sein und entsprechend auch eine gleichgeschlechtliche Familie gründen. **Wir sind darum von der Gesetzesvorlage ebenfalls betroffen.**

Wir von **InterAction** sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns als gesamtschweizerische Nichtregierungsorganisation (bald auch mit einem deutschen Internetauftritt) in Zukunft direkt für Vernehmlassungen einladen.

¹ Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, womit keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck verbunden ist.

1. Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.²

Umfragen belegen, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.³

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war wichtig, führte aber zu Diskriminierungen (Erwerb des Bürgerrechts, Sozialversicherungsrecht, Arbeits- oder Mietverhältnisse, Zugang zur Samenspende, Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen sich in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen zu müssen), die auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie beruhen und auch teilweise erheblichen Einschränkungen der persönlichen Freiheit zur Folge haben können, die weder einem öffentlichen Interesse entsprechen, noch verhältnismässig sind.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Mutter oder Vater zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt.⁴ Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut (z.B. Einführung des Frauenstimmrechts oder der Mutterschaftsversicherung), ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2. Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung. Eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung fällt gemäss herrschender Lehre und Praxis unter «Lebensform».⁵ Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht nur rechtlich abzulehnen, sondern auch gesellschaftspolitisch abzulehnen ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört gemäss erläuterndem Bericht die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren «bei allen

² Bundeskanzlei > Volksabstimmung vom 05.06.2005 > Partnerschaftsgesetz, PartG.

³ Umfrage von gfs-zürich; Tamedia-Themenumfrage, S. 9: https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf.

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>; sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen.

⁵ Grohsman Irene, Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR), Der Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen Teilstudie 3: LGBTI –Juristische Analyse, Bern, Juli 2015, S. 23 und die dort zitierte Lehre (Schweizer).

übrigen Bestimmungen der Rechtsordnung».⁶ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»).

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁷ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Sonderregelungen wie die eingetragene Partnerschaft zu einer Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz – eine beträchtliche «Minderheit».

Da bei LGB-Menschen – **aber auch bei Transmenschen und intergeschlechtlichen Menschen** – die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung, Isolierung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁸ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGBTI-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern. **Wir von InterAction unterstreichen, dass intergeschlechtliche Menschen neben ihrer Geschlechtsvariation auch eine lesbische, schwule oder bisexuelle sexuelle Orientierung haben können und darum von der hier zu beurteilenden Vorlage ebenso betroffen sind.**⁹

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

InterAction unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Wir von InterAction betonen, dass wir nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürworten.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.**¹⁰

Begrüßt wird von InterAction insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine

⁶ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, 14. Februar 2019, Ziff. 3.2, 12.

⁷ Tarik Abou-Chadi/Ryan Finnigan, Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe, Comparative Political Studies, Vol 52, Issue 6, 2019, pp. 868-895.

⁸ Für viele: Wang Jen/et al., Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys, Journal of Psychiatric Research, 2012 (46,2), pp. 980-986; vgl. v.a. International Lesbian, Gay, Trans and Intersex Association (ILGA) and others, Written submissions relating to the Draft General Comment on Article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights – Right to life, Draft General Comment on Article 6 of the International Covenant on Civil and Political Rights – Right to life, HUMAN RIGHTS COMMITTEE (unter: www.ohchr.org/EN/HRBodies/CCPR/Pages/GC36-Article6Righttolife.aspx), mit weiteren Quellen; Carpenter Morgan, New publication “Intersex: Stories and Statistics from Australia”, 2016, unter: <https://oii.org.au/30313/intersex-stories-statistics-australia/>, wonach die Suizidversuchsrate von intergeschlechtlichen Personen bei 19% liegt.

⁹ Vgl. Carpenter (Fussnote 8 in fine), Grafik zu «Sexual orientations».

¹⁰ Erläuternder Bericht, Ziff. 3.2.

Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.¹¹ Darum unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir. Es ist unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare immer noch nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn bedacht wird, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4. Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹² Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.

¹³ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹⁴

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. **Die im erläuternden Bericht angesprochene «Notwendigkeit einer Überprüfung des schweizerischen Abstammungsrechts» rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.**¹⁵ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer *allfälligen späteren Neugestaltung* des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten vorbehaltlos den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

a. Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁶ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant. Das Gutachten zeigt, dass der Begriff der Unfruchtbarkeit in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV nicht nur auf die *natürliche* Fortpflanzung bezogen werden kann, sondern auf der Grundlage der geänderten Ansichten und Wertvorstellungen auch auf gleichgeschlechtliche Paare

¹¹ Erläuternder Bericht, Ziff. 2.2.

¹² Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/

¹³ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA), What does the scholarly research say about the well-being of children with gay or lesbian parents?: <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>.

¹⁴ Vollständiges Argumentarium: www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/

¹⁵ Erläuternder Bericht, Ziff. 5.3.

¹⁶ Ziegler Andreas, Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), 2019 (unter: <https://www.unil.ch> > Ziegler Andreas).

anwendbar ist, insbesondere auch aufgrund einer Reihe von Grundrechten (Recht auf Familienleben, Art. 13 und 14 EMRK; Diskriminierungsverbot insb. in Bezug auf die Lebensform, Art. 8 Abs. 2 BV; persönlichen Freiheit, Art. 10 BV). Der Autor kann sich für seine Beurteilung auch auf mehrere Autor_innen berufen.¹⁷ Es kann gesagt werden, dass der überwiegende Teil der Lehre heute die Auffassung vertritt, dass aus der Verfassung kein Verbot fortplanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann – und unserer Auffassung auch nicht abgeleitet werden darf.

Nicht nur auf der Grundlage des Gutachtens von Andreas Ziegler beruht nach unserer Ansicht der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht und kann entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund und wäre es verfassungswidrig, Frauenpaare weiterhin von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden und grundrechtswidrigen Regelungen beizubehalten.

b. Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern im Internet einlassen oder – aus Angst vor dem "illegalen" Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

c. Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁸ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Gleichgeschlechtliche Ehepaare sind demnach ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Eimischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das **Kindeswohl** besser als bisher gewährleistet, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindesverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

¹⁷ Z.B. Andrea Büchler, Rechtsgutachten: Die Eizellenspende in der Schweiz de lege lata und de lege ferenda, verfasst im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit, Zürich 2013, die erwähnt: «Um als eigenständiger Rechtfertigungsgrund für ein Verbot eines bestimmten Verfahrens gelten zu können, müssten neben deren "Unnatürlichkeit" konkrete dadurch hervorgerufene Gefährdungen aufgezeigt werden können.» (S. 18) Das „Natürliche“ sei für sich genommen nicht schutzwürdig und könne es solange nicht sein, als das natürlich Vorgefundene nicht auch das normativ Bestimmende sei. Von dem, was natürlicherweise vorkomme, solle und könne indessen nicht auf das moralisch wünschbare und erst recht nicht auf das normativ zu bestimmende geschlossen werden (S.17).

¹⁸ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

d. Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offensteht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt unseres Erachtens nicht vor.

5. Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

a. Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zu einem unbürokratischen Wechsel einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Wesentlich ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁹

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.²⁰ **Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.**

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.²¹ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

b. Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.²² Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²³ Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüssen ist (Art. 35a Abs. 4 E-PartG).

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

¹⁹ Erläuternder Bericht, Ziff. 3.3.2.; Art. 35a Abs. 2 E-PartG.

²⁰ Erläuternder Bericht, Ziff. 6.2.

²¹ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art.

²² Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²³ Erläuternder Bericht, Ziff. 6.2, S. 33: «Schutz bereits getroffener Dispositionen und bereits erworbener Rechte und damit der bisherigen Vermögenssituation der Partnerinnen und Partner».

c. Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Verheiratete gleichgeschlechtliche Partner gelten in Zukunft auch als «Ehegatten» und werden daher automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten (Art. 264a ZGB, vgl. Erläuternder Bericht, Ziff 7.5). Diese längst fällige Gleichstellung ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Die Argumente aus **Kapitel 4** gelten auch in diesem Punkt.

d. Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte. Jedoch erwähnt der Erläuternde Bericht, Ziff 3.2.1, dass die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren nicht Gegenstand dieser Vorlage sei.

Um Missverständnisse zu vermeiden, muss unseres Erachtens im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ die Sachüberschrift von Art. 21 geändert werden in: „Ehegatte oder Ehegattin einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

e. Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²⁴ Die Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, ist nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird. – Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der Ehe-für-alle-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

f. Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²⁵ Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. **Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.**²⁶

g. Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance, weshalb **InterAction** das vorgeschlagene Vorgehen unterstützt. So sind wir z.B. der Meinung, dass z.B. in Art. 45 Abs. 2 und 3 E-IPRG (Eheschliessung im Ausland), in der französischen Fassung der Ausdruck «la fiancée ou le fiancé» durch «un-e des fiancé-e-s» ersetzt werden sollte.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁷ Im Zuge dessen ist eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrerecht – unumgänglich.

²⁴ Erläuternder Bericht, Ziff. 3.2.2.

²⁵ Erläuternder Bericht, Ziff. 4.

²⁶ Erläuternder Bericht, Ziff. 4.2.4.

²⁷ Postulat Flach (18.3690), «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen».

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Audrey Aegerter (elle)

InterAction - Association Suisse pour les Intersexes

Präsidentin

+41 (0)79 104 81 69

hello@interactionsuisse.ch

www.inter-action-suisse.ch



JURISTINNEN SCHWEIZ
FEMMES JURISTES SUISSE
GIURISTE SVIZZERA
GIURISTAS SVIZRA
WOMEN LAWYERS SWITZERLAND

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Freiburg, 17. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Wir danken für die Möglichkeit, zum Vorentwurf „Ehe für alle“ Stellung nehmen zu können. Zweck des Vereins **Juristinnen Schweiz** ist die Vernetzung, der Austausch und die Zusammenarbeit von Juristinnen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Juristinnen Schweiz fordern und fördern frauenspezifische Sichtweisen in der Forschung, Lehre, Ausbildung, Rechtssetzung und Rechtsvergleichung. Der Verein nimmt beherzt Partei für die Interessen und regelmässige Anliegen der Frauen, insbesondere für deren Gleichberechtigung. Er setzt sich über Partei-, Sprach- und Konfessionsgrenzen hin.

Wir begrüssen und unterstützen die Parlamentarische Initiative „Ehe für alle“ und den von der Rechtskommission des Nationalrates ausgearbeiteten Vorentwurf inklusive Variante.

Vorbemerkung

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden. Auch der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass diese Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr zeitgemäß ist. Die Schweiz ist eines der letzten europäischen Länder, in denen gleichgeschlechtlichen Paaren der Zugang zur Ehe noch verwehrt ist; in den Niederlanden können homosexuelle Paare seit 2001 heiraten, im katholischen Irland seit 2015, in Deutschland seit 2018 und in Österreich seit 2019).

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare zwar möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Eine effektive Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg

Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch

www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

Zustimmung zum Zugang zur Samenspende für lesbische Paare (Variante)

Gleichgeschlechtliche Eltern sind heute schon längst Realität: Nach Schätzungen leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die rechtliche Absicherung der Beziehungen zwischen diesen Eltern und Kinder ist aber nach dem geltenden Recht nicht gewährleitet.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, in der Schweiz legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Nur so wird die rechtliche Gleichstellung von Frauenpaaren mit heterosexuellen Paaren erreicht.

Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven, teuren und emotional erniedrigenden Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden. Bis heute ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, dem 1-jährigen Pflegeverhältnis, dem Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und müssen der Realität angepasst werden. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Eingetragene Partnerschaft

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden. Dass jedoch die bestehenden eingetragenen Partnerschaften nicht in eine Ehe umgewandelt werden müssen, respektiert die Freiheit des Einzelnen.

Witwenrente

Wir begrüssen die Gleichstellung von Witwen, die eine Ehepartnerin verloren haben, mit Witwen, die einen Ehepartner verloren haben. Die Angleichung von Renten von Witwen und Witwern hingegen hat, da es sich nicht um eine Frage der Gleichstellung von heterosexuellen mit homosexuellen Partnern handelt, im Rahmen einer nächsten Reform der Altersvorsorge zu erfolgen.

Zusammenfassung

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist der Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Dr. Alice Reichmuth Pfammatter
Präsidentin

Salome Zimmermann & Nadja Herz
Mitglieder

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg

Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch

www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz

Per E-Mail: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 20. Juni 2019

Betreff: Vernehmlassungsantwort der Jugendsession zum Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 14. März 2019 haben sie die Vernehmlassung über den Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“ eröffnet. Die Jugendsession bedankt sich für die Gelegenheit, ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme zukommen zu lassen.

Die Jugendsession ist die wichtigste nationale Plattform für politische Jugendpartizipation. Die erste Jugendsession fand 1991 anlässlich der Feier 700 Jahre Eidgenossenschaft statt. Seit 1993 ermöglicht sie jedes Jahr 200 Jugendlichen erste Erfahrungen in der Politik zu sammeln und beim Parlament Forderungen einzureichen.

1. Geschichtlicher Überblick

Die Frage der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren ist seit einiger Zeit ein Thema der Jugendsession. 2013 wurden gleich zwei Petitionen¹ dazu ausgearbeitet, wovon eine die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen und verschiedengeschlechtlichen Paaren forderte. 2017 folgte dann eine weitere Petition², die den Zugang zur Adoption für alle gesetzlich geregelten Partnerschaften und Konkubinatspaare forderte. Sie finden die Petitionen im Anhang.

2. Position zur Vorlage

Die Jugendsession beschäftigt sich schon seit langem mit dem Thema der Gleichstellung aller Paare und ist der Meinung, dass es jetzt eine klare Entwicklung in diesem Bereich braucht, um diese zu

¹ „Gleichberechtigung von Homosexuellen“, <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/29/show>. „Keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung“, <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/25/show>.

² „AdoptionsUNrecht abschaffen!“, <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/293/show>.



verwirklichen. Der zur Vernehmlassung geschickte Vorschlag ist ein wichtiger Schritt auf dem guten Weg.

Deshalb ist die Jugendsession grundsätzlich mit dem Vorentwurf zur Gesetzesänderung einverstanden. Sie möchte jedoch ergänzend betonen, dass diese Gleichstellung auch in anderen Bereichen erzielt werden muss. In diesem Sinne bekräftigt die Jugendsession die Wichtigkeit der Punkte, welche das Parlament in nachfolgenden Revisionen zu überarbeiten plant, wie zum Beispiel die Gleichstellung bei der Hinterlassenenrente oder den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Diese Punkte sollen so schnell wie möglich in weiteren Gesetzesrevisionen angegangen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der erläuterten Aspekte und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen vom Forum der Jugendsession

Sean Langenegger
Mitglied des Forums

Florian Schweri
Co-Präsident des Forums

Anhang: Forderungen der Jugendsession mit Bezug auf die Gleichstellung LGBTI+ Personen



Anhang der Stellungnahme der Jugendsession zum Vorentwurf der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zur parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“

Drei Forderungen der Jugendsession betreffen das Thema der Gleichstellung von LGBTI+-Personen:

- 2013 1. Gleichberechtigung von Homosexuellen
- 2. Keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung
- 2017 3. AdoptionsUNrecht abschaffen!



Gleichberechtigung von Homosexuellen (2013)

Eingabeform: Petition

Angenommen mit 123 zu 41 Stimmen

Inhalt

Wir fordern vom Bund, die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren in Bezug auf die Ehe.

Begründung

Europa ist im Wandel. In mehr als einem Dutzend Länder, wie zum Beispiel Grossbritannien und Spanien, ist die gleichgeschlechtliche Ehe bereits gelebte Realität. Die Schweiz hat hier noch Nachhohlbedarf. Aufgrund der Diskriminierung der homosexuellen Personen und deren Kinder ist die momentane Situation nicht länger haltbar. Die schweizerische Gesetzgebung weist eine massive rechtliche Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Paaren und deren Kindern auf, namentlich in Bezug auf die Ehe, das Recht auf Adoption, den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin, das gemeinsame Bürgerrecht, das Einbürgerungsverfahren und weitere Aspekte. Wir sind der Ansicht, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter gleichgeschlechtlichen Ehen steht.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/29/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/29/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/29/show>



Keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (2013)

Adressat: Bund

Eingabeform: Petition

Angenommen mit 164 zu 11 Stimmen

Inhalt

Wir fordern, dass der Bund Artikel 8 Abs. 2 der Bundesverfassung folgendermassen ändert:

Art. 8: Rechtsgleichheit

2 Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

Begründung

Wir stellen fest, dass unsere Verfassung nicht mehr im Einklang mit unserer Gesellschaft steht. Eines der Grundrechte, Fundament unserer Demokratie, ist die individuelle Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass dieses Recht nicht gewahrt ist, was die Gesellschaft schwächt und die Würde des Einzelnen gefährdet.

Das Hinzufügen der Begriffe «sexuelle Orientierung» und «Geschlechtsidentität» in Artikel 8 unserer Verfassung erlaubt es, eine Lücke in der bestehenden Liste der Diskriminierungen zu füllen. Wir halten diese Präzisierung für notwendig, weil der Begriff «Lebensform» nicht genügend eindeutig ist.

Derzeit macht einer von fünf jungen Homosexuellen vor seinem 25. Altersjahr einen Suizidversuch, verglichen mit einem von vierunddreissig bei den Heterosexuellen[1]. Diese Raten zeigen ein gewisses Unbehagen. Durch die Änderungen, die wir vorschlagen, möchten wir die Verfassung an die Entwicklung der Sitten anpassen.

So wie es in den Verfassungen der Kantone Basel-Stadt, Genf und Zürich bereits festgehalten ist, möchten wir mit dieser Änderung erreichen, dass der Bund den Schutz aller Bürger gegenüber jeder Art von Diskriminierung gewährleistet.

[1] Von der Universität Zürich anfangs 2013 publizierte Studie.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/25/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/25/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/25/show>



AdoptionsUNrecht abschaffen! (2017)

Adressat: Bundesversammlung

Eingabeform: Petition

Angenommen mit 125 zu 38 Stimmen

Inhalt

Allen gesetzlich geregelten Partnerschaften und Konkubinatspaaren wird der Zugang zur Adoption gewährt.

Begründung

Durch die Revision des Adoptionsrechts ab dem 01.01.2018 wird Menschen in eingetragener Partnerschaft die Stiefkinderadoption ermöglicht. Hiermit ist das Kind rechtlich ebenso abgesichert wie alle anderen Kinder und bekommt dadurch zwei rechtlich anerkannte Elternteile. Warum können homosexuelle Paare nicht gemeinsam ein Kind adoptieren? Diese Anpassung des Gesetzes ist dringend notwendig! Dies würde den Prozess einer Volladoption erheblich vereinfachen und beschleunigen.

Zusätzlich ist zu betonen, dass bei einer Adoption das gesamte Umfeld der potentiellen Adoptiveltern geprüft wird. Damit wird sichergestellt, dass das Kind eine Bindung zu beiden Geschlechtern aufbauen kann.

DE: <http://forderungen.jugendsession.ch/de/demand/293/show>

FR: <http://forderungen.jugendsession.ch/fr/demand/293/show>

IT: <http://forderungen.jugendsession.ch/it/demand/293/show>

[Junge SVP Graubünden](#) | [c/o Nicola Stocker](#) | [Strajaweg 11](#) | [7203 Trimmis](#)

per Mail an debora.gianinazzi@bj.admin.ch

RK-N

Sekretariat der Kommissionen
für Rechtsfragen
3003 Bern

Trimmis, 17. Juni 2019

13.468 – Parlamentarische Initiative Ehe für alle Vernehmlassung zum Vorentwurf vom 14. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident NR Pirmin Schwander,
Sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Wir danken Ihnen an dieser Stelle für die geschätzte Möglichkeit, unsere Anliegen und Anregungen zu oben rubrizierter Angelegenheit einzubringen. Sie finden nachfolgend unsere Rückmeldung betreffend die erwähnte Vernehmlassung:

Die **Junge SVP Graubünden unterstützt**, gestützt auf das eigene Parteiprogramm vom 30. September 2017, die **Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare**. Es ist absolut zu begrüssen, dass auch die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates gleicher Auffassung ist und hierzu eine Anhörung verschiedener Interessenskreise durchführt. Wir anerkennen die Komplexität dieser Thematik und sind uns bewusst, dass auch nach dieser nun vorgesehenen Gesetzesrevision weitere Gesetzesänderungen folgen werden. Wir bitten Sie folgende Überlegungen und Ausführungen im weiteren Prozess zu berücksichtigen.

Gesetzesrevision ohne Verfassungsänderung

Gestützt auf das beim Bundesamt für Justiz (BJ) in Auftrag gegebene Rechtsgutachten betreffend Fragen zur Verfassungsmässigkeit gelangt auch die Junge SVP Graubünden zum Schluss, dass eine Gesetzesänderung für die Zulassung der gleichgeschlechtlichen Ehe ohne vorgängige Anpassung der Bundesverfassung möglich ist. Gerade weil die «Ehe für alle» in gewissen Kreisen noch immer sehr umstritten ist, kann eine Volksabstimmung aufgrund eines möglichen Referendums nicht ausgeschlossen werden. In Anbetracht dieser Möglichkeit und dem Ziel, eine rasche Öffnung der Ehe herbeizuführen, ist deshalb unbedingt auf eine ausgewogene Vorlage zu achten. Das geplante Vorgehen wird demnach unterstützt.

Weiterführung des Partnerschaftsgesetzes (PartG)

Es entspräche grundsätzlich dem Willen der Jungen SVP Graubünden, dass das PartG infolge vollständiger Überführung ins Zivilgesetzbuch respektive Gleichsetzung mit der bereits bestehenden Ehe aufgelöst würde. Wie die Kommission aber richtig ausgeführt hat, ist davon auszugehen, dass nicht alle eingetragenen Paare eine freiwillige Umwandlung in Betracht ziehen. Die Aufhebung des PartG ist unter diesen Umständen nicht möglich. Dennoch ist es absolut richtig, dass mit der Umsetzung dieser Vorlage keine weiteren Partnerschaften mehr eingetragen werden können. Das PartG wird damit zu einer Übergangsregelung, was angesichts des Ausgeföhrten eine logische Konsequenz ist. Die Junge SVP Graubünden kann sich deshalb mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden erklären.

Ohnehin stehen in Zukunft weitere Diskussionen über weitere gesetzlich geregelte Lebensformen an und da bietet sich mit dem längerfristig hinfällig werdenden PartG allenfalls eine Möglichkeit der Umnutzung. Zu diesem Thema bezieht die Junge SVP Graubünden derzeit keine Stellung, zumal das nicht Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung ist.

Zugang zur Fortpflanzungsmedizin

Wie das Recht auf Ehe und Familie ist auch der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin durch die Bundesverfassung geregelt bzw. gewährleistet. Es heisst in Art. 119 Abs. 2 lit. c BV, dass die Fortpflanzungsmedizin nur zur Anwendung gelangen darf, wenn dadurch «die Unfruchtbarkeit [...] nicht anders behoben werden kann». In Zusammenhang mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare stellt sich daher die Frage, ob eine grundsätzlich «unfruchtbare» Beziehung zwischen zwei Männern oder zwei Frauen auch wirklich als «Unfruchtbarkeit» im Sinne der Bundesverfassung angesehen werden kann und darf. Das Fortpflanzungsmedizin-gesetz (FMedG) hält in Art. 5 fest, dass ein Fortpflanzungsverfahren nur bei der Unfruchtbarkeit eines Paars angewendet werden dürfe, und zwar erst dann, wenn andere Behandlungs-methoden versagt haben oder aussichtslos sind. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren scheint es angesichts biologischer Grundlagen keine «anderen Behandlungsmethoden» zu geben, weshalb wir die Zulassung zur Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche (Ehe)Paare ohne vorgängige Anpassung des FMedG oder allenfalls sogar der BV als nicht umsetzbar erachten. Aus dieser Argumentation möchten wir der Kommission nahelegen, diese Thematik nicht Be-standteil der eigentlichen Vorlage zur Öffnung der Ehe zu machen.

Das PartG schliesst Paare in eingetragener Partnerschaft lebend von fortpflanzungsmedizini-schen Behandlungen explizit aus. Die vorgesehene Revision würde an dieser Praxis nichts än-dern. Weil aber die Formulierung im FMedG so gewählt wurde, dass Fortpflanzungsverfahren nur bei Paaren angewendet werden dürfen, welche die im Gesetz bestimmten Voraussetzun-gen erfüllen, spielt es grundsätzlich keine Rolle, ob das Paar verheiratet ist oder nicht. Die Junge SVP Graubünden teilt dabei die Meinung des Rechtsgutachtens des BJ und findet es folgerichtig, dass auch gleichgeschlechtliche Ehepaare im Sinne einer Gleichbehandlung nicht zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden dürfen. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob die Forderung im Raum steht, dass gleichgeschlechtliche Paare Zugang zur Fortpflanzungs-medizin erhalten sollen.

Angesichts dieser Komplexität und auch der Tatsache, dass die Zulassung zur Fortpflanzungsmedizin für einige Kreise eine Überschreitung einer roten Linie darstellt, ist in dieser Revisionsvorlage auf die Zulassung der Samenspende bei zwei verheirateten Frauen zu verzichten. Es könnte den Erfolg der Vorlage massgeblich beeinträchtigen, weshalb eine Grundsatzdiskussion erst in einem zweiten Schritt geführt werden soll.

Zugang zum Adoptionsrecht

Die Junge SVP Graubünden nimmt zur Kenntnis, dass die vorliegende Revisionsvorlage zu einer automatischen Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehepartner zum Adoptionsrecht führen würde, sofern denn die Bedingungen für eine Adoption auch erfüllt werden. Im Wissen um die Kontroverse in dieser Thematik ist es fraglich, ob der automatische Zugang von gleichgeschlechtlichen Ehepaaren zum Adoptionsrecht zu einer mehrheitsfähigen Vorlage beiträgt. Dennoch halten wir fest, dass eine explizite Ausnahme vom Adoptionsrecht weitergehende gesetzliche Anpassungen nötig machen würde, die wohl auch zu einer deutlichen Steigerung der Komplexität der Vorlage führen würden. Die Junge SVP Graubünden würde es begrüßen, wenn die Grundsatzdiskussion analog der Thematik rund um die Fortpflanzungsmedizin gesondert und zu einem späteren Zeitpunkt geführt würde. Wir bitten die Kommission, sich mit diesen Gedanken auseinanderzusetzen und dabei immer den Erfolg des Kernanliegens, nämlich die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, in den Fokus zu stellen.

Anpassung weiterer Gesetze

Ein rasches Vorwärtskommen ist wichtig, weshalb wir es befürworten, dass in einem ersten Schritt eine Kernvorlage vorgelegt wird, die einzig die Beseitigung der Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare hinsichtlich Recht auf Ehe zum Ziel hat. Dennoch sind die ebenfalls sehr wichtigen Folgeänderungen rasch voranzutreiben, sodass auch in den restlichen Bereichen bestehende Ungleichbehandlungen aus dem Weg geräumt werden können.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass **die Öffnung der Ehe für alle ein wegweisender Schritt in Richtung freiheitliche Gesellschaft darstellt** und unbedingt vorangetrieben werden muss. Das etappenweise Vorgehen wird im Grundsatz befürwortet, zumal insbesondere der Teilbereich Fortpflanzungsmedizin zu einer Überladung der Vorlage führen würde. Eine solche Überladung gefährdet in den Augen der Jungen SVP Graubünden die erfolgreiche Implementierung der sogenannten «Ehe für alle».

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

Junge SVP Graubünden



Nicola Stocker
Präsident

Versand via E-Mail

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Jungfreisinnige Schweiz

Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige Schweiz
andri.silberschmidt@jungfreisinnige.ch
079 367 58 31

Bern, 21. Juni 2019

Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf „Ehe für alle“ Stellung zu nehmen.

Die Annahme des Partnerschaftsgesetzes 2005 war ein erster Meilenstein für die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Bis heute bleibt ihnen jedoch die Ehe verwehrt. Unsere Gesellschaft entwickelt sich laufend weiter. Das Gros der Schweizer Bevölkerung steht einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare offen gegenüber. Diesem Wandel gilt es Rechnung zu tragen. Die bestehende Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren auf Gesetzesebene muss unbedingt angepasst werden. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um einige Beispiele aufzuführen. Diese Ungleichbehandlung basiert nicht auf sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Der Vergleich mit anderen Ländern sowie verschiedene Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr zeitgemäß ist.

Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf andere. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Eine konservative Auslegung der Ehe mit einer Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren widerspricht dieser Überzeugung diametral. Eine gleichgestellte Ehe ohne Ungleichbehandlung wird nur durch den Vorentwurf mit der Variante „Zugang zur Samenspende“ erreicht.

Seiten 1 von 2

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf wird zudem die *originäre Elternschaft* ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

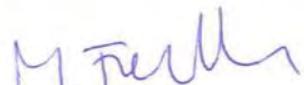
Wir unterstützen den Gesetzesvorentwurf mit dem Zugang zur Samenspende, weil dieser keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Zudem begrüssen wir aus Gründen der Einfachheit die Umsetzung auf Gesetzesebene und das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Beste Grüsse



Andri Silberschmidt
Präsident



Maja Freiermuth
Generalsekretärin



Juragai
Rue de l'Eglise 16
Case postale 459
2801 Delémont

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Delémont, le 25 mai 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Juragai est l'association LGBTQ de l'Arc jurassien, créée voici exactement 20 ans, elle compte 120 membres cotisants et les buts de l'association sont d'offrir une structure d'accueil, d'écoute, d'information et de rencontre aux personnes concernées par l'homosexualité.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Nicole Béguin

Membre du comité de Juragai

KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Sekretariat
3003 Bern

Per Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Münsingen, 12. April 2019

Vernehmlassung des Bundes zur Vorlage Ehe für alle

Stellungnahme Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie laden in der eingangs erwähnten Angelegenheit zur Vernehmlassung ein. Gerne nutzen wir die Gelegenheit und lassen uns als Fachkonferenz im Zivilstandswesen vernehmen. Unsere Stellungnahme ist mit der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren inhaltlich abgesprochen und koordiniert.

Gerne nehmen wir zu den geplanten Gesetzesänderungen Stellung. Als Fachkonferenz verzichten wir darauf, eine gesellschaftspolitische Beurteilung zur Vorlage abzugeben und machen entsprechend bewusst keine Aussage, ob wir die Vorlage grundsätzlich befürworten oder ablehnen. Wir beschränken uns nachfolgend auf die uns fachtechnisch betreffenden Aspekte.

Art. 252 Abs. 2 ZGB (Entstehung Kinderverhältnis) und Art. 259a ZGB (Elternschaft des Ehemannes oder der Ehefrau) [Variante]

Die bisherige Vaterschaftsvermutung des Ehemannes wird auf die mit der Mutter verheiratete Frau erweitert. Die Herleitung der vorgeschlagenen Variante erfolgt über den verständlicherweise angestrebten Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. So kann ein Fortpflanzungsverfahren nur bei Paaren angewendet werden, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne der Artikel 252-263 ZGB begründet werden kann (vgl. Ziff. 3.2.3.2, S. 15 und S. 29 Vorentwurf). Wir fragen uns, ob dies der richtige Ansatz ist. Die vorgeschlagene originäre Entstehung des Kindesverhältnisses zur nicht gebärenden Ehefrau lässt ausser Acht, dass Geburten auch bei miteinander verheirateten Frauen nicht immer Resultat einer Samenspende sind. Im Unterschied zur Vaterschaftsvermutung besteht hier aber keinerlei Korrektiv über Anfechtungsklagen. Der wohlgemeinten Variante steht im realen Leben ein erhebliches Konfliktpotential gegenüber.

Die Kommission hat entschieden, das Abstammungsrecht nicht mit dieser Gesetzesvorlage zu behandeln, obwohl unbestrittenemassen Revisionsbedarf bestehe (vgl. Ziff. 5.3., S. 26 Vorentwurf). Wir finden es richtig, dass das Abstammungsrecht separat – zu einem späteren Zeitpunkt – behandelt wird. Für uns ist es unabdingbar, dass die Mutterschaftsmutung der mit der Mutter verheirateten Frau im Rahmen einer Abstammungsrechtsvorlage behandelt wird. Entsprechend lehnen wir die vorgelegte Variante ab, da mit der vorliegenden Vorlage, ohne gesamtheitliche Beurteilung, faktisch die soziale Elternschaft eingeführt wird. Zudem ist die Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter auch nicht mit der Vaterschaftsvermutung des Ehemannes der Mutter vergleichbar. Die Vaterschaftsvermutung des Ehemannes basiert auf der wohl meistens richtigen Annahme, dass der Ehemann der Mutter auch der biologische Vater des Kindes ist. Bei der Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter kann dies mit Bestimmtheit nicht zutreffen. Die Gleichschaltung der Fälle ist somit aus Sicht der biologischen/genetischen Elternschaft durchaus fraglich. Im Weiteren beantwortet die Vorlage die Frage nicht, wie mit dem zweifelsfrei vorhandenen biologischen Vater rechtlich umgegangen wird. Ihm wird die Möglichkeit der Anerkennung seines biologischen Kindes offensichtlich verwehrt. Weiter handelt es sich um eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen, miteinander verheirateten Männern.

Antrag:

Die originäre Entstehung des Kindesverhältnisses ist in einer separaten Vorlage über das Abstammungsrecht zu diskutieren, wobei das Kindeswohl sowie das Recht auf Kenntnis der Abstammung ins Zentrum zu rücken ist. Die Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter ist nicht in dieser Vorlage zu lösen. In dieser Frage ist auf Erleichterungen der Stiefkindadoption hinzuwirken.

Art. 35 PartG (Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe)

Unbeantwortet lässt Art. 35 PartG, ob die Umwandlung mit neuen Wirkungen verbunden ist. Wird die Namensführung und das Bürgerrecht anlässlich der Umwandlung neu beurteilt? Können die Ehegatten ihre Namensführung (im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen) neu bestimmen? Was für Auswirkungen hat die Umwandlung auf allfällige Kinder eines Partners? Für die betroffenen Personen aber auch die Zivilstandsbehörden ist rechtliche Klarheit bezüglich Wirkungen der Umwandlung von grosser Wichtigkeit.

Die Ausführung im Bericht unter Art. 35 PartG (vgl. Ziff. 6.2, S. 31 Vorentwurf), dass im Rahmen der Abgabe der Erklärung eine Zeremonie durchgeführt werden kann, erachten wir als störend. Wie im Bericht ausgeführt wird, hatten die Partner/innen bereits früher die Möglichkeit, bei der Begründung der eingetragenen Partnerschaft eine Zeremonie durchzuführen. Dass nun im Rahmen von erklärenden Ereignissen (z.B. auch Kindserkennungen) Zeremonien durchgeführt werden können, ist praxisfremd. Sollten solche Zeremonien trotz unserer Einwände möglich sein, müsste zumindest ein kostendeckender Gebührentarif eingeführt werden.

Antrag:

Die Wirkungen der Umwandlung sind zu regeln. Sofern für ein Umwandlungsverfahren Zeremonien möglich sein sollen, ist eine entsprechende, kostendeckende Gebührenposition vorzusehen.

Art. 45 IPRG (eingetragene Partnerschaft und Internationales Privatrecht)

Unbestritten und konsequent ist, dass das Institut der eingetragenen Partnerschaft „in der Schweiz pro futuro abgeschafft wird“ (vgl. S. Ziff. 4.1, S. 19 Vorentwurf). In diesem Kontext wird auch nochmals daran erinnert, „dass die eingetragene Partnerschaft als Pendant zur Ehe für Personen gleichen Geschlechts geschaffen wurde“ (vgl. Ziff. 2.3, S. 9 Vorentwurf). Im IPRG

soll jedoch weiterhin an der Unterscheidung zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft festgehalten werden. Dies erscheint aus verschiedensten Gründen als wenig sachgerecht:

- Personen, welche vor Inkrafttreten der vorgeschlagenen Änderungen im Ausland eine eingetragene Partnerschaft eingingen, haben die Möglichkeit diese mittels einer Erklärung auf dem Zivilstandamt in eine Ehe umzuwandeln (vgl. Ziff. 4.3.3, S. 24 Vorentwurf). Bei nach Inkrafttreten im Ausland eingegangenen eingetragenen Partnerschaften soll dies aber nicht mehr zulässig sein; die Anwendbarkeit des PartG wird ja auf vor Inkrafttreten der Änderungen eingegangene eingetragene Partnerschaften limitiert (vgl. Ziff. 4.3.2, S. 23 Vorentwurf). Rechtlich ist eine solche Ungleichbehandlung nur schwerlich zu begründen.
- Auf bei nach Inkrafttreten der Änderungen im Ausland eingegangenen eingetragenen Partnerschaften würde der IPRG-Verweis auf die Anwendbarkeit von Schweizer Recht ins Leere führen, da das PartG nur für vor diesem Zeitpunkt eingegangene eingetragene Partnerschaften gilt. Gemäss Vorentwurf sind diesfalls die materiellen Bestimmungen zur Ehe sinngemäss anzuwenden (vgl. Ziff. 4.3.2., S. 23 Vorentwurf). Im Grundsatz wird somit die eingetragene Partnerschaft inhaltlich auch für im Ausland eingegangene eingetragene Partnerschaften abgeschafft. Die Ausnahme stellt die im Vergleich zur Ehe unterschiedliche Bezeichnung des Zivilstandes dar. Eine der Zielsetzungen des Vorentwurfs ist es aber gerade, die von den eingetragenen Partnerinnen und Partnern "als stigmatisierend" empfundene Zivilstandsbezeichnung zu eliminieren (vgl. "Ausgangslage", S. 2 Vorentwurf). Weshalb im IPRG ohne Not von dieser Zielsetzung abgewichen werden soll, bleibt unverständlich.
- Im Ausland können „eingetragene Partnerschaften“ teilweise auch von heterosexuellen Paaren eingegangen werden, so z.B. in den Niederlanden. Aufgrund der dort mit diesem Institut verbundenen Rechtswirkungen wäre eine solche Beziehung in der Schweiz klar als Ehe anzuerkennen. Bei gleichgeschlechtlichen Paaren würde man diese aber auch künftig wohl als „eingetragene Partnerschaften“ zu betrachten haben. Diese Divergenz ist unklar und nicht gerechtfertigt.
- Wie schon erwähnt, ist die eingetragene Partnerschaft in der Schweiz als Pendant zur Ehe für gleichgeschlechtliche Paare konzipiert worden. Dementsprechend wurde es „inter partes“ mit Wirkungen ausgestattet, die die Ehe charakterisieren. Auch heute ist es sodann unzweifelhaft so, dass ein ausländisches Institut unabhängig von ihrer Bezeichnung aber mit denselben Wirkungen wie die schweizerische eingetragene Partnerschaft bei heterosexuellen Paaren als Ehe anzuerkennen ist. Soll künftig im nationalen Recht auf die Unterscheidung zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft verzichtet werden, soll dies auch im IPRG Bereich der Fall sein. Entscheidendes Kriterium bei der Anerkennung darf einzig die eheähnliche Wirkung einer im ausländischen Recht vorgesehenen Lebensgemeinschaft sein. Ist eine solche zu bejahen, hat die Anerkennung als Ehe zu erfolgen. Der vorgeschlagene Lösungsansatz verkennt dies und stellt im Endergebnis auf terminologische Unterschiede ab. Es kann aber nicht sein, dass die Bezeichnung eines ausländischen Instituts (= andere Bezeichnung als "Ehe") als entscheidendes Kriterium für deren hiesige Einordnung in Anwendung des IPRG herangezogen wird.
- Soll an der angedachten IPRG-Lösung festhalten werden, so ist in jedem Fall vorzusehen, dass gleichgeschlechtliche Paare, die nach Inkrafttreten der Änderung im Ausland eine eingetragene Partnerschaft eingingen, die Möglichkeit haben, sich in der Schweiz nochmals verheiraten zu können. In diesem Zusammenhang hat der Entwurf explizit oder implizit eine Bestimmung zu enthalten, wonach kein Ehehindernis vorliege. Eine solche Bestimmung ist im Entwurf nicht ersichtlich.

- Die Tatsache, dass der Eintrag der eingetragenen Partnerschaft, welche aufgrund der im Ausland eingegangenen Ehe (vor Inkrafttreten) registriert wurde im schweizerischen Zivilstandsregister bei der nächsten Gelegenheit von Amtes wegen aktualisiert werden soll, verwirrt (vgl. Ziff. 4.2.2, S. 21 Vorentwurf). Diese Bestimmung ist völlig unpraktikabel. Zum einen wird ermöglicht, entgegen dem Willen der betroffenen Personen – oder auch nur einer Person – eine eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umzuwandeln. Dies widerspricht den Ausführungen im Bericht zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft, gemäss denen die Umwandlung nur auf Antrag der betroffenen Personen möglich sein soll und in einem separaten Verfahren nach Art. 35 PartG erfolgen soll. Zum Anderen stellt sich die Frage, wie das Zivilstandsergebnis beurkundende Zivilstandsamt in Erfahrung bringen soll, dass es sich bei der zu beurteilenden (im schweizerischen Personenstandsregister beurkundeten) eingetragenen Partnerschaft um eine ursprüngliche ausländische Eheschliessung handelte, die nun automatisch in einen Ehe umgewandelt werden soll.
- Auch im Bereich Scheidung und Trennung (vgl. Ziff. 4.2.5, S. 22 Vorentwurf) stellt sich uns die Frage, wie das Gericht in Erfahrung bringen soll, dass es sich bei der mit schweizerischen Zivilstandsdokumenten nachgewiesenen eingetragenen Partnerschaft um eine ursprünglich ausländische Ehe gehandelt haben soll.

Art. 65a IPRG

Im Bericht zu Art. 65a IPRG (vgl. Ziff. 6.3., S. 35) steht: „Auch wenn in der Schweiz keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr begründet werden können, wird eine im Ausland begründete eingetragene Partnerschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Personen in der Schweiz weiterhin als solche anerkannt.“ Hier fehlen die Ausführungen nach welchen Wirkungen (z.B. Name, Bürgerrecht, Kinder, etc.) dies zu erfolgen hat. Die Bestimmungen zur eingetragenen Partnerschaft werden nach Inkrafttreten nicht mehr bestehen.

Anträge IPRG:

- *Auf die Unterscheidung zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft soll in der Vorlage auch im IPRG verzichtet werden. Die Frage der Einführung einer schwachen Bindungsform (partenariat faible) soll später diskutiert werden. Sobald ein solches Rechtsinstitut im ZGB und IPRG eingeführt sein wird, aber erst dann, macht es Sinn, ausländische Bindungsformen entsprechend unterschiedlich - und unabhängig vom Geschlecht der Betroffenen – anzuerkennen.*
- *Eine zwangsweise Aktualisierung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe (von Amtes wegen, vgl. Ziff. 6.3., S. 35 Vorentwurf) dargelegt wird, erachten wir als nicht sachgerecht. Die Umwandlung darf nur auf Antrag der betroffenen Personen und nicht von Amtes wegen erfolgen.*

Auswirkungen auf Bund

Die Umsetzung der neuen Rechtsbestimmungen im schweizerischen Personenstandsregister (Infostar) wird nicht erwähnt (vgl. Ziff. 7.1., S. 36 Vorentwurf). Eine Rechtsänderung im beabsichtigten Rahmen bedarf zwangsläufig technischer Anpassungen des elektronischen Beurkundungssystems Infostar.

Antrag:

Diese Kosten sind im Bericht aufzunehmen und vom Bund zu übernehmen.

Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden

Die Aussage, dass die vorgesehenen Änderungen wenig Auswirkungen auf die kantonalen

oder kommunalen Behörden haben werden (vgl. Ziff. 7.2. S. 37 Vorentwurf), kann so nicht geteilt werden. Gerade bei den kantonalen und kommunalen Zivilstandsbehörden wird die Umsetzung der vorgesehenen Änderungen zu einem Mehraufwand führen.

Antrag:

Die Aussage ist zu bereinigen und den Tatsachen anzupassen.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN
IM ZIVILSTANDSDIENST**

Namens des Vorstandes

Der Präsident:



Ronny Wunderli

Der Geschäftsführer:



Walter Grossenbacher

Kopie an

- Mitglieder KAZ
- KKJPD
- SVZ, Präsident Roland Peterhans

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE**

Commission des affaires juridiques
du Conseil national
Secrétariat
3003 Berne

Par e-mail à:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Münsingen, le 12 avril 2019

Procédure de consultation concernant le projet de mariage pour tous

Prise de position de la Conférence des autorités cantonales de surveillance de l'état civil (CEC)

Monsieur le président,
Mesdames et Messieurs les membres de la commission,
Mesdames et Messieurs,

Vous nous avez invité à prendre position sur l'objet cité en exergue et nous vous en remercions. Nous saisissons cette occasion et prenons position en tant que conférence spécialisée en matière d'état civil. Le contenu de notre prise de position a été discuté et coordonné avec la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP).

Nous prenons volontiers position sur les modifications légales envisagées. En tant que conférence spécialisée, nous renonçons à donner un avis sociopolitique sur le projet proposé et nous ne formulons sciemment aucun avis sur notre approbation ou notre rejet du projet. Nous nous limitons ci-après aux aspects d'ordre technique.

Art. 252, al. 2 CC (Etablissement de la filiation en général) et art. 259a CC (De la parentalité de l' poux ou de l' pouse) [variante]

La présomption de paternité de l'époux est étendue à l'épouse de la mère. La variante proposée provient du recours évidemment visé à la procréation médicalement assistée, qui est réservé aux couples l' gard desquels un rapport de filiation au sens des art. 252-263 CC peut être établi (cf. ch. 3.2.3.2, p. 13 et 26 de l'avant-projet). Nous nous demandons si cette approche est la bonne. L'introduction proposée de la parentalité originale de l' pouse de la mère dans le CC ignore le fait qu'une naissance, dans le cas d'un couple de femmes également, ne résulte pas toujours d'un don de sperme. A la différence de la présomption de paternité, il n'y a ici aucune possibilité de correction par une action en annulation. La variante bien

intentionnée fait face, dans la vie réelle, à de sérieux conflits potentiels. La commission a décidé de ne pas traiter le droit de filiation dans le présent projet de loi, bien qu'il y ait indiscutablement besoin de révision (cf. ch. 5.3, p. 23 de l'avant-projet). Nous considérons qu'il est justifié de traiter le droit de filiation séparément et ultérieurement. Pour nous, il est impératif que la présomption de maternité de l'épouse de la mère soit traitée dans le cadre d'un projet portant sur le droit de filiation. Par conséquent, nous rejetons la variante présentée, car le projet en l'état introduit dans les faits la parentalité sociale, sans évaluation globale. De plus, la présomption de maternité de l'épouse de la mère n'est pas comparable à la présomption de paternité de l'époux de la mère. La présomption de paternité de l'époux est fondée sur l'hypothèse, la plupart du temps correcte, que l'époux de la mère est le père biologique de l'enfant. En ce qui concerne la présomption de maternité de l'épouse de la mère, cela ne peut certainement pas être le cas. La normalisation des cas est donc contestable du point de vue de la parentalité biologique/génétique. Enfin, le projet ne précise pas comment la question du père biologique, qui existe indubitablement, est réglée juridiquement. La possibilité de reconnaître son enfant biologique lui est manifestement refusée. Il s'agit par ailleurs d'une discrimination envers les couples d'hommes mariés.

Requête:

La création originaire du lien de filiation doit être discutée dans un projet séparé concernant le droit de filiation, qui tiendra compte en priorité du bien de l'enfant et du droit à la connaissance de la filiation. La présomption de maternité de l'épouse de la mère ne saurait être résolue dans ce projet. Sur ce point, il y a lieu de viser une simplification de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Art. 35 LPart (Conversion du partenariat enregistré en mariage)

L'art. 35 LPart ne permet pas de déterminer si la conversion déploie de nouveaux effets. Le nom et le droit de cité sont-ils réexaminés à cette occasion? Les époux peuvent-ils redéfinir leur nom (conformément aux dispositions légales)? Quels sont les effets de la conversion sur les éventuels enfants d'un partenaire? Pour les personnes concernées comme pour les autorités de l'état civil, il est hautement important que les effets juridiques de la conversion soient clarifiés.

Les considérations du rapport sur l'art. 35 LPart (cf. ch. 6.2, p. 28 de l'avant-projet), selon lesquelles la déclaration peut être accompagnée d'une cérémonie, sont troublantes. Comme indiqué dans le rapport, les partenaires ont déjà eu la possibilité d'organiser une cérémonie lors de la signature du partenariat enregistré. Le fait de pouvoir organiser une cérémonie pour des événements déclaratoires (par ex. aussi pour la reconnaissance d'un enfant) est contredit la pratique. Si de telles cérémonies devaient être autorisées malgré nos objections, il faudrait au moins introduire un émolument couvrant les coûts.

Requête:

Les effets de la conversion doivent être précisés. Dans la mesure où une procédure de conversion autorise des cérémonies, une position correspondante dans les émoluments, qui couvre les coûts, doit être prévue.

Art. 45 LDIP (partenariat enregistré et droit international privé)

Il est indiscutable et logique que l'institution du partenariat enregistré sera «abandonnée pro futuro en Suisse» (cf. ch. 4.1, p. 17 de l'avant-projet). A cet égard, il est rappelé que «le partenariat enregistré a été institué comme pendant au mariage pour les personnes de même sexe» (cf. ch. 2.3, p. 9 de l'avant-projet). Il faut toutefois que la distinction entre mariage et

partenariat enregistré soit maintenue dans la LDIP, ce qui semble peu approprié pour diverses raisons:

- Les personnes qui ont conclu un partenariat enregistré à l'étranger avant l'entrée en vigueur des modifications proposées ont la possibilité, sur déclaration à l'office de l'état civil, de convertir leur union en mariage (cf. ch. 4.3.3, p. 21 de l'avant-projet). Cela ne sera toutefois pas possible pour les partenariats enregistrés conclus à l'étranger après l'entrée en vigueur des modifications proposées; la possibilité d'appliquer la LPart est en effet limitée aux partenariats enregistrés avant l'entrée en vigueur des modifications (cf. ch. 4.3.2, p. 21 de l'avant-projet). Juridiquement, une telle inégalité de traitement est difficile à justifier.
- Le renvoi de la LDIP à la possibilité d'appliquer le droit suisse ne donnerait pas non plus de résultat pour les partenariats enregistrés conclus à l'étranger après l'entrée en vigueur des modifications, car la LPart ne vaut que pour les partenariats enregistrés conclus avant cette date. L'avant-projet prévoit dorénavant d'appliquer par analogie les règles matérielles du droit de signe applicables au mariage (cf. ch. 4.3.2, p. 21 de l'avant-projet). En principe, le partenariat enregistré est ainsi实质上 abandonné pour les partenariats enregistrés conclus à l'étranger également. La désignation différente au niveau de l'état civil par rapport au mariage fait exception. Un des objectifs de l'avant-projet est cependant d'éliminer une désignation d'état civil ressentie «comme stigmatisante» par les partenaires enregistrés (cf. «Contexte», p. 2 de l'avant-projet). Nous ne comprenons pas pourquoi la LDIP devrait s'écarte de cet objectif sans raison.
- A l'étranger, des «partenariats enregistrés» peuvent parfois être conclus entre couples hétérosexuels, par ex. aux Pays-Bas. Compte tenu des effets juridiques liés à cette institution dans ces pays, une telle relation devrait clairement être reconnue comme mariage en Suisse. Pour les couples de même sexe, il faudrait toutefois les considérer à l'avenir comme des «partenariats enregistrés». Cette divergence n'est ni claire ni justifiée.
- Comme déjà mentionné, le partenariat enregistré a été institué en Suisse comme pendant au mariage pour les personnes de même sexe. Par conséquent, il déploie des effets «inter partes» qui caractérisent le mariage. Aujourd'hui, il est déjà indubitable qu'une institution étrangère, indépendamment de sa désignation, qui déploie des effets similaires au partenariat enregistré suisse doit être reconnu en tant que mariage pour les couples hétérosexuels. Si, à l'avenir, le droit national ne distingue plus le mariage et le partenariat enregistré, cela doit aussi être le cas pour la LDIP. Le critère décisif pour la reconnaissance ne peut être que l'effet semblable au mariage d'une communauté de vie prévue par le droit étranger. Si tel est le cas, la reconnaissance doit être faite en tant que mariage. La solution proposée le néglige et aboutit au final à des différences terminologiques. Il ne saurait toutefois être possible que la désignation d'une institution étrangère (= autre désignation que «mariage») soit considérée comme un critère décisif pour sa classification en Suisse en application de la LDIP.
- Si la solution LDIP envisagée est maintenue, il faut en tous les cas prévoir que les couples de même sexe qui ont conclu un partenariat enregistré à l'étranger après l'entrée en vigueur des modifications puissent se remarier en Suisse. A cet égard, le projet doit contenir explicitement ou implicitement une disposition selon laquelle il n'y a pas d'entrave au mariage. Or une telle disposition ne figure pas dans le projet.
- Le fait que l'inscription du partenariat qui a été enregistré en raison du mariage célébré à l'étranger (avant l'entrée en vigueur) devrait être actualisée d'office à la prochaine occasion, prête à confusion (cf. ch. 4.2.2, p. 19 de l'avant-projet). Cette disposition est

impossible à mettre en œuvre. D'une part, elle permet de convertir un partenariat enregistré en mariage contre la volonté des personnes concernées – ou d'une seule personne. Cela contredit les explications du rapport concernant la conversion du partenariat enregistré, selon lesquelles la conversion n'est possible que sur déclaration des personnes concernées et par une procédure séparée selon l'art. 35 LPart. D'autre part, la question se pose de déterminer comment l'office de l'état civil enregistrant l'événement d'état civil aura connaissance du fait que le partenariat enregistré à examiner (et enregistré dans le registre suisse de l'état civil) est à l'origine un mariage étranger qui doit désormais être converti automatiquement en un mariage.

- En matière de divorce et de séparation également (cf. ch. 4.2.5, p. 20 de l'avant-projet), il reste à déterminer comment le tribunal peut savoir que le partenariat enregistré établi sur la base de documents d'état civil suisses est à l'origine un mariage étranger.

Art. 65a LDIP

Le rapport précise en ce qui concerne l'art. 65a LDIP (cf. ch. 6.3, p. 33 de l'avant-projet) : «Bien que de nouveaux partenariats ne pourront plus se conclure en Suisse, la Suisse continuera de reconnaître en tant que tels les partenariats entre personnes de même sexe enregistrés à l'étranger.» Font ici défaut les explications sur les effets que cela aurait (par ex. nom, droit de cité, enfants, etc.). Les dispositions concernant le partenariat enregistré n'existeront plus après l'entrée en vigueur.

Requêtes LDIP:

- *Il y a lieu de renoncer dans le projet à distinguer mariage et partenariat enregistré dans la LDIP également. La question de l'introduction d'une forme de lien faible (partenariat faible) doit être abordée ultérieurement. Dès qu'une telle institution juridique sera introduite dans le CC et la LDIP, mais seulement à ce moment-là, il sera judicieux de reconnaître de manière différenciée les formes de lien étrangères, y c. indépendamment du sexe des personnes concernées.*
- *Une actualisation forcée (d'office) du partenariat enregistré en un mariage (cf. ch. 6.3, p. 32 de l'avant-projet) ne nous semble pas appropriée. Cette conversion ne peut avoir lieu qu'à la demande des personnes concernées et non d'office.*

Conséquences pour la Confédération

La mise en œuvre des nouvelles dispositions relatives dans le registre suisse de l'état civil (Infostar) n'est pas mentionnée (cf. ch. 7.1, p. 33 de l'avant-projet). Une modification légale telle que celle qui est prévue nécessite impérativement des ajustements techniques du système d'enregistrement électronique Infostar.

Requête:

Ces coûts doivent être intégrés au rapport et pris en charge par la Confédération.

Conséquences pour les cantons et les communes

Nous ne partageons pas l'affirmation selon laquelle les modifications prévues ne devraient avoir que peu de conséquences pour les cantons et les communes (cf. ch. 7.2., p. 34 avant-projet). La mise en œuvre des modifications promises entraînera justement pour les autorités cantonales et communales de l'état civil une hausse de la charge de travail.

Requête:

L'affirmation doit être rectifiée et ajustée aux circonstances.

Nous vous remercions de bien vouloir tenir compte de ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le président, Mesdames et Messieurs les membres de la commission, nos salutations distinguées.

**CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES
DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL**

Au nom du comité

Le président:



Ronny Wunderli

Le secrétaire:



Walter Grossenbacher

Copie aux personnes et autorités suivantes:

- membres de la CEC
- CCDJP
- ASOEC, M. Roland Peterhans, président



Association pour la santé sexuelle
des femmes qui aiment les femmes
c/o C.L. Béziane
Rue du maupas 26
1004 Lausanne
lesklamydias@gmail.com

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, 21 mai 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Notre association pour la santé sexuelle des femmes qui aiment les femmes a pour but de promouvoir de l'égalité des droits, notamment en matière de santé, pour toutes les personnes, quelles que soient leur orientation sexuelle ou leur identité de genre.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Camille Béziane
Responsable de l'association
Les Klamydia's



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Berne, 3 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

LAGO est une association LGBTQIA+ associée à l'Université de Fribourg. A travers des évènements comme des débats et des projections de films, l'association vise à créer des espaces sûrs où la communauté LGBTQIA+, ses allié.e.s, ainsi que des personnes externes à la communauté puissent discuter librement.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les

couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour LAGO,
Sharon Casu,
Co-présidente.



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, le 17 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

L'association Lilith a été créée en 1994 pour pallier à l'absence de structure de soutien et d'information pour les lesbiennes dans le Canton de Vaud.

Bien que basée à Lausanne, l'association est composée d'adhérentes issues de toute la Suisse romande. Lilith est la seule association exclusivement lesbienne du Canton de Vaud.

Deux soirs par semaine, une permanence d'accueil est ouverte pour ses adhérentes et pour toute femme en quête d'informations. Des entretiens personnalisés permettent d'offrir une aide à celles qui en font la demande.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels. De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. **C'est pourquoi il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour le comité,



Nicole Marty, Présidente



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 20. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung nehmen zu können.

Die Lesbenorganisation Schweiz LOS ist der Schweizer Dachverband für lesbische, bisexuelle und queere Frauen. Die LOS setzt sich seit 30 Jahren dafür ein, dass frauenliebende Frauen in der Schweiz sichtbar und gleichberechtigt sind. Wir kämpfen für die Ehe für alle, für sicheren Schutz vor Diskriminierung und Repräsentation in den Medien.

1. Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 - vor 14 Jahren - die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde (vgl. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>).

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen (vgl. Tamedia-Themenumfrage, S. 9: https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf). **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit offensichtlich ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch **bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen:** So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht, bei der Adoption oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen nicht auf sachlichen Gründen, sondern sind dem Umstand geschuldet, dass das Parlament damals - aus politischen Gründen - bewusst die eingetragene Partnerschaft von der Ehe unterscheiden wollte. Mittlerweile



hat sich gezeigt, dass die bestehenden Unterschiede für gleichgeschlechtliche Paare nicht nur viele Nachteile mit sich bringen, sondern auch sachlich nicht gerechtfertigt sind. In diversen Bereichen wurden denn auch in der Zwischenzeit Anpassungen (im Sinne der Gleichstellung mit Ehepaaren) vorgenommen (so zum Beispiel beim Namensrecht oder bei der Stiefkindadoption). Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes ebenfalls verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl es sich um das gemeinsame Wunschkind handelt. Auch im Falle einer Trennung des Paars vor Abschluss des Adoptionsverfahrens ist eine Adoption nicht mehr möglich und hat das Kind nur einen rechtlichen Elternteil. **Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.**

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen (vgl. vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>). Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut (wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte).

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen und damit den gleichgeschlechtlichen Paaren tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen - ohne Abstriche.

2. Verfassungsrechtliches Diskriminierungsverbot

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Lehre und Praxis übernommen. **Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstößt gegen die Verfassung.**

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist. **Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie**



sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgehalten wird (vgl. Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen NR, Ziff. 3.2, S. 12). **Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen bleibt.**

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet. **Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft**, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind - das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist (vgl. Diverse Studien, u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46,8) ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. **Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.**

3. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Die Lesbenorganisation Schweiz LOS unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass die LOS nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende oder die Möglichkeit einer originären Elternschaft lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. **Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht.** Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme **unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.**

Begrüßt wird von der LOS, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtig erweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei. Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.



4. Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp 1/5 davon von einem privaten Spender, 1/3 mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland (Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>). **Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.** Die Zahl der betroffenen Familien und Kinder ist rasant ansteigend, weil aktuell - trotz der rechtlichen Schwierigkeiten - viele junge lesbische Paare Familien gründen.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich (Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten durch Law School Columbia, USA: <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>). Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein (<https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive>).

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht (vgl. Erläuternder Bericht, Ziff. 5.3, S. 26). **Mit dem gemäss «Variante» vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren.** Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. **Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.**

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz auf, dass dies nicht der Fall ist (Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten, Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV, Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66).



Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten - entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Dieser Rechtsauffassung scheint zu Recht auch die Rechtskommission des Nationalrates zu sein, die eine entsprechende Variante mit Zugang zur Samenspende in den Gesetzesentwurf aufgenommen hat. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es **keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.**

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen. Sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwändige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem “illegalen” Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. **Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.**

4.3 Originäre Elternschaft

Die als «Variante» vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres - gemeinsam geplanten und gezeugten - Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. **Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt.** Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. **Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.**



Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. **Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat.** Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

4.4 Es liegt keine Diskriminierung von Männerpaaren vor

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel - und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl diese verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht. Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleichgeschlechtliche wie auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. **Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses und sachfremdes Argument.**

5. Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. **Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu.** Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird (Erläuternder Bericht, Ziffer 3.3.2, Seite 17). Stossend ist indessen, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird (Erläuternder Bericht Ziffer 6.2, Seite 32). Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist ergänzend anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen. Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.



5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist. Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand (nämlich die Errungenschaftsbeteiligung) und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe (Erläuternder Bericht, Ziffer 6.2, Seite 33). Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe. Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. **Auch diesen Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar.** Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüßen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend die Einbürgerungsvooraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen und **damit auch eine erleichterte Einbürgerung für gleichgeschlechtliche Paare möglich wird.** Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden (Ziffer 3.2.2, Seite 13). Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage. **Es ist folgerichtig und zu begrüßen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen.** Diese Verbesserung gegenüber der heutigen Situation, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird, ist umso wichtiger, als Frauenpaare von der Benachteiligung von



Frauen im Berufsleben gleich doppelt betroffen sind und auch deutlich öfters in finanziell prekären Verhältnissen leben als Männerpaare.

Es scheint uns richtig, dass die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der vorliegenden Ehe für alle-Vorlage geführt wird.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüßen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare (Erläuternder Bericht, Ziffer 4, Seite 18). Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare sollten jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.

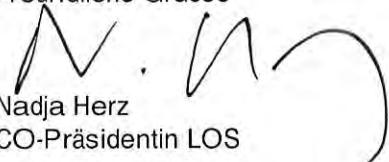
5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Die LOS unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden. Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen. Im Zuge dessen drängt sich eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache - auch im Ehreht - auf.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse


Nadja Herz
CO-Präsidentin LOS

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

L-Punkt ist der Verein lesbischer, bisexueller und queerer Frauen* der Hochschulen Zürich. Wir sind eine Gruppe aus (ehemaligen) Studierenden und interessierten Personen aus der Region Zürich. Gemeinsam setzen wir uns für die Rechte der LGBTQ*-Community ein, und organisieren kulturelle oder sportliche Anlässe, wie zum Beispiel ein Skiweekend, oder ein gemeinsames Nachessen.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von homosexuellen Paaren gegen die Verfassung und muss behoben werden.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, da er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss. Als Zusammenschluss frauenliebender Frauen* ist uns dies ein besonderes Anliegen, da wir bei einer Umsetzung des aktuellen Gesetzesentwurfs weiterhin diskriminiert würden.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Vorstandes

Corina Leuch

Aktuarin L-Punkt

lesbische und schwule basiskirche basel
queere gemeinde für alle
c/o Offene Kirche Elisabethen
Elisabethenstrasse 10-14
CH 4051 Basel

www.lsbk.ch / info@lsbk.ch

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Die „lesbische und schwule basiskirche basel“ ist eine Gottesdienstgemeinschaft innerhalb der Offenen Kirche Elisabethen. In ihren Gottesdiensten treffen sich mehrheitlich Menschen aus der queeren Welt.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.¹ Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet

¹ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Für den Vorstand



(Urs Graf)

Commission des affaires juridiques du Conseil national

Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, le 20 juin 2019

Prise de position sur le projet de loi « Mariage civil pour tous » élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le président de la commission,
Madame, Monsieur,

Notre association vous remercie de nous donner l'occasion de prendre position sur l'avant-projet relatif au Mariage civil pour toutes et tous.

L'Association LWORK Réseau professionnel de femmes homosexuelles* est active en Suisse romande et défend les intérêts des femmes homosexuelles dans le monde du travail ou en formation professionnelle. Elle regroupe tous les domaines professionnels et s'adresse à toutes les femmes homosexuelles*, quelles que soient leurs origines, handicaps, croyances religieuses ou non, opinions politiques et statuts sociaux. L'association s'engage pour le respect et l'égalité de traitement des femmes lesbiennes, trans et intersexes.

Contexte

Si l'initiative parlementaire relative au mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, il a fallu attendre près de six ans pour que le premier projet de loi soit présenté. Durant ce laps de temps, l'acceptation s'est encore renforcée au sein de la population, sachant qu'en 2005, voici 15 ans, le partenariat enregistré avait déjà été accepté à une majorité très nette de 58 % des votantes et votants.

Selon une enquête représentative menée par gfs-zürich en avril 2016, 69 % des personnes interrogées étaient favorables à l'ouverture du mariage aux couples de même sexe (oui : 40 %, plutôt oui : 29 %). Un sondage thématique représentatif réalisé par Tamedia en décembre 2017 a quant à lui révélé que seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous. On constate ainsi l'adhésion croissante de la population à l'ouverture du mariage. La nécessité de légitimer découle cependant aussi du principe de non-discrimination inscrit dans l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. Le fait que les couples de même sexe n'aient pas, à l'heure actuelle, le droit de se marier en Suisse relève en effet d'une discrimination « institutionnelle » qu'il convient de supprimer.

Si l'instauration du partenariat enregistré en 2007 a été une étape importante, des différences majeures persistent toutefois par rapport au mariage civil : ceci concerne l'acquisition du droit de cité, le droit en matière d'assurances sociales ou encore l'accès au don de sperme, pour ne citer que quelques exemples. Ces différences ne reposent pas sur des raisons objectives mais seulement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. De plus, l'instrument spécialement créé qu'est le partenariat enregistré entraîne une stigmatisation des partenaires enregistré.e.s qui se voient obligé.e.s de révéler dans de nombreux domaines de la vie qu'ils ou

elles aiment une personne de même sexe. Sur de nombreux formulaires (par exemple pour un contrat de travail ou un bail), il est nécessaire d'indiquer son état civil. Un tel coming-out imposé peut avoir des conséquences personnelles graves que l'ouverture du mariage aux couples de même sexe permettrait d'éviter.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est également très insatisfaisante : en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai d'un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant. Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection juridique de l'enfant, fruit d'un projet parental commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe une inégalité de traitement au sein de la fratrie : l'aîné-e étant protégé-e par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure. **Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image obsolète de la famille ; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.**

La Suisse est désormais l'un des derniers pays d'Europe occidentale à interdire le mariage aux couples de même sexe. Les Pays-Bas ont ouvert le mariage dès 2001, l'Allemagne et l'Autriche ont franchi le pas récemment, respectivement en 2018 et 2019. Même la très catholique Irlande a adopté le mariage pour toutes et tous en 2015, suite à un référendum qui s'est soldé par 62 % de votes favorables. Même si les avancées sociopolitiques prennent parfois plus de temps en Suisse, comme on a pu le voir par exemple pour le suffrage féminin, il est grand temps que la Suisse ouvre enfin le mariage aux couples de même sexe.

Dans certains milieux chrétiens conservateurs, on peut entendre dire que le terme de « mariage » devrait être réservé aux couples hétérosexuels. Dans cette logique, l'union de deux personnes de même sexe est considérée comme inférieure. Cette position est à rejeter sur la base de l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. **L'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe n'enlève rien à personne.** La modification de la loi n'entrave pas non plus le droit d'une personne à l'exercice de sa foi.

Nous revendiquons les mêmes droits pour toutes et tous

La Constitution fédérale suisse interdit aujourd'hui déjà toute discrimination basée sur le « mode de vie » ou le « sexe » (art. 8, al. 2, Cst.). Le terme « mode de vie » utilisé par la Constitution désigne selon la volonté parlementaire essentiellement l'orientation sexuelle et a été repris tel quel par un certain nombre de lois et par la doctrine majoritaire. Traiter différemment les couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

La comparaison avec d'autres pays et les différents sondages réalisés auprès de la population montrent clairement qu'une discrimination des couples de même sexe n'est plus ni légitime ni opportune.

Pour qu'il y ait égalité, les couples de même sexe doivent pouvoir contracter un mariage avec les

mêmes droits et devoirs qui s'appliquent aux couples de sexe différent. Ceci implique aussi l'égalité entre couples de même sexe et couples de sexe différents dans tous les domaines du droit, telle que précisée dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet. Seul l'avant-projet incluant la variante (« accès au don de sperme ») est en mesure de satisfaire à l'exigence d'une complète égalité; sans cette variante, l'inégalité de traitement persisterait dans ce domaine. La Commission nationale d'éthique a déjà estimé dans sa prise de position de 2013 que, pour des motifs de non-discrimination, les couples de même sexe devraient avoir accès à la procréation médicalement assistée.

Or l'instauration du mariage civil pour toutes et tous ne bénéficie pas seulement aux couples de même sexe désirant se marier mais a aussi un impact social significatif : une étude réalisée en 2018 montre que l'ouverture du mariage envoie un signal fort et positif pour la société dans son ensemble. Le mariage civil pour toutes et tous favorise ainsi l'acceptation sociale des personnes homosexuelles et bisexuelles, contrairement aux instruments spécialement créés – tels que le partenariat enregistré – qui sont porteurs d'une certaine stigmatisation puisque marquant un groupe « à part » et, de ce fait, susceptibles d'en compromettre l'acceptation sociale. L'ouverture du mariage renforce donc une attitude positive à l'égard des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles (personnes LGB) et a par conséquent un impact positif sur un très grand nombre de personnes en Suisse. D'après les estimations scientifiques, 5 à 10 % de la population s'identifie comme homosexuelle ou bisexuelle, ce qui correspond en Suisse à plusieurs centaines de milliers de personnes.

Les études menées dans d'autres pays montrent que la fin des discriminations institutionnelles envers les personnes LGB améliorent significativement leur acceptation sociale. L'ouverture du mariage et une égalité de fait à tous les égards constituent dès lors une mesure que l'Etat se doit de prendre pour réduire les difficultés auxquelles sont confrontées les personnes LGB. En effet, ainsi que les montrent les études scientifiques, les discriminations qu'elles subissent impactent négativement sur leur santé psychique.

Déposée en janvier 1995, la pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » avait recueilli plus de 85'000 signatures. Près de 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette revendication et d'accorder enfin réellement les mêmes droits aux couples de même sexe, sans exception.

Remarques générales sur l'avant-projet de loi

L'Association LWORK soutient globalement l'initiative parlementaire « Mariage civil pour tous » et l'avant-projet élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national. **Il est à noter que seule une égalité entière, comprenant la mise en œuvre complète du mariage civil pour toutes et tous, rencontre l'adhésion sans réserve de l'Association LWORK.**

Au vu du principe d'égalité de traitement (art. 8, al. 2, Cst), l'exclusion de certains domaines tels que l'accès au don de sperme ne se justifie pas. Il convient donc de modifier toutes les dispositions susceptibles d'engendrer directement ou indirectement, à situation comparable, une discrimination à l'égard des couples de même sexe. Le projet central ne répond pas à lui seul à ces exigences. **Dans l'optique d'égalité et au vu des problèmes graves existants, nous estimons indispensable de mettre en œuvre la variante comprenant l'accès au don de sperme.**

L'Association LWORK se félicite en particulier de ce que le présent projet prévoit d'ouvrir le mariage en passant par une simple révision de la loi plutôt que par une modification de la Constitution. L'avis de droit émis par l'Office fédéral de la justice conclut clairement, et à juste titre, qu'il n'est pas nécessaire de modifier la Constitution vu que cette dernière est dynamique et doit être interprétée à la lumière des questions contemporaines, et que l'ouverture du mariage

doit donc passer par une révision de la loi. Nous soutenons donc la position exprimée par la majorité de la commission des affaires juridiques.

Par ailleurs, nous soutenons clairement l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui inconcevable de ne pas permettre aux couples de même sexe d'adopter ensemble des enfants, d'autant plus quand on sait que les personnes seules peuvent en adopter. L'ouverture de cet accès dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous a fait ses preuves dans tous les pays européens ayant ouvert le mariage au cours de ces presque 20 dernières années.

Variante comprenant l'accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps : selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou « arc-en-ciel ». La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger. Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant. L'Association faîtière Familles arc-en-ciel développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire.

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette question. L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous préconisons l'adoption de la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de comaternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

Pour l'accès au don de sperme, il suffit de modifier la loi

Sur la base d'un rapport publié en juillet 2016 par l'Office fédéral de la justice, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé qu'il suffisait de légiférer pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Au départ, il n'était pas clair s'il y avait besoin de modifier la Constitution pour ouvrir l'accès au don de sperme. Un avis de droit publié en janvier 2019 et rédigé par Andreas R. Ziegler, professeur à l'Université de Lausanne, montre que ce n'est pas le cas. La notion d'infertilité, telle que définie dans la Constitution comme condition d'admissibilité au don de sperme, est pertinente à cet égard. L'avis de droit montre que les couples infertiles non pas du point de vue « médical » mais de par leur configuration sont aussi considérés comme tels au sens de la Constitution, ce qui veut dire que cette notion s'applique également aux

couples de même sexe. L'avis de droit se penche aussi sur la position défendue dans le passé par le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la justice selon laquelle l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution. L'avis de droit précise que cette logique, basée sur des représentations sociales traditionnelles du début des années 90, est aujourd'hui obsolète. De nos jours, la doctrine admet majoritairement que la Constitution n'interdit pas expressément aux couples de même sexe de recourir à des méthodes de procréation médicalement assistée.

Nous retenons de l'avis de droit émis par M. Ziegler que l'exclusion actuelle des couples de femmes de l'accès au don de sperme relève de la législation ordinaire et peut donc être revue sans modifier la Constitution. L'ouverture du mariage ayant pour but de réaliser une égalité de fait entre couples de même sexe et couples de sexe différent, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme en conservant les règles discriminatoires en vigueur.

Accès au don de sperme

Le don de sperme est la méthode la plus utilisée de nos jours par les couples de femmes pour fonder une famille et constitue dès lors un enjeu de taille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse ont recours au don de sperme accessible dans des cliniques à l'étranger. La durée d'un traitement de PMA, considéré de manière générale comme une démarche stressante, peut varier considérablement d'une femme à l'autre, mais il n'est pas rare que les essais se succèdent sur plus d'une année. Mener ce processus en se rendant tous les mois à l'étranger constitue dès lors une lourde charge psychique et financière qu'un accès aux services existants en Suisse atténuerait grandement. En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. L'exclusion actuelle des couples lesbiens de l'accès au don de sperme n'a aucun fondement objectif et est, de ce fait, discriminatoire et c'est là une analyse que l'on retrouve dans les prises de position des commissions d'éthique, tant en Suisse qu'à l'étranger. On se doit en outre de souligner que la majorité des pays d'Europe de l'Ouest ont accordé l'accès de la PMA aux couples de femmes et que dans ce contexte, les seuls exemples de la France – sur le point de le faire également – et de l'Allemagne ne sont dès lors guère pertinents. La Suisse est, à l'heure actuelle, un des pays les plus restrictifs en matière de droits parentaux pour les couples de même sexe, il importe de remédier à cela.

Double filiation dès la naissance

La révision de la loi proposée comme variante permet aux couples de lesbiennes d'accéder au don de sperme et donc à la double filiation dès la naissance. En d'autres termes, cela signifie que lorsqu'un enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun par deux femmes unies par le mariage, les deux mères seront ses parents légaux dès sa naissance. Cela veut dire que les couples mariés de même sexe sont dès la naissance de leur enfant, conçu ensemble dans le cadre d'un projet parental commun, ses parents légaux. C'est un aspect fondamental pour la protection juridique de l'enfant car l'établissement d'un rapport de filiation est associé à des droits élémentaires tels que le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations en matière d'assurances sociales, les droits de succession ou les impôts. L'établissement de la double filiation dès la naissance met l'accent sur l'intérêt supérieur de l'enfant, ce dernier étant protégé juridiquement dès sa naissance par deux parents légaux. La double filiation à la naissance supprime la nécessité pour la mère qui ne donne pas naissance d'adopter l'enfant de sa partenaire, une démarche longue et soumise à des conditions strictes. La pratique montre que l'adoption de l'enfant du/de la partenaire, possible depuis le 1er janvier 2018, ne constitue pas une alternative satisfaisante à la double filiation à la naissance. La rigueur des conditions d'accès et le délai important entre la naissance et l'adoption représentent un

risque pour les parents comme pour l'enfant, notamment si les parents se séparent avant l'adoption ou en cas de décès du parent légal. De plus, l'évaluation « d'aptitude » pointilleuse réalisée par les autorités est ressentie par les couples comme humiliante et comme une atteinte injustifiée à leur vie privée. Le canton de Zurich exige ainsi de joindre 22 pièces à la requête d'adoption, comportant pour certaines des informations très personnelles. Une éventuelle maladie du parent adoptif peut par exemple représenter un obstacle et dans le pire des cas entraîner le refus de l'agrément d'adoption. Globalement, la procédure d'adoption est discriminatoire pour les couples de même sexe qui ne peuvent pas, contrairement aux couples de sexe différent, établir leur parentalité juridique dès la naissance sans passer par une évaluation d'aptitude.

Égalité entre couples de femmes et couples d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent. En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

Évaluation d'autres point de l'avant-projet de loi

Sort / conversion du partenariat enregistré

Que les partenariats enregistrés conclus auparavant puissent être poursuivis est à saluer. Également proposée, la possibilité de convertir sans obstacles bureaucratiques un tel partenariat en mariage est une disposition complémentaire indispensable. Autre point crucial : les dispositions liées à la durée d'un mariage doivent tenir compte des années de partenariat enregistré, comme le mentionne par ailleurs l'avant-projet.

La seule chose qui paraît injuste est le fait que la conversion entraînera de nouveaux frais. De nombreux couples se seraient mariés au lieu de faire enregistrer leur partenariat si cela avait été possible. De ce fait, il faudrait leur permettre de convertir sans frais leur partenariat en mariage.

Par ailleurs, il convient de répondre aux revendications portant sur une protection juridique différente, à l'instar de celle offerte par le PACS français. Une législation moderne, en phase avec les réalités sociales, ne doit pas miser exclusivement sur une institution rigide telle que le mariage pour garantir une protection juridique mutuelle. Si un grand nombre de communautés de vie, aussi bien hétérosexuelles que homosexuelles ou bisexuelles, ne peuvent pas entrer dans le cadre du mariage, ces personnes ne devraient pas moins avoir la possibilité de bénéficier d'une protection mutuelle. Il convient toutefois de mener ce débat indépendamment de l'ouverture du mariage car il concerne tous les couples et non seulement ceux de même sexe.

Conversion du régime

La conversion d'un partenariat enregistré en mariage sera associée à un changement de régime, sauf convention contraire. Les couples de même sexe auront ainsi à l'avenir le même régime ordinaire et la même liberté de choix que les couples de sexe différent. Au regard de la sécurité juridique, il apparaît opportun, conformément à ce qui est proposé, que le changement de régime s'applique à partir du moment de la conversion du partenariat en mariage et non pas rétroactivement. Dans le cas contraire, ce processus risquerait d'être plus compliqué pour bon nombre de couples, voire de constituer un obstacle sur le chemin de la conversion du partenariat enregistré en mariage.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est aussi une solution pragmatique à saluer.

Pour certains couples, le changement de régime matrimonial peut avoir un impact important. Avant toute conversion, les offices de l'état civil doivent de ce fait informer les couples de la façon la plus complète possible.

Accès à l'adoption conjointe

Comme les partenaires de même sexe seront à l'avenir également considérés comme « épouses » ou « époux », l'accès à la procédure d'adoption leur sera automatiquement ouvert. Il s'agit là d'une égalisation indispensable, attendue depuis longtemps. Diverses études montrent que les enfants des familles arc-en-ciel ne sont pas désavantagés, que ce soit au niveau de leur développement personnel ou de la société. Par ailleurs, les arguments mentionnés au chapitre 4 s'appliquent aussi sur ce point.

Naturalisation

Nous saluons le fait que les dispositions relatives aux conditions de naturalisation d'une personne mariée à une personne de nationalité suisse s'appliqueront suite à l'ouverture du mariage indifféremment aux couples mariés de sexe différent et de même sexe. Nous ne voyons en effet aucune raison objective permettant de justifier ici une distinction. Il faudrait en outre modifier le titre de l'art. 21 de la loi sur la nationalité suisse (LN) « Conjoint d'un citoyen suisse », dans la section Naturalisation facilitée, en le remplaçant par exemple par « Conjoint ou conjointe d'une personne ayant la nationalité suisse ».

Rentes de survivants

Le rapport explicatif précise qu'il n'y aura pas de modification au niveau de la rente des survivants. L'égalisation entre la rente de veuve et la rente de veuf, aujourd'hui soumises à des conditions différentes, n'est donc pas non plus l'objet du présent projet.

Il apparaît cohérent et positif que les veuves issues d'un mariage entre personnes de même sexe aient les mêmes droits que celles issues d'un mariage entre personnes de sexe différent; cette disposition constitue une amélioration par rapport à la situation actuelle où les veuves issues d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à la rente de veuf.

Droit international privé

Les modifications apportées au droit international privé sont à saluer puisqu'elles garantissent enfin la reconnaissance totale des mariages entre personnes de même sexe contractés à l'étranger. Un point crucial est ici le changement automatique et à effet rétroactif du régime pour passer en participation aux acquêts : la solution proposée, à savoir une simple déclaration écrite unilatérale si l'un ou l'une des partenaires ne souhaite pas ce changement, apparaît ici opportune. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de la façon la plus complète possible sur cette possibilité ainsi que sur le délai relativement court de six mois.

Langue non genrée

Même si, au vu du volume des modifications nécessaires, on peut comprendre que le droit matrimonial n'ait pas été adapté dans sa totalité, c'est aussi une opportunité manquée. L'Association LWORK soutient la démarche proposée mais cette révision devra être abordée dans un avenir proche.

Nous rappelons dans ce contexte le postulat Flach qui demande de supprimer en droit toute référence inutile au sexe. Dans ce cadre, il apparaît indispensable d'utiliser de façon cohérente une langue non genrée, y compris dans le domaine du droit matrimonial.

En résumé, nous sommes tout à fait favorables à l'avant-projet relatif au mariage civil pour toutes et tous et vous demandons d'opter pour la variante permettant l'accès au don de sperme.

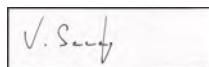
Nous vous prions de prendre en considération nos préoccupations lors des prochaines étapes de la procédure législative et vous en remercions par avance.

Avec nos salutations les meilleures.

Pour LWORK :



Florence Godoy
Présidente



Véronique Saucy
Membre du Comité

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 21. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf leitet sich aber auch vom Gebot der Nichtdiskriminierung in Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung ab. Mit der Tatsache, dass gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz derzeit nicht heiraten dürfen, besteht hierzulande eine sogenannte institutionelle Diskriminierung, die abgeschafft werden muss.

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

2 Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

3 Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse). Ein auf diese Weise erzwungenes Outing kann schwerwiegende persönliche Konsequenzen haben, die jedoch durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden können. Männer.ch setzt sich für partnerschaftliche Beziehungsmodelle aus, die allen Menschen ungeachtet ihres Geschlechts eine möglichst freie und zwanglose Lebensgestaltung ermöglichen. Das zwangsläufige Outing durch die eingetragene Partnerschaft ist deshalb umso stossender.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation äusserst unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Mit der Einführung der Stieffkindadoption im Jahr 2018 ist es heute wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist das Adoptionsverfahren mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl während der teilweise sehr langen Wartezeit gefährdet. So muss bis zum Antrag der Stieffkindadoption ein 1-jährigem Pflegeverhältnis ab Geburt bestehen. Auch kann die Zeitdauer ab Antrag auf Stieffkindadoption bis zu deren Genehmigung sehr lange sein (bis zu 2.5 Jahre). Stirbt aber der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist. **Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.**

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. Die Zeit ist mehr als reif, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁴ **Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.** Die Nationale Ethikkommission hat bereits

⁴ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paare aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden sollten.⁵

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. In Fachstudien gibt es einen Konsens darüber, dass sich fünf bis zehn Prozent der Menschen als homo- oder bisexuell bezeichnen – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.⁷

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁸ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Männer.ch unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass männer.ch nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.⁹**

5 https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf

6 Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, S. 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

7 Bahr, Michael W. und Sherblom, Stephen A (2008): «Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation», in: Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, S. 87.

8 Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, S. 8.

9 Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹¹ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem in der Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche notabene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

10 Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

11 Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

12 Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

13 Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

Männer.ch bekräftigt zudem ausdrücklich die Notwendigkeit einer Reform des Abstammungsrechts, insbesondere mit dem Ziel, das Recht des Vaters unabhängig von der Zustimmung durch die Mutter des Kindes auf Überprüfung seiner Vaterschaft mittels Vaterschaftstest. Die Chance für einen wichtigen Fortschritt in dieser Frage ist mit der Reform des GUMG bereits verpasst worden und wird in den kommenden Reformbemühungen umso dringlicher.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auf der Basis eines Berichts des Bundesamtes für Justiz vom Juli 2016 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates entschieden, dass die Öffnung der Ehe allein auf dem Gesetzesweg vollzogen werden kann. Unklar war zunächst, ob die Öffnung des Zugangs zur Samenspende eventuell einer Verfassungsänderung bedarf. Ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 zeigte auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten nimmt auch Stellung dazu, dass der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz in der weiter zurück liegenden Vergangenheit den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung. Das Gutachten verweist darauf, dass sich die frühere Haltung auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90er-Jahre stützten und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortppflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen. Sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebenden Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor Repression – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Der heutige Ausschluss lesbischer Paare vom Zugang zur Samenspende ist sachlich nicht gerechtfertigt und deshalb diskriminierend.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende und damit die originäre Elternschaft. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kindesverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwendige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaares vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils –, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» durch die Behörden wird als demütigend und als ungerechtfertigter Eingriff in die Privatsphäre empfunden. Im Kanton Zürich etwa werden zum Adoptionsgesuch 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann zum Beispiel eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein und im schlimmsten Fall zur Verweigerung der Adoption führen. Insgesamt stellt das Adoptionsverfahren eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung direkt ab Geburt herstellen können.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, wenn dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für

15 Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor.

Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

4.5 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft und künftige Notwendigkeit anderer rechtlicher Absicherung als der Ehe

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist außerdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist männer.ch insbesonder auch ein Anliegen, dass die Forderungen nach einer anderweitigen rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

4.6 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

16 Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

17 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

18 Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef/AffairId=20153431>

19 Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

20 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüssen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

4.7 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

4.8 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin“ geändert werden, zum Beispiel in „Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

4.9 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

Männer.ch verweist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit, in einem weiteren gesetzgeberischen Schritt, Witwen- und Witwerrenten gleichzustellen. Es liegt hier eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung vor, die nicht mehr zeitgemäß ist. Da in der Regel heute beide Elternteile berufstätig sind und es im Lichte der Gleichstellung auch erstrebenswert ist, dass beide Elternteile möglichst zu gleichen Teilen für das finanzielle Auskommen der Familie sorgen, ist es nur folgerichtig, dass künftig keine Unterscheidung mehr zwischen Witwen und Witwer gemacht wird bei der Bemessung der jeweiligen Hinterlassenenrente.

21 Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

4.10 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

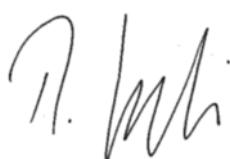
4.11 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermaßen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Der Dachverband Regenbogenfamilien unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrerecht – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird. Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Markus Gygli
Präsident

22 Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

23 Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Eheguterrecht», S. 22.

24 Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>



Milchjugend. 8000 Zürich

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
CH-3003 Bern

Per E-Mail eigereicht an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 24. April 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Die *Milchjugend. Falschsexuelle Welten* ist eine Jugendorganisation für lesbische, schwule, bi, trans*, inter und asexuelle Jugendliche und für alle dazwischen und ausserhalb. Wir sind somit die grösste LGBTQ-Jugendorganisation in der Deutschschweiz. Das Ziel der Milchjugend besteht darin, Jugendlichen, die aus der gesellschaftlichen Norm fallen, eine Gemeinschaft zu geben, in der sie sich selber entfalten können und selbstwirksam ihre eigenen Räume gestalten dürfen.

Für unsere Organisation ist die Auswirkung der Öffnung der Ehe auf homo- und bisexuelle Jugendliche von besonderer Wichtigkeit. Homosexuelle Jugendliche unter 18 Jahren profitieren zwar nicht direkt von der Öffnung der Ehe – Minderjährige können ja noch nicht heiraten. Allerdings zeigt eine 2017 erschienene, US-amerikanische Studie, dass die Suizidrate unter homosexuellen Jugendlichen in jenen Gliedstaaten gesunken ist, wo die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wurde.¹

Nach wie vor sind homosexuelle Jugendliche nämlich eine Suizid-Risikogruppe: Gegenüber ihren heterosexuellen Altersgenossen haben männliche homosexuelle Jugendliche in der Schweiz bspw. eine fünfmal höhere Suizidrate. Diese traurige Erkenntnis wird durch viele

¹ Raifman, Julia et al.: Difference-in-Differences Analysis of the Association Between State Same-Sex Marriage Policies and Adolescent Suicide Attempts, in: JAMA Pediatrics, Vol. 171, Nr. 4, April 2017, S. 350-356. Online abrufbar unter: www.jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/fullarticle/2604258

internationale Studien bestätigt.² Homosexuelle Jugendliche leiden unter den starren Vorstellungen in Bezug auf Sexualität und Geschlecht, die teilweise vorherrschen. Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare würde diesem Problem entgegenwirken.

Die eingangs erwähnte Studie zeigt, dass Suizidversuche unter homo- und bisexuellen Jugendlichen in jenen amerikanischen Gliedstaaten, welche die Ehe öffneten, um bis zu 14 Prozent zurückgingen. In den Gliedstaaten, welche die Ehe derweil nicht öffneten, sondern am traditionellen Modell einer gemischtgeschlechtlichen Ehe festhielten, ergab sich keine derartige Entwicklung. Betrachtet wurden hierfür 32 von 35 Gliedstaaten, die zwischen 2004 und 2015 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet haben, noch bevor die Eheöffnung vom Obersten Gerichtshof durchgesetzt wurde. Die Studienleiterin Prof. Julia Raifman erklärt gegenüber dem online-Magazin queer.de: «Politiker müssen sich bewusst sein, dass ihre Politik in Bezug auf sexuelle Minderheiten einen realen Effekt auf die psychische Gesundheit von jungen Menschen haben kann.»³

Die Öffnung der Ehe gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren hätte also nicht nur eine Wirkung auf erwachsene, heiratswillige Paare, sondern auch auf homo- und bisexuelle Jugendliche im Speziellen. Denn mit der Öffnung der Ehe – dies zeigt eine Schweizer Studie von 2018⁴ – steigt auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Homo- und Bisexuellen.

Deshalb befürworten wir den Gesetzesentwurf zur Öffnung der Ehe gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren. Besonders im Hinblick auf das Risiko eines Suizids bei homo- und bisexuellen Jugendlichen erhoffen wir uns dadurch eine wesentliche Verbesserung der Situation, d.h. eine Verringerung der Selbsttötungsrate unter homo- und bisexuellen Jugendlichen sowie grundsätzlich eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz von homo- und bisexuellen Jugendlichen.

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist ausserdem ein wichtiger Schritt zur tatsächlichen rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren. Zwar ist es ihnen seit 2007 möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Die Partnerschaft unterscheidet sich von der Ehe aber in wesentlichen Punkten, die nicht auf sachlichen Gründen fussen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Die Partnerschaft ist somit gegenüber der Ehe unzureichend und nicht vereinbar mit dem Gebot der Gleichbehandlung, das in der Bundesverfassung verankert ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die Bundesverfassung schreibt nämlich vor, dass eine Diskriminierung aufgrund der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig sei. Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

² Bundesamt für Gesundheit: Suizidprävention in der Schweiz, Bern 2016, S.15. Online abrufbar unter: www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2011/20113973/Bericht%20BR%20D.pdf

³ Online abrufbar: https://www.queer.de/detail.php?article_id=28264

⁴ Tarik: Abou-Chadi, T. und Finnigan, R.: Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe. Comparative Political Studies, Zürich 2018. Online abrufbar unter: www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

Damit dem Gebot der Gleichbehandlung Rechnung getragen wird, muss zwingend auch die vorgeschlagene Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden. Denn für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf, die wir unterstützen, wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden. **Unter diesen Gesichtspunkten sprechen wir uns für die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare aus.**

Zuletzt möchten wir noch betonen, dass repräsentative Umfragen bei der Schweizer Bevölkerung ergaben, dass eine Mehrheit die Öffnung der Ehe gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren befürwortet.⁵ Auch beim Blick über unsere Landesgrenzen hinweg wird klar, dass die Zeit für die Eheöffnung reif ist, so hat bereits eine überwiegende Mehrheit der westeuropäischen Staaten die Ehe geöffnet.

Wir danken vielmals für die Kenntnisnahme unserer Einschätzung und bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Ewa Bender
Präsidentin



Tobias Urech
Vorstand

⁵ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja. Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9: https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_The-menfrage_2017.pdf

Prise de position de

Nom/société/organisation	: Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine
Abréviation de la société/de l'organisation	: NEK-CNE
Adresse	: Commission nationale d'éthique dans le domaine de la médecine humaine, c/o Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern
Personne(s) de référence	: Prof. Dr. iur. Andrea Büchler (Présidente NEK), Dr. iur. Tanja Trost (responsable du bureau)
Téléphone	: +41 (0)58 480 41 07
Courriel	: tanja.trost@nek-cne.admin.ch
Date	: 20 mai 2019

13.468 n lv. pa. Groupe vert/libéral. Mariage civil pour tous – Modification du CC – procédure de consultation

APPRÉCIATION DE L'AVANT-PROJET

(20 mai 2019)

La CNE salue le présent avant-projet concernant l'ouverture du mariage à tous les couples indépendamment du sexe des partenaires et elle soutient à une large majorité la variante permettant aux couples de femmes mariées d'accéder au don de sperme.

Conformément au mandat reçu (art. 28 LPMA), la CNE n'aborde dans la présente consultation que l'objet relevant de son périmètre de compétence, à savoir l'accès à la procréation médicalement assistée (PMA).

La CNE s'est déjà exprimée sur cette thématique, notamment dans sa prise de position « La procréation médicalement assistée. Considérations éthiques et propositions pour l'avenir » (no. 22/2013), ainsi que dans sa réponse à la consultation concernant la modification de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée (9 décembre 2016). En soulignant les transformations produites dans les structures des ménages et la pluralité des formes de famille, la CNE y abordait, entre autres, la problématique de l'autorisation du don de sperme pour les couples de même sexe et les personnes seules et, plus largement, de leur accès à la PMA.

Une large majorité de la CNE salue la levée d'une limitation discriminatoire (au sens de l'art. 8, al. 1 Cst) qui constitue une avancée vers l'égale considération des citoyennes et citoyens en matière d'accès à la PMA.

Cependant, sur le principe, une large majorité de la CNE considère que la possibilité devrait être offerte aux couples de même sexe d'accéder à la procréation médicalement assistée sans devoir nécessairement passer par l'institution du mariage. En relation au don de sperme, par exemple, cela discrimine aussi bien les couples hétérosexuels et de même sexe qui ne sont pas mariés (et qui ne voudraient pas se marier), que les femmes seules.

De manière plus générale, une large majorité de la CNE invite les autorités à ouvrir un débat public sur les formes de famille et de parentalité actuelles et les encourage à procéder rapidement à une révision totale de la Loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (LPMA).

NETWORK - Verein für schwule Führungskräfte

Postfach 2311, 8031 Zürich

An die

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 14. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur «Ehe für alle» Stellung zu nehmen.

Der Verein «Network – Schweiz. für schwule Führungskräfte» besteht seit 1996 und setzt sich heute aus rund 500 Mitgliedern zusammen. Diese sind, über die ganze Schweiz verteilt, in unterschiedlichsten Berufen und Branchen tätig, von der Industrie über den Finanzsektor bis zur Verwaltung, von der Wissenschaft über die Politik bis zu den NGOs, von Selbständigerwerbenden wie Ärzte und Anwälte bis zu Mitgliedern von Geschäftsleitungen in grossen Firmen. Gemeinsam ist ihnen eine anspruchsvolle Führungsfunktion in einer Organisation oder eine hoch qualifizierte Arbeit auf ihrem Fachgebiet.

Seit seinem Bestehen bietet der Verein Network nicht nur interne gegenseitige Unterstützung und Förderung sowie kulturelle Anlässe an, sondern er engagiert sich auch in der Gesellschaft: für eine bessere Akzeptanz von homosexuellen und trans-Personen in der Berufswelt (z.B. mit Swiss LGBTI-Label) und für mehr Gleichberechtigung bei den rechtlichen Rahmenbedingungen. So war Network beispielsweise 2005 an vorderster Front im Abstimmungskampf für die Einführung des Partnerschaftsgesetzes aktiv, und wir konnten wesentlich dazu beitragen, dass 2016 die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe wegen ihrer einengenden Ehedefinition abgelehnt wurde

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 reichte die Fraktion der GLP im Nationalrat eine Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» (13.468 n Pa. Iv. Ehe für alle) ein. Erst fast sechs Jahre später liegt nun ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs. Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um dieser neuen Realität gerecht zu werden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war für die Betroffenen ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin wesentliche Unterschiede: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht und beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen nicht auf sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. beim Arzt, aber auch für Arbeits- und Mietverhältnisse). Ein solches, erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren!) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl wird übergangen. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und müssen der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde die Ehe bereits 2001 geöffnet, kürzlich haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die «Ehe für alle» im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise auch die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

2 Der Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung. Dies wurde so auch in Gesetzeserlasse und der herrschenden Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr rechts- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird dann erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der «Ehe für alle» dient nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die «Ehe für alle» die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da gleichgeschlechtliche Paare damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf deren Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Personen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist⁷, ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen ganz allgemein zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz die gleichen Rechte tatsächlich und ohne Abstriche zuzugestehen.

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrt95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁷ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Network unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Wir befürworten dabei eine vollständige Gleichstellung mit einer umfassender Umsetzung der «Ehe für alle».**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. Unserer Ansicht ist es im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden Probleme unverzichtbar, dass die **Variante mit dem Zugang zur Samenspende** umgesetzt wird.⁸

Begrüßt wird von Network insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht durch eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der «Ehe für alle» hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die «Ehe für alle» in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon mit der Unterstützung eines privaten Spenders, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.¹¹ Der «Dachverband Regenbogenfamilien» geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

⁸ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

⁹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

¹⁰ Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/>

¹¹ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA): <https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹² Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der «Ehe für alle» angestrebte Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten müsste, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit der Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet und andererseits die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bis jetzt den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigt ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht medizinisch, jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen vom Anfang der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

¹³ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen; sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem „illegalen“ Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter kann damit entfallen. Die Praxis zeigt, dass die seit dem 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» werden als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und wäre entsprechend ein haltloses Argument gegen die Variante mit der Samenspende für Frauenpaare.

¹⁵ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, wenn dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung von Paaren ähnlich dem französischen PACS weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf *ein* starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden. Doch soll es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar zum Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüssen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Die Argumente gemäss Kapitel 4 oben gelten auch in diesem Punkt.

¹⁶ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁷ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

¹⁸ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

¹⁹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²⁰ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend die Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend soll im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin“ geändert werden, zum Beispiel in „Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter nicht im Rahmen der Ehe-für-alles-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht wünscht, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffenen Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

Einer Anpassung bedarf es jedoch bei der Anerkennung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geboren wurden. Da mit dieser Vorlage auch die Kindsverhältnisse geregelt werden, sollte diese Anpassung im IPRG ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage vorgenommen werden. Entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts soll eine Anpassung des internationalen Privatrechts erfolgen: Wenn ein Männerpaar durch eine Leihmutterchaft im Ausland Eltern wird, werden momentan nicht beide Elternteile von der Schweiz anerkannt. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichstellung müssen jedoch sämtliche Kindsverhältnisse, welche im Ausland anerkannt sind, auch in der Schweiz anerkannt werden, sofern sie nicht gegen den *ordre public* verstossen. Dies ist bei gleichgeschlechtlichen Paaren aber offensichtlich nicht der Fall, wie sowohl die Stieffkindadoption wie der nun vorgeschlagene Zugang zum gemeinschaftlichen Adoptionsverfahren und zur Samenspende zeigen. Entsprechend sollen beide Elternteile als Eltern anerkannt werden, auch wenn das Kind durch eine Leihmutter ausgetragen oder durch andere, in der Schweiz nicht zugelassene Verfahren, gezeugt wurde. Dies liegt im Interesse des Kindeswohls.

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Network unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

²¹ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²² Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²³ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Ehegüterrecht», S. 22.

Dabei verweisen wir auch auf das Postulat Flach, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wird eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech -t – unumgänglich werden.

Zusammenfassend halten wir gerne fest, dass wir den Vorentwurf zur «Ehe für alle» sehr begrüssen. Wir beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Network – Verein für schwule Führungskräfte



Daniel Seiler
Präsident



Dr. Hans-Peter Fricker
Präsident der Politischen Kommission

Für Rückfragen:

Dr. Hans-Peter Fricker
Turnerstrasse 18, 8006 Zürich
Tel. 078 850 19 49
hpfricker@gmail.com

²⁴ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef/20183690>



NGO-Koordination post Beijing Schweiz
Coordination post Beijing des ONG Suisses
Coordinazione post Beijing delle ONG Svizzere
Coordinazion post Beijing das ONG Svizras
NGO-Coordination post Beijing Switzerland

Als Word- und PDF-Dokument an
Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Wetzikon, 17. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz positioniert sich als Interessensvertretung und Kompetenzzentrum für Frauen*rechte. Sie besteht aus über 30 Organisationen des ganzen politischen und gesellschaftlichen Spektrums der Schweiz, die sich gemeinsam für die Frauen*rechte in der Schweiz einsetzen. Nachdem eines unserer Ziele ist, Stellungnahmen zu relevanten Themen der Frauen*rechte zu erarbeiten, nehmen wir die Gelegenheit wahr, im Vernehmlassungsverfahren zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats Stellung zu nehmen.

Wir stützen uns mit unserer Stellungnahme auf diejenige unserer Mitgliedorganisation Dachverband Regenbogenfamilien.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst knapp sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

NGO-Koordination post Beijing Schweiz * Schönaustrasse 15 * 8620 Wetzikon * info@postbeijing.ch
www.postbeijing.ch

Konto 41493.02, Raiffeisen Bern, IBAN: CH66 8148 8000 0041 4930 2

Mitgliedorganisationen: alliance F, Bund schweizerischer jüdischer Frauenorganisationen BSJF, CEVI Schweiz, cfd Die feministische Friedensorganisation, Dachverband Regenbogenfamilien, Demokratische Juristinnen Schweiz DJS, Evangelische Frauen Schweiz EFS, Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ, FemWiss, Frauen für den Frieden, FRI Schweiz, Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law, Friedensfrauen Weltweit, IAMANEH Schweiz, IG Feministische Theologinnen, IG Frau und Museum, Juristinnen Schweiz, Pfadibewegung Schweiz PBS, Schweiz, Bäuerinnen und Landfrauenverband SBLV, Schweizer FrauenSynode, Schweiz, Kath. Frauenbund SKF, Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM, Schweiz, Verband für Frauenrechte adfsf, SEV Frauen, SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz, SP Frauen* Schweiz, Transgender Network Switzerland, TERRE DES FEMMES Schweiz, Verband Christkatholischer Frauen Schweiz VCF, Verband Wirtschaftsfrauen Schweiz, Women's World Summit Foundation WWSF, WyberNet

beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, einjährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der/die überlebende Partner*in keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.² Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. **Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.**

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr rechtskonform und zeitgemäß ist.

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.³ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde. Die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paare aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden sollten.⁴

2 Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

3 Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

4 https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁵ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁶ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass die NGO-Koordination nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.**⁷

Begrüßt wird von der NGO-Koordination insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht durch eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäss auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁸ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

5 Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrt95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

6 Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

7 Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

8 Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurde durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.⁹ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauen*paaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss gelgendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹⁰ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹¹

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹² Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und 259a ZGB. Der vorschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau* und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da Letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹³ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch kons-

9 Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

10 Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

11 Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

12 Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

13 Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

tellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs 90er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauen*paaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauen*paare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauen*paare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauen*paare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauen*paare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem “illegalen” Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Der heutige Ausschluss lesbischer Paare vom Zugang zur Samenspende ist sachlich nicht gerechtfertigt und deshalb diskriminierend.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁴ ermöglicht lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende und damit die originäre Elternschaft. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwendige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitspanne zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaares vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils –, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» durch die Behörden wird als demütigend und als ungerechtfertigter Eingriff in die Privatsphäre empfunden. Im Kanton Zürich etwa werden zum Adoptionsgesuch 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann zum Beispiel eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein und im schlimmsten Fall zur Verweigerung der Adoption führen. Insgesamt stellt das Adoptionsverfahren eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, da diese ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung direkt ab Geburt herstellen können.

14 Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

4.4 Gleichstellung von Frauen*- und Männer*paaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauen*paaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offensteht.

Männer*paare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortppflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männer*paaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses Argument.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁵

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁶ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁷ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁸ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.¹⁹ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe darstellen.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüssen ist.

15 Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

16 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

17 Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

18 Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

19 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend die Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin“ geändert werden, zum Beispiel in „Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²⁰ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²¹ Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffenen Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²²

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Die NGO-Koordination unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²³ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech – unumgänglich.

20 Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

21 Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

22 Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Eheguterrecht», S. 22.

23 Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690>

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.
Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Vivian Fankhauser-Feitknecht
Präsidentin



Regula Kolar
Geschäftsführerin

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 19. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Operation Libero versteht sich als politische Bewegung, die sich für eine weltoffene und zukunftsgerichtete Schweiz einsetzt.

Operation Libero begrüßt die Stossrichtung, die mit der Öffnung der Ehe für alle angegangen wird. Eine liberale, moderne Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

Seit 2013 beraten die Kommissionen der Räte über die parlamentarische Initiative «Ehe für alle» von GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, welche die Operation Libero mit der gleichnamigen Kampagne seit 2014 begleitet.

1. Ausgangslage

Die Bundesverfassung schreibt vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Nichtsdestotrotz besteht heute eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren, obwohl diese folglich gegen die Verfassung verstößt. Gleichgeschlechtlichen Paaren steht in der Schweiz rechtlich einzig das Institut der eingetragenen Partnerschaft offen. Doch zwischen den beiden Instituten - der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft - bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen.

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative 13.468 «Ehe für alle» eingereicht, fast sechs Jahre später liegt nun ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle noch weiter gestiegen: Bei einer repräsentativen Umfrage von



gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Auch eine entsprechende repräsentative Umfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen. Auch im rechtlichen Sinne wurde mit der Zustimmung und anschliessenden Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 Anpassungen in Richtung gleicher Rechte für gleichgeschlechtliche Paare vorgenommen.

Trotz dieser Schritte ist und bleibt die Schweiz momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Es ist an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2. Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Aus Sicht von Operation Libero sind alle einvernehmlichen Beziehungsformen, ob nun gleich- oder verschiedengeschlechtlich rechtlich gleich zu behandeln. Der Entscheid über das individuelle Beziehungsleben und die Privatsphäre soll den einzelnen Menschen überlassen werden. Kein Mensch darf aufgrund seiner Wahl der Beziehungsform gegenüber einem anderen schlechter gestellt werden: Alle Beziehungsformen müssen durch das Gesetz gleichbehandelt werden. Ein liberaler Staat gewährt der gelebten Vielfalt Raum, sich zu entwickeln und respektiert private Entscheidungen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, gewisse Lebensentwürfe gegenüber anderen zu privilegieren, er hat hier nicht vorzubestimmen.

Eine diskriminierungsfreie Rechtszustand wird demnach erst erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist. Der vollständigen Gleichstellung entspricht der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»).

3. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Operation Libero unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. Ein diskriminierungsfreier Rechtszustand ist allerdings nur mit der Variante («Zugang zur Samenspende») erreicht. Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Nach dieser Anpassung hätte der Gesetzgeber seine Aufgabe nur halb gemacht. Das Ziel eines liberalen Rechtsstaates muss Diskriminierungsfreiheit sein. Dementsprechend würde Stillstand hier Rückschritt bedeuten. Wir erwarten vom Bundesrat, dass entsprechend sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Bis dahin hat der Gesetzgeber seine Aufgabe nicht getan. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht.

Begrüßt wird von Operation Libero, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine Gesetzesänderung vorsieht. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt richtigerweise zum Schluss, dass die Verfassung im heutigen Kontext ausgelegt werden kann und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung geöffnet werden kann.

4. Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend. Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft würde diese Rechtsunsicherheit behoben. Operation Libero befürwortet den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

1. Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin kann auf Gesetzesebene angepasst werden gemäss einem Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne. Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht im «medizinischen» Sinne, jedoch im Sinne einer geltungszeitlichen Auslegung als «unfruchtbar» gelten, einen Zugang zur Fortpflanzungsmedizin erhalten sollten. Dabei steht die Unterstützung von Paaren, bei denen die Samenspende die einzige Möglichkeit bietet, ein leibliches Kind zu bekommen, im Fokus und ist dementsprechend auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Verständnis von «Unfruchtbarkeit» hat sich im gesellschaftlichen Kontext so geändert, dass der Sinn vom Verbot zum Zugang zur Fortpflanzungsmedizin in der Verfassung klar dazu dient, Beliebigkeit zu verhindern. Hervorgehoben wurde in der Argumentation lediglich, dass ein ethisch verantwortbarer Gebrauch der Fortpflanzungsmedizin (und der Gentechnologie in der Forschung) in der Anwendung angestrebt werde. Eine Diskriminierung von homosexuellen Paaren fällt jedoch keineswegs unter diese Auslegung, weshalb aus der Verfassung im heutigen Kontext kein Verbot fortgeschlechtlicher Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

2. Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden im Kontext des Familiennamens, des Bürgerrecht, der elterlichen Sorge, des Unterhalts, der Sozialversicherungsleistungen, des Erbrecht oder des Steuerrechts.

3. Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl diese verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht. Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortppflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Im Zusammenhang mit dem Zugang von lesbischen Paaren zur Samenspende von einer Diskriminierung von Männerpaaren zu sprechen, ist dementsprechend ein haltloses Argument, weil die Rechtsgleichheit nur vergleichbare Sachverhalte miteinander vergleicht. In dem Ausmass, wie Dritte betroffen sind, unterscheiden sich die beiden Formen der medizinisch unterstützten Fortpflanzung enorm. Deshalb ist es auch wichtig, dass das Recht diese Sachverhalte auch anders behandelt. Andererseits ist es nicht haltbar, dass lesbische Paare gegenüber heterosexuellen Paaren weiterhin diskriminiert werden. Es handelt sich um eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Ein Festhalten an diesem Bestand ist homophob.

5. Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

1. Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist. Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.

2. Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Sexuelle Orientierung darf im

Adoptionsrecht kein Kriterium sein. Das Kindeswohl steht im Zentrum. Grundsätzlich sollen sich alle Lebensgemeinschaften und alleinstehende Personen um eine Adoption bemühen dürfen.

3. Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizerinnen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte. Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

4. Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare. Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn eine Partnerin diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden. Einer Ergänzung bedarf es jedoch bei der Anerkennung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geboren wurden. Da in der vorliegenden Vorlage auch die Kindsverhältnisse geregelt werden, sollte diese Ergänzung im IPRG ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage vorgenommen werden. Entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts soll eine Anpassung des internationalen Privatrechts erfolgen: Wenn ein Männerpaar durch eine Leihmuttertumtschaft im Ausland Eltern wird, werden momentan nicht beide Elternteile von der Schweiz anerkannt. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichstellung und in Hinblick auf das Kindeswohl müssten jedoch sämtliche Kindsverhältnisse, welche im Ausland anerkannt sind, auch in der Schweiz anerkannt werden. Entsprechend sollten beide Elternteile als Eltern anerkannt werden, auch wenn das Kind durch eine Leihmutter ausgetragen oder durch andere, in der Schweiz nicht zugelassene Verfahren, gezeugt wurde. Alles andere steht dem Kindeswohl diametral entgegen.

5. Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Operation Libero unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden. Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen. Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Jessica Zuber
Leitung Ehe für alle Operation Libero



Ruedi Schneider
Leitung Ehe für alle Operation Libero



Lydia Toth
Geschäftsleiterin Operation Libero



Association Pôle Aggression et Violence
1000 Lausanne

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, le 18 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Sous le nom de Pôle Aggression et Violence, le PAV est une association vaudoise d'aide et de soutien aux personnes victimes de violence avec impacts sur la sphère intime mineures et majeures LGBTI+ (Lesbienne, Gay, Bi, Trans*, Intersexé).

L'Association a pour buts de :

- Prévenir toutes formes de violence physique, psychique, sexuelle, auto-infligée, interpersonnelle, systémique auprès de toutes personnes quelle que soit leurs sexes, genres (identité – rôle – expression) et/ou leur orientation sexuelle et affective.
- Offrir un service d'accueil, des consultations et un service d'écoute téléphonique/message gratuit aux personnes LGBTI+ victimes de violence.
- Favoriser l'orientation vers le réseau juridique-judiciaire, de santé et social des personnes LGBTI+ victimes de violence.
- Favoriser, par des formations/informations, une prise en charges adaptée par les services de justice et police, de l'éducation, de la santé et du social selon les besoins des populations LGBTI+.

1. Situation de départ

L'initiative parlementaire sur le mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, mais il a fallu attendre presque six ans pour un premier projet de loi. Au cours de ces années, l'adhésion de la population au mariage civil pour toutes et tous a augmenté de manière significative. En 2005, le partenariat enregistré avait été approuvé par une nette majorité de 58 % des votantes et des votants.

Un sondage représentatif de GFS Zurich du mois d'avril 2016 a montré que 69 % de la population est pour une ouverture du mariage civil aux couples de même sexe (40 % de oui, 29 % de plutôt oui). Un autre sondage de Tamedia datant de décembre 2017 a même mis en avant que désormais seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous. Il est donc temps de procéder aux adaptations législatives pour les couples de même sexe.

L'introduction du partenariat enregistré en 2007 a été un pas important, mais de grandes différences persistent entre le mariage et le partenariat enregistré. Ces différences sont frappantes, que ce soit dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme. Ces inégalités de traitement entre couples de même sexe et couples hétérosexuels ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. Le partenariat enregistré conduit, au demeurant, à une stigmatisation des personnes liées par ce contrat. Elles se voient, en effet, dans beaucoup de domaines de leur quotidien, obligées de dire qu'elles sont homosexuelles. Dans beaucoup de formulaires, il est nécessaire d'indiquer son état civil (p.ex. lors de la signature de contrats de travail ou de bail), ce qui équivaut à un coming-out forcé qui peut avoir de lourdes conséquences au niveau personnel. Ces procédures préjudiciables seront abolies avec une mise à égalité juridique des états civils.

La situation actuelle est également très insatisfaisante pour les couples qui désirent des enfants. En Suisse, les personnes formant un couple homosexuel n'ont aujourd'hui aucune possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale et d'être toutes les deux, dès la naissance ou l'adoption, considérées en tant que parents. Depuis l'introduction de l'adoption de l'enfant du partenaire en 2018, il est au moins possible d'offrir à un enfant un cadre juridique complet, mais c'est un parcours très coûteux et semé d'obstacles. De plus, le temps d'attente – parfois très long – entre la naissance, le rapport nourricier d'un an, la demande d'adoption et son approbation (au total jusqu'à 2 ans et demi) met en danger le bien de l'enfant : en cas de décès du parent biologique pendant cette période, le parent survivant n'a aucun droit sur l'enfant.

C'est une situation qui montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas aujourd'hui au centre des préoccupations. Les dispositions actuelles témoignent d'une conception dépassée de la famille et doivent être adaptées à la réalité.

Aujourd'hui, la Suisse est l'un des derniers pays d'Europe de l'Ouest qui refuse le mariage civil pour les couples homosexuels. L'ouverture du mariage civil date de 2001 aux Pays-Bas et récemment le pas a été franchi également par l'Allemagne (en 2018) et par l'Autriche (en 2019). Même dans un pays de tradition catholique comme l'Irlande, le mariage civil pour toutes et tous a été accepté en 2015 lors d'un vote populaire par un majorité nette de 62 %.

2. Notre revendication : l'égalité des droits

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). L'expression « mode de vie » a été choisie à bon escient. D'après la volonté du Parlement, elle désigne en premier lieu l'orientation sexuelle et c'est dans ce sens qu'elle a également été reprise dans des textes de loi ainsi que dans la doctrine. Une inégalité de traitement des couples homosexuels est donc contraire à la Constitution.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais également tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut toutefois être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Cela comprend l'égalité entre couples mariés homosexuels et hétérosexuels dans tous les domaines juridiques, comme cela a été mis par écrit dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet. Seul l'avant-projet avec la variante qui comprend l'accès au don de sperme correspond à la pleine égalité.

En plus de répondre au souhait des couples homosexuels qui désirent se marier, l'introduction du mariage civil pour toutes et tous a un impact social non négligeable. Une étude de 2018 a montré que cette introduction constituerait un signal positif pour la société dans son ensemble. Par conséquent, le mariage civil pour toutes et tous fait progresser l'acceptation au sein de la société des personnes homosexuelles et bisexuelles. Par contre, des lois spéciales, comme le partenariat enregistré, conduisent à une certaine stigmatisation, car les personnes concernées se trouvent classifiées dans un exogroupe, ce qui a un impact négatif sur leur degré d'acceptation. L'ouverture du mariage civil renforcerait donc une attitude positive à l'égard des lesbiennes, des gays et des personnes bisexuelles (personnes LGB) qui représentent, selon plusieurs études, entre 5 et 10 % de la population suisse, soit plusieurs centaines de milliers de personnes.

En raison des préjugés qui existent encore trop souvent à l'égard des lesbiennes, gays et personnes bisexuelles dans la société, la santé des personnes LGB est sensiblement plus mauvaise que la moyenne et la propension au suicide bien plus élevée. L'État a la responsabilité de prendre toutes les mesures appropriées pour améliorer l'acceptation sociale, afin de réduire les problèmes auxquels sont confrontées les personnes LGB. L'ouverture du mariage civil et l'égalité effective dans tous les domaines sont donc indispensables pour améliorer la situation de toutes les personnes gays, lesbiennes et bisexuelles.

La pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » a été déposée avec plus de 85'000 signatures en janvier de 1995. Presque 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette requête, en accordant aux couples homosexuels de Suisse l'égalité des droits.

3. Remarques d'ordre général sur l'avant-projet de loi

L'association PAV est en faveur de l'avant-projet élaboré par la Commission juridique qui comporte la variante de la PMA. **L'association PAV** ne peut en effet soutenir qu'un mariage égalitaire.

L'exclusion de certains droits, comme celui de l'accès au don de sperme, est contraire au principe de l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.). Par conséquent, il faut adapter toutes les dispositions qui, dans une situation comparable, produisent une discrimination directe ou indirecte des couples homosexuels. L'avant-projet qui ne comprend pas le don de sperme ne satisfait pas à cette exigence. Nous sommes dès lors d'avis que du point de vue de l'égalité des droits pour toutes et tous, il est impératif de choisir la variante qui le comprend.

L'association PAV salue en particulier le fait que le présent projet prévoit une ouverture du mariage par une simple modification de loi au lieu d'une modification constitutionnelle. L'avis de droit de l'Office fédéral de la justice arrive à la conclusion claire et nette qu'une modification de la Constitution fédérale n'est pas nécessaire, car la Constitution doit être interprétée de manière dynamique et adaptée au temps présent. En conséquence, nous soutenons la position de la majorité de la Commission juridique.

Nous soutenons bien évidemment également l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples homosexuels. Il est aujourd'hui incompréhensible que les couples homosexuels ne puissent pas adopter des enfants ensemble, et ce d'autant plus que des personnes célibataires en ont la possibilité. Dans tous les pays européens qui ont donné accès à l'adoption dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous au cours des 20 dernières années, cette décision a fait ses preuves.

4. Variante avec accès au don de sperme

Les parents homosexuels sont une réalité depuis très longtemps. On estime qu'en Suisse il y a aujourd'hui entre 6000 et 30'000 enfants vivant au sein de familles arc-en-ciel. La moitié de ces familles a été fondée à partir d'un don de sperme. Dans un cinquième des cas, il s'agissait d'un donneur privé, dans un tiers des cas d'un donneur d'une banque de sperme étrangère. Les dons de sperme sont donc un élément central pour fonder des familles, surtout dans le cas des couples de femmes. La protection légale de ces enfants et de ces familles dans les conditions juridiques actuelles est insuffisante.

De nombreuses études récentes ont prouvé que les enfants élevés par des parents homosexuels se développent tout aussi bien que les enfants élevés par des parents hétérosexuels. Selon les résultats des recherches scientifiques, le bien-être de l'enfant dépend de la qualité de la relation et du climat qui règne dans la famille. Le genre et l'orientation sexuelle des parents n'ont aucune importance. L'Organisation faîtière des familles arc-en-ciel s'est penchée de manière approfondie sur cette question.

La situation juridique actuelle est nettement insatisfaisante pour les familles arc-en-ciel. La nécessité abordée dans le rapport explicatif d'un examen global du droit suisse de la filiation montre bien qu'il ne serait pas raisonnable de reporter la réglementation à ce sujet. Il faut plutôt viser l'égalité en choisissant dès maintenant un projet de mariage pour toutes et tous selon la variante qui prévoit l'accès au don de sperme et à la parentalité dès la naissance. Ceci n'empêche pas un remaniement

ultérieur du droit de la filiation, qui devra bien entendu se faire pour les couples homosexuels et pour les couples hétérosexuels.

Nous sommes clairement favorables à l'avant-projet de loi avec la variante concernant l'art. 252 al. 2 et l'art. 259a CC. Le nouvel art. 259a CC proposé contient – de façon analogue à la présomption de paternité de l'art. 255 CC – une présomption de parentalité de la part de l'épouse de même sexe. De telle manière, on garantit en même temps l'accès aux procédures pour la procréation médicalement assistée, puisque cet accès est réservé aux couples pour lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante permet donc, d'une part, de garantir l'accès au don de sperme et, d'autre part, de rendre possible la parentalité dès la naissance.

4a. Pour l'accès au don de sperme une modification de loi suffit

Bien que le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la Justice aient jusqu'ici affirmé que l'accès au don de sperme nécessiterait d'une modification de la Constitution, une expertise du Prof. Dr. Andreas Ziegler de l'Université de Lausanne, datant de janvier 2019, montre que ce n'est pas le cas. L'élément important est le terme de « stérilité », comme il est défini dans la Constitution fédérale en tant que condition préalable pour autoriser le don de sperme. L'expertise du Prof. Ziegler montre que même une stérilité qui ne serait pas due à des raisons « médicales », mais à la nature de la composition du couple, est conforme à la Constitution. Le terme est donc applicable aux couples homosexuels. Dans son expertise, il explique également que la position de l'Office fédéral de la Justice et du Conseil fédéral repose sur des conceptions sociales traditionnelles remontant aux débuts des années 1990 et qu'il s'agit donc d'une interprétation dépassée de la Constitution. La majeure partie de la doctrine partage aujourd'hui l'avis selon lequel il ne serait pas possible de déduire que la Constitution interdit la procréation médicalement assistée pour les couples homosexuels.

Nous parvenons à la même conclusion que l'expertise du Prof. Ziegler, à savoir que l'actuelle exclusion des couples de femmes du don de sperme ne repose que sur le droit législatif et qu'elle peut par conséquent être modifiée sans toucher à la Constitution. Puisque l'ouverture du mariage civil vise l'égalité de fait des couples homosexuels et hétérosexuels, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme et de perpétuer une discrimination.

4b. Accès au don de sperme

Le don de sperme est très important, car il s'agit aujourd'hui de la méthode la plus utilisée par les couples de femmes pour fonder une famille. De nombreux couples de femmes en Suisse y ont recours grâce à un don de sperme obtenu à l'étranger. Ces femmes s'exposent ainsi inutilement à des risques légaux et de santé et sont obligées de passer par des procédures coûteuses et qui prennent beaucoup de temps. Bien souvent, les couples de femmes qui désirent un enfant s'exposent à des risques pour leur santé, en acceptant des offres douteuses de la part de donneurs (facilement repérables sur Internet) ou en ne se faisant pas suffisamment suivre par un médecin, par peur des conséquences de leur action « illégale ». Les couples hétérosexuels, par contre, reçoivent toutes sortes de prestations liées à l'insémination artificielle en Suisse et ceci de manière sûre et économique. Cette inégalité de traitement est discriminatoire et ne peut être justifiée d'aucune manière.

4c. Parentalité dès la naissance

La modification de loi proposée en tant que variante permet en outre la parentalité dès la naissance pour les couples homosexuels. Cela signifie que les deux personnes d'un couple homosexuel sont légalement considérées parents de l'enfant qu'elles ont voulu et qu'elles ont eu ensemble, et ceci dès la naissance de l'enfant. Ceci évite que la mère qui n'a pas accouché doive passer par la procédure de l'adoption de l'enfant de sa partenaire, une procédure longue, chère et soumise à des conditions très strictes. La pratique montre que, depuis son introduction le 1^{er} janvier 2018, l'adoption de l'enfant du partenaire ne constitue pas une alternative satisfaisante à la parentalité dès la naissance. Ce qui pose problème, ce ne sont pas seulement les strictes conditions ni les temps très longs qui découlent entre la naissance et l'adoption, mais également la « preuve d'aptitude » à laquelle il faut se soumettre : elle est perçue comme humiliante et comme une ingérence injustifiée. Dans le canton de Zurich, par exemple, il est exigé 22 documents qui révèlent des informations très personnelles. De plus, il suffit que le parent voulant adopter ait une maladie pour que le processus soit entravé. Cette procédure d'adoption est discriminatoire, parce que chez les couples hétérosexuels la parentalité légale est obtenue dès la naissance et sans aucune preuve d'aptitude.

Ceci est essentiel, parce que le lien de filiation est lié à des droits relatifs à des questions fondamentales telles que le nom, la nationalité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations des assurances sociales, le droit des successions et les impôts.

4d. Egalité entre couples de femmes et couple d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5. Appréciation d'autres points de l'avant-projet de loi

5a. Sort/conversion du partenariat enregistré

Il serait souhaitable que les partenariats enregistrés conclus puissent être maintenus pour celles et ceux qui le souhaitent. La possibilité proposée de convertir un partenariat enregistré en mariage sans obstacles bureaucratiques constitue un complément essentiel. Il est tout aussi important que, comme cela a été précisé dans l'avant-projet et dans le cas de dispositions basées sur la durée d'un mariage, que soient également comptées les années du partenariat enregistré qui l'ont précédé.

Ce qui est par contre gênant, c'est que la conversion engendre des coûts supplémentaires. Puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, la procédure de conversion doit être gratuite.

De plus, il faudrait donner suite à la requête d'un modèle de protection juridique similaire à celle du PACS français. Une législation progressiste qui reconnaît les réalités sociales ne peut pas se limiter à garantir des droits réciproques dans le cadre d'une institution rigide comme le mariage. Beaucoup de formes de vie commune – entre personnes hétérosexuelles, homosexuelles ou bisexuelles – ne peuvent pas être réglées par le mariage civil. Il faudrait néanmoins que ces personnes puissent, elles aussi, bénéficier d'une protection juridique réciproque. Il s'agit toutefois d'une discussion qui est, à juste titre, indépendante de la question de l'ouverture du mariage civil, car elle concerne tous les couples et pas seulement les couples homosexuels.

5b. Changement du régime matrimonial

Lors de la conversion d'un partenariat enregistré en mariage civil, et à moins qu'il ait été convenu autre chose, il faudra également réajuster le régime matrimonial. Ainsi, à l'avenir il y aura pour les couples homosexuels le même régime ordinaire et la même liberté de choix que pour les couples hétérosexuels. En vue de la sécurité juridique, il serait raisonnable, comme cela a par ailleurs été préconisé, que le nouveau régime matrimonial n'ait pas d'effet rétroactif jusqu'au moment du début du partenariat enregistré, mais qu'il déploie ses effets à partir du moment de la conversion en mariage. Dans le cas contraire, pour de nombreux couples le processus pourrait être trop complexe, voire devenir un obstacle à la conversion du partenariat enregistré en mariage civil.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est elle aussi une solution pragmatique et positive.

Pour certains couples, le changement du régime matrimonial peut avoir des conséquences importantes. C'est pourquoi, il est impératif que les couples soient très bien informés par les offices de l'état civil avant de procéder à la conversion.

5c. Accès à l'adoption conjointe

Puisqu'à l'avenir les couples homosexuels mariés seront considérés comme épouses ou époux, ils auront automatiquement accès à la procédure pour l'adoption. Ceci correspond à une revendication d'égalité attendue depuis longtemps et absolument nécessaire. Plusieurs études montrent que les enfants élevés dans des familles arc-en-ciel sont sur un pied d'égalité par rapport aux enfants élevés dans des familles hétérosexuelles et que leur développement sur les plans personnel et social sont comparables. Les arguments développés sous le point 4 sont également à reprendre ici.

5d. Naturalisation

Nous saluons le fait que l'ouverture du mariage civil pour toutes et tous permet d'appliquer les dispositions régissant les conditions pour la naturalisation des personnes mariées avec un-e citoyenne suisse sans distinction entre les couples hétérosexuels et les couples homosexuels.

Dans la version allemande de la loi sur la nationalité suisse (LN), dans la section « Naturalisation facilitée », il faudra adapter le titre de l'art. 21 pour corriger la formulation actuelle qui fait référence à la « femme » et au « mari ».

5e. Rentes de survivants

Dans le rapport explicatif, il est indiqué que des modifications dans le domaine des rentes de survivants ne sont pas nécessaires. Le présent projet ne vise pas à établir une égalité entre les rentes des veuves et celles des veufs, qui sont aujourd'hui régies par des règles différentes.

Il est logique et positif que les veuves au bénéfice d'un mariage homosexuel aient les mêmes droits que celles au bénéfice d'un mariage hétérosexuel. Ceci constituerait une amélioration par rapport à la situation actuelle, où les veuves au bénéfice d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à une rente de veuf, qui est non seulement moins élevée, mais aussi qui ne correspond pas à leur statut : une veuve n'est pas un veuf !

6. Droit international privé

Les modifications dans le droit international privé sont à saluer, puisqu'elles garantissent enfin une reconnaissance complète des mariages conclus à l'étranger par des couples de même sexe. Un point essentiel est le changement automatique, et avec effet rétroactif, du régime matrimonial au régime ordinaire de la participation aux acquêts. La solution préconisée d'une simple déclaration écrite unilatérale si l'un-e des partenaires ne souhaitait pas ce changement est tout à fait raisonnable. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de façon complète quant à cette possibilité ainsi que sur le fait qu'ils n'ont que six mois pour agir.

7. Langue non genrée

Au vu de la grande quantité de modifications nécessaires, le fait que l'on renonce à adapter l'ensemble du droit matrimonial pour qu'il soit formulé dans une langue non genrée est pour l'association « PAV » une opportunité manquée.



À ce propos, il faut également rappeler le postulat Flach, qui demande une suppression des références au sexe non justifiées dans les textes de loi. L'usage d'une langue non genrée dans tous les domaines du droit – même dans le droit matrimonial – serait dès lors incontournable.

8. Conclusion

Pour résumer, nous sommes très favorables à cet avant-projet sur le mariage civil pour toutes et tous à condition que soit choisie la variante avec accès au don de sperme.

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour le comité de l'association PAV,

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Aymeric Dallinge".

Aymeric Dallinge



Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer*
Fédération suisse des hommes* gais et bi
Federazione svizzera degli uomini* gay e bi
Federaziun svizra dals umens* gay e bi

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 20. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Bei Pink Cross – dem nationalen Dachverband der schwulen und bi Männer* – sind über 2000 Einzelpersonen sowie über 50 Organisationen und Betriebe Mitglied. Somit vertritt Pink Cross mehrere Tausend schwule und bisexuelle Männer in der ganzen Schweiz. Die Ehe für alle ist seit der Gründung von Pink Cross vor mehr als 25 Jahren ein wichtiges Anliegen. Wir sind deshalb froh, dass nun erstmals ein konkreter Gesetzesentwurf vorliegt, und fordern eine rasche und komplette Umsetzung – und damit eine Gleichstellung von lesbischen, schwulen und bisexuellen Paaren.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁷ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Pink Cross unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass Pink Cross nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.**⁸

Begrüßt wird von Pink Cross insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat

⁶ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁷ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

⁸ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

⁹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.¹¹ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von

¹⁰ Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/>

¹¹ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹² Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹³ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem "illegalen" Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

¹⁵ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortppflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses Argument.

Einer Ergänzung bedarf es jedoch bei der Anerkennung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geboren wurden. Da in der vorliegenden Vorlage auch die Kindsverhältnisse geregelt werden, sollte diese Ergänzung im IPRG ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage vorgenommen werden. Entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts soll eine Anpassung des internationalen Privatrechts erfolgen: Wenn ein Männerpaar durch eine Leihmutterchaft im Ausland Eltern wird, werden momentan nicht beide Elternteile von der Schweiz anerkannt. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichstellung müssten jedoch sämtliche Kindsverhältnisse, welche im Ausland anerkannt sind, auch in der Schweiz anerkannt werden. Entsprechend sollten beide Elternteile als Eltern anerkannt werden, auch wenn das Kind durch eine Leihmutter ausgetragen oder durch andere, in der Schweiz nicht zugelassene Verfahren, gezeugt wurde. Dies liegt im Interesse des Kindeswohls.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist außerdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt,

¹⁶ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁷ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

¹⁸ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

¹⁹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüßen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüßen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der Ehe-für-alle-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüßen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

²⁰ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

²¹ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²² Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²³ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Eheguterrecht», S. 22.

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Pink Cross unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehreht – unumgänglich.

6 Zusammenfassung

Pink Cross begrüßt den Vorentwurf zur Ehe für alle – mit der Bedingung, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird und die Anpassung der originären Elternschaft erfolgt.

Die heutige eingetragene Partnerschaft bringt schwerwiegende Nachteile mit sich: Dazu gehört, dass Frauenpaare – anders als heterosexuelle Paare – keinen geregelten Zugang zu Samenspenden haben. Somit können gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz auf legalem Weg kein Kind auf die Welt bringen. Der Zugang zu Samenspenden kann durch eine einfache Gesetzesänderung angepasst werden.

Frauenpaare sollen ausserdem als rechtliche Eltern eingetragen werden, sobald ihr Kind geboren ist. Das bisherige Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare ist teuer, zeitaufwändig und psychisch belastend für die betroffenen Familien. Eine Anpassung des Gesetzes dient somit dem Kindeswohl.

Eine sehr deutliche Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet die Ehe für alle. Zudem verstösst Diskriminierung aufgrund der Lebensform oder des Geschlechts gegen die Bundesverfassung. Die eingetragene Partnerschaft ist also auf gesellschaftlicher wie auch rechtlicher Ebene nicht mehr zeitgemäß.

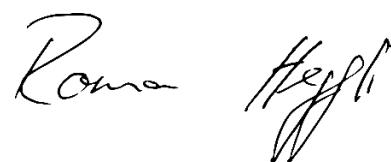
Pink Cross fordert, dass die Gesetzgebung der Realität angepasst wird. Gleichgeschlechtliche Paare sollen grundsätzlich sämtliche Rechte und Pflichten erhalten, die die Ehe mit sich bringt. Dazu gehört, im Rahmen der allgemein gültigen gesetzlichen Vorschriften, auch das sichere Gründen einer Familie.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Michel Rudin
 Co-Präsident Pink Cross



Roman Heggli
 Geschäftsführer Pink Cross

²⁴ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats
Per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Luzern, 14. Mai 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

PinkPanorama organisiert seit 2001 das Filmfestival in Luzern. Bestandteil des Festivals sind kulturelle Veranstaltungen wie Filmvorführungen, Podiumsveranstaltungen und Ausstellungen, mit denen PinkPanorama gegen die Diskriminierung von trans*, schwulen, lesbischen und queeren Menschen in unserer Gesellschaft kämpft.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es z.B. Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.
Im Vergleich zu den 49 europäischen Ländern ist die Schweiz lediglich auf Platz 27. Die Schweiz sollte bei Minderheitenrechten ein Vorbild sein und sich nicht nur im hinteren Mittelfeld positionieren.
(Quelle: <https://rainbow-europe.org/#8663/0/0>)

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare **eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten** eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend, da der Zugang zur Samenspende verboten ist. Für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare ist der Zugang seit vielen Jahren gewährleistet. Diese Ungleichbehandlung muss behoben werden. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Es sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb zwingend die **Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Marco Lehre
Vorstand PinkPanorama



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per e-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Windisch, 2. Mai 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Groupe de plein air ist ein Verein, in welchem frauenliebende Frauen Outdoor-Aktivitäten (wandern, velofahren, schneeschuhlaufen, schlitteln, langlaufen etc.) für frauenliebende Frauen organisieren. Zurzeit gehören dem Verein 120 Frauen vorwiegend im Alter zwischen 40 und 65 Jahren an. Pro Jahr werden ungefähr 40 Anlässe angeboten. Groupe de plein air basiert vollkommen auf ehrenamtlicher Arbeit und ist nicht kommerziell ausgerichtet, was auch Frauen mit sehr kleinem Budget ermöglicht, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Dass lesbische Frauen diskriminiert werden, war – und ist – für viele unserer Mitglieder Realität. Einige unserer Mitglieder haben trotz Kinderwunsch keine Kinder gehabt, weil der Zugang zur künstlichen Befruchtung nicht offen war, und auch weil sie die Anfeindungen der Gesellschaft fürchteten.

Gerne ergreifen wir die Gelegenheit, zum Vorentwurf „Ehe für alle“ der Rechtskommission Stellung zu nehmen und danken für diese Möglichkeit.

Kernvorlage

Gleich nach dem Schutz der Menschenwürde Art. 7 BV) hält die Bundesverfassung den Grundsatz der Rechtsgleichheit fest und präzisiert, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend aufgehoben werden. Dies gilt auch dafür, dass homosexuelle Paare keinen Zugang zur Heirat haben.

Der Vergleich mit anderen Ländern, sowie die verschiedenen Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass die Zeit reif ist, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren in allen Bereichen aufgehoben wird.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare zwar möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese Unterschiede basieren nicht auf sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau dieselbe Ehe, mit den genau gleichen Rechten und Pflichten, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht.

Variante

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende in der Schweiz auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Dies ist keine Bevorzugung von Lesbenpaaren, sondern nur die Beseitigung einer Diskriminierung und damit ein reines Gebot der Gleichbehandlung. Heute können lesbische Paare lediglich Samenbanken im Ausland nutzen, was nicht nur mit grossen Kosten verbunden, sondern auch betr. zeitlicher Planung schwierig zu handhaben ist. Die Befruchtung ohne ärztliche Hilfe ist mit grossen gesundheitlichen Risiken verbunden. Nur mit dem Zugang zu Samenbanken in der Schweiz wird die rechtliche Gleichstellung von Frauenpaaren mit heterosexuellen Paaren erreicht.

Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars von Geburt an zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden. Diese dauert je nach Kanton zwischen zwei Monaten und zwei Jahren, was ebenfalls eine stossende Ungleichbehandlung ist. Das Verfahren ist zum Teil sehr erniedrigend, weil nicht berücksichtigt wird, dass das Kind das lange erwartete Wunschkind des Paars ist. Bezuglich der Befragungen und Besuche von Behördenmitgliedern herrscht Willkür, die zum Teil Erinnerungen an den Film „Schweizermacher“ aufkommen lässt. Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen sind genau so glücklich und gesund wie Kinder, deren Eltern heterosexuell sind.

Die Gleichstellung verlangt aber nicht nur die in der Kernvorlage geregelten Punkte, sondern auch die Umsetzung der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Weitere Bestimmungen

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Zusammenfassung

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf (Kernvorlage und Variante), weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt, und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse,

für die Groupe de plein air

Hedy Strebler



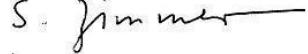
Präsidentin

Els Dockx



Vorstandsmitglied

Salome Zimmermann



Mitglied



Plateforme des Juifs Libéraux de Suisse PJLS • Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS

debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Vernehmlassung «Ehe für alle»

Basel/Genf/Zürich, im April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren

Obwohl wir auf eine Stellungnahme im eigentlichen Sinn zur Vernehmlassung «Ehe für alle» verzichten, ist es uns doch sehr wichtig, unsere Einstellung dazu zu äussern.

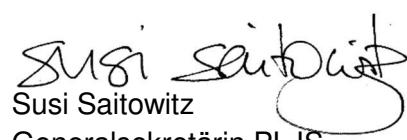
Die Plattform der Liberalen Juden der Schweiz PLJS begrüsst es sehr, dass die Möglichkeit der Eheschliessung für gleichgeschlechtliche Ehegatten geschaffen werden soll. Für die liberale / Reformbewegung des Judentums steht es ausser Frage, dass auch gleichgeschlechtliche Partner*innen ein Recht auf Eheschliessung haben.

Die Schaffung eben dieser Möglichkeit steht nicht im Widerspruch mit unserer Auffassung und Auslegung des Wertesystems unserer Religion. Die traditionelle, religiöse Gesetzgebung kann nicht immer mit der heutigen sozialen Wirklichkeit und zeitgenössischen ethischen Ansichten in Einklang gebracht werden. In der Überzeugung, dass auch unsere Religion einem stetigen Wandel unterworfen ist, sind wir darum bemüht, tradierte religiöse Werte zeitgemäss zu interpretieren.

Gemäss einem unserer Grundsätze heissen wir alle Jüdinnen und Juden in unseren Gemeinden willkommen, ungeachtet der Herkunft, des Familienstands oder der sexuellen Orientierung. Unsere Mitglieder sollen ihre Religion im Einklang mit ihren Wertvorstellungen und in ihrem Selbstverständnis leben können. Die Beachtung der rituellen Gebote sehen wir als selbstverantwortliche Entscheidung jedes Einzelnen.

Die PLJS unterstützt und begrüsst deshalb aus den obengenannten Gründen die «Ehe für alle».

Freundliche Grüsse


Susi Saitowitz
Generalsekretärin PLJS

PRO
FAMILIA
VAUD

Commission des affaires
juridiques du Conseil National
Via Office fédéral de la justice

Envoi par courriel
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Lausanne, le 17 juin 2019

Consultation sur l'avant-projet de mariage pour toutes et tous - Initiative 13.468

Mesdames, Messieurs,

Pro Familia Vaud est une association indépendante politiquement et confessionnellement ayant pour mission de soutenir et promouvoir une politique familiale cohérente, plurielle et équitable. Dans cet esprit, son Comité souhaite répondre à la consultation en cours au sujet du mariage pour toutes et tous.

La reconnaissance des couples homosexuels et plus particulièrement celle des familles arc-en-ciel se pose dans notre canton où Pro Familia Vaud vient de participer à l'organisation d'une demi-journée de sensibilisation des professionnels à l'accueil inclusif des familles arc-en-ciel.

Dans ce contexte, Pro Familia Vaud soutient cet avant-projet visant à élargir l'accès au mariage aux couples de même sexe en leur conférant ainsi en partie les mêmes droits et devoirs que les couples hétérosexuels.

Cependant, Pro Familia Vaud relève que le projet mis en consultation n'apporte pas d'égalité de traitement en matière d'accès à la procréation médicalement assistée, ni de filiation directe entre l'épouse de la mère biologique et les enfants nés de cette union. Les couples de femmes seraient certes unis par le mariage mais devraient continuer à recourir à la PMA dans d'autres pays européens et les enfants n'auraient pas de filiation à la naissance avec leur autre mère, soit l'épouse de leur mère biologique.

**PRO
FAMILIA
VAUD**

C'est pourquoi dans le souci de défendre au mieux les besoins et les intérêts des enfants nés durant le mariage, la majorité du Comité de Pro Familia Vaud soutient la variante proposée par la Commission à savoir la procréation médicalement assistée (avec don de sperme) ainsi que la filiation pour l'épouse de la mère biologique dès la naissance de l'enfant.

Enfin, le Comité de Pro Familia Vaud est bien conscient que la PMA amène des questions sensibles et légitimes. Dès lors il invite le Parlement à ouvrir un débat plus large sur une simplification de son accessibilité afin de ne pas pénaliser, dans leur désir d'enfants, les couples connaissant des problèmes de fertilité ou des risques de maladie génétique et cela quelle que soit leur orientation sexuelle. Il en va de même pour l'égalité en matière des rentes de survivants dont l'application devrait être revue afin d'en uniformiser l'octroi indépendamment du fait que le bénéficiaire soit un veuf ou une veuve.

En vous remerciant de l'intérêt porté à notre réponse, nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Michèle Gay Vallotton
Présidente



Michèle Theytaz Grandjean
Secrétaire générale



Copie pour information à :

- Pro Familia Suisse,
- Association faîtière des familles arc-en-ciel,
- Commission fédérale pour les questions familiales.

debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bundesamtes für Justiz (BJ)

Frau Debora Gianinazzi

Tel. 058 462 47 83

Bern, 6. Juni 2019

**Stellungnahme von Pro Familia Schweiz zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle»
der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL.)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen. **Der Dachverband Pro Familia Schweiz sieht in der Vorlage „Ehe für alle“ eine Möglichkeit zur Stärkung der Familie.** Wenn zwei erwachsene Menschen eine Ehe eingehen, sind sie gewillt, mit Rechten und Pflichten füreinander zu sorgen und das soziale Zusammenleben zu sichern. Mit der Stärkung der Ehe werden somit die Familien in der Schweiz gestärkt. Der Gesetzesentwurf „Ehe für alle“ setzt somit die Rechtsgleichheit der Bundesverfassung (Art. 8 Abs. 2 BV) um und beendet die institutionelle Diskriminierung aufgrund der «Lebensform» oder des «Geschlechts» im Rahmen der rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften. Durch die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare wird weder die Zivilehe für gemischtgeschlechtliche Paare (zwischen Mann und Frau) noch das Recht auf Ausübung des eigenen Glaubens eingeschränkt.

Rechtliche Unsicherheit bleibt mit der aktuellen Gesetzgebung für Pro Familia Schweiz bestehen. Trotz der Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 sowie der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018, bleiben für viele Familien die rechtliche Unsicherheit bestehen. So zeigt die Realität heute, dass trotz geplanter Elternschaft eines Paares die Beziehung zwischen dem sozialen (nicht biologischen) Elternteil und dem Kind während Jahren ungenügend rechtlich abgesichert ist. Bestehend bleiben auch institutionelle Diskriminierungen im Rahmen des Sozialversicherungsrecht, Bürgerrechts oder beim Zugang zur Samenspende. Durch die bestehende rechtliche Absicherung ist daher das Kindeswohl nicht ausreichend gewährleistet, obwohl Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern bereits zur Realität gehören.

Wir unterstützen daher die Variante 2 „mit Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren“ für Frauenpaare, da nur so die rechtliche Gleichstellung der Familien im Rahmen der aktuellen Gesetzgebung erreicht wird. Durch diesen Schritt ermöglichen wir eine Gleichbehandlung der Familien, welche für die Akzeptanz der verschiedenen Familienformen unumgänglich ist. Die Akzeptanz kann sich wiederum auf das Wohlbefinden aller Familienmitglieder günstig auswirken.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf leitet sich aber auch vom Gebot der Nichtdiskriminierung in Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung ab. Mit der Tatsache, dass gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz derzeit nicht heiraten dürfen, besteht hierzulande eine sogenannte institutionelle Diskriminierung, die abgeschafft werden muss.

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse). Ein auf diese Weise erzwungenes Outing kann schwerwiegende persönliche Konsequenzen haben, die jedoch durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden können.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation äusserst unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es heute wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist das Adoptionsverfahren mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl während der teilweise sehr langen Wartezeit gefährdet. So muss bis zum Antrag der Stiefkindadoption ein 1-jähriges Pflegeverhältnis ab Geburt bestehen. Auch kann die Zeitdauer ab Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung sehr lange sein (bis zu 2.5 Jahre). Stirbt aber der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

2 Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

3 Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit einer klaren Zustimmung von 62% angenommen. Auch wenn gesellschaftspolitischen Öffnungen in der Schweiz manchmal länger dauern – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte – ist die Zeit mehr als reif, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

In konservativ-christlichen Kreisen wird manchmal verlautet, dass die Bezeichnung «Ehe» für heterosexuelle Paare reserviert sein müsse. Die Verbindung zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen wird in der entsprechenden Argumentationskette als minderwertig dargestellt. Diese Haltung ist gestützt auf Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung abzuweisen. Demgegenüber wird durch die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare niemandem etwas weggenommen. Auch das Recht auf Ausübung des eigenen Glaubens wird durch die Gesetzesanpassung nicht eingeschränkt.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde. Die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paare aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden sollten.⁶

4 Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

5 Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

6 https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁷ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. In Fachstudien gibt es einen Konsens darüber, dass sich fünf bis zehn Prozent der Menschen als homo- oder bisexuell bezeichnen – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.⁸

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁹ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Der Dachverband Pro Familia Schweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass der Dachverband Pro Familia Schweiz nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.¹⁰**

⁷ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, S. 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁸ Bahr, Michael W. und Sherblom, Stephen A (2008): «Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation», in: Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, S. 87.

⁹ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, S. 8.

¹⁰ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

Begrüsst wird vom Dachverband Pro Familia Schweiz insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäss auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.¹¹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Pro Familia Schweiz. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹² Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹³ Der Dachverband Pro Familia Schweiz geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹⁴

Die heutige Rechtslage ist für Pro Familia Schweiz massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹⁵ Mit dem in der Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche notabene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet

11 Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

12 Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

13 Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

14 Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

15 Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auf der Basis eines Berichts des Bundesamtes für Justiz vom Juli 2016 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates entschieden, dass die Öffnung der Ehe allein auf dem Gesetzesweg vollzogen werden kann. Unklar war zunächst, ob die Öffnung des Zugangs zur Samenspende eventuell einer Verfassungsänderung bedarf. Ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 zeigte auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁶ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten nimmt auch Stellung dazu, dass der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz in der weiter zurück liegenden Vergangenheit den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung. Das Gutachten verweist darauf, dass sich die frühere Haltung auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90er-Jahre stützten und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortppanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen. Sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor Repression – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Der heutige Ausschluss lesbischer Paare vom Zugang zur Samenspende ist sachlich nicht gerechtfertigt und deshalb diskriminierend.

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁷ ermöglicht lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende und damit die originäre Elternschaft. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwändige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaars vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils –, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» durch die Behörden wird als demütigend und als ungerechtfertigter Eingriff in die Privatsphäre empfunden. Im Kanton Zürich etwa werden zum Adoptionsgesuch 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann zum Beispiel eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein und im schlimmsten Fall zur Verweigerung der Adoption führen. Insgesamt stellt das Adoptionsverfahren eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung direkt ab Geburt herstellen können.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, wenn dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht. Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor. Die Argumentation der Gegner des Zugangs zur Samenspende ist absolut haltlos.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie

17 Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁸ Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁹ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer anderweitigen rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.²⁰ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.²¹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²² Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Pro Familia Schweiz keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

18 Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

19 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

20 Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

21 Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

22 Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte. Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin“ geändert werden, zum Beispiel in „Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²³ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage. Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²⁴ Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²⁵

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. Der Dachverband Pro Familia Schweiz unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden. Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁶ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

23 Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

24 Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

25 Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Ehegüterrecht», S. 22.

26 Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
[https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690](https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef/https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690)

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

PRO FAMILIA SCHWEIZ

Valérie Piller Carrard
Präsidentin, Nationalrätin

Dr. Philippe Gnaegi
Direktor

debora.gianinazzi@bj.admin.ch
Commission des affaires juridiques
du Conseil national
Madame Debora Gianinazzi
Tél. 058 462 47 83

Berne, 6 juin 2019

Prise de position sur le projet de loi « Mariage civil pour tous » élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national (13.468 n lv. pa. Groupe vert'libéral)

Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'occasion de prendre position sur l'avant-projet relatif au Mariage civil pour toutes et tous. **L'organisation faîtière Pro Familia Suisse considère le projet de loi « Mariage civil pour tous » comme une occasion de renforcer la famille.** Lorsque deux adultes se marient, ils sont prêts à prendre soin l'un de l'autre en acceptant des droits et des devoirs et à vivre ensemble. En renforçant le mariage, la famille s'en trouvera renforcée. Le projet de loi "Mariage pour tous" met ainsi en œuvre l'égalité des droits de la Constitution fédérale (art. 8, al. 2, LB) et met fin à la discrimination institutionnelle fondée sur le « mode de vie » ou le « sexe » dans le cadre de communautés légalement réglementées. L'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe ne restreint pas le mariage civil pour les couples mixtes (entre hommes et femmes) ni le droit d'exercer sa propre foi.

Une insécurité juridique demeure avec la législation actuelle selon Pro Familia Suisse. Malgré l'introduction du partenariat enregistré en 2007 et l'introduction de l'adoption des enfants d'un conjoint en 2018, l'insécurité juridique demeure pour de nombreuses familles. La réalité d'aujourd'hui, par exemple, montre qu'en dépit de la planification familiale d'un couple, la relation entre le parent social (non biologique) et l'enfant n'est pas suffisamment protégée légalement pendant des années. La discrimination institutionnelle dans le cadre du droit de la sécurité sociale, des droits des citoyens ou de l'accès au don de sperme demeure également. Par conséquent, le bien-être de l'enfant n'est pas suffisamment garanti par la législation existante, même si les enfants dont les parents sont du même sexe font déjà partie de la réalité.

Nous soutenons donc la variante 2 « avec accès aux méthodes médicales de reproduction » pour les couples de femmes, car c'est le seul moyen d'atteindre l'égalité juridique des familles dans le cadre de la législation actuelle. Par cette étape, nous rendons possible un traitement égal des familles, ce qui est inévitable pour l'acceptation des différentes formes de famille. L'acceptation peut à son tour avoir un effet positif sur le bien-être de tous les membres de la famille.

1 Contexte

Si l'initiative parlementaire relative au mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, il a fallu attendre près de six ans pour que le premier projet de loi soit présenté. Durant ce laps de temps, l'acceptation s'est encore renforcée au sein de la population, sachant qu'en 2005, voici 15 ans, le partenariat enregistré avait déjà été accepté à une majorité très nette de 58 % des votantes et votants.¹

Selon une enquête représentative menée par gfs-zürich en avril 2016, 69 % des personnes interrogées étaient favorables à l'ouverture du mariage aux couples de même sexe² (oui : 40 %, plutôt oui : 29 %). Un sondage thématique représentatif réalisé par Tamedia en décembre 2017 a quant à lui révélé que seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous.³ On constate ainsi l'adhésion croissante de la population à l'ouverture du mariage. La nécessité de légitérer découle cependant aussi du principe de non-discrimination inscrit dans l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. Le fait que les couples de même sexe n'aient pas, à l'heure actuelle, le droit de se marier en Suisse relève en effet d'une discrimination « institutionnelle » qu'il convient de supprimer.

Si l'instauration du partenariat enregistré en 2007 a été une étape importante, des différences majeures persistent toutefois par rapport au mariage civil : ceci concerne l'acquisition du droit de cité, le droit en matière d'assurances sociales ou encore l'accès au don de sperme, pour ne citer que quelques exemples. Ces différences ne reposent pas sur des raisons objectives mais seulement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. De plus, l'instrument spécialement créé qu'est le partenariat enregistré entraîne une stigmatisation des partenaires enregistré-e-s qui se voient obligé-e-s de révéler dans de nombreux domaines de la vie qu'ils ou elles aiment une personne de même sexe. Sur de nombreux formulaires (par exemple pour un contrat de travail ou un bail), il est nécessaire d'indiquer son état civil. Un tel coming-out imposé peut avoir des conséquences personnelles graves que l'ouverture du mariage aux couples de même sexe permettrait d'éviter.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est également très insatisfaisante : en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai d'un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant. Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection juridique de l'enfant, fruit d'un projet parental commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe une inégalité de traitement au sein de la fratrie : l'aîné-e étant protégé-e

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/f/pore/va/20050605/index.html>

2 Les désignations du sexe des partenaires se réfèrent ci-après à leur sexe civil ou à leur fonction biologique par rapport à l'enfant. Elles ne donnent aucune information sur leur identité ou expression de genre.

3 Cf. sondage thématique Tamedia, p. 9 :

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure.

Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image obsolète de la famille ; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.

La Suisse est désormais l'un des derniers pays d'Europe occidentale à interdire le mariage aux couples de même sexe. Les Pays-Bas ont ouvert le mariage dès 2001, l'Allemagne et l'Autriche ont franchi le pas récemment, respectivement en 2018 et 2019.⁴ Même la très catholique Irlande a adopté le mariage pour toutes et tous en 2015, suite à un référendum qui s'est soldé par 62 % de votes favorables. Même si les avancées sociopolitiques prennent parfois plus de temps en Suisse, comme on a pu le voir par exemple pour le suffrage féminin, il est grand temps que la Suisse ouvre enfin le mariage aux couples de même sexe.

Dans certains milieux chrétiens conservateurs, on peut entendre dire que le terme de « mariage » devrait être réservé aux couples hétérosexuels. Dans cette logique, l'union de deux personnes de même sexe est considérée comme inférieure. Cette position est à rejeter sur la base de l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. L'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe n'enlève rien à personne. La modification de la loi n'entrave pas non plus le droit d'une personne à l'exercice de sa foi.

2 Nous revendiquons les mêmes droits pour toutes et tous

La Constitution fédérale suisse interdit aujourd'hui déjà toute discrimination basée sur le « mode de vie » ou le « sexe » (art. 8, al. 2, Cst.). Le terme « mode de vie » utilisé par la Constitution désigne selon la volonté parlementaire essentiellement l'orientation sexuelle et a été repris tel quel par un certain nombre de lois et par la doctrine majoritaire. Traiter différemment les couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

La comparaison avec d'autres pays et les différents sondages réalisés auprès de la population montrent clairement qu'une discrimination des couples de même sexe n'est plus ni légitime ni opportune.

Pour qu'il y ait égalité, les couples de même sexe doivent pouvoir contracter un mariage avec les mêmes droits et devoirs qui s'appliquent aux couples de sexe différent. Ceci implique aussi l'égalité entre couples de même sexe et couples de sexe différents dans tous les domaines du droit, telle que précisée dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet.⁵ Seul l'avant-projet incluant la variante (« accès au don de sperme ») est en mesure de satisfaire à l'exigence d'une complète égalité; sans cette variante, l'inégalité de traitement persisterait dans ce domaine. La Commission nationale d'éthique a déjà estimé dans sa prise de position de 2013 que, pour des motifs de non-discrimination, les couples de même sexe devraient avoir accès à la procréation médicalement assistée.⁶

Or l'instauration du mariage civil pour toutes et tous ne bénéficie pas seulement aux couples de même sexe désirant se marier mais a aussi un impact social significatif : une étude réalisée en 2018 montre que l'ouverture du mariage envoie un signal fort et positif pour la

4 Pour un panorama complet, voir : <https://rainbow-europe.org>

5 Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national : 3.2 « Conséquences du mariage pour tous », p. 12.

6 https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf

société dans son ensemble.⁷ Le mariage civil pour toutes et tous favorise ainsi l'acceptation sociale des personnes homosexuelles et bisexuelles, contrairement aux instruments spécialement créés – tels que le partenariat enregistré – qui sont porteurs d'une certaine stigmatisation puisque marquant un groupe « à part » et, de ce fait, susceptibles d'en compromettre l'acceptation sociale. L'ouverture du mariage renforce donc une attitude positive à l'égard des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles (personnes LGB) et a par conséquent un impact positif sur un très grand nombre de personnes en Suisse. D'après les estimations scientifiques, 5 à 10 % de la population s'identifie comme homosexuelle ou bisexuelle, ce qui correspond en Suisse à plusieurs centaines de milliers de personnes.⁸

Les études menées dans d'autres pays montrent que la fin des discriminations institutionnelles envers les personnes LGB améliorent significativement leur acceptation sociale. L'ouverture du mariage et une égalité de fait à tous les égards constituent dès lors une mesure que l'Etat se doit de prendre pour réduire les difficultés auxquelles sont confrontées les personnes LGB. En effet, ainsi que les montrent les études scientifiques⁹, les discriminations qu'elles subissent impactent négativement sur leur santé psychique.

Déposée en janvier 1995, la pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » avait recueilli plus de 85'000 signatures. Près de 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette revendication et d'accorder enfin réellement les mêmes droits aux couples de même sexe, sans exception.

3 Remarques générales sur l'avant-projet de loi

L'Association faîtière Pro Familia Suisse soutient globalement l'initiative parlementaire « Mariage civil pour tous » et l'avant-projet élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national. **Il est à noter que seule une égalité entière, comprenant la mise en œuvre complète du mariage civil pour toutes et tous, rencontre l'adhésion sans réserve de l'Association faîtière Pro Familia Suisse.**

Au vu du principe d'égalité de traitement (art. 8, al. 2, Cst), l'exclusion de certains domaines tels que l'accès au don de sperme ne se justifie pas. Il convient donc de modifier toutes les dispositions susceptibles d'engendrer directement ou indirectement, à situation comparable, une discrimination à l'égard des couples de même sexe. Le projet central ne répond pas à lui seul à ces exigences. **Dans l'optique d'égalité et au vu des problèmes graves existants, nous estimons indispensable de mettre en œuvre la variante comprenant l'accès au don de sperme.¹⁰**

L'Association faîtière Pro Familia Suisse se félicite en particulier de ce que le présent projet prévoit d'ouvrir le mariage en passant par une simple révision de la loi plutôt que par une modification de la Constitution. L'avis de droit émis par l'Office fédéral de la justice conclut clairement, et à juste titre, qu'il n'est pas nécessaire de modifier la Constitution vu que cette dernière est dynamique et doit être interprétée à la lumière des questions contemporaines, et que l'ouverture du mariage doit donc passer par une révision de la loi¹¹. Nous soutenons donc la position exprimée par la majorité de la commission des affaires juridiques.

⁷ Abou-Chadi, T. et Finnigan, R. (2018) : « Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe », Comparative Political Studies, p. 1-28 : https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁸ Bahr, Michael W. et Sherblom, Stephen A (2008) : « Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation », in : Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, p. 87.

⁹ Diverses études, dont : Wang, J. et al. (2012) : « Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys », in : Journal of Psychiatric Research, 46, p. 8.

¹⁰ Rapport explicatif : 3.2.3.2 « Accès à la procréation médicalement assistée », p. 15

¹¹ Rapport explicatif : 2.2 « Niveau normatif : Constitution ou loi », p. 8

Par ailleurs, nous soutenons clairement l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui inconcevable de ne pas permettre aux couples de même sexe d'adopter ensemble des enfants, d'autant plus quand on sait que les personnes seules peuvent en adopter. L'ouverture de cet accès dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous a fait ses preuves dans tous les pays européens ayant ouvert le mariage au cours de ces presque 20 dernières années.

4 Variante comprenant l'accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps : selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou « arc-en-ciel ». La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger.¹² Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant.¹³ L'Association faîtière Pro Familia Suisse développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire.¹⁴

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette question.¹⁵ L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous préconisons l'adoption de la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de comaternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

12 Sondage national réalisé par l'Association faîtière Familles arc-en-ciel : <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

13 Synthèse de 75 recherches quantitatives et qualitatives (Law School Columbia, États-Unis) :

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

14 Argumentaire complet : <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

15 Rapport explicatif : 5.3 « Autres questions sur le droit de la filiation, p. 23.

4.1 Pour l'accès au don de sperme, il suffit de modifier la loi

Sur la base d'un rapport publié en juillet 2016 par l'Office fédéral de la justice, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé qu'il suffisait de légiférer pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Au départ, il n'était pas clair s'il y avait besoin de modifier la Constitution pour ouvrir l'accès au don de sperme. Un avis de droit publié en janvier 2019 et rédigé par Andreas R. Ziegler, professeur à l'Université de Lausanne, montre que ce n'est pas le cas.¹⁶ La notion d'infertilité, telle que définie dans la Constitution comme condition d'admissibilité au don de sperme, est pertinente à cet égard. L'avis de droit montre que les couples infertiles non pas du point de vue « médical » mais de par leur configuration sont aussi considérés comme tels au sens de la Constitution, ce qui veut dire que cette notion s'applique également aux couples de même sexe. L'avis de droit se penche aussi sur la position défendue dans le passé par le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la justice selon laquelle l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution. L'avis de droit précise que cette logique, basée sur des représentations sociales traditionnelles du début des années 90, est aujourd'hui obsolète. De nos jours, la doctrine admet majoritairement que la Constitution n'interdit pas expressément aux couples de même sexe de recourir à des méthodes de procréation médicalement assistée.

Nous retenons de l'avis de droit émis par M. Ziegler que l'exclusion actuelle des couples de femmes de l'accès au don de sperme relève de la législation ordinaire et peut donc être revue sans modifier la Constitution. L'ouverture du mariage ayant pour but de réaliser une égalité de fait entre couples de même sexe et couples de sexe différent, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme en conservant les règles discriminatoires en vigueur.

4.2 Accès au don de sperme

Le don de sperme est la méthode la plus utilisée de nos jours par les couples de femmes pour fonder une famille et constitue dès lors un enjeu de taille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse ont recours au don de sperme accessible dans des cliniques à l'étranger. La durée d'un traitement de PMA, considéré de manière générale comme une démarche stressante, peut varier considérablement d'une femme à l'autre, mais il n'est pas rare que les essais se succèdent sur plus d'une année. Mener ce processus en se rendant tous les mois à l'étranger constitue dès lors une lourde charge psychique et financière qu'un accès aux services existants en Suisse atténuerait grandement. En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. L'exclusion actuelle des couples lesbiens de l'accès au don de sperme n'a aucun fondement objectif et est, de ce fait, discriminatoire et c'est là une analyse que l'on retrouve dans les prises de position des commissions d'éthique, tant en Suisse qu'à l'étranger. On se doit en outre de souligner que la majorité des pays d'Europe de l'Ouest ont accordé l'accès de la PMA aux couples de femmes et que dans ce contexte, les seuls exemples de la France – sur le point de le faire également – et de l'Allemagne ne sont dès lors guère pertinents.¹⁷

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019) : Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS) : https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

¹⁷ Voir le tableau : www.regenbogenfamilien.ch/fr/ehe/

La Suisse est, à l'heure actuelle, un des pays les plus restrictifs en matière de droits parentaux pour les couples de même sexe, il importe de remédier à cela.

4.3 Double filiation dès la naissance¹⁸

La révision de la loi proposée comme variante¹⁹ permet aux couples de lesbiennes d'accéder au don de sperme et donc à la double filiation dès la naissance. En d'autres termes, cela signifie que lorsqu'un enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun par deux femmes unies par le mariage, les deux mères seront ses parents légaux dès sa naissance. Cela veut dire que les couples mariés de même sexe sont dès la naissance de leur enfant, conçu ensemble dans le cadre d'un projet parental commun, ses parents légaux. C'est un aspect fondamental pour la protection juridique de l'enfant car l'établissement d'un rapport de filiation est associé à des droits élémentaires tels que le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations en matière d'assurances sociales, les droits de succession ou les impôts. L'établissement de la double filiation dès la naissance met l'accent sur l'intérêt supérieur de l'enfant, ce dernier étant protégé juridiquement dès sa naissance par deux parents légaux. La double filiation à la naissance supprime la nécessité pour la mère qui ne donne pas naissance d'adopter l'enfant de sa partenaire, une démarche longue et soumise à des conditions strictes. La pratique montre que l'adoption de l'enfant du/de la partenaire, possible depuis le 1er janvier 2018, ne constitue pas une alternative satisfaisante à la double filiation à la naissance. La rigueur des conditions d'accès et le délai important entre la naissance et l'adoption représentent un risque pour les parents comme pour l'enfant, notamment si les parents se séparent avant l'adoption ou en cas de décès du parent légal. De plus, l'évaluation « d'aptitude » pointilleuse réalisée par les autorités est ressentie par les couples comme humiliante et comme une atteinte injustifiée à leur vie privée. Le canton de Zurich exige ainsi de joindre 22 pièces à la requête d'adoption, comportant pour certaines des informations très personnelles. Une éventuelle maladie du parent adoptif peut par exemple représenter un obstacle et dans le pire des cas entraîner le refus de l'agrément d'adoption. Globalement, la procédure d'adoption est discriminatoire pour les couples de même sexe qui ne peuvent pas, contrairement aux couples de sexe différent, établir leur parentalité juridique dès la naissance sans passer par une évaluation d'aptitude.

4.4 Égalité entre couples de femmes et couples d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent. En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

¹⁸ Dans le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019, le terme employé est «parentalité originale» (parentalité dès la naissance).

¹⁹ Art. 252, al. 2, et 259a, AP-CC.

5 Évaluation d'autres points de l'avant-projet de loi

5.1 Sort / conversion du partenariat enregistré

Que les partenariats enregistrés conclus auparavant puissent être poursuivis est à saluer. Également proposée, la possibilité de convertir sans obstacles bureaucratiques un tel partenariat en mariage est une disposition complémentaire indispensable. Autre point crucial : les dispositions liées à la durée d'un mariage doivent tenir compte des années de partenariat enregistré, comme le mentionne par ailleurs l'avant-projet.²⁰ La seule chose qui paraît injuste est le fait que la conversion entraînera de nouveaux frais.²¹ De nombreux couples se seraient mariés au lieu de faire enregistrer leur partenariat si cela avait été possible. De ce fait, il faudrait leur permettre de convertir sans frais leur partenariat en mariage.

Par ailleurs, il convient de répondre aux revendications portant sur une protection juridique différente, à l'instar de celle offerte par le PACS français.²² Une législation moderne, en phase avec les réalités sociales, ne doit pas miser exclusivement sur une institution rigide telle que le mariage pour garantir une protection juridique mutuelle. Si un grand nombre de communautés de vie, aussi bien hétérosexuelles qu'homosexuelles ou bisexuelles, ne peuvent pas entrer dans le cadre du mariage, ces personnes ne devraient pas moins avoir la possibilité de bénéficier d'une protection mutuelle. Il convient toutefois de mener ce débat indépendamment de l'ouverture du mariage car il concerne tous les couples et non seulement ceux de même sexe.

5.2 Conversion du régime

La conversion d'un partenariat enregistré en mariage sera associée à un changement de régime, sauf convention contraire.²³ Les couples de même sexe auront ainsi à l'avenir le même régime ordinaire et la même liberté de choix que les couples de sexe différent. Au regard de la sécurité juridique, il apparaît opportun, conformément à ce qui est proposé, que le changement de régime s'applique à partir du moment de la conversion du partenariat en mariage et non pas rétroactivement.²⁴ Dans le cas contraire, ce processus risquerait d'être plus compliqué pour bon nombre de couples, voire de constituer un obstacle sur le chemin de la conversion du partenariat enregistré en mariage.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est aussi une solution pragmatique à saluer.

Pour certains couples, le changement de régime matrimoniale peut avoir un impact important. Avant toute conversion, les offices de l'état civil doivent de ce fait informer les couples de la façon la plus complète possible.

20 Rapport explicatif : 3.3.2 « Effets de la conversion », p. 17.

21 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 32.

22 Voir aussi le postulat Caroni/Portmann (15.3431) qui a été adopté : « Un pacs pour la Suisse » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20153431>

23 Le régime ordinaire du partenariat enregistré est la séparation des biens, celui du mariage la participation aux acquêts.

24 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 33.

5.3 Accès à l'adoption conjointe

Comme les partenaires de même sexe seront à l'avenir également considérés comme « épouses » ou « époux », l'accès à la procédure d'adoption leur sera automatiquement ouvert. Il s'agit là d'une égalisation indispensable, attendue depuis longtemps. Diverses études montrent que les enfants des Pro Familia Suisse ne sont pas désavantagés, que ce soit au niveau de leur développement personnel ou de la société. Par ailleurs, les arguments mentionnés au chapitre 4 s'appliquent aussi sur ce point.

5.4 Naturalisation

Nous saluons le fait que les dispositions relatives aux conditions de naturalisation d'une personne mariée à une personne de nationalité suisse s'appliqueront suite à l'ouverture du mariage indifféremment aux couples mariés de sexe différent et de même sexe. Nous ne voyons en effet aucune raison objective permettant de justifier ici une distinction. Il faudrait en outre modifier le titre de l'art. 21 de la loi sur la nationalité suisse (LN) « Conjoint d'un citoyen suisse », dans la section Naturalisation facilitée, en le remplaçant par exemple par « Conjoint ou conjointe d'une personne ayant la nationalité suisse ».

5.5 Rentes de survivants

Le rapport explicatif précise qu'il n'y aura pas de modification au niveau de la rente des survivants.²⁵ L'égalisation entre la rente de veuve et la rente de veuf, aujourd'hui soumises à des conditions différentes, n'est donc pas non plus l'objet du présent projet. Il apparaît cohérent et positif que les veuves issues d'un mariage entre personnes de même sexe aient les mêmes droits que celles issues d'un mariage entre personnes de sexe différent ; cette disposition constitue une amélioration par rapport à la situation actuelle où les veuves issues d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à la rente de veuf.

5.6 Droit international privé

Les modifications apportées au droit international privé sont à saluer puisqu'elles garantissent enfin la reconnaissance totale des mariages entre personnes de même sexe contractés à l'étranger.²⁶ Un point crucial est ici le changement automatique et à effet rétroactif du régime pour passer en participation aux acquêts : la solution proposée, à savoir une simple déclaration écrite unilatérale si l'un ou l'une des partenaires ne souhaite pas ce changement, apparaît ici opportune. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de la façon la plus complète possible sur cette possibilité ainsi que sur le délai relativement court de six mois.²⁷

5.7 Langue non genrée

Même si, au vu du volume des modifications nécessaires, on peut comprendre que le droit matrimonial n'ait pas été adapté dans sa totalité, c'est aussi une opportunité manquée. L'Association faîtière Pro Familia Suisse soutient la démarche proposée mais cette révision devra être abordée dans un avenir proche. Nous rappelons dans ce contexte le postulat Flach qui demande de supprimer en droit toute référence inutile au sexe.²⁸ Dans ce cadre, il apparaît indispensable d'utiliser de façon cohérente une langue non genrée, y compris dans le domaine du droit matrimonial.

²⁵ Rapport explicatif : 3.2.2 « Rentes de survivants », p. 13.

²⁶ Rapport explicatif : 4 « Droit international privé », p. 18 et suivantes.

²⁷ Rapport explicatif : 4.2.4 « Régimes matrimoniaux », p. 22.

²⁸ Postulat Flach (18.3690) : « Supprimer en droit toute référence au sexe, pour assurer l'égalité de tous devant la loi » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef/20183690>

En résumé, nous sommes tout à fait favorables à l'avant-projet relatif au mariage civil pour toutes et tous et vous demandons d'opter pour la variante permettant l'accès au don de sperme.

Nous vous prions de prendre en considération nos préoccupations lors des prochaines étapes de la procédure législative et vous en remercions par avance.

Avec nos salutations les meilleures.

PRO FAMILIA SUISSE



Valérie Piller Carrard
Présidente, Conseillère nationale



Dr. Philippe Gnaegi
Directeur

Direction

- █ Education sexuelle
- █ Consultation de santé sexuelle –planning familial
- █ Centre de compétences prévention VIH-IST
- █ Conseil en périnatalité
- █ Consultation de couple et de sexologie
- █ Centre LAVI



Secrétariat des commissions
des affaires juridiques(CAJ)
Services du Parlement
Palais fédéral
CH-3000 Berne

Renens, le 21 juin 2019

Prise de position concernant : 13.468 N IV.PA. Groupe GL. Mariage civil pour tous : Avant-projet et rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019.

Madame, Monsieur,

Nous tenons en préambule à vous remercier pour l'opportunité de participer à cette consultation et de développer notre position.

La présente prise de position se réfère à celle du Dr Raphaël BIZE ; elle a pour objectif d'attirer l'attention des membres de la Commission des affaires juridiques sur l'impact que les discriminations institutionnelles (ici l'interdiction du mariage civile pour les couples de même sexe) ont sur la santé des personnes lesbiennes, gays ou bisexuelles (LGB), en particulier chez les jeunes.

Plusieurs études scientifiques récentes (transversales et longitudinales), ont démontré que les personnes LGB présentent une moins bonne santé mentale lorsqu'elles vivent dans un état ou durant une période où le mariage civil pour les couples de même sexe est interdit (Raifman 2017, Hatzenbuehler 2010, Riggle 2010). Une diminution relative de 7% de la proportion des jeunes de 15 à 24 ans aux USA ayant commis une tentative de suicide durant les 12 derniers mois a même été observée entre les périodes précédant l'introduction du mariage civile pour les couples de même sexe et les périodes consécutives à cette introduction. Cette association était concentrée chez les jeunes LGB (Raifman 2017). Hatzenbuehler et coll. ont par ailleurs démontré une diminution du recours aux soins et des coûts en santé mentale chez les hommes homosexuels dans les 12 mois qui ont suivi la légalisation du mariage civil pour les couples de même sexe (Hatzenbuehler 2012). Enfin, une étude a démontré une association entre la légalisation du mariage civil pour les couples de même sexe et une diminution des préjugés antigay (Ofosu 2018). Ces différentes études démontrent que l'enjeu de la légalisation du

mariage pour les couples de même sexe dépasse le cadre purement juridique et politique. Par le fait qu'elle met fin à une discrimination institutionnelle, la légalisation du mariage civil pour les couples de même sexe contribue à lutter contre la stigmatisation des personnes LGB que le régime actuel (partenariat enregistré pour les couples de même sexe versus mariage civil pour les couples de sexes opposés) légitime. La recherche scientifique suggère que ce signal fort et positif contribue à une amélioration significative de la santé des personnes LGB, en particulier chez les jeunes.

Parce que les enjeux de santé publique sont conséquents, la Fondation PROFA soutient l'ouverture de l'institution du mariage civil pour toutes et tous, sans distinction entre couples de sexes différents et couples de même sexe. L'élimination de cette discrimination aura un impact réel sur la santé des jeunes LGB et des futures générations car cette inégalité de traitement participe aujourd'hui encore à leur exclusion sociale et à leur précarité juridique.

En vous remerciant de prendre en considération notre prise de position, nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.



Michel Graf
Directeur

Références

- Hatzenbuehler ML, McLaughlin KA, Keyes KM, Hasin DS. The Impact of Institutional Discrimination on Psychiatric Disorders in Lesbian, Gay, and Bisexual Populations: A Prospective Study. *Am J Public Health*. 2010;100:452-9.
- Hatzenbuehler ML, O'Cleirigh C, Grasso C, Mayer K, Safren S, Bradford J. Effect of Same-Sex Marriage Laws on Health Care Use and Expenditures in Sexual Minority Men: A Quasi-Natural Experiment. *American Journal of Public Health*. 2012;102:285-91.
- Ofosu EK, Chambers MK, Chen JM, Hehman E. Same-sex marriage legalization associated with reduced implicit and explicit antigay bias. *Proceedings of the National Academy of Sciences*. 2019;116:8846-51.
- Raifman J, Moscoe E, Austin SB, McConnell M. Difference-in-Differences Analysis of the Association Between State Same-Sex Marriage Policies and Adolescent Suicide Attempts. *JAMA Pediatr*. 2017;171:350-6.
- Riggle EDB, Rostosky SS, Horne SG. Psychological distress, well-being, and legal recognition in same-sex couple relationships. *Journal of Family Psychology*. 2010;24:82-6.

Zürich, 17.6. 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir von queerAltern danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

queerAltern ist ein Verein (gegründet 2014) mit inzwischen 280 Mitgliedern. Wir vertreten Anliegen der queeren (alternden) LGBTIQ+-Community, setzen uns für eine unterstützende Gemeinschaft ein und wir suchen im Raum Zürich seit einigen Jahren einen geeigneten Lebensort für Wohnen (und Pflege) für queere, alternde Menschen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass «unsere» Nachfolgegeneration nicht mehr unter derselben Diskriminierung / unter derselben Ausgrenzung allein auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zu leiden hat. Deshalb fühlen wir uns verantwortlich, auch unsere Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» einzubringen.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.

(siehe repräsentative Umfrage gfs. Zürich (April 2016):
Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja. Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf)

Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden. Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist.

Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss. Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Barbara Bosshard, Präsidentin queerAltern

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Luzern, 7. Juni 2019
Frist: 21. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

RADIGAL ist ein eigenständiger Verein, der als LGBTI-Fachgruppe der FDP.Die Liberalen und der Jungfreisinnigen Schweiz dient. RADIGAL setzt sich seit 2003 für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen auf Basis liberaler Grundwerte ein.

Die Annahme des Partnerschaftsgesetzes 2005 war ein erster Meilenstein für die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren, doch bleibt ihnen auch heute noch die Ehe verwehrt. Seit 2005 ist die Gesellschaft progressiver geworden. Das Gros der Schweizer Bevölkerung steht einer Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare offen gegenüber. Diesem Wandel gilt es Rechnung zu tragen, sprich, die bestehende Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren auf Gesetzesebene muss angepasst werden. Zwischen der Eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Der Vergleich mit anderen Ländern sowie verschiedene Umfragen in der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr rechtens und nicht mehr zeitgemäß ist.

Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf andere. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Eine konservative Auslegung der Ehe mit einer Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren widerspricht dieser Überzeugung klar. Eine gleichgestellte Ehe ohne Ungleichbehandlung wird nur erreicht durch den Vorentwurf mit der Variante „Zugang zur Samenspende“.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf wird zudem die *originäre Elternschaft* ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaares ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Wir unterstützen den Gesetzesvorentwurf mit dem Zugang zur Samenspende, weil dieser keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Zudem begrüssen wir aus Gründen der Einfachheit die Umsetzung auf Gesetzesebene und das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Wir ersuchen Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

RADIGAL

Marco Baumann
Präsident

Mentari Baumann
Vizepräsidentin

Für Rückfragen:

RADIGAL
Marco Baumann
Ulmenstrasse 3
6003 Luzern
079 317 26 81
baumannmarco@gmx.ch

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 18. Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen. Der Dachverband Regenbogenfamilien vertritt die Anliegen und Interessen von Regenbogenfamilien in der Schweiz und versteht sich als Ansprechpartner gegenüber Behörden, Politik und Öffentlichkeit. Der Verein fördert die soziale und rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien und engagiert sich dafür, dass Regenbogenfamilien als eine gleichwertige Variante unter den vielen möglichen Familienkonstellationen anerkannt werden.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58 % der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs-zürich im April 2016 befürworteten 69 % der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40 %, eher ja: 29 %). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24 % der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf leitet sich aber auch vom Gebot der Nichtdiskriminierung in Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung ab. Mit der Tatsache, dass gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz derzeit nicht heiraten dürfen, besteht hierzulande eine sogenannte institutionelle Diskriminierung, die abgeschafft werden muss.

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht auf sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse). Ein auf diese Weise erzwungenes Outing kann schwerwiegende persönliche Konsequenzen haben, die jedoch durch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verhindert werden können.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation äusserst unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es heute wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist das Adoptionsverfahren mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl während der teilweise sehr langen Wartezeit gefährdet. So muss bis zum Antrag der Stiefkindadoption ein 1-jähriges Pflegeverhältnis ab Geburt bestehen. Auch kann die Zeitspanne ab Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung sehr lange sein (bis zu 2,5 Jahre). Stirbt aber der leibliche Elternteil, bevor die erforderliche Frist des mindestens einjährigen Zusammenlebens zum Zeitpunkt der Antragstellung abgelaufen ist, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind. Formell muss der Antrag auf Stiefkindadoption auch dann von den Behörden berücksichtigt werden, wenn der Todesfall nach der Einreichung erfolgt; wie damit umgegangen wird, ist jedoch nach wie vor sehr ungewiss. Die mangelnde rechtliche Absicherung des gemeinsamen Wunschkindes in den ersten Lebensjahren ist sehr problematisch. Zudem muss bei jedem neuen Kind ein neues Adoptionsverfahren eingeleitet werden, was auch heisst, dass die Geschwister rechtlich ungleich behandelt werden: Das ältere Kind ist durch ein Kindesverhältnis zu beiden Elternteilen abgesichert, das jüngere nicht, solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist. **Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.**

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit einer klaren Zustimmung von 62 % angenommen. Auch wenn gesellschaftspolitischen Öffnungen in der Schweiz manchmal länger dauern – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte – ist die Zeit mehr als reif, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

In konservativ-christlichen Kreisen wird manchmal verlautet, dass die Bezeichnung «Ehe» für heterosexuelle Paare reserviert sein müsse. Die Verbindung zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen wird in der entsprechenden Argumentationskette als minderwertig dargestellt. Diese Haltung ist gestützt auf Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung abzuweisen. Durch die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare wird niemandem etwas weggenommen. Auch das Recht auf Ausübung des eigenen Glaubens wird durch die Gesetzesanpassung nicht eingeschränkt.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde. Die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paaren aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zuzulassen sind.⁶

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁷ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge bezeichnen sich fünf bis zehn Prozent der Menschen als homo- oder bisexuell – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.⁸

Studien aus anderen Ländern zeigen, dass die Akzeptanz von LGB-Personen erheblich steigt, wenn mit institutionellen Diskriminierungen Schluss gemacht wird. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen sind daher Massnahmen, die der Staat ergreifen muss, um die Schwierigkeiten, mit denen LGB-Personen konfrontiert sind, zu reduzieren. Aus wissenschaftlichen Studien⁹ geht nämlich hervor, dass sich die Diskriminierungen, die sie erleiden, negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirken.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Der Dachverband Regenbogenfamilien unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich.

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf

⁷ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, S. 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁸ Bahr, Michael W. et Sherblom, Stephen A (2008): «Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation», in: Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, S. 87.

⁹ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, S. 8.

Dabei ist zu betonen, dass der Dachverband Regenbogenfamilien nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.¹⁰**

Begrüßt wird vom Dachverband Regenbogenfamilien insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäss auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.¹¹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹² Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹³ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹⁴

Die rechtliche Absicherung, die bisher für Regenbogenfamilien möglich ist, ist massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹⁵

¹⁰ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15

¹¹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8

¹² Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

¹³ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA): <https://whatweknow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹⁴ Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹⁵ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

Mit dem in der Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur gemeinsamen Elternschaft ab Geburt erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche notabene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Co-Mutterschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die gemeinsame Elternschaft ab Geburt ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auf der Basis eines Berichts des Bundesamtes für Justiz vom Juli 2016 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates entschieden, dass die Öffnung der Ehe allein auf dem Gesetzesweg vollzogen werden kann. Unklar war zunächst, ob die Öffnung des Zugangs zur Samenspende eventuell einer Verfassungsänderung bedarf. Ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 zeigte auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁶ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar.

Das Gutachten nimmt auch Stellung dazu, dass der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz in der weiter zurück liegenden Vergangenheit den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung. Das Gutachten verweist darauf, dass sich die frühere Haltung auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90er-Jahre stützten und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortentwickelnder medizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortentwickelnden medizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen. Sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende in ausländischen Kliniken zu zeugen. Die Dauer einer medizinischen Fortpflanzungsbehandlung – einer Prozedur, die allgemein als stressig angesehen wird – kann stark schwanken. Nicht selten nehmen die Versuche mehr als ein Jahr in Anspruch. Diesen Prozess zur durchlaufen und dafür jeden Monat ins Ausland zu reisen stellt eine schwere seelische und finanzielle Belastung dar, die durch den Zugang zu bestehenden Angeboten in der Schweiz erheblich gemildert würde. Diese Schwierigkeiten führen manche Frauen auch dazu, auf Angebote von privaten Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) zurückzugreifen, was gravierende medizinische und/oder rechtliche Probleme zur Folge haben kann. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung mit Samenspende nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Der heutige Ausschluss lesbischer Paare vom Zugang zur Samenspende ist sachlich nicht gerechtfertigt und deshalb diskriminierend. Zu diesem Schluss kommen auch die schweizerischen und ausländischen Ethikkommissionen in ihren Stellungnahmen. Betont werden soll auch, dass die meisten westeuropäischen Länder Frauenpaaren den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin bereits zugestehen. Die Beispiele Frankreich – wo die Einführung kurz bevorsteht – und Deutschland allein sind daher nicht sehr relevant.¹⁷ Die Schweiz ist heute eines der restaktivsten Länder, was Elternrechte für gleichgeschlechtliche Paare angeht – das muss sich ändern.

4.3 Gemeinsame Elternschaft ab Geburt¹⁸

Die als Variante¹⁹ vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende und damit zur gemeinsamen Elternschaft ab Geburt. Mit anderen Worten bedeutet dies, dass zwei miteinander verheiratete Frauen ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kindesverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die Herstellung des Kindesverhältnisses zu beiden Eltern ab Geburt wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwändige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur gemeinsamen Elternschaft ab Geburt darstellt. Die strengen Auflagen und die lange Frist zwischen Geburt und Adoption bilden ein Risiko für Eltern und Kind, insbesondere wenn die Eltern sich vor der Adoption trennen oder der rechtliche Elternteil stirbt. Die akribische «Eignungsprüfung» durch die Behörden wird von den Paaren zudem als erniedrigend und als ungerechtfertigten Eingriff in ihr Privatleben empfunden. Im Kanton Zürich etwa werden zum Adoptionsgesuch 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann zum Beispiel eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein und im schlimmsten Fall zur Verweigerung der Adoption führen.

Insgesamt stellt das Adoptionsverfahren eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung direkt ab Geburt herstellen können.

¹⁷ Siehe Übersicht: www.regenbogenfamilien.ch/de/ehe/

¹⁸ Im erläuternden Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 14. Februar 2019 wird der Begriff «originäre Elternschaft» (Elternschaft ab Geburt) verwendet.

¹⁹ Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a, VE-ZGB.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, wenn dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortppflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor. Die Argumentation der Gegner des Zugangs zur Samenspende ist daher absolut haltlos.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüßen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.²⁰

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.²¹ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer anderweitigen rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.²² Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.²³ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁴ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe. Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

²⁰ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

²¹ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

²² Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

²³ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²⁴ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten.

Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt «Erleichterte Einbürgerung» der Titel von Art. 21 «Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin» geändert werden, zum Beispiel in «Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit».

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²⁵ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²⁶ Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²⁷

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermaßen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance.

²⁵ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²⁶ Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S. 18ff.

²⁷ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Eheguterrecht», S. 22.

regenbogenfamilien
familles arc-en-ciel
famiglia arcobaleno
familias d'artg

www.regenbogenfamilien.ch
info@regenbogenfamilien.ch

Der Dachverband Regenbogenfamilien unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁸ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrerecht – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.
Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Maria von Känel
Geschäftsführerin



Catherine Fussinger
Co-Präsidentin

²⁸ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zurich, le 7 mai 2019

Prise de position sur le projet de loi « Mariage civil pour tous » élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le président de la commission,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous donner l'occasion de prendre position sur l'avant-projet relatif au Mariage civil pour toutes et tous.

L'Association faîtière Familles arc-en-ciel Suisse représente les préoccupations et intérêts des familles arc-en-ciel en Suisse et se veut l'interlocutrice des autorités, des pouvoirs politiques et du grand public. L'association promeut l'égalité sociale et juridique de la famille arc-en-ciel et s'emploie à faire reconnaître celle-ci comme l'une des nombreuses configurations familiales possibles.

1 Contexte

Si l'initiative parlementaire relative au mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, il a fallu attendre près de six ans pour que le premier projet de loi soit présenté. Durant ce laps de temps, l'acceptation s'est encore renforcée au sein de la population, sachant qu'en 2005, voici 15 ans, le partenariat enregistré avait déjà été accepté à une majorité très nette de 58 % des votantes et votants.¹

Selon une enquête représentative menée par gfs-zürich en avril 2016, 69 % des personnes interrogées étaient favorables à l'ouverture du mariage aux couples de même sexe² (oui : 40 %, plutôt oui : 29 %). Un sondage thématique représentatif réalisé par Tamedia en décembre 2017 a quant à lui révélé que seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous.³ On constate ainsi l'adhésion croissante de la population à l'ouverture du mariage. La nécessité de légitérer découle cependant aussi du principe de non-discrimination inscrit dans l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. Le fait que les couples de même sexe n'aient pas, à l'heure actuelle, le droit de se marier en Suisse relève en effet d'une discrimination « institutionnelle » qu'il convient de supprimer.

Si l'instauration du partenariat enregistré en 2007 a été une étape importante, des différences majeures persistent toutefois par rapport au mariage civil : ceci concerne l'acquisition du droit de cité, le droit en matière d'assurances sociales ou encore l'accès au don de sperme, pour ne citer que quelques exemples. Ces différences ne reposent pas sur des raisons objectives mais seulement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. De plus, l'instrument spécialement créé qu'est le partenariat enregistré entraîne une stigmatisation des partenaires enregistré.e.s qui se voient obligé.e.s

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/f/pore/va/20050605/index.html>

2 Les désignations du sexe des partenaires se réfèrent ci-après à leur sexe civil ou à leur fonction biologique par rapport à l'enfant. Elles ne donnent aucune information sur leur identité ou expression de genre.

3 Cf. sondage thématique Tamedia, p. 9 :

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf



de révéler dans de nombreux domaines de la vie qu'ils ou elles aiment une personne de même sexe. Sur de nombreux formulaires (par exemple pour un contrat de travail ou un bail), il est nécessaire d'indiquer son état civil. Un tel coming-out imposé peut avoir des conséquences personnelles graves que l'ouverture du mariage aux couples de même sexe permettrait d'éviter.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est également très insatisfaisante : en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai de un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant. Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection juridique de l'enfant, fruit d'un projet parental commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe une inégalité de traitement au sein de la fratrie : l'aîné-e étant protégé-e par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure. **Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image obsolète de la famille ; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.**

La Suisse est désormais l'un des derniers pays d'Europe occidentale à interdire le mariage aux couples de même sexe. Les Pays-Bas ont ouvert le mariage dès 2001, l'Allemagne et l'Autriche ont franchi le pas récemment, respectivement en 2018 et 2019.⁴ Même la très catholique Irlande a adopté le mariage pour toutes et tous en 2015, suite à un référendum qui s'est soldé par 62 % de votes favorables. Même si les avancées sociopolitiques prennent parfois plus de temps en Suisse, comme on a pu le voir par exemple pour le suffrage féminin, il est grand temps que la Suisse ouvre enfin le mariage aux couples de même sexe.

Dans certains milieux chrétiens conservateurs, on peut entendre dire que le terme de « mariage » devrait être réservé aux couples hétérosexuels. Dans cette logique, l'union de deux personnes de même sexe est considérée comme inférieure. Cette position est à rejeter sur la base de l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. L'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe n'enlève rien à personne. La modification de la loi n'entrave pas non plus le droit d'une personne à l'exercice de sa foi.

2 Nous revendiquons les mêmes droits pour toutes et tous

La Constitution fédérale suisse interdit aujourd'hui déjà toute discrimination basée sur le « mode de vie » ou le « sexe » (art. 8, al. 2, Cst.). Le terme « mode de vie » utilisé par la Constitution désigne selon la volonté parlementaire essentiellement l'orientation sexuelle et a été repris tel quel par un certain nombre de lois et par la doctrine majoritaire. Traiter différemment les couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

4 Pour un panorama complet, voir : <https://rainbow-europe.org>



La comparaison avec d'autres pays et les différents sondages réalisés auprès de la population montrent clairement qu'une discrimination des couples de même sexe n'est plus ni légitime ni opportune.

Pour qu'il y ait égalité, les couples de même sexe doivent pouvoir contracter un mariage avec les mêmes droits et devoirs qui s'appliquent aux couples de sexe différent. Ceci implique aussi l'égalité entre couples de même sexe et couples de sexe différents dans tous les domaines du droit, telle que précisée dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet.⁵ Seul l'avant-projet incluant la variante (« accès au don de sperme ») est en mesure de satisfaire à l'exigence d'une complète égalité; sans cette variante, l'inégalité de traitement persisterait dans ce domaine. La Commission nationale d'éthique a déjà estimé dans sa prise de position de 2013 que, pour des motifs de non-discrimination, les couples de même sexe devraient avoir accès à la procréation médicalement assistée.⁶

Or l'instauration du mariage civil pour toutes et tous ne bénéficie pas seulement aux couples de même sexe désirant se marier mais a aussi un impact social significatif : une étude réalisée en 2018 montre que l'ouverture du mariage envoie un signal fort et positif pour la société dans son ensemble.⁷ Le mariage civil pour toutes et tous favorise ainsi l'acceptation sociale des personnes homosexuelles et bisexuelles, contrairement aux instruments spécialement créés – tels que le partenariat enregistré – qui sont porteurs d'une certaine stigmatisation puisque marquant un groupe « à part » et, de ce fait, susceptibles d'en compromettre l'acceptation sociale. L'ouverture du mariage renforce donc une attitude positive à l'égard des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles (personnes LGB) et a par conséquent un impact positif sur un très grand nombre de personnes en Suisse. D'après les estimations scientifiques, 5 à 10 % de la population s'identifie comme homosexuelle ou bisexuelle, ce qui correspond en Suisse à plusieurs centaines de milliers de personnes.⁸

Les études menées dans d'autres pays montrent que la fin des discriminations institutionnelles envers les personnes LGB améliorent significativement leur acceptation sociale. L'ouverture du mariage et une égalité de fait à tous les égards constituent dès lors une mesure que l'Etat se doit de prendre pour réduire les difficultés auxquelles sont confrontées les personnes LGB. En effet, ainsi que les montrent les études scientifiques⁹, les discriminations qu'elles subissent impactent négativement sur leur santé psychique.

Déposée en janvier 1995, la pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » avait recueilli plus de 85'000 signatures. Près de 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette revendication et d'accorder enfin réellement les mêmes droits aux couples de même sexe, sans exception.

3 Remarques générales sur l'avant-projet de loi

L'Association faîtière Familles arc-en-ciel soutient globalement l'initiative parlementaire « Mariage civil pour tous » et l'avant-projet élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national. **Il est à noter que seule une égalité entière, comprenant la mise en œuvre complète du**

⁵ Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national : 3.2 « Conséquences du mariage pour tous », p. 12.
⁶ https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf

⁷ Abou-Chadi, T. et Finnigan, R. (2018) : « Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe », Comparative Political Studies, p. 1-28 : https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁸ Bahr, Michael W. et Sherblom, Stephen A (2008) : « Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation », in : Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, p. 87.

⁹ Diverses études, dont : Wang, J. et al. (2012) : « Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys », in : Journal of Psychiatric Research, 46, p. 8.



**mariage civil pour toutes et tous, rencontre l'adhésion sans réserve de l'Association faîtière
Familles arc-en-ciel.**

Au vu du principe d'égalité de traitement (art. 8, al. 2, Cst), l'exclusion de certains domaines tels que l'accès au don de sperme ne se justifie pas. Il convient donc de modifier toutes les dispositions susceptibles d'engendrer directement ou indirectement, à situation comparable, une discrimination à l'égard des couples de même sexe. Le projet central ne répond pas à lui seul à ces exigences. **Dans l'optique d'égalité et au vu des problèmes graves existants, nous estimons indispensable de mettre en œuvre la variante comprenant l'accès au don de sperme.¹⁰**

L'Association faîtière Familles arc-en-ciel se félicite en particulier de ce que le présent projet prévoit d'ouvrir le mariage en passant par une simple révision de la loi plutôt que par une modification de la Constitution. L'avis de droit émis par l'Office fédéral de la justice conclut clairement, et à juste titre, qu'il n'est pas nécessaire de modifier la Constitution vu que cette dernière est dynamique et doit être interprétée à la lumière des questions contemporaines, et que l'ouverture du mariage doit donc passer par une révision de la loi¹¹ Nous soutenons donc la position exprimée par la majorité de la commission des affaires juridiques.

Par ailleurs, nous soutenons clairement l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui inconcevable de ne pas permettre aux couples de même sexe d'adopter ensemble des enfants, d'autant plus quand on sait que les personnes seules peuvent en adopter. L'ouverture de cet accès dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous a fait ses preuves dans tous les pays européens ayant ouvert le mariage au cours de ces presque 20 dernières années.

4 Variante comprenant l'accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps : selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou « arc-en-ciel ». La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger.¹² Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant.¹³ L'Association faîtière Familles arc-en-ciel développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire.¹⁴

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette

10 Rapport explicatif : 3.2.3.2 « Accès à la procréation médicalement assistée », p. 15

11 Rapport explicatif : 2.2 « Niveau normatif : Constitution ou loi », p. 8

12 Sondage national réalisé par l'Association faîtière Familles arc-en-ciel : <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

13 Synthèse de 75 recherches quantitatives et qualitatives (Law School Columbia, États-Unis) :

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

14 Argumentaire complet : <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>



question.¹⁵ L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous préconisons l'adoption de la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de comaternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

4.1 Pour l'accès au don de sperme, il suffit de modifier la loi

Sur la base d'un rapport publié en juillet 2016 par l'Office fédéral de la justice, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé qu'il suffisait de légiférer pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Au départ, il n'était pas clair s'il y avait besoin de modifier la Constitution pour ouvrir l'accès au don de sperme. Un avis de droit publié en janvier 2019 et rédigé par Andreas R. Ziegler, professeur à l'Université de Lausanne, montre que ce n'est pas le cas.¹⁶ La notion d'infertilité, telle que définie dans la Constitution comme condition d'admissibilité au don de sperme, est pertinente à cet égard. L'avis de droit montre que les couples infertiles non pas du point de vue « médical » mais de par leur configuration sont aussi considérés comme tels au sens de la Constitution, ce qui veut dire que cette notion s'applique également aux couples de même sexe. L'avis de droit se penche aussi sur la position défendue dans le passé par le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la justice selon laquelle l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution. L'avis de droit précise que cette logique, basée sur des représentations sociales traditionnelles du début des années 90, est aujourd'hui obsolète. De nos jours, la doctrine admet majoritairement que la Constitution n'interdit pas expressément aux couples de même sexe de recourir à des méthodes de procréation médicalement assistée.

Nous retenons de l'avis de droit émis par M. Ziegler que l'exclusion actuelle des couples de femmes de l'accès au don de sperme relève de la législation ordinaire et peut donc être revue sans modifier la Constitution. L'ouverture du mariage ayant pour but de réaliser une égalité de fait entre couples de même sexe et couples de sexe différent, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme en conservant les règles discriminatoires en vigueur.

15 Rapport explicatif : 5.3 « Autres questions sur le droit de la filiation, p. 23.

16 Ziegler, Andreas R. (2019) : Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS) : https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.



4.2 Accès au don de sperme

Le don de sperme est la méthode la plus utilisée de nos jours par les couples de femmes pour fonder une famille et constitue dès lors un enjeu de taille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse ont recours au don de sperme accessible dans des cliniques à l'étranger. La durée d'un traitement de PMA, considéré de manière générale comme une démarche stressante, peut varier considérablement d'une femme à l'autre, mais il n'est pas rare que les essais se succèdent sur plus d'une année. Mener ce processus en se rendant tous les mois à l'étranger constitue dès lors une lourde charge psychique et financière qu'un accès aux services existants en Suisse atténuerait grandement. En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. L'exclusion actuelle des couples lesbiens de l'accès au don de sperme n'a aucun fondement objectif et est, de ce fait, discriminatoire et c'est là une analyse que l'on retrouve dans les prises de position des commissions d'éthique, tant en Suisse qu'à l'étranger. On se doit en outre de souligner que la majorité des pays d'Europe de l'Ouest ont accordé l'accès de la PMA aux couples de femmes et que dans ce contexte, les seuls exemples de la France – sur le point de le faire également – et de l'Allemagne ne sont dès lors guère pertinents.¹⁷ La Suisse est, à l'heure actuelle, un des pays les plus restrictifs en matière de droits parentaux pour les couples de même sexe, il importe de remédier à cela.

4.3 Double filiation dès la naissance¹⁸

La révision de la loi proposée comme variante¹⁹ permet aux couples de lesbiennes d'accéder au don de sperme et donc à la double filiation dès la naissance. En d'autres termes, cela signifie que lorsqu'un enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun par deux femmes unies par le mariage, les deux mères seront ses parents légaux dès sa naissance. Cela veut dire que les couples mariés de même sexe sont dès la naissance de leur enfant, conçu ensemble dans le cadre d'un projet parental commun, ses parents légaux. C'est un aspect fondamental pour la protection juridique de l'enfant car l'établissement d'un rapport de filiation est associé à des droits élémentaires tels que le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations en matière d'assurances sociales, les droits de succession ou les impôts. L'établissement de la double filiation dès la naissance met l'accent sur l'intérêt supérieur de l'enfant, ce dernier étant protégé juridiquement dès sa naissance par deux parents légaux. La double filiation à la naissance supprime la nécessité pour la mère qui ne donne pas naissance d'adopter l'enfant de sa partenaire, une démarche longue et soumise à des conditions strictes. La pratique montre que l'adoption de l'enfant du/de la partenaire, possible depuis le 1er janvier 2018, ne constitue pas une alternative satisfaisante à la double filiation à la naissance. La rigueur des conditions d'accès et le délai important entre la naissance et l'adoption représentent un risque pour les parents comme pour l'enfant, notamment si les parents se séparent avant l'adoption ou en cas de décès du parent légal. De plus, l'évaluation « d'aptitude » pointilleuse réalisée par les autorités est ressentie par les couples comme humiliante et comme une atteinte injustifiée à leur vie privée. Le canton de Zurich exige ainsi de joindre 22 pièces à la requête d'adoption, comportant pour certaines des informations très personnelles. Une éventuelle maladie du parent adoptif peut par exemple représenter un obstacle et dans le pire des cas entraîner le refus de l'agrément d'adoption. Globalement, la procédure d'adoption est discriminatoire pour les couples de même sexe qui ne peuvent pas, contrairement aux couples de sexe différent, établir leur parentalité juridique dès la naissance sans passer par une évaluation d'aptitude.

17 Voir le tableau : www.regenbogenfamilien.ch/fr/ehe/

18 Dans le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019, le terme employé est «parentalité originale» (parentalité dès la naissance).

19 Art. 252, al. 2, et 259a, AP-CC.



4.4 Égalité entre couples de femmes et couples d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous. L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5 Évaluation d'autres point de l'avant-projet de loi

5.1 Sort / conversion du partenariat enregistré

Que les partenariats enregistrés conclus auparavant puissent être poursuivis est à saluer. Également proposée, la possibilité de convertir sans obstacles bureaucratiques un tel partenariat en mariage est une disposition complémentaire indispensable. Autre point crucial : les dispositions liées à la durée d'un mariage doivent tenir compte des années de partenariat enregistré, comme le mentionne par ailleurs l'avant-projet.²⁰

La seule chose qui paraît injuste est le fait que la conversion entraînera de nouveaux frais.²¹ De nombreux couples se seraient mariés au lieu de faire enregistrer leur partenariat si cela avait été possible. De ce fait, il faudrait leur permettre de convertir sans frais leur partenariat en mariage.

Par ailleurs, il convient de répondre aux revendications portant sur une protection juridique différente, à l'instar de celle offerte par le PACS français.²² Une législation moderne, en phase avec les réalités sociales, ne doit pas miser exclusivement sur une institution rigide telle que le mariage pour garantir une protection juridique mutuelle. Si un grand nombre de communautés de vie, aussi bien hétérosexuelles que homosexuelles ou bisexuelles, ne peuvent pas entrer dans le cadre du mariage, ces personnes ne devraient pas moins avoir la possibilité de bénéficier d'une protection mutuelle. Il convient toutefois de mener ce débat indépendamment de l'ouverture du mariage car il concerne tous les couples et non seulement ceux de même sexe.

5.2 Conversion du régime patrimonial

La conversion d'un partenariat enregistré en mariage sera associée à un changement de régime patrimonial, sauf convention contraire.²³ Les couples de même sexe auront ainsi à l'avenir le même régime ordinaire et la même liberté de choix que les couples de sexe différent. Au regard de la sécurité juridique, il apparaît opportun, conformément à ce qui est proposé, que le changement de régime s'applique à partir du moment de la conversion du partenariat en mariage et non pas rétroactivement.²⁴ Dans le cas contraire, ce processus risquerait d'être plus compliqué pour bon nombre de couples, voire de constituer un obstacle sur le chemin de la conversion du partenariat enregistré en mariage.

20 Rapport explicatif : 3.3.2 « Effets de la conversion », p. 17.

21 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 32.

22 Voir aussi le postulat Caroni/Portmann (15.3431) qui a été adopté : « Un pacs pour la Suisse » : <https://www.parlement.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20153431>

23 Le régime ordinaire du partenariat enregistré est la séparation des biens, celui du mariage la participation aux acquêts.

24 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 33.



La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est aussi une solution pragmatique à saluer.

Pour certains couples, le changement de régime matrimonial peut avoir un impact important. Avant toute conversion, les offices de l'état civil doivent de ce fait informer les couples de la façon la plus complète possible.

5.3 Accès à l'adoption conjointe

Comme les partenaires de même sexe seront à l'avenir également considérés comme « épouses » ou « époux », l'accès à la procédure d'adoption leur sera automatiquement ouvert. Il s'agit là d'une égalisation indispensable, attendue depuis longtemps. Diverses études montrent que les enfants des familles arc-en-ciel ne sont pas désavantagés, que ce soit au niveau de leur développement personnel ou de la société. Par ailleurs, les arguments mentionnés au chapitre 4 s'appliquent aussi sur ce point.

5.4 Naturalisation

Nous saluons le fait que les dispositions relatives aux conditions de naturalisation d'une personne mariée à une personne de nationalité suisse s'appliqueront suite à l'ouverture du mariage indifféremment aux couples mariés de sexe différent et de même sexe. Nous ne voyons en effet aucune raison objective permettant de justifier ici une distinction.

Il faudrait en outre modifier le titre de l'art. 21 de la loi sur la nationalité suisse (LN) « Conjoint d'un citoyen suisse », dans la section Naturalisation facilitée, en le remplaçant par exemple par « Conjoint ou conjointe d'une personne ayant la nationalité suisse ».

5.5 Rentes de survivants

Le rapport explicatif précise qu'il n'y aura pas de modification au niveau de la rente des survivants.²⁵ L'égalisation entre la rente de veuve et la rente de veuf, aujourd'hui soumises à des conditions différentes, n'est donc pas non plus l'objet du présent projet.

Il apparaît cohérent et positif que les veuves issues d'un mariage entre personnes de même sexe aient les mêmes droits que celles issues d'un mariage entre personnes de sexe différent ; cette disposition constitue une amélioration par rapport à la situation actuelle où les veuves issues d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à la rente de veuf.

5.6 Droit international privé

Les modifications apportées au droit international privé sont à saluer puisqu'elles garantissent enfin la reconnaissance totale des mariages entre personnes de même sexe contractés à l'étranger.²⁶ Un point crucial est ici le changement automatique et à effet rétroactif du régime pour passer en participation aux acquêts : la solution proposée, à savoir une simple déclaration écrite unilatérale si l'un ou l'une des partenaires ne souhaite pas ce changement, apparaît ici opportune. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de la façon la plus complète possible sur cette possibilité ainsi que sur le délai relativement court de six mois.²⁷

5.7 Langue non générée

Même si, au vu du volume des modifications nécessaires, on peut comprendre que le droit matrimonial n'ait pas été adapté dans sa totalité, c'est aussi une opportunité manquée. L'Association faîtière

25 Rapport explicatif : 3.2.2 « Rentes de survivants », p. 13.

26 Rapport explicatif : 4 « Droit international privé », p. 18 et suivantes.

27 Rapport explicatif : 4.2.4 « Régimes matrimoniaux », p. 22.



regenbogenfamilien
familles arc-en-ciel
famiglia arcobaleno
familias d'artg

www.regenbogenfamilien.ch
info@regenbogenfamilien.ch

Familles arc-en-ciel soutient la démarche proposée mais cette révision devra être abordée dans un avenir proche.

Nous rappelons dans ce contexte le postulat Flach qui demande de supprimer en droit toute référence inutile au sexe.²⁸ Dans ce cadre, il apparaît indispensable d'utiliser de façon cohérente une langue non générée, y compris dans le domaine du droit matrimonial.

En résumé, nous sommes tout à fait favorables à l'avant-projet relatif au mariage civil pour toutes et tous et vous demandons d'opter pour la variante permettant l'accès au don de sperme. Nous vous prions de prendre en considération nos préoccupations lors des prochaines étapes de la procédure législative et vous en remercions par avance.

Avec nos salutations les meilleures.



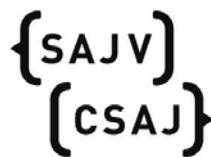
Maria von Känel
Directrice générale



Catherine Fussinger
Co-présidente

28 Postulat Flach (18.3690) : « Supprimer en droit toute référence au sexe, pour assurer l'égalité de tous devant la loi » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690>





Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili
Federaziun Svizra da las Uniuns da Giuventetgna

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Eingereicht per email:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 21. Juni 2019 / LME

Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV zum Gesetzesentwurf der Kommission für Rechtsfragen zur Parlamentarischen Initiative Ehe für alle

Sehr geehrter Herr Nationalrat Schwander

Sehr geehrte Frau Gianinazzi

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetzesentwurf der Kommission für Rechtsfragen zur Parlamentarischen Initiative Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Die SAJV als Dachorganisation von rund 55 Jugendorganisationen und als Sprachrohr der Jugend setzt sich gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen für Chancengerechtigkeit, Teilnahme und Unabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ein. Ein prioritäres Anliegen der SAJV ist die gesellschaftliche Teilhabe von allen Kindern und Jugendlichen unabhängig ihres Hintergrundes. Wir engagieren uns für die Stärkung der Freiwilligenarbeit und für die Schaffung adäquater Partizipationsmöglichkeiten für verschiedene Alters- und Bedarfsgruppen junger Menschen.

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich die SAJV intensiv mit der Situation und den Bedürfnissen von jungen LGBT. An der Delegiertenversammlung im April 2015 hat die Organisation im Rahmen des Politikpapieres Young and Equal detailliert zu ihren Prioritäten im Bereich Stellung genommen. Seit 2017 ist LGBT eines der Schwerpunktthemen der SAJV und im Frühling 2019 begann die Umsetzung des Projektes Break Free, welches aktiv die Inklusion von LGBT Jugendlichen in Jugendverbänden unterstützt und damit wichtige Sensibilisierungsarbeit leistet.

Ausgangslage

Die SAJV begrüßt es sehr, dass sechs Jahre nach der Einreichung der Parlamentarischen Initiative zur Ehe für alle endlich ein erster Gesetzesentwurf vorliegt. Die steigende öffentliche Zustimmung zur Öffnung der Ehe zeigt deutlich, dass ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus hat sich die SAJV in ihrem Politikpapier bereits 2015 dahingehend geäusserst, dass homosexuellen Paaren

{SAJV} {CSAJ}

die gleichen Rechte wie heterosexuellen Paaren zu gewähren sind - betreffend Güterstand, Adoption, künstlicher Befruchtung und erleichterter Einbürgerung. Die SAJV legt aber Wert darauf zu betonen, dass die Akzeptanz von LGBT und insbesondere jungen LGBT nicht alleine über legislative Veränderungen erzielt werden können, sondern darüber hinaus kontinuierlich die Situation in Bildung, Arbeitsmarkt, medizinischer Versorgung, Medien, Politik und persönlichem Umfeld verbessert werden muss, um gleiche Chancen für LGBT zu erreichen.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass die Ehe anderen Lebensformen bei gleich- und verschiedengeschlechtlichen Partnern nicht überlegen ist und es allen Partner*innen freisteht, ob sie sich gemäss dieser Institution verpartnern möchten oder ihnen eine andere Form der Gemeinschaft eher entspricht. In der folgenden Stellungnahme geht es also nicht um eine Parteinahme für die Ehe als solche, sondern um die Möglichkeit zum Zugang zu ebendieser für alle Menschen unabhängig dessen, ob die Partner*innen gleich- oder verschiedengeschlechtlich sind. Dennoch kann die Möglichkeit zur Ehe für alle entscheidend zur Verbesserung der Akzeptanz von jungen LGBT in der Gesellschaft beitragen, welche angesichts der gegenwärtig hohen Risiken für die psychische Gesundheit unter anderem aufgrund der Tabuisierung nicht-heterosexueller Orientierungen von zentraler Wichtigkeit ist. Während die Ehe nur für volljährige Menschen relevant ist, ist es auch für jüngere wichtig, Rollenmodelle zu haben und nicht im Vornherein in ihrer Zukunftsplanung eingeschränkt zu werden. Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesamtgesellschaftliche Auswirkungen.

Zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft bestehen gewichtige Differenzen (Erwerb des Bürgerrechts, Sozialversicherungsrecht, Zugang zur Samenspende, etc.). Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend und wird auch dem gemäss der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Primat des übergeordneten Kindesinteresses nicht gerecht. Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es zwar möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden und durch die lange Wartezeit dem Kindesinteresse nicht zuträglich.

Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre

übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Eine solche tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen. Der vollständigen Gleichstellung entspricht somit nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Adoptionsverfahren und Samenspende.

Die SAJV unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. Dabei ist zu betonen, dass die SAJV hierbei im Sinne einer vollständigen Gleichberechtigung die umfassende Umsetzung der Ehe für alle bevorzugt. In diesem Zusammenhang lässt sich der Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme vorzuziehen, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird. Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare im Sinne einer vollständigen Gleichberechtigung unterstützen wir klar.

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität. Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend. Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern entwickeln sich ebenso gut wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht. Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren.

Wir befürworten somit klar den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

{SAJV} {CSAJ}

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt des Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind, was wie weiter oben ausgeführt für die Partner*innen und das übergeordnete Kindesinteresse deutlich sinnhafter ist als eine aufwändige Stiefkinderadoption. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können. Darüber hinaus ist es im Kindesinteresse, von Geburt an rechtlich abgesichert zu sein, da damit elementare Rechte wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern verbunden sind.

Die Leihmutterschaft, welche männlichen Paaren ein eigenes Kind ermöglichen würde, ist in der Schweiz für alle Paare verfassungsmässig verboten und ist somit durch diese Vorlage nicht berührt. Demzufolge ist die Argumentation, dass die Erlaubnis von Samenspenden eine Diskriminierung von Männern darstellen würde haltlos.

Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird. Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird. Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen. Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Möglichkeiten der Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist. Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe. Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

{SAJV} {CSAJ}

Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Wie weiter oben erläutert, erfahren Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft.

Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Andreas Tschöpe

Geschäftsleiter SAJV



Lea Meister

Bereichsleiterin Politik SAJV

Von: [Gonzague Bochud](#)
An: [Gianinazzi Debora BJ](#)
Betreff: STN Sarigai 18.06.2019 VNL Ehe für alle
Datum: Dienstag, 18. Juni 2019 19:41:28
Anlagen: [Prise de position de Sarigai sur le mariage civil pour toutes et tous.pdf](#)

Madame Gianinazzi,

Par le présent e-mail, je vous transmets la prise de position sur l'avant-projet de loi sur le mariage civil pour toutes et tous au nom de Sarigai, Association fribourgeoise pour la diversité sexuelle et de genre (LGBT*).

Je vous remercie d'en prendre connaissance et je me tiens à votre disposition pour toute question.

Meilleures salutations

--

Gonzague Bochud

Président

+41 78 659 87 81

Sarigai

www.sarigai.ch

BCF - IBAN CH8500768300151921000

Tél. +41 79 870 91 23



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Fribourg, le 18 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Créé en octobre 1996, **SARIGAI** a pour but :

- d'offrir à toute personne concernée par des questions liées à l'orientation sexuelle et à l'identité de genre une structure d'accueil, d'écoute, d'information, d'expression, de convivialité et de solidarité,
- de favoriser le dialogue avec toutes les composantes de la société,
- d'agir dans le cadre de la lutte contre le VIH/Sida et les infections sexuellement transmissibles (IST),
- de défendre les intérêts de ses membres et de l'homosexualité en général.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd’hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l’expression « mode de vie » désigne en premier lieu l’orientation sexuelle. Il existe donc à l’heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d’autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu’une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n’ont pas la possibilité d’avoir un enfant ensemble de manière légale, à l’exception de l’adoption de l’enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l’ouverture du mariage s’accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d’accéder au don de sperme, tout comme c’est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels. De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l’intérêt supérieur de l’enfant. Ainsi, l’enfant commun d’un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l’adoption de l’enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu’un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s’ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l’égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d’accéder au don de sperme n’est pas justifiable. **C'est pourquoi il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d’avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d’agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour l’association Sarigai



Gonzague Bochud

Président



Commission des affaires juridiques
du Conseil national
CH-3003 Berne

19/0531

Fribourg, le 13 juin 2019

Mariage civil pour tous : réponse à la procédure de consultation

Mesdames, Messieurs,

Dans le cadre de la procédure de consultation visée en titre, la Conférence des évêques suisses (CES) remercie la Commission des affaires juridiques du Conseil national pour l'avoir invitée à donner sa position sur cet avant-projet.

Il importe à la CES de souligner la nécessité de lutter de manière générale contre toute forme de discrimination. Puisqu'en ce domaine, la compétence de l'Eglise catholique réside principalement dans le mariage sacramental, la CES s'abstient de prendre position. Toutefois, elle reste consciente des graves enjeux éthiques liés à cette question. Elle relève ainsi l'importance capitale, pour prendre la meilleure décision possible, d'envisager toutes les conséquences d'une telle modification.

Nous vous prions ainsi de prendre le temps de lire les arguments annexés (formats word et pdf), qui posent le problème en termes scientifiques et rationnels, et non confessionnels.

En vous remerciant pour votre bienveillance, nous vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos respectueuses salutations.

Erwin Tanner-Tiziani
Secrétaire général



Prise de position de

Nom/société/organisation : Conférence des évêques suisses
Abréviation de la société/de l'organisation : CES
Adresse : Secrétariat de la Conférence des évêques suisses
Case postale 278
1701 Fribourg
Personne(s) de référence : Erwin Tanner, secrétaire général CES
Téléphone : +41 26 510 15 15
Courriel : info@conferencedeseveques.ch
Date : 14 juin 2019

Avant-projet « Mariage civil pour tous »

La Conférence des évêques suisses (CES) remercie vivement le Conseil national pour sa demande de consultation pour l'Avant-projet « Mariage civil pour tous ».

Position de principe

Il importe avant tout à la CES de souligner la nécessité de lutter de manière générale contre les discriminations. La CES reconnaît, à l'instar de la Commission des affaires juridiques, l'importance d'introduire l'égalité pour toute personne dans le cadre du **droit de cité et des rentes de survivants**.

L'argumentation qui vise à introduire le « mariage pour tous » repose sur la nécessité d'éradiquer toute discrimination. La CES souligne toutefois qu'il existe une **distinction entre discrimination et différenciation**, cette dernière permettant parfois de mieux faire valoir les intérêts des minorités. Elle demande ainsi s'il n'est pas préférable pour les couples de même sexe d'adapter la législation actuelle du Partenariat enregistré, plutôt que d'introduire un « mariage pour tous » qui serait une uniformisation aux conséquences préjudiciables. La CES s'accorde de plus avec une partie de la commission des affaires juridiques qui affirme qu'une telle révision nécessite une **modification de l'art. 14 de la Constitution fédérale** par peuple et les cantons pour pouvoir entrer en vigueur. En tous les cas, la CES insiste sur le fait qu'il est impossible d'aborder le débat du « mariage pour tous » **en éludant ses conséquences** que sont la filiation et l'accès à la procréation médicalement assisté (PMA), ce que prévoit l'Avant-projet en ne proposant qu'un « projet central ». En acceptant cet Avant-Projet, le législateur devrait par la suite seulement s'adapter aux us et coutumes modifiés, au lieu de choisir des orientations politiques claires.

La CES souhaite rendre attentif que le mariage civil n'est aucunement une reconnaissance publique des sentiments. Le mariage civil consiste en une **inscription de la filiation dans une institution stable**, notamment en vue de protéger la mère (*matri-monium*) et l'enfant. Le mariage civil est en ce sens **ordonné à la fondation de la famille**. Or, pour ce faire, les couples de même sexe doivent recourir à la PMA. La CES s'oppose de manière générale à son utilisation, puisque la PMA impliquant un don de gamètes **s'oppose aux droits de l'enfant**, notamment en raison de la souffrance et de la difficulté de construction de soi engendrés par l'impossibilité de connaître son origine biologique.



Restant consciente de ces graves enjeux éthiques, la CES s'abstient toutefois de prendre position pour ce qui concerne l'Avant-projet « Mariage civile pour tous ». Le domaine de compétence de l'Eglise catholique à ce sujet réside principalement dans le mariage sacramental et l'union devant Dieu, mais non dans le mariage civil au regard de la loi. Cela dit, la CES recommande vivement au Conseil National de tenir compte de toutes les conséquences de cet Avant-projet, notamment pour le bien supérieur de l'enfant, et de créer un véritable débat de société sur cette question.

Débat tronqué

Au § 3, l'Avant-projet présente un « projet central » dans le but de « garantir *aussi rapidement que possible* l'accès au mariage à tous les couples ». **Cette stratégie est déroutante** : un bouleversement aussi profond que le mariage pour tous exige qu'on ait à l'esprit l'ensemble de ses implications, à commencer par la question de la filiation et de l'accès à la PMA, etc. Renoncer à ces questions fondamentales parce cela « mettrait en danger son succès dans son ensemble » relève d'une tactique discutable et indigne de l'importance de l'enjeu. Il y a donc incohérence à vouloir un « projet central » et à ne proposer aucun débat sur la « centralité du projet ». La CES demande que soient envisagées **toutes les conséquences importantes** d'un tel changement, notamment en ce qui concerne les futurs enfants.

Droits de l'enfant et PMA

La CES rappelle que personne ne possède de **droit à l'enfant** ; en revanche, il existe des **droits de l'enfant**. En ce sens, le mariage civil ne donne aucun droit à l'enfant, mais il est institué pour protéger les enfants nés de cette union. Dans **l'intérêt supérieur de l'enfant** et pour son bien, la CES s'oppose de manière générale à l'accès à la PMA aux couples de même sexe, notamment en vertu du droit de l'enfant de connaître son ascendance génétique. Elle souligne le risque d'ouverture à la maternité de substitution, interdite à juste titre en Suisse pour des raisons de protection de la mère et de l'enfant.

Discrimination ou différenciation ?

La CES relève qu'il existe une distinction entre discrimination et différenciation. Dans une société qui tend à l'uniformisation et à l'égalitarisme, **la différenciation peut être le moyen efficace de parvenir à l'égalité** et faire reconnaître les particularités et les droits de chacun. Prétendre régler les problèmes de discrimination par l'ignorance des différences entre les personnes peut être une option idéologique dangereuse, tandis que **la considération de la diversité** semble plus opportune pour vivre ces différences dans l'égalité.

Proposition d'adaptation du droit

La CES estime que les difficultés présentes proviennent des modalités de la loi sur le Partenariat enregistré, entrée en vigueur en 2007. Il aurait été plus juste à cette époque de **proposer des adaptations du droit**, afin d'éviter toute discrimination injuste. Ce qui est « stigmatisant » (§ 7.4), ce n'est pas le refus de mariage pour tous, mais le Partenariat enregistré qui renseigne sur l'orientation sexuelle. La CES soutient donc qu'il faut trouver des aménagements du droit actuel, plutôt que proposer un « mariage pour tous » qui entraîne de nombreuses **difficultés administratives, juridiques et éthiques** dans sa réalisation.



Conclusion

Puisque le domaine de compétence principal de l'Eglise catholique est le mariage sacramental, la CES **s'abstient de se prononcer sur la question du « Mariage civil pour tous »**. Toutefois, elle estime que le débat n'est pas envisagé comme il se doit, puisque les conséquences éthiques liées à la PMA sont de taille. La CES recommande par conséquent au Conseil national de **tenir compte de toutes les conséquences** de cet Avant-Projet. Elle est d'avis que cette révision doit passer par une **consultation du peuple et des cantons**, puisqu'elle ne peut se réaliser sans modification de l'art. 14 de la Constitution fédérale, ce qui permettrait de créer un débat de société bénéfique. Elle encourage enfin le Conseil National à trouver une solution qui tienne compte des demandes justifiées des personnes LGBT+ pour reconnaître leur égalité **vis-à-vis du droit de cité et des prestations sociales**, et qui, dans le même temps, maintienne une **différenciation bénéfique** pour tout un chacun, permettant à la fois **la considération des diversités et le respect des droits de l'enfant**.



Mittwoch, 19. Juni 2019

Vernehmlassungsantwort

Parlamentarische Initiative «Ehe für alle»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die SEA.RES dankt für die Möglichkeit, sich zum Vorentwurf der neuen Gesetzesvorlage zu äussern. Zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft (seit 2007) bestehen heute rechtliche Unterschiede bezüglich des Bürgerrechts, der Fortpflanzungsmedizin sowie des Adoptionsrechts. Mit dem Argument, die Angabe des Zivilstandes von eingetragenen Partnerinnen und Partnern sei stigmatisierend, weil bei Bekanntgabe gleichzeitig Auskunft über die sexuelle Orientierung gegeben werden müsse, wird von der zuständigen Kommission des Nationalrates die «Ehe für alle» gefordert. Darunter wird die Ausweitung des Ehebegriffs auf zwei gleichgeschlechtliche Personen verstanden. Dabei sollen alle Bestimmungen der Rechtsordnung, die an den Bestand einer Ehe anknüpfen, künftig grundsätzlich sowohl auf verschieden- als auch auf gleichgeschlechtliche Paare Anwendung finden. Bezüglich der Fortpflanzungsmedizin werden zwei Varianten vorgelegt.

Neudefinition von Ehe: Grundsatzfrage mit vorentscheidender Bedeutung

In allen bekannten Kulturen ist die Ehe eine auf Dauer, Verlässlichkeit und Intimität angelegte Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Das kommt nicht von ungefähr: Ausschliesslich die heterosexuelle Beziehung ermöglicht die Zeugung von Nachkommen. Die Ehe als Rechtsinstitut ist nicht bloss langfristig für die Fortpflanzung des Menschengeschlechts, sondern schon mittelfristig für diese und die nächste Generation unerlässlich. Nur so kann die finanzielle, soziale und medizinische Altersvorsorge der Eltern- und Grosselterngeneration gesichert werden. Denn in gleichgeschlechtlichen Beziehungen können auf natürlichem Weg keine Nachkommen gezeugt werden, die dann wiederum Verantwortung für die Elterngeneration übernehmen könnten.

Dieser entscheidende Unterschied zwischen hetero- und homosexuellen Paaren zeigt, dass eine absolute Gleichbehandlung und somit eine Neudefinition von Ehe nicht angebracht ist. Es kann auch nicht prinzipiell von ungerechtfertigter Diskriminierung gesprochen werden, wenn eine Ungleichbehandlung vorliegt. Denn nur Gleiches soll gleich, jedoch Ungleiches ungleich behandelt werden.

Bürgerrecht

Beim Einbürgerungsverfahren hat das Parlament bereits beschlossen, dass es eine Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft will. Obwohl dies nicht an eine «Ehe für alle» gebunden ist, will es nun erst diesen Entscheid abwarten. Das Bürgerrecht kann somit nicht als Argument für eine Neudefinition von Ehe angeführt werden. Und wir stellen uns dieser Anpassung auch nicht entgegen, zumal bei der Hinterlassenenrente – hier wird eine Ungleichbehandlung von Witwe und Witwer kritisiert – wenn schon sowohl für die Ehe als auch für eingetragene Partnerschaften Handlungsbedarf besteht.

Fortpflanzungsmedizin und Adoption

Sowohl bei der Fortpflanzungsmedizin als auch bei der Adoption sind uns zwei Vorbemerkungen wichtig. Diese Fragen sind einerseits primär aus der Sicht des Kindes und damit des Kindeswohls einzuschätzen. Denn – und das gilt auch für heterosexuelle Paare – es besteht andererseits kein Recht auf ein Kind. Wenn also gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, die sich nicht natürlich fortpflanzen können, gefordert werden, dann gilt es hier unseres Erachtens die Fragen primär aus Sicht des Kindes zu beantworten. Wenn die Fortpflanzungsmedizin (bei Frauen) und die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare ermöglicht wird, bedeutet dies, dass Kinder keinen Vater als Bezugsperson haben oder (bei der Adoption durch zwei Männer) keine Mutter da ist. Aus entwicklungspsychologischer und pädagogischer Sicht ist es jedoch wünschenswert, wenn das Kind bei Vater und Mutter, also zwei gegengeschlechtlichen Personen, aufwachsen kann. Wenn man bei der Stiefkindadoption von diesem Ideal abweicht, weil ein Partner bereits ein Kind in eine gleichgeschlechtliche Beziehung mitbringt, so ist dies bei der gemeinschaftlichen Adoption nicht zu begründen. Einzig bei einem ausserordentlichen Notstand, der mehr Adoptionsmöglichkeiten in der Schweiz nötig machen würde, sollte ein Abweichen vom Ideal in Betracht gezogen werden.

Väterlose Generation

Auch in der Fortpflanzungsmedizin sollte nicht unnötig eine väterlose Generation gefördert werden. Zudem lehnen wir die anonyme Samenspende grundsätzlich ab. Sie widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention, ist somit nicht im Interesse des Kindes und kann zu Identitätskrisen führen. Es mutet zudem absurd an, wenn die nationalrätliche Kommission einerseits die «Ehe für alle» damit begründet, dass Stigmatisierungen bei der Bekanntgabe des Zivilstandes vermieden werden sollen, und andererseits argumentiert, ein Kind sei heute mit zwei Müttern nicht mehr in einer Aussenseiterrolle, wie dies vor 15 Jahren der Fall gewesen sei. Wenn überhaupt wäre ein Kind von einer allfälligen Stigmatisierung eher betroffen als eine erwachsene Person. Zudem ist die erwachsene Person frei, ob sie einen bestimmten Zivilstand anstreben will oder nicht.

Neue Ungleichheiten

Eine Öffnung bezüglich Fortpflanzung bei Frauen würde zudem neue Ungleichheiten schaffen, und Männer in eingetragenen Partnerschaften könnten sich benachteiligt fühlen. Dies wiederum würde in der Forderung der Leihmutterchaft münden, was zur Instrumentalisierung des menschlichen Körpers und zur weiteren Schwächung des Kindeswohls führen würde.

Aus all diesen oben genannten Gründen lehnt die SEA.RES ein Neudefinition von Ehe ab und weist die Vorschläge der Kommission für eine «Ehe für alle» in beiden Varianten zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Marc Jost, Generalsekretär SEA.RES, Tel 076 206 57 57, mjost@each.ch

Michael Mutzner, Mediensprecher RES, Tel 079 938 84 28, m.mutzner@evangelique.ch

Die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA.RES) ist eine Bewegung von Christinnen und Christen aus reformierten Landeskirchen, Freikirchen und christlichen Organisationen. In der Romandie tritt der französischsprachige Teil der Evangelischen Allianz als „Réseau évangélique suisse“ (RES) auf. Die SEA besteht gesamtschweizerisch zurzeit aus 83 Sektionen mit rund 640 Gemeinden und über 230 christlichen Werken. Die Basis der SEA wird auf 250'000 Personen geschätzt. Die SEA ist eine von weltweit 129 Evangelischen Allianzen mit schätzungsweise 600 Millionen Gleichgesinnten.

Mercredi 19 juin 2019

Prise de position

Initiative parlementaire « Mariage pour tous »

Monsieur le président de Commission, Mesdames, Messieurs,

Le SEA.RES est reconnaissant pour cette opportunité de s'exprimer sur cet avant-projet. Depuis 2007, la Suisse distingue l'institution juridique du *mariage* de celui du *partenariat enregistré* en termes de droits civils, de médecine reproductive et d'adoption. Toutefois, parce qu'il serait stigmatisant de déclarer son état civil comme étant celui de « partenaires enregistrés », car cet état civil donne une indication sur l'orientation sexuelle des personnes concernées, la commission compétente du Conseil national propose l'adoption du « mariage pour tous ». Ce qui est entendu par l'expression « mariage pour tous », c'est l'élargissement du mariage aux couples de même sexe. A l'avenir, toutes les dispositions du régime juridique relatives au mariage devraient s'appliquer de la même manière aux couples de même sexe et aux couples de sexe différent. Pour ce qui concerne la médecine reproductive, deux variantes sont soumises.

Redéfinition du mariage : question fondamentale et préliminaire

Dans toutes les cultures connues à travers le temps et l'histoire, le mariage est une alliance fondée sur un engagement réciproque durable et intime entre homme et femme. Ce n'est pas un hasard : seule une relation hétérosexuelle est porteuse d'un potentiel de transmission de la vie par la procréation. Le mariage en tant que régime juridique ne se cantonne toutefois pas à la question de la reproduction de l'espèce humaine, mais il offre aussi une protection à moyen terme pour cette génération et la suivante. Il est indispensable en effet pour assurer la prévoyance financière, sociale et médicale pour la génération des parents et des grands-parents. Les relations homosexuelles ne donnant pas naturellement naissance à une descendance, celle-ci ne sera donc pas en mesure de prendre en charge la génération des parents.

Il existe donc une différence fondamentale entre couples hétérosexuels et homosexuels et il donc justifié que ces situations soient traitées de manière différenciée au lieu de proposer une égalité absolue de traitement et partant, une redéfinition du mariage. On ne saurait en l'occurrence parler d'une discrimination injustifiée étant donné que le traitement différencié s'adresse à des situations. La non-discrimination consiste à traiter semblablement les situations semblables. Les situations différentes peuvent logiquement être traitée différemment.

Citoyenneté

Dans le cadre de la procédure de naturalisation, le Parlement a déjà décidé qu'il souhaitait une égalité de traitement pour un partenaire lié à un Suisse par un mariage ou par un partenariat enregistré, de sorte qu'il y déjà égalité de traitement sur ce plan-là. L'accès à la citoyenneté pour les partenaires enregistrés ne peut donc pas servir d'argument pour l'élargissement de la définition du mariage. D'ailleurs, nous ne sommes pas opposés à cette adaptation du droit de naturalisation, d'autant plus que pour ce qui concerne les pensions allouées aux survivants – où une inégalité de traitement entre les veuves et veufs est constatée – il est nécessaire d'agir tant pour le mariage que pour les partenariats enregistrés.

Médecine reproductive et adoption

En ce qui concerne la médecine reproductive et l'adoption, nous souhaitons faire deux remarques préliminaires. D'une part, ces questions doivent être évaluées principalement du point de vue de l'enfant et de son bien-être. Car il n'existe pas un « droit à l'enfant ». Cela vaut tant pour les couples hétérosexuels que les couples homosexuels. Face à la revendication exigeant que les couples homosexuels – qui ne peuvent pas se reproduire – obtiennent les mêmes droits que les couples hétérosexuels, il s'agit de répondre principalement ici du point de vue de l'intérêt supérieur de l'enfant. Si la médecine reproductive (pour les femmes) et l'adoption pour les couples de même sexe sont rendues possibles, cela signifie que les enfants n'auront pas de père comme personne de référence ou (dans le cas de l'adoption par deux hommes) pas de mère. Du point de vue de la psychologie du développement et de l'éducation de l'enfant, il est toujours préférable que celui-ci grandisse avec son père et sa mère, c'est-à-dire deux personnes de sexe opposé. Si l'on s'écarte de cet idéal dans le cas de l'adoption d'un beau-fils ou d'une belle-fille parce qu'un partenaire amène déjà un enfant au sein d'une famille homoparentale, on en s'en éloigne encore davantage dans le cas d'une adoption conjointe. A moins qu'il n'y ait un état d'urgence extraordinaire en Suisse qui nécessiterait davantage de possibilités d'adoption, il n'est pas souhaitable de s'écartez de la situation la plus favorable au développement de l'enfant.

Génération orpheline

Dans le domaine de la médecine reproductive, il s'agit d'éviter de promouvoir inutilement une génération d'enfants orphelins de père. De plus, nous refusons par principe le don anonyme de sperme. Cette pratique contredit la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant, elle n'est pas dans l'intérêt supérieur de l'enfant et peut engendrer des crises identitaires. Il semble également absurde que la Commission du Conseil national justifie le « mariage pour tous » d'une part en affirmant qu'il faut éviter la stigmatisation dans l'annonce de l'état civil et d'autre part en avançant qu'aujourd'hui, un enfant avec deux mères n'est plus regardé de travers, comme ce fut le cas il y a 15 ans. Un enfant serait en effet potentiellement bien plus affecté par une telle stigmatisation qu'un adulte. De plus, l'adulte a la possibilité de choisir de rester ou non dans cet état civil.

De nouvelles inégalités

Un accès à la médecine reproductive aux seules femmes créerait également de nouvelles inégalités et les hommes engagés dans un partenariat enregistré pourraient se sentir désavantagés. Cela entraînerait à son tour des demandes en faveur de gestations pour autrui (« mères-porteuses »), ce qui est une instrumentalisation du corps humain et affaiblirait encore davantage l'intérêt supérieur de l'enfant.

Pour toutes ces raisons, le SEA.RES refuse une redéfinition du mariage et rejette les deux variantes proposées par la Commission en faveur du « mariage pour tous ».

Contacts :

Marc Jost, secrétaire général SEA.RES, 076 206 57 57, mjost@each.ch

Michael Mutzner, porte-parole RES, 079 938 84 28, m.mutzner@evangelique.ch

Le Réseau évangélique suisse (SEA-RES) est un mouvement qui regroupe environ 640 Eglises évangéliques et paroisses réformées en Suisse, 230 organisations chrétiennes ainsi que des membres individuels au sein de 83 sections locales. En Suisse alémanique, il apparaît sous le nom de Schweizerische Evangelische Allianz (SEA). Avec ses deux branches régionales, il représente quelque 250'000 chrétiens de conviction évangélique, dont un peu plus de 40'000 pour la Suisse romande. Au plan international, il est affilié à l'Alliance évangélique mondiale, qui représente quelque 600 millions de chrétiens avec ses 129 alliances nationales.

«Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist» (Gen 2,18)

13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle

Vernehmlassungsantwort

Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes

Der Rat des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung der Parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» und für die ihm eingeräumte Fristverlängerung.

Die Entwicklung des staatlichen Eherechts in der Schweiz ist aus der vor 500 Jahren einsetzenden engen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche hervorgegangen. Es trug zum Schutz, zur Förderung und Stärkung von Ehe und Familie bei und schuf damit ein tragfähiges Fundament für die gesellschaftliche Entwicklung. Das Rechtsinstitut der Ehe geniesst besonderen Schutz. Nach wie vor bestätigen viele Ehepaare ihre standesamtliche Heirat im Rahmen einer anschliessenden kirchlichen Trauung.

I. Gemeinsam mit den Mitgliedkirchen hat sich der Kirchenbund in der Vergangenheit intensiv gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und für die Anerkennung und den verlässlichen Schutz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften eingesetzt.

Der Rat des Kirchenbundes unterstützt alle gesetzgeberischen Massnahmen, die Einzelpersonen und Gruppen vor ungerechtfertigter Ungleichbehandlung, jeglicher Herabsetzung und Stigmatisierung schützen. Das geschieht im Bewusstsein, dass homosexuelle Menschen in Kirche und Gesellschaft lange Zeit Ablehnung und Ausgrenzung erlitten haben. Deshalb hat er sich intensiv für die Einführung der eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare engagiert.¹ Bereits viel eher haben Mitgliedkirchen Segnungsrituale für gleichgeschlechtliche Paare angeboten.

II. Die im Kirchenbund versammelten Mitgliedkirchen stimmen darin überein, dass sich in der Vielfalt sexueller Orientierungen die Fülle des göttlichen Schöpfungshandels widerspiegelt.

¹ Vgl. Institut für Sozialethik des SEK, Ehe und Familie für homosexuelle Paare? Rechtliche und ethische Aspekte. Studien und Berichte Nr. 49, Bern 1995; Isabelle Graesslé/Pierre Bühler/Christoph D. Müller, Unterwegs zu neuen Horizonten. Gleichgeschlechtlichkeit: Überlegungen und Gesprächsanstösse zu den Stellungnahmen der Evangelischen Kirchen der Schweiz, Bern 2001; Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Gleichgeschlechtliche Paare. Ethische Orientierung zum «Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare». SEK Position 3, 2., überarb. Aufl., Bern 2008.

Die göttliche Zusage auf ein Leben in Gemeinschaft (Gen 2,18) und Fülle (Joh 10,10) gilt ausnahmslos allen Geschöpfen. Entsprechend lautet die Botschaft des Rates, die sich die Abgeordneten an ihre Versammlung im Juni 2019 zu Eigen gemacht haben: «Wir sind von Gott gewollt, so wie wir geschaffen wurden. Unsere sexuelle Orientierung können wir uns nicht aussuchen. Wir nehmen sie als Ausdruck geschöpflicher Fülle wahr.»²

III. Die kirchliche Antwort auf die Frage nach der Ehe für alle erfolgt auf der Grundlage der biblisch-theologischen Verständnisse von Ehe und Trauung in der Abgeordnetenversammlung.

Die grundlegende und einvernehmlich positive Haltung zur Homosexualität im Entscheid der Abgeordnetenversammlung bildet die Basis für die weitere Diskussion zur Ehe für alle. Für den Rat muss die Entscheidungsfindung beim obersten Organ unserer Kirche, der Abgeordnetenversammlung, liegen. Viele Mitgliedkirchen treten für eine weitgehende oder vollständige Gleichbehandlung von hetero- und homosexuellen Paaren auf rechtlicher und kirchlicher Ebene ein. Andere Mitgliedkirchen befinden sich mitten im Klärungsprozess. Die rechtliche Frage nach der Ehe für alle und die liturgische Frage nach der Trauung für alle verlangt nach einer einmütigen Antwort der Kirchen, die den gesellschaftlichen Entwicklungen angemessen Rechnung trägt und die bestehenden theologischen und liturgischen Differenzen nicht einebnen. Der Urteilsbildungsprozess ist in der Abgeordnetenversammlung im Gang und wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Im Zentrum der kirchlichen Diskussion zur Ehe für alle stehen die Fragen 1. nach dem Umgang mit den biblischen Zeugnissen über Ehe, Familie und Sexualität; 2. nach dem Verhältnis zwischen der schöpfungstheologischen und heilsgeschichtlichen Sicht auf die Ehe; 3. nach dem in beiden Testamenten geforderten Eintreten und Schutz für bedrängte Minderheiten; 4. nach den Ehe- und Geschlechterverständnissen in der reformiert-reformatorischen Tradition; 5. nach dem Selbstverständnis lesbischer und schwuler Menschen in ihrer Kirche; 6. nach der Schuld und den Aufbrüchen der Kirche in ihren Urteilen über Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung; 7. nach dem biblisch-christlichen Segensverständnis; 8. nach der Wirklichkeit der kirchlichen Botschaft von der christlichen Freiheit; 9. nach den Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen des ökumenischen und interreligiösen Dialogs über die Ehe und schliesslich 10. nach der Verwirklichung der christlichen Gemeinschaft, zu der Jesus Christus die Menschen in seine Kirche berufen hat.

Die Perspektive der Kirchen ist nicht deckungsgleich mit der Sicht des Gesetzgebers. Beide stehen aber in einem Ergänzungsverhältnis. Denn ein verantwortliches Leben in Freiheit ist auf Orientierungsmassstäbe des Guten angewiesen, die das Recht nicht vorgeben kann.

Bern, den 7.7.2019

² Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Familie – Ehe – Partnerschaft – Sexualität aus evangelisch-reformierter Sicht, Motion der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen vom 19.–21. Juni 2016: Bericht und Antwort des Rates, Bern 25. April 2019, 4.



Verfasserin und Kontakt:

Christina Heer, lic. iur.

christina.heer@selbstbestimmung.ch

Tel.: 078 710 09 79

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Dübendorf, 21.06.2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Der Verein "selbstbestimmung.ch" (konstituiert gemäss Art. 60 ff. ZGB) bezweckt die Förderung der Menschenrechte, insbesondere von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten. Hierbei legt „selbstbestimmung.ch“ ein besonderes Augenmerk auf die praktische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK).

Selbstbestimmung.ch als ein Verein von Selbstvertreter*innen versteht Inklusion intersektional und setzt sich insbesondere auch für Akzeptanz und Sichtbarkeit von LGBTQIA+ betroffenen Menschen mit Behinderung ein, von welchen schätzungsweise 225'000 in der Schweiz leben. Deshalb nimmt „selbstbestimmung.ch“ seit 2016 aktiv als Organisation am Zurich-Pride Festival teil und berät deren Organisationskomitee seit 2018 in Sachen Zugänglichkeit und konnte dadurch schon einige Barrieren abbauen. Daher ist es für „selbstbestimmung.ch“ sehr wichtig und im Sinne ihres Zweckes sich für die „Ehe für alle“ einzusetzen.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt schon heute vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstößt eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei der Familiengestaltung nicht mehr dem zeitgemässen Verständnis des Rechts entspricht.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

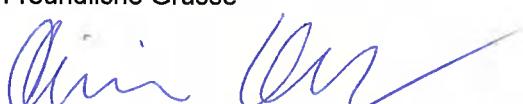
Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden muss.**

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Christina Heer

Co-Präsidentin des Vereins „selbstbestimmung.ch“

Fondation suisse pour la santé sexuelle et reproductive
Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit
Fondazione svizzera per la salute sessuale e riproduttiva
Swiss Foundation for Sexual and Reproductive Health

Rue St-Pierre 2 CP 1229 CH-1001 Lausanne
Tél. +41 21 661 22 33
Fax +41 21 661 22 34

Marktgasse 36 CH-3011 Bern
Tel. +41 31 311 44 08
Fax +41 31 311 42 57

CCP 10-29561-9

Kommission für Rechtsfragen des
Nationalrates

Eingereicht per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern/Lausanne, 20. Juni 2019

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum Gesetzesvorentwurf «Ehe für alle» / 13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL.

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zum Gesetzesvorentwurf betreffend «Ehe für alle» Stellung zu nehmen. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ist der Dachverband der Beratungsstellen, Fach-organisationen und Fachpersonen, die im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Sexualeinführung in der Schweiz tätig sind. Als akkreditiertes Mitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) engagiert sich SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz für die Promotion und Einhaltung der sexuellen Rechte. Diese sind konkretisierte Menschenrechte, die unter anderen auch das Recht auf Nichtdiskriminierung umfassen.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf leitet sich aber auch vom Gebot der Nichtdiskriminierung in Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung ab. Mit der Tatsache, dass gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz derzeit nicht heiraten dürfen, besteht hierzulande eine sogenannte institutionelle Diskriminierung, die abgeschafft werden muss.

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9: https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese basieren nicht sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse). Ein auf diese Weise erzwungenes Outing kann schwerwiegende persönliche Konsequenzen haben, die jedoch durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden können.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation äusserst unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es heute wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist das Adoptionsverfahren mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl während der teilweise sehr langen Wartezeit gefährdet. So muss bis zum Antrag der Stiefkindadoption ein 1-jährigem Pflegeverhältnis ab Geburt bestehen. Auch kann die Zeitdauer ab Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung sehr lange sein (bis zu 2.5 Jahre). Stirbt aber der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist. **Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.**

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit einer klaren Zustimmung von 62% angenommen. Auch wenn gesellschaftspolitischen Öffnungen in der Schweiz manchmal länger dauern – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte – ist die Zeit mehr als reif, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

In konservativ-christlichen Kreisen wird manchmal verlautet, dass die Bezeichnung «Ehe» für heterosexuelle Paare reserviert sein müsse. Die Verbindung zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen wird in der entsprechenden Argumentationskette als minderwertig dargestellt. Diese Haltung ist gestützt auf Artikel 8 der Schweizer Bundesverfassung abzuweisen. Demgegenüber wird durch die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare niemandem etwas weggenommen. Auch das Recht auf Ausübung des eigenen Glaubens wird durch die Gesetzesanpassung nicht eingeschränkt.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstößt folglich gegen die Verfassung. Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde. Die Nationale Ethikkommission hat bereits in ihrer Stellungnahme von 2013 die Auffassung vertreten, dass gleichgeschlechtliche Paare aus Gründen der Nichtdiskriminierung zur Fortpflanzungsmedizin zugelassen werden sollten.⁶

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁷ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. In Fachstudien gibt es einen Konsens darüber, dass sich fünf bis zehn Prozent der Menschen als homo- oder bisexuell bezeichnen – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.⁸

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁹ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte**

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf

⁷ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», *Comparative Political Studies*, S. 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁸ Bahr, Michael W. und Sherblom, Stephen A (2008): «Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation», in: *Journal of Educational and Psychological Consultation*, 18:1, S. 87.

⁹ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: *Journal of Psychiatric Research*, 46, S. 8.

Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.¹⁰

Begrüßt wird von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.¹¹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹² Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹³ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹⁴

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹⁵ Mit dem in der Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche notabene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschafts-vermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit

¹⁰ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

¹¹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

¹² Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

¹³ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/gbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹⁴ Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹⁵ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auf der Basis eines Berichts des Bundesamtes für Justiz vom Juli 2016 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates entschieden, dass die Öffnung der Ehe allein auf dem Gesetzesweg vollzogen werden kann. Unklar war zunächst, ob die Öffnung des Zugangs zur Samenspende eventuell einer Verfassungsänderung bedarf. Ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 zeigte auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁶ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten nimmt auch Stellung dazu, dass der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz in der weiter zurück liegenden Vergangenheit den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung. Das Gutachten verweist darauf, dass sich die frühere Haltung auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90er-Jahre stützten und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen. Sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor Repression – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Der heutige Ausschluss lesbischer Paare vom Zugang zur Samenspende ist sachlich nicht gerechtfertigt und deshalb diskriminierend.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁷ ermöglicht lesbischen Paaren den Zugang zur Samenspende und damit die originäre Elternschaft. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kindesverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge,

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

¹⁷ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwändige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaares vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils –, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» durch die Behörden wird als demütigend und als ungerechtfertigter Eingriff in die Privatsphäre empfunden. Im Kanton Zürich etwa werden zum Adoptionsgesuch 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann zum Beispiel eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein und im schlimmsten Fall zur Verweigerung der Adoption führen. Insgesamt stellt das Adoptionsverfahren eine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung direkt ab Geburt herstellen können.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, wenn dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor. Die Argumentation der Gegner des Zugangs zur Samenspende ist absolut haltlos.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorher-gehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁸

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁹ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer anderweitigen rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.²⁰ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung

¹⁸ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁹ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

²⁰ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef/affairId=20153431>

nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.²¹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²² Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüßen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin“ geändert werden, zum Beispiel in „Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²³ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

²¹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²² Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

²³ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²⁴ Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²⁵

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Eherechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermaßen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁶ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Eherecht – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Berger
Geschäftsleiterin
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
barbara.berger@sexuelle-gesundheit.ch



Susanne Rohner
Bereichsleiterin Advocacy
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch

²⁴ Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²⁵ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Ehegüterrecht», S. 22.

²⁶ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista-geschaef/;AffairId=20183690>



Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 6. Juni 2019

Ihr Kontakt: Andrea Weber-Käser, Geschäftsführerin SHV
E-Mail: a.weber@hebamme.ch

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur «Ehe für alle» Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Hebammenverband (SHV) ist der Berufsverband der Hebammen in der Schweiz. Mit der Gründung um 1894 ist er die älteste Berufsorganisation für Frauen. Er zählt 3200 Mitglieder und vertritt die Interessen aller angestellten und frei praktizierenden Hebammen. Wir begrüssen und unterstützen die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf.

Vorbemerkung

Die Bundesverfassung verbietet jegliche Form der Diskriminierung, namentlich auch Diskriminierung wegen der «Lebensform», worunter die sexuelle Orientierung fällt (Art. 8 Abs. 2 BV). Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 konnte bereits ein Schritt in Richtung gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare getan werden. Trotzdem ist und bleibt die Schweiz momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. So wurde in den Niederlanden die Ehe bereits 2001 für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Aus Sicht des SHV ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

Der SHV begrüßt deshalb das pragmatische Vorgehen zur Öffnung der Ehe für alle mittels der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen bzw. -anpassungen.

Zustimmung zum Zugang zur Samenspende für lesbische Paare (Variante)

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland. Die rechtliche Absicherung der Beziehungen der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht aber nicht gewährleistet. Mit dem gemäss Variante

vorgesehenen Zugang zur Samenspende und damit zur originären Elternschaft würde diese Rechtsunsicherheit behoben.

Der SHV befürwortet deshalb den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da Letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

Kommentar zu den in der Vorlage nicht berücksichtigten Punkten

Der SHV begrüßt das pragmatische Vorgehen mit dem Ziel, eine rasche Öffnung der Ehe für alle zu gewährleisten – mit Zugang zu allen Rechten. Es ist aber hinzunehmen, dass bestehende Ungleichbehandlungen, die an das Geschlecht der Eheleute anknüpfen bzw. die das Institut der eingetragenen Partnerschaft von der Ehe unterscheiden, vorerst noch bestehen bleiben und erst in nachfolgenden Revisionen an die Hand genommen werden.

Zugang zur Fortpflanzungsmedizin und die Frage nach der Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Es ist deshalb gerechtfertigt, die Frage nach der Leihmutterchaft von der Frage nach der Ehe für alle zu trennen. Denn im Gegensatz zur Samenspende ist diese grundsätzlich, also auch für gemischtgeschlechtliche Ehepaare, verboten.

Umgekehrt lässt es sich sachlich und rechtlich, wie das Gutachten von Prof. Andreas Ziegler überzeugend darlegt, aber nicht rechtfertigen, Frauenpaaren den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl diese verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offensteht.

Männerpaare auf der anderen Seite können aus biologischen Gründen kein eigenes Kind resp. nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen; die Leihmutterchaft wiederum ist in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten.

Der SHV fordert daher die Öffnung der Ehe inkl. Zugang zu allen fortpflanzungsmedizinischen Verfahren, die auch verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offenstehen.

Hinterlassenenrenten

Ebenfalls keine Anpassungen werden in der Vorlage betreffend die Hinterlassenenrente vorgeschlagen, das heißt eine Gleichstellung von Witwen- und Witwern, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen für eine Rentenleistung unterstehen. Der SHV unterstützt zwar die Abschaffung der zivilstandsabhängigen Witwen- und Witwerrenten und begrüßt stattdessen eine Erhöhung der Hinterlassenenrenten an Elternteile mit Kindern. Die Angleichung der Renten von Witwern und Witwen resp. die Abschaffung der zivilstandsabhängigen Renten hat jedoch nicht im Zuge der Vorlage «Ehe für alle» zu erfolgen, sondern soll Bestandteil einer nächsten Altersreform sein, da diese grundsätzliche, die gesamte Gesellschaft betreffende Fragen aufwirft.

Geschlechterneutrale Sprache

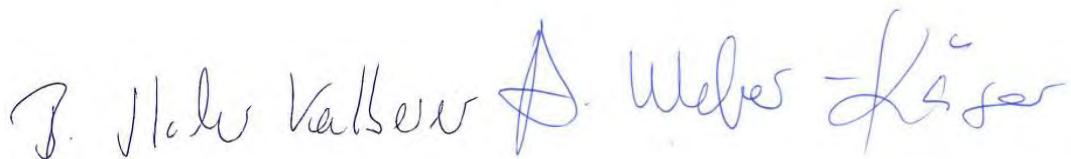
Schliesslich möchten wir noch betonen, dass für uns der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Eherechts in geschlechtergerechter Sprache angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen und den damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen der Vorlage nachvollziehbar ist. Der SHV unterstützt deshalb das vorgeschlagene Vorgehen, wünscht sich aber, dass die Überarbeitung in naher Zukunft an

die Hand genommen wird. Dabei sei auch auf das Postulat Flach ([18.3690](#), vom 15. Juni 2018; im Rat noch nicht behandelt) verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen. Im Zuge dessen ist eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrerecht – unumgänglich.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und wie dargelegt beantragen, dass die volle Öffnung der Ehe, d.h. inkl. Zugang zu den fortppflanzungsmedizinischen Verfahren, die auch verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offenstehen (Samenspende), eingeführt wird.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Barbara Stocker Kalberer
Präsidentin SHV

Andrea Weber-Käser
Geschäftsführerin SHV

POLITISCHE STELLUNGNAHMEN ■ POSITIONS POLITIQUES ■ POLITICAL STATEMENTS

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 12. April 2019 / HW / JK

Pa. Iv. Fraktion GL. Ehe für alle: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG die Gelegenheit geben, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Ehe für alle zu äussern.

Als Dachverband der israelitischen Gemeinden der Schweiz bezwecken wir die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Juden in der Schweiz und führen unsere Aktivitäten im Einklang mit der jüdischen Tradition durch.

Nach jüdischer Lehre kann eine Eheschliessung nur zwischen zwei Personen verschiedenen Geschlechts abgeschlossen werden. Jede andere Praxis steht im Widerspruch zu dieser Denkweise. Der SIG kann deshalb die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen nicht kommentieren.

Nichtsdestoweniger betrachten und akzeptieren wir die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als Ausdruck der Tatsache, dass persönliche Freiheit und individuelle Autonomie in einem weltlichen Wertesystem und für das einzelne Individuum einen anderen Stellenwert einnehmen als in einem religiös orientierten ethischen System.

Freundliche Grüsse

SIG, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund



Dr. Herbert Winter
Präsident



Sabine Simkhovitch-Dreyfus
Vizepräsidentin



Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Luzern, 11. Juni 2019

Vernehmlassung zur *Ehe für alle* (parlamentarische Initiative 13.468)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu dieser Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Katholische Frauenbund SKF ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 130'000 Frauen in der Schweiz. Wir setzen uns für die Verbesserung der Situation der Frauen in Kirche, Staat und Gesellschaft ein. Grundlegende Beurteilungsmassstäbe sind für uns die Würde der Frau, die soziale Verantwortung und der gesellschaftliche Zusammenhalt ganz im Sinne unseres Leitbildes.

1. Grundsätzliches

Der Verbandsvorstand des SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund spricht sich klar für die Ehe für alle aus. Zudem begrüssen wir die Variante zur Kernvorlage, wodurch der Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare geöffnet wird.

Der Verbandsvorstand des SKF spricht sich seit 2002 öffentlich für eine Öffnung der zivilen und kirchlichen Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare aus. Für uns steht die Verbindlichkeit einer Beziehung im Zentrum. Daher befürworten wir es, wenn sowohl verschieden- als auch gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit haben, ihrer Beziehung einen gesetzlichen Rahmen zu geben, wenn sie das möchten. Weiter begrüssen wir auch andere Formen gesetzlich geregelter Verbindlichkeit, wie die bisherige eingetragene Partnerschaft für alle.

Die Schweiz ist eines der wenigen westeuropäischen Länder, das die Ehe gleichgeschlechtliche Paare nicht erlaubt.



2. Ziel der *Ehe für alle*

Das Ziel der *Ehe für alle* ist es, die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren aufzuheben. Denn diese Ungleichbehandlung ist nicht sachlich begründbar und daher aufgrund des Gebots der Gleichbehandlung und des Verbots der Diskriminierung nicht zulässig.

Dem Argument aus konservativ-christlichen Kreisen, wonach die zivile sowie die kirchliche Ehe exklusiv für heterosexuelle Paare sein sollen, können wir nichts abgewinnen. Hinter dieser Behauptung gegen die *Ehe für alle* steht oftmals ein Bild der Ehe, nämlich einer Ehe als Verbindung zweier Menschen, die biologisch dazu befähigt sind, Kinder zu zeugen und dies auch tun wollen. Dies entspricht dem Verständnis von Ehe der katholischen Kirche, wonach eine Ehe annulliert werden kann, wenn eine der zwei Personen unfruchtbar ist. Doch gibt es auch eine andere christliche Sicht auf die zivile und kirchliche Ehe, welche wir teilen - das Verständnis der Ehe als Ausdruck einer verantwortungsvollen Liebe zweier Erwachsener, unabhängig ihrer Geschlechter.

An dieser Stelle möchten wir betonen, dass wir die bereits geltende Bedingung einer geschlossenen zivilen Ehe für die Schliessung einer religiösen Ehe sehr befürworten, da dadurch auch religiöse Ehen an die Ehevoraussetzungen des ZGB gebunden sind.

3. Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Der Verbandsvorstand des SKF stellt das Kindwohl ins Zentrum und spricht sich daher dafür aus, dass die Kindsbeziehungen rechtlich abgesichert sind. Daher sollen alle Paare, gleich- wie verschiedengeschlechtlich, Zugang zum Stiefkind- sowie zum Voll-Adoptionsverfahren haben. Wichtig ist uns auch hier, dass das Paar die Rechte und Pflichten gegenüber dem Kind rechtlich abgesichert hat. Für diese Öffnung des Zugangs zu Adoptionsverfahren sprachen wir uns bereits 2002 und in unserer Stellungnahme im März 2014 zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches aus.

4. Zugang zur Reproduktionsmedizin

Wir begrüssen die Variante, die den Zugang zum fortpflanzungsmedizinischen Verfahren der Insemination mit gespendeten Samenzellen für weibliche Ehepaare durch eine Änderung im ZGB ermöglicht.

Wir teilen daher nicht die Einschätzung der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats, wonach eine Öffnung des Zugangs zur Samenspende für miteinander verheiratete Frauen zu einer Ungleichbehandlung zwischen weiblichen und männlichen gleichgeschlechtlichen Ehepaaren führen würde. Denn das Verbot der Leihmutterschaft gilt für alle Paare in der Schweiz und besteht aufgrund von Bedenken gegenüber der Leihmutterschaft. Würde jedoch die in der Schweiz erlaubte Methode der Insemination mit gespendeten Samenzellen für bestimmte Ehepaare verboten sein, wäre dies klar eine Diskriminierung. Eine solche Diskriminierung könnte nur dann umgangen werden, wenn die Insemination mit gespendeten Samenzellen für alle Paare in der Schweiz verboten werden würde. Dies sehen wir jedoch nicht als wünschenswert an. Weiter möchten wir betonen, dass wir zwei Männer als genau gleich gute Eltern wie zwei Frauen ansehen.



Doch aufgrund grundsätzlicher Bedenken gegenüber der Leihmutterschaft sind wir weiterhin für ein Verbot der Leihmutterschaft in der Schweiz.

Auch der zweiten Befürchtung der Mehrheit dieser Kommission, wonach die Variante ein politisches Risiko für die Öffnung der Ehe als Ganzes darstellen könnte, stimmen wir nicht zu. Ein mögliches politisches Risiko sehen wir vielmehr in der Öffnung des Zugangs zur Adoption für gleichgeschlechtliche Paare. Da eine solche Öffnung jedoch Teil der Kernvorlage wie auch der Variante ist – was wir gutheissen, glauben wir nicht, dass die Variante ein grösseres politisches Risiko als die Kernvorlage darstellt.

5. Weitere Anpassungen

Wir begrüssen die automatische Erweiterung des Anwendungsbereichs aller weiteren Bestimmungen des Eherechts (Ehescheidung und Ehetrennung, Wirkungen der Ehe im Allgemeinen sowie Güterrecht) auf gleichgeschlechtliche Paare. Zudem stimmen wir der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe zu.

Wie eingangs erwähnt, steht für uns der Aspekt der Verbindlichkeit im Zentrum. Daher würden wir es begrüssen, wenn neben der Ehe für alle Paare weitere rechtliche Absicherungsformen für Paare ausgearbeitet werden würden, ähnlich dem französischen PACS.

Weiter befürworten wir die bereits 2016 im Nationalrat angenommene Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren, welche jedoch aufgrund der Umsetzung der Initiative (13.468) zur *Ehe für alle* sistiert wurde. Daher pflichten wir dem Entscheid der Kommission zu, bei der *Ehe für alle* auf eine Unterscheidungen zwischen gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren bezüglich Einbürgerungsverfahren zu verzichten.

Heute werden beim Tod einer Person in einer eingetragenen Partnerschaft die überlebende Person einem Witwer gleichgestellt. Jedoch gehen die Rechte von Witwer weniger weit als die von Witwen. Dies ist Gegenstand zweier parlamentarischer Vorstösse, jedoch nicht von dieser Vorlage. Daher stimmen wir dem Vorschlag der Kommission zu, wonach bei der Öffnung der *Ehe für alle* die Bestimmungen der Witwenrente auf alle Ehegattinnen Anwendung finden würden.

Wir können nachvollziehen, dass aufgrund des Umfangs auf die Änderungen des gesamten Eherechts in geschlechtergerechte Sprache verzichtet wurde. Der Leitfaden zum geschlechtergerechten Formulieren der Bundeskanzlei schreibt vor, dass bei Teilrevisionen von grösseren Kodexen die neuen Bestimmungen auf jeden Fall geschlechtergerecht formuliert werden sollen. Die Überprüfung der Bundeskanzlei ergab jedoch, dass nahezu jeder Artikel des Eherechts revidiert werden müsste und zudem aufgrund der Begriffe diese Änderungen teilweise sehr komplex wären. Daher wird zum jetzigen Zeitpunkt davon abgesehen, aber darauf verwiesen, dass eine solche Überarbeitung in einer separaten Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Dies begrüssen wir sehr, fordern aber eine zeitnahe Umsetzung dieser Forderung.



SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund

Aufgrund der oben ausgeführten Gründe sprechen wir uns für diese Vorlage inklusive der Variante aus. Der Verbandsvorstand des SKF dankt Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Simone Curau Aepli".

Simone Curau-Aepli
Präsidentin SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund

Bundesparlament – Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
Pirmin Schwander,
Kommissionspräsident

Per Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 21. Juni 2019

Vorentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (nachfolgend: die Kommission) eröffnete am 14. März 2019 das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf «Ehe für alle».

Der von der Kommission ausgearbeitete Vorentwurf sieht die Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts per Gesetzesänderung vor. Damit sollen bestehende Bestimmungen, die sich auf den Bestand einer Ehe beziehen, künftig auch auf gleichgeschlechtliche Ehen Anwendung finden. Als Konsequenz sollen keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr begründet werden können, wobei eingetragene Partnerinnen und Partner ihre Beziehung vereinfacht in eine Ehe umwandeln können. Als Variante zur Kernvorlage wird zusätzlich eine Änderung der Bestimmungen über die Entstehung des Kindesverhältnisses im Zivilgesetzbuch in die Vernehmlassung geschickt, mit welcher der Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare geöffnet werden soll.

Die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG), der Zusammenschluss der öffentlichen Gleichstellungsstellen des Bundes, der Kantone und Städte, nimmt gerne die Gelegenheit wahr, zum oben genannten Vorentwurf Stellung zu nehmen.

1. Einleitung

Seit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft in der Schweiz im Jahr 2007 haben zwei Personen gleichen Geschlechts die Möglichkeit, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die

eingetragene Partnerschaft wird beim Zivilstandamt beurkundet und stellt eine Lebensgemeinschaft mit **eheähnlichen** gegenseitigen Rechten und Pflichten dar.

Zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft bestehen jedoch **gewichtige Differenzen**, so gibt es beispielsweise unter anderem unterschiedliche Regelungen beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende. Diese Ungleichbehandlung stützt sich nicht auf sachliche Gründe, sondern ist lediglich auf das anlässlich der Einführung der eingetragenen Partnerschaft immer noch vorherrschende traditionelle Verständnis von Ehe und Familie zurückzuführen. Dazu kommt, dass der entsprechende Zivilstand für die eingetragenen Partnerinnen und Partner als **stigmatisierend** empfunden werden kann, da diese bei Bekanntgabe ihres Zivilstandes (z. B. für Arbeits- oder Mietverhältnisse) gleichzeitig Auskunft über ihre sexuelle Orientierung geben müssen. Dies wird einerseits als Eingriff in die Intimsphäre wahrgenommen, und kann andererseits problematische Folgen haben, insbesondere in denjenigen Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe gestellt ist. Schliesslich stellt diese Ungleichbehandlung für **gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch** eine sehr unbefriedigende Situation dar, denn für diese gibt es derzeit keine Möglichkeit in der Schweiz, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Das 2018 eingeführte Stiefkindadoptionsverfahren ist kostenintensiv und schwerfällig und sieht eine zum Teil sehr lange Wartezeit vor.

Derzeit ist die Schweiz eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen.¹ Auch weltweit findet ein entsprechender **Wertewandel** statt: So hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte in San José de Costa Rica entschieden, dass die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare anerkannt werden muss.² In Taiwan wurde am 17. Mai 2019 die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert.³

Am 5. Dezember 2013 reichte die Grünliberale Fraktion die Parlamentarische Initiative 13.468 ein, welche die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare forderte. Der überfälligen Umsetzung dieser Forderung mit vorliegenden Vorentwurf gingen über **fünfjährige Arbeiten der Kommission** voraus. Die Zustimmung in der Bevölkerung zur «Ehe für alle» ist in dieser Zeit stetig gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 die eingetragene

¹ Vgl. für eine Übersicht: <https://www.nzz.ch/international/europa/wo-in-europa-die-gleichgeschlechtliche-ehe-erlaubt-ist-Id.1303058>.

² Das bahnbrechende Urteil ist bindend für die zwanzig Staaten in der Region, welche sich der Jurisdiktion des Gerichtshofs unterstellt haben. Fünf von ihnen haben die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bereits eingeführt, nämlich Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Uruguay und ein Teil der Gliedstaaten Mexikos. Vgl. <https://www.nzz.ch/international/durchbruch-fuer-die-homo-ehe-in-lateinamerika-Id.1346482>.

³ <https://www.nzz.ch/international/taiwan-gleichgeschlechtliche-ehe-beschlossen-Id.1482544>.

Partnerschaft mit einer deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde. So befürworteten bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 71% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Zudem unterstützten Vertreterinnen und Vertreter aller grösseren Parteien mehrheitlich eine Öffnung der Ehe.⁴ Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die «Ehe für alle» ablehnen.⁵

Dieser massive gesellschaftliche internationale aber auch nationale Wandel zugunsten der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, abgebildet durch die stetig steigende Zustimmung in der Bevölkerung, zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht rechtmässig und nicht mehr zeitgemäss ist und deshalb offensichtlich gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

2. Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Die SKG unterstützt grundsätzlich die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Kommission ausgearbeiteten Vorentwurf, da er die Beseitigung vieler derzeit bestehender Ungleichheiten zwischen eingetragenen Paaren und Ehepaaren zur Folge hat. Die SKG begrüßt die im Vorentwurf vorgesehenen Regelungen zum Schicksal bzw. Umwandlung der eingetragenen Partnerschaften, zu Angleichungen an die Ehe in Bezug auf den ordentlichen Güterstand, den Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption, Einbürgerungen und das Internationale Privatrecht. Die SKG begrüßt ebenfalls die in der Vorlage vorgesehene Gleichstellung von Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen mit Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen.

Zudem dient die Einführung der «Ehe für alle» nicht nur dem überfälligen gesetzgeberischen Nachvollzug des gesellschaftlichen Wandels, sondern sie hat auch relevante **gesellschaftliche Auswirkungen**: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der «Ehe für alle» ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet. Demnach fördert die «Ehe für alle» die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5 und 10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

⁴ Vgl. <https://gfs-zh.ch/mehrheit-fuer-oeffnung-der-ehe-fuer-homosexuelle-paare/>.

⁵ Vgl. https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf.

Die SKG begrüßt des Weiteren in Hinblick auf die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren und ihr Recht auf Familie (vgl. Ausführungen unten in 3 und 4) insbesondere den **automatischen Zugang zum Adoptionsverfahren** von verheirateten gleichgeschlechtlichen Partnern, da sie fortan auch als Ehepaare gelten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass derzeit gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können, zumal alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der «Ehe für alle» hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, die die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist auch aus rechtlichen Gründen zwingend notwendig. So hat die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) für die Adoption bereits in seinem Urteil vom 22. Januar 2008⁶ festgehalten, dass wenn diese unverheirateten Paaren und sogar Einzelpersonen grundsätzlich zusteht, sich eine Ausnahme für Paare ausschliesslich aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit nicht rechtfertigen lasse, da **das Kindeswohl nicht grundsätzlich von der Verschiedengeschlechtlichkeit der betreuenden Personen abhängt**. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft.⁷

Vorbehaltlos befürwortet die SKG aber nur die vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der «Ehe für alle». Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Diskriminierungsverbotes (Art. 8 Abs. 2 BV) nach Ansicht der SKG nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, die bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht.

Nach Ansicht der SKG ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.⁸

3. Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot in Verbindung mit dem Recht auf Ehe und Familie

Gemäss Artikel 14 der Bundesverfassung ("BV") ist das Recht auf Ehe und Familie gewährleistet. Ebenso ist gemäss der Bundesverfassung eine Diskriminierung wegen der

⁶ Vgl. EGMR-Entscheid *E.B. c. Frankreich* vom 22. Januar 2008, Beschwerde Nr. 43546/02.

⁷ Vgl. für eine ausführliche Darlegung des entsprechenden internationalen Forschungsstandes: YV E. NAY, *Eine kritische Zusammenschau der Forschung zu 'Regenbogenfamilien'*, Stand Mai 2018, Universität Basel, einsehbar unter: <http://www.regenbogenfamilien.ch/download/3490/> und ANDREA BÜCHLER / SANDRO CLAUSEN, *Fortpflanzungsmedizin und Kindeswohl! Kindeswohl und Fortpflanzungsmedizin?*, FamPra.ch 2014, S. 231 - 273, S. 252 ff.

⁸ Vgl. zum gesellschaftlichen Wandel und Erkenntnis der Überfälligkeit der vollständigen Gleichstellung: <https://www.nzz.ch/schweiz/ehe-fuer-alle-wer-die-ehe-staerken-will-oeffnet-sie-fuer-alle-id.1460040>.

«Lebensform» unzulässig (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen.

Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren beim Grundrecht auf Ehe und Familie ist folglich verfassungswidrig. Eine Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wo an den **Bestand einer Ehe angeknüpft** wird.

Der vollständigen Gleichstellung entspricht folglich nur der Vorentwurf mit Variante «Zugang zur Samenspende». So hat auch die Mehrheit der Nationalen Ethikkommission bereits im November 2013⁹ empfohlen, die Spermien spende für gleichgeschlechtliche Paare zuzulassen, da sie die derzeitigen Einschränkungen als **diskriminierend** erachtete.

4. Vollständige Gleichstellung nur durch Einbezug der Variante mit Zugang zur Samenspende und Einführung originäre Elternschaft

4.1. Ausgangslage

Gleichgeschlechtliche Elternschaft ist auch in der Schweiz schon längst gelebte Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.¹⁰

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern einlassen oder – aus Angst vor dem

⁹ Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin, Die medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Ethische Überlegungen und Vorschläge für die Zukunft. Stellungnahme Nr. 22/2013, Bern, November 2013. Abrufbar unter:

https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf, S. 57.

¹⁰ Vgl. FN 8 oben.

“illegalen” Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung bei Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht hingegen ungenügend. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Ehepaare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz.

Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts¹¹ rechtfertigt indes keinen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage. Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft für weibliche Ehepaare erfolgt die mit der «Ehe für alle» angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts steht dies nicht im Wege.

4.2 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und die Bundesverwaltung bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom 19. Januar 2019¹², dass dem nicht so ist. Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, die zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt zu Recht zum Schluss, dass die heutigen Diskriminierungen vollumfänglich auf den Gesetzgebungsverfahren basieren und sie könnten bzw. müssten – entsprechend den geänderten Ansichten und Wertvorstellungen des Parlamentes und der Bevölkerung – auch auf dieser Stufe – ohne Verfassungsänderung – angepasst werden.

¹¹ 13.468 Parlamentarische Initiative «Ehe für alle» - Vorentwurf und erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 14. Februar 2019, 5.3 Weitere Fragen zum Abstammungsrecht, S. 25 f.

¹² Vgl. für eine formal überarbeitete Fassung dieses Kurzgutachtens, ANDREAS R. ZIEGLER, «Ehe für alle» und Fortpflanzungsmedizin in der Schweiz, in: Jusletter 8. April 2019.

4.3 Anknüpfungspunkt «Ehe» bzw. originäre Elternschaft für den Zugang zur Samenspende

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung – Änderung der Regeln über die Entstehung des Kindesverhältnisses im ZGB¹³ (vgl. Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB) – ermöglicht weiblichen Ehepaaren den Zugang zur Samenspende.

Mittels Einführung der originären Elternschaft (Elternschaft ab Geburt) der Ehefrau der gebärenden Mutter ist die Voraussetzung von Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe a des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)¹⁴ erfüllt, wonach Fortpflanzungsverfahren nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne der Artikel 252 – 263 begründet werden kann. Originäre Elternschaft bedeutet, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwändige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. So stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaares vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils.¹⁵

Die «Ehe für alle» hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des **derzeit für Ehepaare geltenden Rechts**. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht. Dafür spricht auch die im oben erwähnten EGMR-Urteil *E.B. c. Frankreich* erläuterte Begründung für die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare. Weitergedacht auf den Kontext des Zugangs zur Fortpflanzungsmedizin bedeutet dies, dass ein genereller Ausschluss von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mit dem Recht auf Familienleben vereinbar ist, sondern klar gegen das verfassungs- und menschenrechtliche Diskriminierungsverbot verstößt. **Männerpaare** jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht zur Diskussion. Im Folgenden wird diese Frage

¹³ Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB), SR 210.

¹⁴ Bundesgesetz vom 18. Dezember 1998 über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG), SR 810.11.

¹⁵ Vgl. Ausführungen oben in Ziffer 1.

deshalb nicht weiter vertieft, da die Rechts- und Interessenlage durch den intensiven Einbezug einer Drittperson (Leih- oder Ersatzmutter¹⁶) anders ist als bei der blossen Öffnung des Zugangs zu gespendeten Samen für lesbische Paare. Grundsätzlich spricht sich die SKG aber für die Diskussion und Klärung der ethischen und rechtlichen Grundlagen im Zusammenhang mit dem Zugang auch von Männerpaaren zur Fortpflanzungsmedizin aus – im Sinne der möglichst zeitgemässen Ausgestaltung eines Rechts auf Familienleben. So war die Mehrheit der Nationalen Ethikkommission in ihrer *Stellungnahme*¹⁷ vom November 2013 grundsätzlich der Ansicht, dass die Leihmutterchaft zugelassen werden könne.¹⁸

Abschliessend befürwortet die SKG klar den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

5 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen nachvollziehbar, stellt nach Ansicht der SKG aber auch eine verpasste Chance dar.

¹⁶ In ESTHER AMSTUTZ / THOMAS GÄCHTER, *Zugang zur Fortpflanzungsmedizin*, in: Jusletter 31. Januar 2011, Rz. 47, wird die Ansicht vertreten, dass Leihmutterchaft nur bei einer Eispende oder einem Embryonentransfer vorliegt, nicht aber bei der Insemination mit dem Sperma eines der Partner. In diesem Fall spreche man von Ersatzmutterchaft. Daraus folgt, dass das Zugangsverbot für Männerpaare nicht, wie die Botschaft ausführt, aus Art. 119 Abs. 2 lit. d BV hervorgeht, wonach alle Arten von Leihmutterchaften untersagt werden.

¹⁷ Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin, *Die medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Ethische Überlegungen und Vorschläge für die Zukunft. Stellungnahme Nr. 22/2013*, Bern, November 2013. Abrufbar unter:

https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf.

¹⁸ Die Mehrheit der NEK ist der Ansicht, dass die Leihmutterchaft grundsätzlich zugelassen werden kann. Sie äussert jedoch Zweifel, ob es angesichts der Gefahren im Zusammenhang mit der Kommerzialisierung dieser Praxis möglich ist, annehmbare Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen allen beteiligten Personen ein angemessener Schutz gewährleistet werden kann. Eine Minderheit möchte, dass die Leihmutterchaft im Gesetz zugelassen wird. Sie ist überzeugt, dass die Umsetzung keine grösseren Schwierigkeiten bereiten wird. Eine andere Minderheit stellt sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Leihmutterchaft.

Die SKG unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen nur insofern die Überarbeitung in naher Zukunft angegangen wird. Diesbezüglich sei auch auf das Postulat Flach¹⁹ verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.

Zusammenfassend begrüßt die SKG den Vorentwurf zur «Ehe für alle» und beantragt, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen danken wir Ihnen im Voraus.

Freundliche Grüsse

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten

Die Präsidentin:



Anja Derungs

¹⁹ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>.

Parlement – Conseil national
Commission des affaires juridiques
Pirmin Schwander, président

Par courriel:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zurich, le 21 juin 2019

Avant-projet « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national - Consultation

Monsieur le Président,
Mesdames, Messieurs,

Le 14 mars 2019, la Commission des affaires juridiques du Conseil national (ci-après : la Commission) a ouvert la procédure de consultation sur l'avant-projet « Mariage civil pour tous ».

L'avant-projet élaboré par la Commission prévoit de modifier la loi pour ouvrir le mariage civil aux personnes de même sexe. Ainsi, les dispositions relatives à l'existence d'un mariage doivent pouvoir s'appliquer aux unions de même sexe. En conséquence, il ne sera plus possible de conclure de nouveaux partenariats. Les membres des partenariats enregistrés pourront choisir de convertir cet état en mariage civil par une procédure simplifiée. Dans une variante du projet central, il est proposé une modification des dispositions du code civil sur l'établissement du lien de filiation portant sur l'accès à la procréation médicalement assistée avec don de sperme pour les couples de femmes.

La Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité (CSDE), qui regroupe les services et bureaux officiels chargés de la promotion de l'égalité au niveau de la Confédération, des cantons et des villes, saisit l'occasion de prendre position sur cet avant-projet.

1. Introduction

Introduit en Suisse en 2007, le partenariat enregistré permet à deux personnes de même sexe d'obtenir la reconnaissance de leur relation sur le plan juridique. Il est authentifié à l'état civil

et représente une communauté de vie comportant des droits et des obligations assimilables au mariage.

Des différences considérables existent toutefois entre le mariage civil et le partenariat enregistré, par exemple en matière d'acquisition de la nationalité, d'assurances sociales ou d'accès au don de sperme. Cette inégalité de traitement est uniquement imputable à la compréhension traditionnelle du mariage et de la famille qui dominait lors de l'introduction du partenariat enregistré et ne repose sur aucune raison objective. En outre, les partenaires peuvent ressentir leur état civil comme stigmatisant puisque la nécessité d'indiquer celui-ci pour conclure une relation de travail ou de bail donne une information sur leur orientation sexuelle. Cette situation est perçue d'une part comme une ingérence dans la sphère privée et peut engendrer d'autre part des conséquences problématiques, notamment dans les pays où l'homosexualité tombe sous le coup de la loi pénale. Enfin, cette inégalité de traitement entraîne une situation extrêmement insatisfaisante pour les couples de même sexe qui ont un désir d'enfant, ou qui en ont déjà, car, à l'heure actuelle, ils n'ont aucune possibilité d'établir en Suisse un lien de filiation conjoint dès la naissance. L'adoption de l'enfant du partenaire introduite en 2018 est une procédure coûteuse et lourde et prévoit notamment un délai d'attente très long.

A l'heure actuelle, la Suisse est un des derniers pays de l'Europe de l'Ouest qui refuse le mariage des couples de même sexe. Les Pays-Bas l'ont ouvert en 2001 déjà alors que l'Allemagne et l'Autriche l'ont introduit respectivement en 2018 et en 2019. Même la très catholique Irlande a accepté le mariage pour tous lors d'une votation populaire en 2015, avec une nette majorité de 62 %.¹ On assiste à une mutation des valeurs sur le plan mondial également: ainsi, la Cour interaméricaine des droits de l'homme de San José de Costa Rica a décrété que le mariage des couples de même sexe doit être reconnu.² Le mariage entre personnes de même sexe a été légalisé à Taiwan le 17 mai dernier.³

Le 5 décembre 2013, le groupe vert libéral a déposé l'initiative parlementaire 13.468 qui demandait l'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe. La Commission est finalement parvenue à mettre en œuvre cette demande via le présent avant-projet après plus de cinq ans de travaux. Le consentement de la population au mariage pour tous n'a cessé de croître dans l'intervalle, après l'acceptation du partenariat enregistré en 2005 par une nette majorité de 58 % des voix. Ainsi, en avril 2016, lors d'un sondage représentatif de gfs.Zürich,

¹ Pour une vue d'ensemble, cf. <https://www.nzz.ch/international/europa/wo-in-europa-die-gleichgeschlechtliche-ehe-erlaubt-ist-ld.1303058>

² Cet arrêt novateur est contraignant pour les vingt États de la région qui se sont soumis à la juridiction de la Cour. Cinq d'entre eux ont déjà introduit le mariage pour les couples de même sexe, à savoir l'Argentine, le Brésil, la Colombie, l'Uruguay et une partie des États membres du Mexique. Cf. <https://www.nzz.ch/international/durchbruch-fuer-die-homo-ehe-in-lateinamerika-ld.1346482>

³ <https://www.nzz.ch/international/taiwan-gleichgeschlechtliche-ehe-beschlossen-ld.1482544>.

71 % des personnes sondées ont approuvé l'ouverture du mariage aux couples de même sexe. En outre, les représentant·e·s de tous les grands partis soutenaient pour la plupart une ouverture du mariage⁴. Un sondage représentatif de Tamedia a aussi montré en décembre 2017 que 24 % de la population seulement rejette le mariage pour tous.⁵

Suite au consentement croissant de la population, cette profonde mutation sociale, autant nationale qu'internationale, en faveur de l'ouverture du mariage civil démontre nettement qu'une discrimination des couples de même sexe n'est pas conforme au droit et n'est plus de notre temps. C'est pourquoi il y a manifestement une nécessité d'agir sur le plan législatif.

2. Remarques générales sur l'avant-projet

La CSDE soutient en principe l'initiative parlementaire sur le mariage civil pour tous et l'avant-projet élaboré par la Commission car ce dernier élimine de nombreuses inégalités existant encore entre partenaires enregistrés et couples mariés. La CSDE salue les dispositions sur la fin ou la conversion des partenariats enregistrés, sur les rapprochements à l'égard du mariage dans les questions de régime matrimonial légal ordinaire, d'accès à l'adoption conjointe, de naturalisation et de droit international privé. La CSDE approuve l'égalité des veuves des mariages entre personnes de même sexe avec les veuves des mariages hétérosexuels.

Selon une étude effectuée en 2018, l'introduction du mariage civil pour tous, en plus de rattraper le retard pris sur la réalité des formes de couple et de famille d'aujourd'hui, transmet un message important à l'ensemble de la société. Le mariage pour tous encourage l'acceptation des personnes lesbiennes, homosexuelles et bisexuelles (LGB) dans la société. Au contraire, en les caractérisant comme un groupe à part, les réglementations spéciales comme le partenariat enregistré entraînent une certaine stigmatisation. L'ouverture du mariage civil renforce les représentations positives à propos des personnes LGB et par conséquent produit un effet positif sur un très grand nombre de personnes en Suisse. En effet, selon diverses études, la Suisse compte entre 5 et 10 % de personnes homosexuelles, lesbiennes ou bisexuelles, ce qui correspond à plusieurs centaines de milliers de personnes.

Par conséquent, dans la perspective de l'égalité et de leur droit à la famille (cf. explications sous ch. 3 et 4), la CSDE approuve en particulier l'accès automatique, par le mariage, des couples de même sexe à la procédure d'adoption puisque dorénavant ils sont aussi considérés comme mariés. Il est incompréhensible que l'adoption conjointe leur soit aujourd'hui refusée alors que cette procédure est ouverte aux personnes seules. L'adoption conjointe dans le cadre du mariage civil pour tous a fait ses preuves dans tous les pays européens qui l'ont

⁴ Cf. <https://gfs-zh.ch/mehrheit-fuer-oeffnung-der-ehe-fuer-homosexuelle-paare/>

⁵ Cf.

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

introduite durant ces 20 dernières années. Attendue depuis longtemps, elle répond à une nécessité juridique impérieuse. Ainsi, la Grande Chambre de la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) a décrété dans un jugement du 22 janvier 2008⁶ déjà, que si l'adoption est en principe admise pour les couples non mariés et même pour les personnes seules, une exception basée exclusivement sur l'appartenance sexuelle des couples ne se justifie pas, puisque le bien de l'enfant ne dépend en principe pas de l'hétérosexualité des personnes qui prennent soin de lui. Selon diverses études, les enfants de familles arc-en-ciel ne subissent aucun préjudice, ni dans leur développement personnel ni dans la société.⁷

La CSDE approuve sans réserve l'égalité complète avec la mise en œuvre globale du mariage civil pour tous. Il ne se justifie pas d'exclure certains domaines comme l'accès au don de sperme, au vu de l'interdiction de discrimination (art. 8, al. 2, Cst. féd.). Par conséquent, il convient d'adapter toutes les dispositions qui entraînent une discrimination directe ou indirecte des couples de même sexe pour parvenir à une situation comparable. Le projet central à lui seul ne satisfait pas ces exigences.

D'après la CSDE, il est donc essentiel de mettre en œuvre la variante avec accès au don de sperme pour réaliser l'égalité visée et prendre en considération les graves problèmes existants.⁸

3. L'interdiction constitutionnelle de la discrimination en relation avec le droit au mariage et à la famille

Selon l'art. 14 de la Constitution fédérale (Cst. féd.), le droit au mariage et à la famille est garanti. De même, une discrimination en raison de la forme de vie est anticonstitutionnelle (art. 8, al. 2, Cst. féd.). Sciemment utilisée dans la Constitution et reprise telle quelle dans les textes de loi et la doctrine dominante, l'expression « forme de vie » indique avant tout l'orientation sexuelle d'après la volonté parlementaire.

Par conséquent, une inégalité de traitement affectant les couples de même sexe dans leur droit fondamental au mariage et à la famille est contraire à la Constitution. Toutefois, seule la conclusion du mariage civil, avec tous les droits et devoirs qui en découlent pour les couples

⁶ Cf. Arrêt CEDH E. B. c. France du 22 janvier 2008, recours n° 43546/02.

⁷ Cf. pour une présentation exhaustive de l'état de la recherche sur le plan international : Yv E. NAY, *Eine kritische Zusammenschau der Forschung zu „Regenbogenfamilien“*, état Mai 2018, Universität Basel, à lire sous : <http://www.regenbogenfamilien.ch/download/3490/> et ANDREA BÜCHLER / SANDRO CLAUSEN, *Fortpflanzungsmedizin und Kindeswohl! Kindeswohl und Fortpflanzungsmedizin?*, FamPra.ch 2014, S. 231 - 273, S. 252 ff.

⁸ Cf. à propos de l'évolution sociale et du constat du retard en matière d'égalité complète : <https://www.nzz.ch/schweiz/ehe-fuer-alle-wer-die-ehe-staerken-will-oeffnet-sie-fuer-alle-ld.1460040>

hétérosexuels, permet d'atteindre l'égalité. L'égalité dans tous les domaines du droit qui prévoient une référence au mariage en fait partie.

Dès lors, seul l'avant-projet avec la variante accès au don de sperme garantit l'égalité complète. Considérant les restrictions actuelles comme discriminantes, la majorité de la Commission nationale d'éthique a recommandé en novembre 2013⁹ déjà d'admettre le don de sperme pour les couples de même sexe.

4. Variante accès au don de sperme et introduction de la parentalité originaire : la seule voie vers l'égalité complète

4.1. Contexte

La parentalité homosexuelle est depuis longtemps une réalité en Suisse également : selon des estimations, entre 6'000 et 30'000 enfants vivent aujourd'hui dans des familles arc-en-ciel. De nombreuses études parviennent au résultat selon lequel les enfants de parents de même sexe se développent tout aussi bien que ceux qui ont des parents de sexe différent. D'après les résultats des recherches, le bien de l'enfant dépend de la qualité des relations et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants.¹⁰

Le don de sperme est aujourd'hui la méthode la plus fréquemment utilisée par les couples de femmes pour fonder une famille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse recourent à la possibilité de concevoir des enfants via un don de sperme à l'étranger. Non seulement elles s'exposent à des risques sanitaires et juridiques inutiles, mais elles sont également contraintes de se soumettre à des procédures longues et chères. Souvent, les risques sanitaires sont liés à des offres douteuses de dons de sperme ou à un recours insuffisant aux soins médicaux par crainte de « l'illégalité » de la démarche. Le don de sperme est donc un élément essentiel de la fondation d'une famille pour les couples de femmes. Mais la protection juridique des enfants et des familles est insuffisante selon le droit en vigueur. En revanche, les couples hétérosexuels obtiennent en Suisse toutes les prestations nécessaires à l'insémination artificielle, en toute sécurité et à un prix abordable.

⁹ Commission nationale d'éthique pour la médecine humaine, la procréation médicalement assistée. Considérations éthiques et propositions pour l'avenir. Prise de position n° 22/2013, Berne, novembre 2013. Téléchargeable sous :

https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf, p. 53.

¹⁰ Cf. note de bas de page 8 ci-dessus.

La nécessité évoquée dans le rapport explicatif d'un examen général du droit suisse de la filiation¹¹ ne justifie par conséquent aucun ajournement de la réglementation dans le contexte du présent projet. L'accès pour les couples de femmes au don de sperme et à la parentalité originaire tel que la variante le propose, réalise pleinement l'égalité avec les couples hétérosexuels visée par le mariage pour tous. Il ne s'oppose en aucune manière à une refonte ultérieure du droit de la filiation.

4.2 Une modification législative suffit à ouvrir l'accès au don de sperme

Bien que le Conseil fédéral et l'administration fédérale considèrent que l'accès au don de sperme nécessite une modification de la Constitution, un rapport d'expertise du professeur Andreas R. Ziegler, de l'Université de Lausanne du 19 janvier 2019,¹² n'est pas de cet avis. La définition de la notion de stérilité qui fait foi est celle qui est inscrite comme condition dans la Constitution pour l'admission au don de sperme. Selon le rapport, les couples stériles pour une cause certes non médicale mais pour une raison de constellation sont considérés comme stériles au sens de la Constitution. Par conséquent, la notion est également applicable aux couples homosexuels. Selon ce rapport, la position de l'Office fédéral de la justice et du Conseil fédéral repose sur des représentations sociales traditionnelles héritées du début des années 90 et que cette interprétation est aujourd'hui dépassée. D'après la doctrine dominante, la Constitution ne permet pas de déduire l'exclusion des couples de même sexe de l'accès à la procréation médicalement assistée .

Le rapport d'expertise Ziegler conclut avec raison que les discriminations actuelles se basent bien sur les procédures législatives et qu'elles pourraient et devraient être adaptées également à cet échelon sans modification de la Constitution, conformément à l'évolution des points de vue et des valeurs du Parlement et de la population.

¹¹ 13.468 Initiative parlementaire « Mariage civil pour tous » - Avant-projet et rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019, 5.3 Autres questions sur le droit de la filiation, p. 23.

¹² Cf. pour une version formellement remaniée de ce bref rapport d'expertise, ANDREAS R. ZIEGLER, «*Ehe für alle* » und *Fortpflanzungsmedizin in der Schweiz*, in : Jusletter 8. April 2019.

4.3 Référence au mariage civil ou à la parentalité originale pour l'accès au don de sperme

La modification législative proposée comme variante, soit la modification des règles du CC sur l'établissement du lien de filiation¹³ (cf. art. 252, al. 2, et 259a AP-CC) permet l'accès au don de sperme pour les couples de femmes.

L'introduction de la parentalité originale (parentalité dès la naissance) de la conjointe de la mère biologique permet de remplir la condition de l'art. 3, al. 2, let. a, de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (LPMA)¹⁴ selon laquelle la procréation médicalement assistée est réservée aux couples à l'égard desquels un lien de filiation peut être établi au sens des art. 252-263 CC. Elle signifie que les couples mariés de même sexe sont les parents juridiques conjoints de leur enfant dès sa naissance. Cette notion est d'une importance essentielle pour la protection de l'enfant car des droits élémentaires comme le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations des assurances sociales, le droit des successions et les impôts sont liés à l'établissement d'un lien de filiation. Elle place le bien de l'enfant au centre des préoccupations puisqu'il est protégé dès sa naissance par deux parents juridiques. La parentalité juridique conjointe dès la naissance permet à la mère non biologique d'échapper aux lenteurs et aux sévères conditions de l'adoption de l'enfant de la conjointe. Comme le montre la pratique, la procédure d'adoption ne constitue pas une alternative satisfaisante. Ainsi, les conditions sévères et le long délai entre la naissance et l'adoption représentent un risque pour l'enfant et les parents, par exemple en cas de séparation du couple parental ou de mort du parent juridique avant l'adoption.¹⁵

Le mariage pour tous vise l'égalité des couples homosexuels et hétérosexuels, et ce dans le cadre du droit en vigueur pour les couples mariés. C'est pourquoi, aucune raison matérielle ne justifie de refuser le don de sperme aux couples de femmes, alors que celui-ci est ouvert aux couples hétérosexuels. La motivation pour l'adoption par des couples de même sexe de l'arrêt de la CEDH E.B. contre France, cité ci-dessus, s'exprime aussi dans ce sens. Par extrapolation, cela signifie qu'une exclusion générale des couples homosexuels de l'accès à la procréation médicalement assistée enfreint clairement l'interdiction de discrimination découlant de la Constitution et des droits fondamentaux et qu'elle n'est pas compatible avec le droit à la vie familiale. Cependant, pour des raisons biologiques, les couples d'hommes ne peuvent aujourd'hui concevoir un enfant qu'en passant par une maternité de substitution. Comme cette dernière est interdite en Suisse, à savoir pour tous les couples, homosexuels et hétérosexuels, elle ne fait pas l'objet de la présente discussion. C'est pourquoi, nous n'approfondirons pas cette question ici. En outre, l'implication très étroite d'une tierce

¹³ Code civil suisse du 10 décembre 1907 (CC), RS 210.

¹⁴ Loi fédérale du 18 décembre 1998 sur la procréation médicalement assistée (LPMA), RS 810.11.

¹⁵ Cf. explications ci-dessus sous ch. 1.

personne, c.-à-d. la mère porteuse ou de substitution¹⁶, pose la question des droits et des intérêts en présence bien différemment que pour le simple accès au don de sperme des couples lesbiens. Mais sur le principe, la CSDE souhaite une discussion sur l'analyse des bases éthiques et juridiques ouvrant l'accès à la procréation médicalement assistée pour les couples d'hommes également, afin d'aménager le droit à la vie familiale dans l'esprit du temps. Ainsi, la majorité de la Commission nationale d'éthique était d'avis dans sa prise de position de novembre 2013¹⁷ que la maternité de substitution peut en principe être admise.¹⁸

Pour conclure, la CSDE approuve l'avant-projet de loi avec la variante aux art. 252, al. 2, et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC contient, par analogie à la présomption de paternité de l'art. 255 CC, une présomption de parentalité de la conjointe de même sexe et assure simultanément l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière n'étant autorisée qu'aux parents à l'égard desquels un lien de filiation peut être établi. Ainsi, cette variante garantit d'une part l'accès au don de sperme et permet d'autre part la parentalité originale.

5 Langage épicène

Renoncer à adapter le droit du mariage dans le sens d'une formulation épicène est compréhensible vu le volume des adaptations nécessaires mais représente une opportunité manquée de l'avis de la CSDE.

La CSDE ne soutient la procédure proposée que pour autant que les travaux commencent dans un proche avenir. A ce propos, elle renvoie au postulat Flach¹⁹ qui demande d'écartier les réglementations qui se réfèrent sans raison au sexe.

¹⁶ De l'avis d'ESTHER AMSTUTZ / THOMAS GÄCHTER, *Zugang zur Fortpflanzungsmedizin*, in : Jusletter 31. Januar 2011, n.m. 47, la maternité de substitution n'a lieu que lors du don d'ovule ou d'un transfert d'embryon et non lors de l'insémination avec le sperme du partenaire. Selon les auteurs, on parle dans ce dernier cas d'une maternité par mère porteuse. Il en résulte que l'interdiction d'accès pour les couples d'hommes ne découle pas, comme l'explique le message, de l'art. 119, al. 2, let. d, Cst. féd., qui interdit tous les genres de maternité de substitution.

¹⁷ Commission nationale d'éthique pour la médecine humaine, la procréation médicalement assistée. Considérations éthiques et propositions pour l'avenir. Prise de position n° 22/2013, Berne, novembre 2013. Téléchargeable sous :

https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf.

¹⁸ La majorité de la CNE est d'avis que la maternité de substitution peut en principe être admise. Mais pour elle, il n'est pas certain qu'au vu des risques de commercialisation de cette pratique le législateur puisse créer des conditions cadres acceptables à même de garantir une protection appropriée à toutes les parties prenantes. Une minorité aimerait voir la maternité de substitution autorisée sur plan légal. Elle est convaincue que la mise en œuvre ne posera pas de difficulté majeure. Une autre minorité prend position contre la maternité de substitution pour des raisons de principe.

¹⁹ Postulat Flach (18.3690) : « Supprimer en droit toute référence au sexe, pour assurer l'égalité de tous devant la loi » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690>.

En résumé, la CSDE approuve l'avant-projet de mariage pour tous et demande d'inclure la variante avec accès au don de sperme.

En vous remerciant d'avance de tenir compte de ce qui précède, nous vous adressons, Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures.

Au nom de la Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité

La présidente :



Anja Derungs

Baden, 21. Juni 2019

Per E-Mail
Sekretariat der Kommission für Rechtsfragen
Parlamentsdienste
Parlamentsgebäude 3003 Bern
rk.caj@parl.admin.ch

Vernehmlassung zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative 13.468 Ehe für alle

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

1. Grundsätzliche Bemerkungen

1.1 Allgemeine Würdigung

Die Partner*innen-Liste der SP Aargau, queer*feministisch!, unterstützt die vorgeschlagene Umsetzung dieser Parlamentarischen Initiative, wie die SP Schweiz. Insbesondere möchten wir unterstreichen, dass der Zugang der Samenspende für verheiratete Frauen von zentraler Bedeutung für eine vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist (siehe mehr dazu unter Ziff. 2.1).

1.1 Zur Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst heute, fast sechs Jahre später, liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der

Stimmenden angenommen wurde. Umso mehr ist es für die Partner*innen-Liste queer*feministisch! wichtig, dass der vorliegende Gesetzesentwurf in Kommissionen und Ratsplenen von National- und Ständerat möglichst rasch verabschiedet wird.

Bei einer repräsentativen Umfrage von GFS Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (ja: 40%, eher ja: 29%). Eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen. Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es u.a. Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende. Diese basieren auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend zu erkennen geben müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam rechtliche Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden.

Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, einjährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl sich dabei im Meisten um das gemeinsame Wunschkind handelt. Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich rasch zu öffnen.

1.2 Der Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren ist folglich verfassungswidrig. Auch der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist. Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist. Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet. Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Sonderlösungen wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus. Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

2 Kommentar zu den wichtigsten Bestimmungen

2.1 Variante mit Zugang zur Samenspende

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme

unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird. Die Partner*innen-Liste queer*feministisch! begrüßt dabei insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei. Entsprechend unterstützen wird die Position der Mehrheit der Rechtskommission. Auch den Einstchluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in den letzten fast 20 Jahren eingeführt und bewährt.

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland. Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von weiblichen Paaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht aberungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, sodie Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes hingegen unerheblich.

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien aber massivungenügend. Die im Erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht. Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Die Partner*innen-Liste queer*feministisch! befürwortet klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a E-ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a E-ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 E-ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

Unserer Auffassung nach genügt für den Zugang zur Samenspende eine Gesetzesänderung: Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist. Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Bundesverfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 1990-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortgeschlechtlicher Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann. Das Gutachten Ziegler kommt nun zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Dadurch ist die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat,

gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare eine Familie gründen. Sie ist daher von zentraler Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur möglichen unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunschauch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern im Internet einlassen oder – aus Angst vor dem "illegalen" Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht rechtfertigt. Zur originären Elternschaft: Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heisst, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres gemeinsam geplanten Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass diese seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die anspruchsvolle «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einnischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können. Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute beider Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kinderverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

Zur Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren: Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offensteht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterschaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterschaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich- als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterschaft sowie von weiteren fortplanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Bundesverfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist ein haltloses Argument.

2.2 Schicksal/Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Die Partner*innen-Liste queer*feministisch! begrüßt es, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist außerdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in einer eingetragenen Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf vorgeschlagen wird. Störend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird. Da viele Paare bereits beider Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS,

weiterverfolgt werden sollen. Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitig rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

2.3 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist. Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Ehepaare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe. Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe. Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist. Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

2.4 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da der Heiratetegleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente unter Ziff. 2.1 oben stehend auch in diesem Punkt.

2.5 Einbürgerung

Die Partner*innen-Liste queer*feministisch! begrüßt es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

2.6 Hinterlassenenrente

Im Erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden. Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage. Es ist folgerichtig und zu begrüßen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird. Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilständer nicht im Rahmen der Ehe für alle Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

2.7 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüßen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare. Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein/e Partner/in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll.

Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Bearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

PARTNER*INNEN-LISTE QUEER*FEMINISTISCH!

J. Conrad

Julia Conrad-Wassmer
Freienwil

S. Göbelbecker

Sandra-Anne Göbelbecker
Baden

SP Frauen* Aargau
queer*feministisch!
Bachstr. 43
5001 Aarau



Walter Sibyll BJ

Von: Severin Meier <severin.meier@gmail.com>
Gesendet: Donnerstag, 6. Juni 2019 15:36
An: Gianinazzi Debora BJ
Cc: info@spschweiz.ch; Roman Rossfeld
Betreff: STN SP Zürich 6 Stellungnahme der SP Zürich 6
Anlagen: Stellungname SP Zu"rich 6.pdf

Sehr geehrte Frau Gianinazzi

Im Namen der Sektion Zürich 6 der Sozialdemokratischen Partei schicke ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Gesetzesentwurf "Ehe für alle" der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen,
Severin Meier

Co-Präsident SP Zürich 6

Geht an:
Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats

SP Zürich 6
Sonneggstr. 64
8006 Zürich

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Sektion der SP Schweiz ergreifen wir die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare zwar möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist.

Nur so wird die rechtliche Gleichstellung von Frauenpaaren mit heterosexuellen Paaren erreicht. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Ganz besonders für Männerpaare bringt der Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption einen grossen Fortschritt, schafft die Vorlage doch für sie eine Möglichkeit, Kinder zu haben, bei denen ab Adoption zu beiden Vätern ein Kindesverhältnis besteht.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wir begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse im Namen der SP6,



Roman Rossfeld
Co-Präsident SP Zürich 6



Severin Meier
Co-Präsident SP Zürich 6

Von: [Marius Beerli](#)
An: [Gianinazzi Debora BJ](#)
Cc: [Maja Münstermann](#)
Betreff: STN SSV Städteverband 21.06.2019 VNL Ehe für alle
Datum: Freitag, 21. Juni 2019 13:04:26
Anlagen: [Stellungnahme_SSV.docx](#)
[Stellungnahme_SSV.pdf](#)
[Zürich.docx](#)
[Zürich.pdf](#)

Sehr geehrte Frau Gianinazzi

Gerne lasse ich ihnen die beiliegende Stellungnahme des Schweizerischen Städteverband zur «Ehe für alle» zukommen. Zudem senden wir Ihnen die in den Beilagen erwähnte Stellungnahme der Stadt Zürich zu, die spezifische Argumente enthält.

Ich wäre froh, wenn Sie mir den Eingang kurz bestätigen könnten.

Besten Dank und freundliche Grüsse
Marius Beerli

Marius Beerli
Leiter Gesellschaftspolitik

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8, Postfach
3001 Bern

T: 031 356 32 38
Zentrale: 031 356 32 32
F: 031 356 32 33
marius.beerli@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch
[@staedteverband](https://twitter.com/staedteverband)

Der Städteverband – die Stimme der urbanen Schweiz

Fast drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt in Städten und städtischen Gemeinden. Der [Schweizerische Städteverband](#) setzt sich für die Anliegen dieser urbanen Schweiz ein – um unser Land insgesamt voranzubringen.

Nationalrat,
Kommission für Rechtsfragen

Per Mail:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 21. Juni 2019

**13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur «Ehe für alle» Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Die Vorlage der Kommission für Rechtsfragen sieht die Öffnung der Ehe für Personen des gleichen Geschlechts vor, indem die eherechtlichen Bestimmungen im Zivilgesetzbuch (ZGB) geschlechtsneutral formuliert werden. Bestehende eingetragene Partnerschaften sollen in Zukunft auf eine einfache Weise in eine Ehe umgewandelt werden können.

Das Geschäft ist in zwei Teile gegliedert: Eine Kernvorlage und eine Zusatzvariante. Die Kernvorlage beinhaltet die notwendigen Elemente zur Öffnung der Ehe im Zivilrecht. Die Variante ergänzt diese mit dem Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare. Der Städteverband stimmt beiden Teilen (Kernvorlage und Zusatzvariante) der neuen «Ehe für alle» zu. Nachfolgend unsere Argumentation.

Einschätzung zur Kernvorlage

Der Städteverband unterstützt die in der Kernvorlage vorgesehenen Anpassungen im Zivilrecht, die eine «Ehe für alle» ermöglichen. Die Schweiz ist derzeit eines der wenigen Länder Westeuropas, welches die Ehe für gleichgeschlechtlichen Paare noch nicht geöffnet hat. In den Niederlanden wurde die Ehe bereits 2001 geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Der Zeitpunkt für eine «Ehe für alle» ist deshalb eindeutig gekommen - verschiedene Gruppierungen setzen sich bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten dafür ein.

In der Schweiz wurde im Jahr 1996 die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85 000 Unterschriften eingereicht. Die gesellschaftliche Akzeptanz hat seither stetig zugenommen. Eine repräsentative Untersuchung von GFS Zürich zeigte 2015, dass die Basis sämtlicher grossen Parteien die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare unterstützt.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu bedenken, dass die Einführung der «Ehe für alle» nicht nur dem überfälligen gesetzgeberischen Nachvollzug des gesellschaftlichen Wandels dient, sondern auch gesellschaftliche Auswirkungen hat. So konnte belegt werden, dass die Einführung der «Ehe für alle» dazu beiträgt, dass die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in einer Gesellschaft zunimmt. Konstrukte wie die eingetragene Partnerschaft führen dagegen zu einer Stigmatisierung. Verschiedene Studien kommen zum Ergebnis, dass sich in westlichen Gesellschaften 5 – 10 % der Bevölkerung als schwul, lesbisch oder bisexuell bezeichnen. Dies entspricht mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz. All diese Menschen und auch deren Angehörige werden davon profitieren, wenn sich die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen mit der Öffnung der Ehe in der Schweiz weiter verbessert.

Positiv hervorgehoben wird seitens unserer Mitglieder, dass gleichgeschlechtliche Ehepartner künftig einen automatischen Zugang zum Adoptionsverfahren haben, damit wird ein Leitentscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte EGMR umgesetzt.

Einschätzung zur Zusatzvariante

Die Städte, die nicht nur zur Kernvorlage, sondern auch zur Zusatzvariante eine Einschätzung abgeben, befürworten diese. Der Schweizerische Städteverband unterstützt deshalb den von der Kommission ausgearbeiteten Vorentwurf, der die komplette Beseitigung bestehender Ungleichheiten zwischen eingetragenen Paaren und Ehepaaren bezieht. Ein Ausschluss einzelner Bereiche wie der Zugang zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung) nicht rechtfertigen. Es müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, die bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. Der Städteverband befürwortet deshalb den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zur Kernvorlage, die den Zugang zum fortppflanzungsmedizinischen Verfahren mit gespendeten Samenzellen für weibliche Ehepaare und die Einführung der originären Elternschaft der Ehefrau der gebärenden Mutter ermöglicht.

Unsere Mitglieder fordern zudem, in diesem Kontext auch die Frage der Leihmutterchaft vertieft zu prüfen. Diese ist nicht Bestandteil der hier diskutierten Vorlage, eine komplette Gleichstellung der männlichen homosexuellen Paare würde aber nur durch sie ermöglicht.

Die Stadt Zürich nimmt in ihrer Stellungnahme auch eine Einschätzung zur Notwendigkeit einer Verfassungsänderung für den Zugang zur Samenspende vor und gelangt mit dem Verweis auf entsprechende Gutachten zur Beurteilung, dass eine Gesetzesänderung ausreichend ist. Wir leiten Ihnen die Stellungnahme der Stadt Zürich im Anhang weiter. (Beilage, S. 6)

Konkrete Anliegen

In der Gesetzespassage zu den Abklärungen betreffend einer früheren Ehe oder eingetragenen Partnerschaft ist aus unserer Sicht eine Umstellung im Text sinnvoll. Die Auflösung der Ehe/Partnerschaft sollte vor der Ungültigkeitserklärung genannt werden, weil erstere wesentlich häufiger vorkommt. Der entsprechende Satz in Art. 96 VE-ZGB hiesse somit neu:

«Wer eine Ehe eingehen will, hat den Nachweis zu erbringen, dass eine frühere Ehe oder eingetragene Partnerschaft aufgelöst oder für ungültig erklärt worden ist.»

Seitens unserer Mitglieder wird betont, dass die Kernvorlage aus zivilstandsrechtlicher Sicht hauptsächlich Vereinfachungen mit sich bringt, weil die Begrifflichkeiten vereinheitlicht werden. Allerdings stellt das Umwandlungsverfahren für die Zivilstandsämter zumindest in der Übergangsphase einen neuen Geschäftsfall dar. Die Gebührenfrage ist deshalb zu klären. Vorgeschlagen wird eine Erhöhung der vorgesehenen Gebühren von 30 auf 75 Franken, weil es sich um eine Beurkundung handelt. Allerdings ist bei der Festlegung der Gebühren umsichtig vorzugehen, weil sich die meisten Personen in einer registrierten Partnerschaft wohl für eine «Ehe» entschieden hätten, wenn diese Option bereits bestanden hätte. Die Umwandlung wird insofern als administrative (und evtl. finanzielle) Belastung wahrgenommen.

Gleichzeitig wird von Seiten der Zivilstandsämter darauf hingewiesen, dass die Dokumentationspflicht der Antragsteller bei den Umwandlungen minimiert werden kann, weil die entsprechenden Informationen bereits in den Informatiksystemen der Ämter zu finden sind.

Anträge

Wir beantragen folgende Elemente genauer zu prüfen:

► **Gebührenhöhe für die Umwandlungen**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident



Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin



Renate Amstutz

Beilage Stellungnahme der Stadt Zürich

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Schweizerischer Städteverband
Frau Renate Amstutz
Direktorin
Monbijoustr. 8
3001 Bern

Zürich, 12. Juni 2019

Vorentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Amstutz

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (nachfolgend: die Kommission) eröffnete am 14. März 2019 das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf «Ehe für alle». Mit Schreiben vom 1. April 2019 lud der Schweizerische Städteverband die Stadt Zürich ein, zum erwähnten Vorentwurf Stellung zu nehmen.

Die Stadt Zürich bedankt sich für die Gelegenheit, an der Vernehmlassung teilzunehmen und nimmt zur titelerwähnten Vorlage wie folgt Stellung.

1 Ausgangslage

Seit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft in der Schweiz im Jahr 2007 haben zwei Personen gleichen Geschlechts die Möglichkeit, ihre Beziehung rechtlich abzusichern. Die eingetragene Partnerschaft wird beim Zivilstandamt beurkundet und stellt eine Lebensgemeinschaft mit **eheähnlichen** gegenseitigen Rechten und Pflichten dar.

Zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft bestehen jedoch **gewichtige Differenzen**, so gibt es beispielsweise unter anderem unterschiedliche Regelungen beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende. Diese Ungleichbehandlung stützt sich nicht auf sachliche Gründe, sondern ist lediglich auf das anlässlich der Einführung der eingetragenen Partnerschaft immer noch vorherrschende traditionelle Verständnis von Ehe und Familie zurückzuführen. Dazu kommt, dass der entsprechende Zivilstand für die eingetragenen Partnerinnen und Partner als **stigmatisierend** empfunden werden kann, da diese bei Bekanntgabe ihres Zivilstandes (z.B. für Arbeits- oder Mietverhältnisse) gleichzeitig Auskunft über ihre sexuelle Orientierung geben müssen. Dies wird einerseits als Eingriff in die Intimsphäre wahrgenommen, und kann andererseits problematische Folgen haben, insbesondere in denjenigen Ländern, in denen Homosexualität unter Strafe gestellt ist. Schliesslich stellt diese Ungleichbehandlung für **gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch** eine sehr unbefriedigende Situation dar, denn für diese gibt es derzeit keine

Möglichkeit in der Schweiz, ab Geburt gemeinsam ein Kindesverhältnis zu begründen. Das 2018 eingeführte Stieflkindadoptionsverfahren ist kostenintensiv und schwerfällig und sieht eine zum Teil sehr lange Wartezeit vor.

Derzeit ist die Schweiz eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen. Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen.¹

Am 5. Dezember 2013 reichte die Grünliberale Fraktion die parlamentarische Initiative 13.468 ein, welche die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare forderte. Der überfälligen Umsetzung dieser Forderung mit vorliegenden Vorentwurf gingen über **fünfjährige Arbeiten** der Kommission voraus. Die Zustimmung in der Bevölkerung zur «Ehe für alle» ist in dieser Zeit stetig gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 die eingetragene Partnerschaft mit einer deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde. So befürworteten bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 71% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Zudem unterstützten Vertreterinnen und Vertreter aller grösseren Parteien mehrheitlich eine Öffnung der Ehe.² Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³

Dieser **gesellschaftliche Wandel zugunsten** der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, abgebildet durch die stetig steigende Zustimmung in der Bevölkerung, zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht recht- und nunmehr auch nicht mehr zeitgemäß ist und deshalb offensichtlich gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

2 Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

Die Stadt Zürich **unterstützt grundsätzlich** die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Kommission ausgearbeiteten Vorentwurf, da er die Beseitigung vieler derzeit bestehender Ungleichheiten zwischen eingetragenen Paaren und Ehepaaren zur Folge hat.

¹ Vgl. für eine Übersicht: <https://www.nzz.ch/international/europa/wo-in-europa-die-gleichgeschlechtliche-ehe-erlaubt-ist-1303058>.

² Vgl. <https://gfs-zh.ch/mehrheit-fuer-oeffnung-der-ehe-fuer-homosexuelle-paare/>.

³Vgl.https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf.

So sind die im Vorentwurf vorgesehen Regelungen zu eingetragenen Partnerschaften, zu An-
gleichungen an die Ehe in Bezug auf den ordentlichen Güterstand, zum Zugang zur gemein-
schaftlichen Adoption, zu Einbürgerungen und zum Internationalen Privatrecht sehr begrüs-
senswert.

Betreffend Art. 96 VE-ZGB⁴ zu einer **früheren Ehe oder eingetragene Partnerschaft** bean-
tragt die Stadt Zürich lediglich eine Umformulierung, namentlich das Voranstellen der Auflö-
sung dieser vor deren Ungültigkeitserklärung, da Ehen oder eingetragene Partnerschaften nur
sehr selten für ungültig erklärt werden; viel öfter werden sie aufgelöst. Es sei deshalb der Satz
wie folgt umzuformulieren: "Wer eine Ehe eingehen will, hat den Nachweis zu erbringen, dass
eine frühere Ehe oder eingetragene Partnerschaft *aufgelöst oder für ungültig erklärt worden*
ist."

Der Absatz 1 von Art. 35 VE-PartG⁵ zur **Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft** fin-
det von der Stadt Zürich die uneingeschränkte Zustimmung. Betreffend Absatz 2 ist anzumer-
ken, dass bestehende eingetragene Partnerschaften im Personenstandregister (Infostar) be-
urkundet und für jedes Zivilstandamt in der Schweiz ersichtlich sind. Es erübrigt sich daher,
dies mittels Dokumenten zusätzlich zu belegen. Zu Absatz 3 ist zu bemerken, dass bei den
Ausführungsbestimmungen auf einfache, schlanke Verfahren zu achten ist, sowohl für die Be-
troffenen, als auch für die Zivilstandsämter. Die Abgabe der Erklärung sollte wie heute ohne
Zeremonie und ohne Ja-Wort durchgeführt werden können. Wird von den Partnerinnen bzw.
Partnern eine Zeremonie gewünscht, wird diese gegen Entrichtung der ordentlichen Trauge-
bühr durch das Zivilstandamt durchgeführt. Die Gebühr für verlangte «Umwandlungs-Doku-
mente» sollte der Gebühr der Trauungs- bzw. Partnerschaftsurkunde entsprechen. Für die
Umwandlung sollte kein Ehevorbereitungsverfahren notwendig sein. Die Gebühr für die Um-
wandlung sollte daher jener anderer Erklärungen (Anerkennung, Namen) entsprechen. Bis zur
Einführung der «Ehe für alle» dürften in der Stadt Zürich etwa 1'500 eingetragene Paare woh-
nen. Die Stadt Zürich gibt zu bedenken, dass eine gewünschte Umwandlung all dieser Paare
zu einer Erhöhung der Arbeitslast um zusätzliche 30 - 40 Stellenprozente oder mehr führen
wird.

⁴ Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB), SR 210.

⁵ Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)
vom 18. Juni 2004, SR 211.231.

Wie im erläuternden Bericht⁶ ausgeführt, werden bei der **Hinterlassenenrente** keine Anpassungen vorgenommen, weshalb eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage ist. Die Stadt Zürich begrüßt die Gleichstellung von Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen mit Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt.

Die Stadt Zürich begrüßt des Weiteren den **automatischen Zugang zum Adoptionsverfahren** von verheirateten gleichgeschlechtlichen Paaren, da sie fortan auch als Ehepaare gelten (vgl. Ausführungen unten in 3 und 4). Es ist nicht nachvollziehbar, dass derzeit gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können, zumal alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist auch aus rechtlichen Gründen zwingend notwendig. So wurde auch schon vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in seinem Entscheid *E.B. c. Frankreich* vom 22. Januar 2008 (Nr. 43546/02 – Grosse Kammer) für die Adoption in Frankreich festgehalten, dass wenn sie unverheirateten Paaren und sogar Einzelpersonen grundsätzlich zusteht, sich eine Ausnahme für Paare ausschliesslich aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit nicht rechtfertigen lasse, da das **Kindeswohl** nicht grundsätzlich von der **Verschiedengeschlechtlichkeit der betreuenden Personen abhängt**. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft.⁷

Vorbehaltlos befürwortet die Stadt Zürich aber nur die vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung einer «Ehe für alle», d.h. den Vorentwurf mit Variante «Zugang zur Samenspende» (vgl. Ausführungen unten in 3 und 4).

3 Das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot in Verbindung mit dem Recht auf Ehe und Familie

⁶ 13.468 Parlamentarische Initiative «Ehe für alle» - Vorentwurf und erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 14. Februar 2019, 3.2.2 Hinterlassenenrenten, S. 13 f., 5.1 Gleichstellung bei Hinterlassenenrenten, S. 24 f.

⁷ Vgl. für eine ausführliche Darlegung des entsprechenden internationalen Forschungsstandes: Yv E. NAY, *Eine kritische Zusammenschau der Forschung zu 'Regenbogenfamilien'*, Stand Mai 2018, Universität Basel, einsehbar unter: <http://www.regenbogenfamilien.ch/download/3490/> und ANDREA BÜCHLER / SANDRO CLAUSEN, *Fortpflanzungsmedizin und Kindeswohl! Kindeswohl und Fortpflanzungsmedizin?*, FamPra.ch 2014, S. 231 - 273, S. 252 ff.

Gemäss Artikel 14 der Bundesverfassung (BV) ist das Recht auf Ehe und Familie gewährleistet. Ebenso ist gemäss der Bundesverfassung eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» unzulässig (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen.

Eine sachlich nicht gerechtfertigte **Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren beim Grundrecht auf Ehe und Familie verstösst folglich gegen die Verfassung**. Die Gleichstellung wird nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, wie sie auch für verschiedengeschlechtliche Paare gelten. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wo an den Bestand einer Ehe angeknüpft wird. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, die bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht.

Der vollständigen Gleichstellung entspricht folglich nur der Vorentwurf mit Variante «Zugang zur Samenspende». So hat auch die Mehrheit der Nationalen Ethikkommission bereits im November 2013⁸ empfohlen, die Spermien spende für gleichgeschlechtliche Paare zuzulassen, da sie die derzeitigen Einschränkungen als diskriminierend erachtete.

4 Vollständige Gleichstellung nur durch Einbezug der Variante mit Zugang zur Samenspende und Einführung originäre Elternschaft

4.1. Ausgangslage

Gleichgeschlechtliche Elternschaft ist auch in der Schweiz schon längst gelebte Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Zahlreiche aktuelle Studien gelangen zum Ergebnis, dass sich Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes nicht massgebend.⁹

⁸ Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin, Die medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Ethische Überlegungen und Vorschläge für die Zukunft. Stellungnahme Nr. 22/2013, Bern, November 2013. Abrufbar unter: https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf, S. 57.

⁹ Vgl. FN 8 oben.

4.2 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung gemäss Kurzgutachten Ziegler

Auch wenn der Bundesrat und die Bundesverwaltung bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Kurzgutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom 19. Januar 2019, dass dem nicht so ist.¹⁰ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, die zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortpflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt zu Recht zum Schluss, dass die heutigen Diskriminierungen vollumfänglich auf den Gesetzungsgebungsverfahren basieren und sie könnten bzw. müssten – entsprechend den geänderten Ansichten und Wertvorstellungen des Parlamentes und der Bevölkerung – auch auf dieser Stufe – ohne Verfassungsänderung – angepasst werden.

4.3 Anknüpfungspunkt «Ehe» bzw. originäre Elternschaft für den Zugang zur Samenspende

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung – Änderung der Regeln über die Entstehung des Kindesverhältnisses im ZGB (vgl. Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB) – ermöglicht weiblichen Ehepaaren den Zugang zur Samenspende.

Mittels Einführung der **originären Elternschaft (Elternschaft ab Geburt) der Ehefrau der gebärenden Mutter** ist die Voraussetzung von Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe a des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG)¹¹ erfüllt, wonach Fortpflanzungsverfahren nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne der Artikel 252 – 263 begründet werden kann. Originäre Elternschaft bedeutet, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental wichtig, denn mit der Begründung eines Kindesverhältnisses sind elementare

¹⁰ Vgl. für eine formal überarbeitete Fassung dieses Kurzgutachtens, ANDREAS R. ZIEGLER, «*Ehe für alle*» und *Fortpflanzungsmedizin in der Schweiz*, in: Jusletter 8. April 2019.

¹¹ Bundesgesetz vom 18. Dezember 1998 über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizingesetz, FMedG), SR 810.11.

Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht und Steuern. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an durch zwei rechtliche Elternteile abgesichert ist. Durch die gemeinsame rechtliche Elternschaft ab Geburt entfällt die zeitaufwändige und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter. Die Praxis zeigt, dass die seit 1. Januar 2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. So stellen die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption ein Risiko für Eltern und Kind dar – zum Beispiel bei Trennung des Elternpaars vor der Adoption oder Tod des rechtlichen Elternteils.

Die «Ehe für alle» hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar **im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts**. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht. Dafür spricht auch die im oben erwähnten EGMR-Urteil *E.B. c. Frankreich* erläuterte Begründung für die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare.. **Männerpaare** jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht zur Diskussion. Im Folgenden wird diese Frage deshalb nicht weiter vertieft, da die Rechts- und Interessenlage durch den intensiven Einbezug einer Drittperson (Leih- oder Ersatzmutter¹²) anders ist als bei der blossen Öffnung des Zugangs zu gespendeten Samen für lesbische Paare. Grundsätzlich spricht sich die Stadt Zürich aber für die Diskussion und Klärung der ethischen und rechtlichen Grundlagen im Zusammenhang mit dem Zugang auch von Männerpaaren zur Fortpflanzungsmedizin aus – im Sinne einer möglichst zeitgemässen Ausgestaltung eines Rechts auf Familienleben. Die Mehrheit der Nationale Ethikkommission war in ihrer *Stellungnahme*¹³ vom November 2013 grundsätzlich der Ansicht, dass die Leihmutterchaft zugelassen werden könnte.¹⁴

¹² In ESTHER AMSTUTZ / THOMAS GÄCHTER, *Zugang zur Fortpflanzungsmedizin*, in: Justletter 31. Januar 2011, Rz. 47, wird die Ansicht vertreten, dass Leihmutterchaft nur bei einer Eispende oder einem Embryonentransfer vorliegt, nicht aber bei der Insemination mit dem Sperma eines der Partner. In diesem Fall spreche man von Ersatzmutterchaft. Daraus folgt, dass das Zugangsverbot für Männerpaare nicht, wie die Botschaft ausführt, aus Art. 119 Abs. 2 lit. d BV hervorgeht, wonach alle Arten von Leihmutterchaften untersagt werden.

¹³ Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin, *Die medizinisch unterstützte Fortpflanzung. Ethische Überlegungen und Vorschläge für die Zukunft. Stellungnahme Nr. 22/2013*, Bern, November 2013. Abrufbar unter: https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/NEK_Fortpflanzungsmedizin_De.pdf.

¹⁴ Die Mehrheit der NEK ist der Ansicht, dass die Leihmutterchaft grundsätzlich zugelassen werden kann. Sie äussert jedoch Zweifel, ob es angesichts der Gefahren im Zusammenhang mit der Kommerzialisierung dieser Praxis möglich ist, annehmbare Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen allen beteiligten Personen ein angemessener Schutz gewährleistet werden kann. Eine Minderheit möchte, dass die Leihmutterchaft im Gesetz zugelassen wird. Sie ist überzeugt, dass die Umsetzung keine grösseren Schwierigkeiten bereiten wird. Eine andere Minderheit stellt sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Leihmutterchaft.

5 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen nachvollziehbar, stellt nach Ansicht der Stadt Zürich aber auch eine verpasste Chance dar. Die Stadt Zürich unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen nur insofern die Überarbeitung in naher Zukunft angegangen wird.

Wie die begrüssenswerte offene Formulierung in Art. 93 VE-ZGB zur Ehefähigkeit – «von zwei Personen», welche damit auch gleich «Personen des 3. Geschlechts» einschliesst – zeigt, ist eine geschlechtergerechte Sprache in der Gesetzgebung durchaus machbar. Diesbezüglich sei auch auf das Postulat Flach¹⁵ verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.

Zusammenfassend begrüßt die Stadt Zürich den Vorentwurf zur «Ehe für alle» und beantragt, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit sowie für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Corine Mauch
Stadtpräsidentin

¹⁵ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20183690>.

SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG DER RICHTERINNEN UND RICHTER **SVR**
ASSOCIATION SUISSE DES MAGISTRATS DE L'ORDRE JUDICIAIRE **ASM**
ASSOCIAZIONE SVIZZERA DEI MAGISTRATI **ASM**
ASSOCIAZIUN SVIZRA DALS DERSCHADERS **ASD**

Präsident Prof. Dr. Patrick Guidon, Kantonsgericht St. Gallen, Klosterhof 1, 9001 St. Gallen, **058 229 32 41**, patrick.guidon@sg.ch
Sekretariat Christa Grünig, Kantonsgericht St. Gallen, Klosterhof 1, 9001 St. Gallen, **058 229 32 41**, info@svr-asm.ch

Homepage www.svr-asm.ch

Per E-Mail

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates

3003 Bern

St. Gallen, 6. Juni 2019

Parlamentarische Initiative "Ehe für alle" / Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung und nehmen zur Vorlage gerne wie folgt Stellung:

Zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative "Ehe für alle" hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates einen Vorentwurf vorgelegt. Dadurch soll das Institut der Ehe auch für Personen gleichen Geschlechts geöffnet werden. Über diese Zielsetzung hinaus soll die Vorlage mit einer sogenannten "Variante" ergänzt werden. Diese "Variante" veranlasst uns *aus gesetzestechischen Überlegungen* zu einer Vernehmlassung. Demgegenüber verzichten wir im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) auf eine *inhaltliche* Stellungnahme zur Vorlage.

Mit der "Variante" soll weiblichen Ehepaaren der Zugang zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren der Insemination mit gespendeten Samenzellen ermöglicht werden¹. Lesbische Ehepaare sollen Zugang zur Samenspende erhalten.

Gemäss Art. 3 Abs. 2 lit. a des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) dürfen Fortpflanzungsverfahren nur bei Ehepaaren angewendet werden, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne der Art. 252 - 263 ZGB begründet werden kann. Eine Samenspende ist damit aktuell nur gemischtgeschlechtlichen Ehepaaren erlaubt. Die "Variante" sieht eine Änderung der Regeln über die Entstehung des Kindesverhältnisses im ZGB vor (Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a VE-ZGB). Die Ehefrau der Mutter soll als rechtlicher Elternteil des Kindes gelten, das während der Ehe geboren ist. Die Gesetzesänderung führt die originäre Elternschaft der Ehefrau der Mutter ein, was den Zugang zur Samenspende nach Massgabe des FMedG ermöglicht.

Die Einführung der "Variante" löst zahlreiche Folgefragen aus.

Zum Beispiel stellt sich die Frage, ob und allenfalls von wem die Elternschaft der Ehefrau der Mutter angefochten werden kann. Diese und weitere sich stellende Fragen werden nicht beantwortet und von der Vorlage explizit ausgeklammert. Der erläuternde Bericht hält mehrfach

¹ Erläuternder Bericht S. 15.

und ausdrücklich fest, dass (zwar) Klärungsbedarf bestehe, die Kommission indes entschieden habe, die sich stellenden Fragen *nicht* zu behandeln.²

So ist zum Beispiel unklar, worauf sich die Formulierung in Art. 259a VE-ZGB *hinsichtlich* der *Rechtsstellung des anderen Elternteils* (...) bezieht. Bezieht sich der Begriff der Rechtsstellung nur auf die Wirkungen des Kindesverhältnisses gemäss Art. 270 ff. ZGB (insbesondere Unterhaltpflicht) oder umfasst er – entgegen dem Bericht der Kommission – auch die Regeln der Anfechtung der Ehelichkeitsvermutung gemäss Art. 256 ff. ZGB? Auch im Fall, in welchem die Elternschaft einer Ehefrau der Mutter nicht auf assistierter Reproduktion beruht, was bei der "Variante" scheinbar ausgeblendet wird, indes lebensnah erscheint, fehlt es an einer Regelung des Anfechtungsrechts. Dies gilt auch für das Anfechtungsrecht des Kindes (vgl. Art. 256 Abs. 1 Ziff. 2 ZGB).

Die "Variante" regelt somit einzig den Zugang von weiblichen Ehepaaren zur Fortpflanzung und damit zur Elternschaft, ohne sich aber zu den Konsequenzen für das übrige Zivilrecht zu äussern. Trotz erkanntem Klärungsbedarf wird auf eine umfassende Regelung verzichtet. Der Gesetzgeber überlässt damit der Gerichtspraxis grundlegende und in ihrer Konsequenz heikle Fragen, was problematisch erscheint und der Rechtssicherheit abträglich ist.

Im Ergebnis lehnen wir die "Variante" gemäss Vorlage deshalb aus gesetzestehnischen Gründen ab. Materiell äussern wir uns demgegenüber wie eingangs erwähnt bewusst nicht zur Vorlage.

Abschliessend danken wir Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Patrick Guidon
Präsident SVR-ASM



Eleonora Lichti Aschwanden
Vorstandsmitglied SVR-ASM

² Erläuternder Bericht S. 25 f.



Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrats
Sekretariat
3003 Bern

Per Mail an
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Zürich, 20. Juni 2019

Vernehmlassung des Bundes zur Vorlage «Ehe für alle»
Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Zur im Titel genannten Vorlage nehmen wir gerne Stellung. Dass auch gleichgeschlechtliche Paare die Ehe schliessen können, begrüssen wir. Es ist jedoch nicht unsere Aufgabe, uns zu den gesellschaftspolitischen Aspekten zu äussern, wir beschränken uns daher auf die fachtechnischen.

Wir schliessen uns weitgehend der Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ) vom 12. April 2019 an, namentlich auch was die Ausklammerung der Elternschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter betrifft. Nachstehend führen wir lediglich abweichende oder ergänzende Punkte auf.

Art. 96 ZGB

Ehen und eingetragene Partnerschaften werden meist aufgelöst und nur selten ungültig erklärt. Wir **beantragen** daher die **Umformulierung** in "... oder eingetragene Partnerschaft **aufgelöst oder ungültig erklärt worden ist.**"

Art. 35 PartG

Die Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe soll in einem einfachen, schlanken Verfahren durchgeführt werden; es ist auf möglichst wenig Aufwand für die Paare und das Zivilstandamt zu achten. Es wird kein "Ehevorbereitungsverfahren" notwendig sein. Die Gebühr soll daher jener von anderen Erklärungen (Anerkennung der Vaterschaft, Namenserklärung) entsprechen.

Die Gebühr für die "Umwandlungsurkunde" soll jener der Trauungs- bzw. Partnerschaftsurkunde entsprechen.

Unklar scheint, weshalb die Paare "die bestehende eingetragene Partnerschaft mittels Dokumenten belegen" müssen. Dies geht aus InfoStar hervor. Der Nachweis der Identität sollte daher reichen.

Der SVZ begrüßt die Möglichkeit, dass die Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe auf Wunsch des Paares in Form einer Zeremonie durchgeführt werden kann. Die Gebühr (zusätzlich zur "Umwandlungsgebühr") sollte jener einer Trauung bzw. Beurkundung einer Partnerschaft entsprechen.

Auswirkungen auf die Zivilstandsämter

Wie die KAZ teilen wir die Aussage, dass die vorgesehenen Änderungen wenig Auswirkungen auf die kantonalen oder kommunalen Behörden haben, nicht. Die Umwandlungen werden bei den Zivilstandsämtern (kommunal oder kantonal) insbesondere in den ersten Monaten nach dem In-Kraft-Treten zu einem erheblichen Mehraufwand führen.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen



Roland Peterhans
Präsident

Kopie an KAZ-Geschäftsstelle



Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 4. April 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Schwander,
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission,
Sehr geehrte Frau Gianinazzi,

Transgender Network Switzerland (TGNS) bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung und nimmt hiermit gerne fristgerecht Stellung zum Gesetzesentwurf zur sog. „Ehe für alle“.

TGNS ist die Schweizer Organisation von und für Transmenschen; der Verein setzt sich insbesondere für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung unserer Menschenrechte ein. Kernthema unserer Organisation ist die Autonomie jeder Person über ihre Geschlechtsidentität und ihren Geschlechtsausdruck. Doch auch die Öffnung der Ehe für Paare des gleichen registerrechtlichen Geschlechts – primär eine Frage der sexuellen Orientierung – ist für einige unserer Mitglieder relevant. Denn Transmenschen können, gleich wie Cis-Menschen, jede sexuelle Orientierung haben. Gleichzeitig existieren aber unter Schweizer Recht auch bereits Ehepaare desselben Registergeschlechts, denn wenn ein_e Partner_in während der Ehe das amtliche Geschlecht ändert, so bleibt die Ehe bestehen. Die Erfahrung mit so ausnahmsweise entstandenen, nach Zivilstandsregister gleichgeschlechtlichen Ehen zeigt, dass unsere Gesellschaft dies längst aushält und die Gerichte seit Jahren kein Problem (mehr) damit haben, solche Ehen zuzulassen.

Wir unterstützen daher die Bemühungen Ihrer Kommission, die Ehe für alle Paare – unabhängig ihres amtlichen Geschlechts – zu öffnen und schliessen uns mit dieser Stellungnahme der Position der Dachverbände der Lesben, Schwulen und Bisexuellen (namentlich LOS, Pink Cross, Dachverband Regenbogenfamilien, Network und Wybernet) an.

1 Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

2 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstösst folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁷ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den (beim Eheschluss) gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

3 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesvorentwurf

TGNS unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass TGNS nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.**⁸

Begrüßt wird von TGNS insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

⁷ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

⁸ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

4 Variante mit Zugang zur Samenspende

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von cis Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.¹¹ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

4.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr.

⁹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

¹⁰ Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/>

¹¹ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA):

<https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹² Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹³ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 1990-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortppanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

4.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der cis Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch zu nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem «illegalen» Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

4.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

¹⁵ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

4.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Cis Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortgeschreitenden Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses Argument.

5 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

5.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüßen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Konversion einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist außerdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Konversion erneut mit Kosten verbunden sein soll.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

5.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Konversion einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare

¹⁶ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁷ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

¹⁸ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

¹⁹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²⁰ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Konversion der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Konversion geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüßen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Konversion eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

5.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

5.4 Einbürgerung

Wir begrüßen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

5.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüßen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der Ehe-für-alle-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

5.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüßen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

Einer Ergänzung bedarf es jedoch bei der Anerkennung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, die im Ausland geboren wurden. Da in der vorliegenden Vorlage auch die Kindsverhältnisse geregelt werden, sollte diese Ergänzung im IPRG ebenfalls im Rahmen dieser Vorlage vorgenommen

²¹ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²² Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²³ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Eheguterrecht», S. 22.

werden. Entgegen der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichts soll eine Anpassung des internationalen Privatrechts erfolgen: Wenn ein Männerpaar durch eine Leihmutterschaft im Ausland Eltern wird, werden momentan nicht beide Elternteile von der Schweiz anerkannt. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichstellung müssten jedoch sämtliche Kindsverhältnisse, welche im Ausland anerkannt sind, auch in der Schweiz anerkannt werden. Entsprechend sollten beide Elternteile als Eltern anerkannt werden, auch wenn das Kind durch eine Leihmutter ausgetragen oder durch andere, in der Schweiz nicht zugelassene Verfahren, gezeugt wurde. Dies liegt im Interesse des Kindeswohls.

5.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts an geschlechtergerechte und damit nicht länger exkludierende Sprache ist aus Sicht von TGNS äusserst bedauernswert und wird von uns nicht unterstützt. Denn dadurch wird es verpasst, alle Menschen unabhängig ihrer Geschlechtsidentität tatsächlich im Ehreht abzubilden und den de lege lata bestehenden sprachlichen Ausschluss eines beträchtlichen Teils der Transmenschen zu beenden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehreht – unumgänglich.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüssen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen, und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Alecs Recher, MLaw & dipl. klin. Heilpädagogik
Leitung Rechtsberatung & Advocacy

²⁴ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»:
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>



Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Genève, le 15 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Crée en novembre 2006, Think Out est l'association des étudiant.e.s LGBT+ & friends de l'Université et des Hautes Ecoles de Genève. Elle se propose d'accueillir toute personne étudiant à Genève et concernée par la question de la diversité, qu'elle concerne l'orientation sexuelle et/ou l'identité de genre, ainsi que d'améliorer la visibilité des personnes LGBT+ au sein du monde académique genevois en général.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Pour Think Out,

Lara Jost, co-présidente

Nelida Planamente, co-présidente

Elsa Gonnou, secrétaire

Kelian Sorg, trésorier



Togayther
Association LGBT+ neuchâteloise

Commission des affaires juridiques du Conseil national
Par e-mail à : debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Neuchâtel, 21 juin 2019

Prise de position concernant l'avant-projet de loi « Mariage civil pour tous » de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le Président de la Commission,
Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous donner l'opportunité de prendre position sur l'avant-projet de loi concernant le mariage civil pour toutes et tous.

Togayther est une association neuchâteloise sans but lucratif, neutre et indépendante. Elle représente les intérêts des personnes LGBT+ en Suisse et plus particulièrement dans le canton de Neuchâtel et œuvre contre les discriminations juridiques et sociales fondées sur l'orientation sexuelle, l'identité ou l'expression de genre. L'association œuvre également pour une politique et une prévention contre les maladies et infections sexuellement transmissibles, en particulier le VIH/SIDA, solidaire et efficace, ainsi que contre les discriminations juridiques et sociales des personnes infectées et affectées par ces maladies et infections. Nous offrons une structure d'accueil, d'écoute, d'échange, de convivialité et de soutien aux personnes LGBT+, comme aux personnes qui les côtoient, proches et amis. Togayther travaille en collaboration avec les groupes et organisations ayant des buts semblables, ainsi qu'avec d'autres professionnels de la santé, en Suisse et dans le canton de Neuchâtel.

Depuis 2007, les couples de même sexe ont la possibilité de faire enregistrer leur partenariat. Bien qu'une majorité nette et croissante de la population soit favorable à une ouverture du mariage, le droit au mariage civil n'existe toujours pas. Les différences entre un partenariat enregistré et le mariage civil sont importantes, notamment dans le cadre du droit à la nationalité, du droit des assurances sociales, du droit à l'adoption ou encore de l'accès au don de sperme, pour ne donner que quelques exemples. Ces différences ne reposent sur aucune raison objective, mais uniquement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille.

Aujourd'hui, en vertu de la Constitution fédérale, toute discrimination du fait du « mode de vie » ou du « sexe » est interdite (art. 8 al. 2 Cst.). Selon le Parlement l'expression « mode de vie » désigne en premier lieu l'orientation sexuelle. Il existe donc à l'heure actuelle une inégalité de traitement des couples homosexuels qui est en contradiction avec la Constitution. Cette inégalité de traitement doit être corrigée.

Une comparaison avec d'autres pays, ainsi que différents sondages auprès de la population, montrent clairement qu'une discrimination des couples homosexuels est non seulement non conforme au droit, mais aussi tout à fait dépassée.

Une véritable égalité ne peut être atteinte que si les couples homosexuels peuvent accéder au mariage civil avec tous ses droits et ses obligations, exactement comme c'est le cas pour les couples hétérosexuels. Ceci suppose une mise en œuvre comprenant la variante proposée avec l'accès au don de sperme.

Pour les couples homosexuels qui désirent des enfants, la situation actuelle est très insatisfaisante. Ces couples n'ont pas la possibilité d'avoir un enfant ensemble de manière légale, à l'exception de l'adoption de l'enfant du partenaire enregistré (art. 264c al. 1 let. b CC). Il est donc nécessaire que l'ouverture du mariage s'accompagne de la possibilité pour les couples mariés de femmes d'accéder au don de sperme, tout comme c'est le cas depuis de longues années pour les couples mariés hétérosexuels.

De plus, avec la variante avec la PMA, une véritable parentalité serait possible, ce qui est dans l'intérêt supérieur de l'enfant. Ainsi, l'enfant commun d'un couple de femmes aurait dès sa naissance deux parents légaux et il serait possible de se passer de la procédure, longue et coûteuse, de l'adoption de l'enfant du partenaire.

Nous saluons le fait qu'un partenariat enregistré puisse être converti en mariage civil par une procédure simple. Cependant, puisque lors de la célébration de leur partenariat enregistré de nombreux couples auraient opté pour le mariage s'ils en avaient eu la possibilité, cette procédure de conversion devrait être gratuite.

En conclusion, et compte tenu du but affirmé de la démarche, à savoir de réaliser l'égalité de traitement (art. 8 al. 2 Cst.), empêcher les couples de femmes d'accéder au don de sperme n'est pas justifiable. C'est pourquoi **il est impératif que la variante choisie soit celle avec accès au don de sperme par les couples de femmes.**

En vous remerciant d'avance de prendre en compte nos demandes dans le cadre de la suite de la procédure législative, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, nos salutations les meilleures.

Togayther, Association LGBT+ neuchâteloise



Valerie Obrecht, présidente

Prise de position – procédure de consultation initiative parlementaire groupe vert'libéral. Mariage civil pour tous

1. Le principe du mariage « pour tous »

La Suisse, à l'instar de l'Italie, reste un pays dans lequel aujourd'hui, le mariage n'est pas ouvert aux personnes de même sexe. En ce sens, le projet, en tant qu'il vise à permettre à deux personnes de même sexe de se marier, constitue un pas vers une meilleure mise en œuvre du principe constitutionnel de l'égalité de traitement au sens de l'art. 8 Cst. qui interdit les discriminations en raison notamment de son sexe ou son mode de vie.

La modification de l'art. 94 CC permettrait à juste titre à deux personnes âgées de 18 ans et capables de discernement de se marier, sans égard au sexe.

L'art. 14 Cst. garantit le droit au mariage et à la famille. Une interprétation littérale de la disposition ne s'oppose pas à l'ouverture du mariage aux personnes de même sexe, même si historiquement, l'institution était réservée aux personnes de sexe différent. C'est précisément par une modification du Code civil que le mariage peut s'ouvrir aux personnes de même sexe, dans la mesure où le droit doit tenir compte de l'évolution de la société.

2. « L'abandon » de l'institution du partenariat

Dès lors que le mariage est ouvert à tous les couples, il ne se justifie plus de conserver l'institution du partenariat enregistré, car les effets du partenariat enregistré sont trop proches du droit du mariage pour pouvoir constituer une alternative à celui-ci. Cette proximité entre les deux institutions avait d'ailleurs justifié, à l'époque de l'introduction de la loi sur le partenariat, le refus d'ouvrir le partenariat aux couples de sexe différents.

Lorsque que le mariage sera ouvert à tous les couples, il ne sera plus possible d'enregistrer de nouveaux partenariats. Par conséquent, l'institution va progressivement disparaître, soit parce que les partenaires enregistrés déjà existants saisiront la possibilité de convertir leur partenariat enregistré en mariage, soit par la dissolution des partenariats existants, par décès ou judiciairement.

Or, il existe en Suisse, des voix qui réclament une alternative au mariage pour tous les couples, indépendamment de leur sexe (v. notamment postulat 15.3431 déposé par Andrea Caroni). Cette alternative au mariage était déjà réclamée au moment de l'introduction de la loi sur le partenariat (FF 2003 1192, 1213).

Aujourd'hui encore, le mariage tel qu'il est conçu en droit suisse ne séduit plus forcément. A l'inverse, la communauté de vie non maritale est souvent considérée comme légère, libérée de toute connotation religieuse et plus respectueuse de l'égalité des sexes (v. Francesca Ranzinici Ciresa, La protection de la partie faible dans la communauté de vie non maritale, Genève 2019, not. p. 4).

Dans cette optique, nombreux de pays ont intégré des institutions alternatives au mariage dans leur législation, telles que les « unions civiles », pour garantir une certaine protection de la communauté. Or, ces institutions ne sont pas formellement reconnues en droit suisse.

A notre sens, dès lors qu'un couple choisit de vivre dans une communauté analogue au mariage, il doit avoir la possibilité de recourir à un cadre juridique clair pour protéger les intérêts des membres de la communauté dans les rapports internes et les rapports externes. La famille, indépendamment de l'existence d'un mariage civil, constitue le lien entre l'individu et l'Etat et il existe dès lors un intérêt public à réglementer clairement les relations entre les individus formant une famille. Le recours à des concepts qui n'ont pas été pensés pour la famille (la société simple pour le concubinage, selon la jurisprudence du Tribunal fédéral) n'est pas satisfaisante.

Les options de réglementation alternative au mariage peuvent se concevoir selon deux modèles différents :

- Une solution d'*« opting-in »*, c'est-à-dire, un recours à des effets juridiques particuliers à une communauté de vie sur une base volontaire et expresse. Cette solution sert à réglementer les effets patrimoniaux de la communauté de vie, notamment en présence d'enfants et/ou de ménage commun d'une certaine durée.
- Une solution d'*« opting-out »*, c'est-à-dire reconnaître des effets juridiques particuliers à une communauté de vie, de par la loi. La mise en œuvre du mécanisme légal de protection pourrait se faire en fonction de critères objectifs pour les communautés de vie analogues au mariage, telle que la durée de vie commune ou la présence d'enfants. La solution d'*« opting-out »* réservera une possibilité pour les couples de « sortir » de la solution légale en manifestant expressément leur choix. Cette solution permettrait de reconnaître et octroyer une protection à certaines communautés de vie, tout en garantissant à chaque individu sa liberté personnelle.

3. L'ouverture de la PMA aux femmes mariées

La variante proposée modifie les articles 252 al. 2 CC et 250a CC dans le cadre de la filiation en permettant que la filiation soit établie avec le parent marié à la mère qui accouche. L'autre parent peut ainsi être l'homme marié à la mère qui accouche, ou, avec l'ouverture du mariage aux couples de même sexe, à la femme mariée à la mère qui accouche.

Cette ouverture de la PMA aux couples de femmes se justifie, dans la mesure où le droit suisse reconnaît déjà des modes d'établissement de la filiation indépendants du lien biologique.

En effet, le droit suisse actuel permet d'établir un lien de filiation avec deux personnes de même sexe, à travers l'adoption de l'enfant du partenaire (art. 264c CC). En outre, l'adoption conjointe par des couples de même sexe sera autorisée avec l'ouverture du mariage pour tous. Une limitation de ce droit violerait l'interdiction de discrimination en raison du mode de vie. L'adoption constitue dès lors un mode d'établissement de la filiation reconnu qui autorise le lien avec deux personnes de même sexe.

Aujourd'hui, le droit suisse reconnaît certaines méthodes de procréation médicalement assistée, tout en interdisant le don d'ovules, d'embryon et la maternité de substitution (art. 4 LPMA et 119 Cst).

Les règles relatives à la procréation médicalement assistée, en particulier le don de sperme, amènent à un résultat semblable à l'adoption, en tant qu'elles permettent d'établir un lien de filiation avec le parent social, sans qu'il ne soit le parent biologique.

Dès lors, les deux situations doivent être traitées de la même manière par le législateur pour garantir l'égalité de traitement et l'interdiction de discrimination fondée sur le mode de vie.

En tant qu'il autorise le don de sperme aux couples mariés, le législateur violerait l'interdiction des discriminations fondées sur le mode de vie s'il n'ouvrirait pas cette pratique aux femmes mariées.

L'ouverture de la PMA aux femmes mariées pose inévitablement la question de l'égalité de traitement avec les hommes mariés et est indirectement susceptible de rouvrir le débat sur la maternité de substitution. Néanmoins, il nous semble justifié au regard du principe de l'interdiction de discrimination, dans le cadre du présent projet, d'ouvrir l'accès aux méthodes de PMA déjà autorisées en droit suisse, à savoir le don de sperme et pas le don d'ovule, le don d'embryon ou la maternité de substitution. C'est donc sur la base la législation en vigueur que le législateur, en ouvrant le mariage pour tous, est tenu de ne pas discriminer les couples de même sexe par une limitation du recours à la PMA pour des méthodes déjà autorisées.

4. Le droit international privé

Le principe de la reconnaissance en Suisse de tous les mariages célébrés entre personnes de même sexe à l'étranger, y compris ceux conclus avant l'entrée en vigueur de la nouvelle loi apparaît justifié. Cette règle supprime ainsi une inégalité de traitement pour les couples de même sexe mariés à l'étranger, qui sont pour l'instant reconnus en Suisse en tant que partenaires enregistrés.

Une telle solution conduit à appliquer rétroactivement les règles du régime de la participation aux acquêts aux couples qui étaient jusqu'ici, de par loi, selon la doctrine majoritaire, soumis au régime de séparation de biens, compte tenu de la reconnaissance de leur union en Suisse en tant que partenariat enregistré. Le législateur entend protéger la situation acquise de ces couples en leur permettant, jusqu'à l'entrée en vigueur de la loi, de déclarer expressément vouloir rester dans le régime de séparation de biens par une simple déclaration expresse.

La question se pose de savoir si la solution réservant la déclaration expresse du couple jusqu'à l'entrée en vigueur de la loi est une protection suffisante, au regard de l'effet de publicité des lois (art. 9g du titre final). La déclaration expresse - et commune - devrait pouvoir intervenir ultérieurement. A ce titre, l'actualisation « officielle » du statut à l'état civil se fera de manière progressive et non automatique, en fonction des nouveaux événements qui devraient être inscrits à l'état civil. Partant, la déclaration expresse et commune du couple de se voir appliquer les règles de la séparation de bien doit pouvoir également se faire ultérieurement, par exemple dans les 30 jours suivant l'actualisation du statut à l'état civil.

Selon le projet, le droit suisse « abandonne » progressivement l'institution du partenariat enregistré, mais conserve cette institution dans la LDIP. Le maintien de cette institution de la LDIP ne se justifie

pas, même pour les partenariats conclus à l'étranger avant l'entrée en vigueur de la présente modification légale.

D'une manière générale, lorsqu'un droit étranger ne connaît pas les mêmes institutions de droit de la famille que le droit suisse, il s'agit d'examiner au cas par cas une reconnaissance du statut au regard des institutions existantes. A ce titre, au regard de la LDIP, l'introduction d'une alternative au mariage en droit suisse apparaît d'autant plus justifiée. Un renvoi général par analogie aux règles sur le mariage pour la qualification, la compétence et le droit applicable, en lieu et place d'un maintien du partenariat enregistré dans la LDIP.

5. Conversion des partenariats enregistrés en mariage

La conversion des partenariats enregistrés en mariage représente un événement d'état civil. Cette conversion a lieu par simple déclaration signée à l'office de l'état civil. Une telle procédure simplifiée est justifiée au regard de la proximité des deux institutions que sont le mariage et le partenariat.

Neuchâtel, le 21 juin 2019

Equipe de recherche de l'Université de Neuchâtel, projet FNS « Familles et égalité »
Thierry Bornick, Sabrina Burgat, Olivier Guillod, Fanny Matthey, Pascal Mahon, Thierry Obrist,
Stéphanie Perrenoud

Per mail: debora.gianinazzi@bj.admin.ch (PDF und word-Datei)

Bern, im Juni 2019
PS/PD

13.468 n.Pa.Iv. Fraktion GL: Ehe für alle

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren Kommissionsmitglieder

Mit Schreiben vom 14. März 2019 haben Sie das rubrizierte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der VFG – Freikirchen Schweiz ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 17 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 700 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund versteht sich der VFG zusammen mit dem Réseau als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58) hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev. ref. Kirchen und 264'596 (38.4%) in katholischen Gemeinden.)

Der VFG debattiert sehr unterschiedliche Fragen. Wir begrenzen uns nicht nur auf kulturelle und religiöse Fragen. Für uns ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass wir im 21. Jahrhundert in unserer Gesellschaft zu einem gelingenden Miteinander finden. Dazu möchten wir beitragen.

Aufgrund unserer Haltung zur Bibel und des christlichen Menschenbildes gehen wir davon aus, dass Menschen von Gott als Mann und Frau als zwei sich

ergänzende Individuen geschaffen wurden. Sie sind bewusst andersartig. In diese Verbindung wurde die Möglichkeit der Fortpflanzung hineingelegt.(1. Mo 1,27: So schuf Gott den Menschen als sein Abbild, ja, als Gottes Ebenbild; und er schuf sie als Mann und Frau, HfA).

Gottes tiefstes Wesen der Liebe zeigt uns, unabhängig von unserer menschlichen Gebrochenheit und Fehlbarkeit, dass auch Gott als der Erschaffer der Menschen auf ein Gegenüber ausgerichtet ist. Menschen können tiefe Liebe empfinden und eine direkte Zuwendung zueinander zeigen. Die biblische Begründung der Ehe finden wir in 1. Mose 2,24 und bei Jesus Christus bestätigt (Matthäus 19,4-6). Vier Dinge lassen sich aus diesem Text ableiten:

1. Der Mensch kann willentlich und öffentlich eine neue soziale Einheit schaffen (...*Eltern verlassen*, 1. Mose 2,24).
2. Gott sieht die Ehe zwischen Mann und Frau als Schöpfungsordnung an (...*Mann...&...Frau...*).
3. Mann und Frau gehen eine alles umfassende Bindung ein (...*verbindet sich so eng mit seiner Frau*).
4. Sie bilden eine eigenständige Lebensgemeinschaft (...*, dass die beiden eins sind mit Leib und Seele*).

Dieses christliche Menschen- und Ehe-Bild verpflichtet uns Christen.

Für die gesellschaftliche Begründung einer Ehe gibt es andere Gründe, die hier auch aufgeführt werden sollen:

In Art. 14 der Bundesverfassung wird das Recht auf Ehe und Familie gewährleistet. In den Diskussionen um die Einführung der Ehe für alle wird dieses Grundrecht aus Sicht des 21. Jahrhunderts so interpretiert, dass alle ein Recht auf Ehe haben sollten. Für die Verfasser der Bundesverfassung von 1874 war es eine Selbstverständlichkeit, dass eine Ehe zwischen Mann und Frau eingegangen wird. Deshalb lautete dort die Bestimmung „Das Recht auf Ehe“ ist gewährleistet. In der aktuellen Bundesverfassung wurde das Recht auf Ehe durch den Begriff Familie ergänzt. Damit wurde verdeutlicht, dass unter Ehe die Verbindung von Mann und Frau verstanden wird.

Nach wie vor ist dieses Eheverständnis in der Bevölkerung breit verankert und erklärtes Lebensziel junger Menschen. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist in relevanten Punkten etwas substantiell Anderes als andere Beziehungen. Für freikirchliche Christen in erster Linie wegen ihrer biblisch geprägten Überzeugungen. Doch, auch wenn Gottes Wort nicht als maßgeblich anerkannt wird, gibt es Grund genug, einen Unterschied zu machen:

„Der Grund, nicht die eingetragene Partnerschaft, wohl aber die Ehe auf heterosexuelle Partner zu beschränken, liegt auf der Hand: Ausschliesslich die heterosexuelle Beziehung ist über die Bedingungen blosser Partnerschaft, also

Dauer, Verlässlichkeit und Intimität, hinaus auf die Zeugung von Nachkommen angelegt. Gewiss, die einzelnen Ehepaare müssen Kinder weder haben können noch wollen. Die Ehe als Rechtsinstitut ist aber auf die für die Menschheit existenziell notwendige Zeugung von Nachkommen angelegt. Diese ist nämlich nicht nur langfristig für die Fortpflanzung des Menschengeschlechts, sondern schon mittelfristig für jene nächste und übernächste Generation unerlässlich, die die finanzielle Rente, die soziale und die medizinische Altersvorsorge der Eltern- und Grosselterngeneration übernimmt. ...

Nach einem alten, bis heute unstrittigen Rechtsgrundsatz ist Gleiches gleich, Ungleicher ungleich zu behandeln. Auf homosexuelle Partner angewandt, ist von diesem Grundsatz Folgendes geboten: Um in Dauer, Verlässlichkeit und Intimität mitsamt emotionaler Tiefe und sozialem Respekt - nicht zuletzt ohne die angedeuteten rechtlichen Nachteile - miteinander leben zu können, ist ihnen das dafür sachgerechte Rechtsinstitut, die eingetragene Partnerschaft, zu gewähren. Alles andere widerspräche dem so grundlegenden Gleichheitsgebot und dem nicht minder grundlegenden Diskriminierungsverbot.“ (Otfried Höffe, zitiert nach NZZ vom 16.03.2019).

Der Familienbericht 2017 des Bundesrates hält die ausserordentliche Bedeutung der Familie fest: „Die Kernfamilie, die eine Wohnung teilt und somit einen Haushalt bildet, stellt eine einfach fassbare wirtschaftliche und soziale Einheit dar.“

Für den VFG ist klar, dass die Ehe eine wesentliche Säule unserer heutigen Gesellschaft ist. Dies ist der Hauptgrund, weshalb wir uns tatkräftig für die Ehe zwischen Mann und Frau einsetzen. Sie ist ausserdem das mit grosser Mehrheit gelebte Modell (rund 80% der Familien leben in einer Erstfamilie mit Kindern) und hat schon alleine daraus eine herausragende Stellung, verdient daher aber auch den besonderen Schutz des Staates und der Zivilgesellschaft.

Es gab geschichtlich unterschiedliche Epochen des Zusammenlebens, jedoch sehen wir immer wieder die Zentrierung auf das gelingende Zusammenspiel von Mann und Frau. Die Ehe ist eine öffentlich erkennbare und rechtlich geregelte private auf Familie ausgerichtete Liebesbeziehung zwischen einem Mann und einer Frau. Sie ist angelegt auf lebenslange Treue. Diese Ehedefinition hat sich über Jahrhunderte weltweit und auch geschichtlich bewährt («... dass die Neigung zur Paarbeziehung fest in uns verankert sein dürfte, zeigt auch eine weitere Beobachtung: Die ganz grosse Mehrheit des bis heute als Jäger und Sammler existierenden Urvölker, deren Lebensweisen am ehesten an die unserer Vorfahren herankommt, lebt monogam.» <https://nzzas.nzz.ch/wissen/weshalb-der-mensch-zur-monogamie-neigt-ld.1433539?reduced=true#> abgerufen am 03.12.2018).

Was wir zurzeit erleben ist eine Umdeutung von Begrifflichkeiten. Der Begriff Ehe wird ersetzt durch Lebensgemeinschaft und inhaltlich anders gefüllt. Eine

Umdeutung von Begrifflichkeiten, die sich bewährt haben, widerspricht einer stabilen und verlässlichen Gesellschaft und löst bei der nachfolgenden Generation Unsicherheit aus.

In den grossen Weltreligionen wird die Ehe zwischen Mann und Frau nicht als ein gesellschaftliches Konstrukt beschrieben, sondern als etwas, das der Schöpfer oder die Natur den Menschen als Geschenk gibt. Nicht die Ehe ist das Produkt der Gesellschaft, sondern umgekehrt. Die Gesellschaft entsteht aus der Urzelle der Ehe.

Für den VFG ist die Ehe zwischen Mann und Frau die Keimzelle jeglicher Gesellschaft. Im Blick auf das Gesamtgefüge der Gesellschaft beruht das Zusammenleben auf einem funktionierenden «Lebensbund» zwischen Mann und Frau. Dem im Initiativtext verwendeten Begriff «Lebensgemeinschaft» fehlt der lebenslange Bezug. Wir gehen von einer Ehe aus, die in Treue und für das ganze Leben als Bund gilt. Die Ehe regelt die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Partner. Manches davon gilt ebenso für eingetragene Partnerschaften. Dazu gibt es das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare. Zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft wird nach dem juristischen Grundsatz differenziert, dass „Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln“ ist. Die Tatsache, dass eine eingetragene Partnerschaft in der jetzigen Form heterosexuellen Paaren ebenso wenig offensteht, entspricht einer wohlbegründeten Differenzierung und nicht einer Diskriminierung.

Die Annahme der parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» führt zu einer normativen Veränderung des Ehebegriffes. Dies nur mit dem liberalen Gesellschaftsbild und einem modernen Rechtsstaat zu begründen, ist aus unserer Sicht zu wenig stichhaltig.

Aufgrund unseres christlichen Menschenbildes lehnen wir es ab, dass sich der Begriff Familie von der Bindung an gemeinsame leibliche Kinder löst. In der christlichen Tradition sollten Familienleben, Kinder haben und Sexualität unbedingt zusammengehören.

Mit der Schaffung des Partnerschaftsgesetzes haben gleichgeschlechtliche Paare eine gleichwertige Alternative zur Ehe erhalten. Dass nach bereits so kurzer Zeit eine Gleichstellung mit der Ehe gefordert wird, ist unverständlich, weil das Partnerschaftsgesetz praktisch in allen Belangen ausser dem Recht auf Kinder eine Gleichstellung bringt bzw., wie z.B. beim Bürgerrecht, einfach angepasst werden könnte. Die in der Übersicht zur Vorlage behauptete Stigmatisierung und die damit verbundenen problematischen Folgen in Ländern, welche Homosexualität unter Strafe stellen, wird mit der Einführung des Instituts der Ehe sicher nicht abgeschafft.

Die Vorlage „Ehe für alle“ mit der Beschränkung auf eine Kernvorlage schafft neue Diskriminierungen im Bereich der Sozialversicherung und bei der Fortpflanzungsmedizin, was auch aus der vorgelegten Variante (Änderung von Art. 252 Abs. 2 und neuer Art. 259a ZGB) ersichtlich ist. Die Vorlage „Ehe für alle“ impliziert daher in Zukunft zur Ausmerzung der Diskriminierung der Männer auch die Zulassung der Leihmutterschaft, welche heute in der Bundesverfassung verboten ist. Es ist deshalb eine Mogelpackung, eine Vorlage von dieser Tragweite im Eilverfahren durchboxen zu wollen.

Weiter ist zu beachten, dass gemäss dem kürzlichen Bundesgerichtsentscheid die Volksabstimmung über die CVP-Initiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ zu wiederholen ist.

Eine Begründung der «Ehe für alle» mit der „Deklassierung aufgrund biologischer Unterschiede« erscheint uns nicht schlüssig. Geschichtlich fusst die unbedingte Würde des Menschen in der westlichen Gesellschaft auf dem christlichen Menschenbild. Der Umkehrschluss der Initianten legt nahe, dass sie die Ansicht, wonach die Ehe zwischen Mann und Frau etwas Besonderes und Unvergleichbares ist, überholt sehen. Das können wir nicht unterstützen. Wir möchten herausstreichen, dass die Ehe zwischen Mann und Frau, aufgrund ihres Potentials für die Erhaltung der Gesellschaft eine besondere Benennung braucht.

Wir fragen uns, warum der Staat nicht auf das zukunftsträchtigste Modell setzen will, nämlich die Form der Ehe zwischen Mann und Frau. Der VFG erklärt: «Wir engagieren uns für die Stärkung der Ehe zwischen Mann und Frau. Wir unterstützen Familien im Miteinander der Generationen und in ihren vielfältigen Herausforderungen.»

Mit freundlichen Grüßen

VFG – Freikirchen Schweiz



Peter Schneeberger, Präsident

**Secrétariat des commissions
des affaires juridiques(CAJ)**
Services du Parlement
Palais du Parlement
CH-3000 Berne

Date	17 juin 2019	Interlocuteur	Mehdi Künzle
		Téléphone	076 564 19 16
		E-mail	info@vogay.ch

Prise de position sur le projet de loi « Mariage civil pour tou.te.s » élaboré par la Commission des affaires juridiques du Conseil national

Monsieur le président de la commission,
Madame, Monsieur,

VoGay, l'association vaudoise pour la diversité sexuelle et de genre, représente les intérêts des vaudoises et vaudois en terme d'égalité et de non-discrimination basé.e.s sur l'orientation sexuelle et/ou l'identité de genre. Elle se veut l'interlocutrice des autorités, des pouvoirs politiques et du grand public. Elle promeut l'égalité sociale et juridique des personnes LGBTIQ et s'emploie à la reconnaissance des droits et à la protection de cette communauté contre les discriminations depuis plus de 20 ans.

VoGay est également mandatée par la Direction générale de la santé du Canton de Vaud dans le cadre des Projets Jeunes visant à répondre par divers actions aux discrimination vécues par les jeunes en raison de leur orientation sexuelle, au niveau de la Santé, à L'école ou encore dans l'espace public.

Dans ce sens nous soutenons l'ouverture de l'institution du mariage civil pour toutes et tous, sans distinction aucune. L'élimination de cette discrimination aura un impact réel sur la santé psychique et sociale des jeunes et des futures générations car celle-ci participe aujourd'hui encore, à leur exclusion sociale et à leur précarité juridique ainsi que de celle de l'ensemble de la communauté.

Nous tenons également à vous remercier pour l'opportunité de participer à cette consultation et de développer plus en détail notre position.

VOGAY

ASSOCIATION VAUDOISE POUR
LA DIVERSITÉ SEXUELLE ET DE GENRE

VoGay • Rue Pépinet 1, 1003 Lausanne
www.vogay.ch • info@vogay.ch
CCP 18-66022-8 • Postfinance, Lausanne
IBAN CH05 0900 0000 1806 6022 8

1 Contexte

Si l'initiative parlementaire relative au mariage civil pour toutes et tous a été déposée en 2013, il a fallu attendre près de six ans pour que le premier projet de loi soit présenté. Durant ce laps de temps, l'acceptation s'est encore renforcée au sein de la population, sachant qu'en 2005, voici 15 ans, le partenariat enregistré avait déjà été accepté à une majorité très nette de 58 % des votantes et votants.¹

Selon une enquête représentative menée par gfs-zürich en avril 2016, 69 % des personnes interrogées étaient favorables à l'ouverture du mariage aux couples de même sexe² (oui : 40 %, plutôt oui : 29 %). Un sondage thématique représentatif réalisé par Tamedia en décembre 2017 a quant à lui révélé que seulement 24 % de la population s'opposait encore au mariage civil pour toutes et tous.³ On constate ainsi l'adhésion croissante de la population à l'ouverture du mariage. La nécessité de légitimer découle cependant aussi du principe de non-discrimination inscrit dans l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. Le fait que les couples de même sexe n'aient pas, à l'heure actuelle, le droit de se marier en Suisse relève en effet d'une discrimination « institutionnelle » qu'il convient de supprimer.

Si l'instauration du partenariat enregistré en 2007 a été une étape importante, des différences majeures persistent toutefois par rapport au mariage civil : ceci concerne l'acquisition du droit de cité, le droit en matière d'assurances sociales ou encore l'accès au don de sperme, pour ne citer que quelques exemples. Ces différences ne reposent pas sur des raisons objectives mais seulement sur une conception traditionnelle du mariage et de la famille. De plus, l'instrument spécialement créé qu'est le partenariat enregistré entraîne une stigmatisation des partenaires enregistré.e.s qui se voient obligé.e.s de révéler dans de nombreux domaines de la vie qu'ils ou elles aiment une personne de même sexe. Sur de nombreux formulaires (par exemple pour un contrat de travail ou un bail), il est nécessaire d'indiquer son état civil. Un tel coming-out imposé peut avoir des conséquences personnelles graves que l'ouverture du mariage aux couples de même sexe permettrait d'éviter.

Pour les couples désireux de fonder une famille, la situation actuelle est extrêmement désavantageuse : en Suisse, la possibilité d'une double filiation à la naissance n'existe pas à l'heure actuelle pour les couples de même sexe. Avec l'instauration de l'adoption de l'enfant du/de la partenaire en 2018, un tel couple peut au moins protéger juridiquement l'enfant commun, mais la procédure d'adoption comporte de nombreux obstacles et entraîne des frais importants. En même temps, le bien de l'enfant est en jeu durant le délai d'attente, parfois très long. Ainsi, un lien nourricier doit être établi depuis au moins un an au moment du dépôt de la demande d'adoption de l'enfant du ou de la partenaire. Le délai entre le dépôt de la demande et l'autorisation peut aussi être très long (jusqu'à deux ans et demi). Si le parent biologique devait décéder avant le délai d'un an de vie commune nécessaire au moment du dépôt de la demande, le parent survivant n'aurait aucun droit sur l'enfant. Formellement, si le décès survient après le dépôt de la demande d'adoption, la demande d'adoption devrait pouvoir être considérée par les autorités, mais le traitement qui lui sera réservé demeure très incertain. Cette absence de protection

1 <https://www.bk.admin.ch/ch/f/pore/va/20050605/index.html>

2 Les désignations du sexe des partenaires se réfèrent ci-après à leur sexe civil ou à leur fonction biologique par rapport à l'enfant. Elles ne donnent aucune information sur leur identité ou expression de genre.

3 Cf. sondage thématique Tamedia, p. 9 :

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

juridique de l'enfant, fruit d'un projet familial commun, durant les premières années de sa vie est très problématique. Enfin, la procédure d'adoption est à recommencer pour chaque nouvel enfant, ce qui signifie qu'il existe une inégalité de traitement au sein de la fratrie : l'aîné-e étant protégé-e par la double filiation alors que ce n'est pas le cas du ou de la cadette qui n'en bénéficiera qu'au terme de la procédure. **Cette situation montre clairement que le bien de l'enfant n'est pas au cœur des préoccupations aujourd'hui. Les dispositions en vigueur à ce jour témoignent d'une image obsolète de la famille ; il conviendrait de les adapter aux réalités d'aujourd'hui.**

La Suisse est désormais l'un des derniers pays d'Europe occidentale à interdire le mariage aux couples de même sexe. Les Pays-Bas ont ouvert le mariage dès 2001, l'Allemagne et l'Autriche ont franchi le pas récemment, respectivement en 2018 et 2019.⁴ Même la très catholique Irlande a adopté le mariage pour toutes et tous en 2015, suite à un référendum qui s'est soldé par 62 % de votes favorables. Même si les avancées sociopolitiques prennent parfois plus de temps en Suisse, comme on a pu le voir par exemple pour le suffrage féminin, il est grand temps que la Suisse ouvre enfin le mariage aux couples de même sexe.

Dans certains milieux chrétiens conservateurs, on peut entendre dire que le terme de « mariage » devrait être réservé aux couples hétérosexuels. Dans cette logique, l'union de deux personnes de même sexe est considérée comme inférieure. Cette position est à rejeter sur la base de l'article 8 de la Constitution fédérale suisse. L'ouverture du mariage civil aux couples de même sexe n'enlève rien à personne. La modification de la loi n'entrave pas non plus le droit d'une personne à l'exercice de sa foi.

2 Nous revendiquons les mêmes droits pour toutes et tous

La Constitution fédérale suisse interdit aujourd'hui déjà toute discrimination basée sur le « mode de vie » ou le « sexe » (art. 8, al. 2, Cst.). Le terme « mode de vie » utilisé par la Constitution désigne selon la volonté parlementaire essentiellement l'orientation sexuelle et a été repris tel quel par un certain nombre de lois et par la doctrine majoritaire. Traiter différemment les couples de même sexe est donc contraire à la Constitution.

La comparaison avec d'autres pays et les différents sondages réalisés auprès de la population montrent clairement qu'une discrimination des couples de même sexe n'est plus ni légitime ni opportune.

Pour qu'il y ait égalité, les couples de même sexe doivent pouvoir contracter un mariage avec les mêmes droits et devoirs qui s'appliquent aux couples de sexe différent. Ceci implique aussi l'égalité entre couples de même sexe et couples de sexe différents dans tous les domaines du droit, telle que précisée dans le rapport explicatif relatif à l'avant-projet.⁵ Seul l'avant-projet incluant la variante (« accès au don de sperme ») est en mesure de satisfaire à l'exigence d'une complète égalité; sans cette variante, l'inégalité de traitement persisterait dans ce domaine. La Commission nationale d'éthique a déjà

4 Pour un panorama complet, voir : <https://rainbow-europe.org>

5 Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national : 3.2 « Conséquences du mariage pour tous », p. 12.

estimé dans sa prise de position de 2013 que, pour des motifs de non-discrimination, les couples de même sexe devraient avoir accès à la procréation médicalement assistée.⁶

Or l'instauration du mariage civil pour toutes et tous ne bénéficie pas seulement aux couples de même sexe désirant se marier mais a aussi un impact social significatif : une étude réalisée en 2018 montre que l'ouverture du mariage envoie un signal fort et positif pour la société dans son ensemble.⁷ Le mariage civil pour toutes et tous favorise ainsi l'acceptation sociale des personnes homosexuelles et bisexuelles, contrairement aux instruments spécialement créés – tels que le partenariat enregistré – qui sont porteurs d'une certaine stigmatisation puisque marquant un groupe « à part » et, de ce fait, susceptibles d'en compromettre l'acceptation sociale. L'ouverture du mariage renforce donc une attitude positive à l'égard des personnes lesbiennes, gays et bisexuelles (personnes LGB) et a par conséquent un impact positif sur un très grand nombre de personnes en Suisse. D'après les estimations scientifiques, 5 à 10 % de la population s'identifie comme homosexuelle ou bisexuelle, ce qui correspond en Suisse à plusieurs centaines de milliers de personnes.⁸

Les études menées dans d'autres pays montrent que la fin des discriminations institutionnelles envers les personnes LGB améliorent significativement leur acceptation sociale. L'ouverture du mariage et une égalité de fait à tous les égards constituent dès lors une mesure que l'Etat se doit de prendre pour réduire les difficultés auxquelles sont confrontées les personnes LGB au quotidien. En effet, ainsi que les montrent les études scientifiques⁹, les discriminations qu'elles subissent impactent négativement sur leur santé psychique, physique et sociale.

Déposée en janvier 1995, la pétition « Les mêmes droits pour les couples de même sexe » avait recueilli plus de 85'000 signatures. Près de 25 ans plus tard, il est grand temps de donner suite à cette revendication et d'accorder enfin réellement les mêmes droits aux couples de même sexe, sans exception.

3 Remarques générales sur l'avant-projet de loi

VoGay soutient uniquement **une égalité entière, comprenant la mise en œuvre complète du mariage civil pour toutes et tous**

Au vu du principe d'égalité de traitement (art. 8, al. 2, Cst), l'exclusion de certains domaines tels que l'accès au don de sperme ne se justifie pas. Il convient donc de modifier toutes les dispositions susceptibles d'engendrer directement ou indirectement, à situation comparable, une discrimination à l'égard des couples de même sexe. Le projet central ne répond pas à lui seul à ces exigences. **Dans l'optique d'égalité et au vu des problèmes graves existants, nous estimons indispensable de mettre en œuvre la variante comprenant l'accès au don de sperme.¹⁰**

6 https://www.nek-cne.admin.ch/inhalte/Themen/Stellungnahmen/fr/NEK_Fortpflanzungsmedizin_Fr.pdf

7 Abou-Chadi, T. et Finnigan, R. (2018) : « Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe », Comparative Political Studies, p. 1-28 : https://www.dropbox.com/s/rmgpsrtp95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

8 Bahr, Michael W. et Sherblom, Stephen A (2008) : « Homosexuality and normality. Basic knowledge and practical considerations for school consultation », in : Journal of Educational and Psychological Consultation, 18:1, p. 87.

9 Diverses études, dont : Wang, J. et al. (2012) : « Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys », in : Journal of Psychiatric Research, 46, p. 8.

10 Rapport explicatif : 3.2.3.2 « Accès à la procréation médicalement assistée », p. 15

VoGay se félicite en particulier de ce que le présent projet prévoit d'ouvrir le mariage en passant par une simple révision de la loi plutôt que par une modification de la Constitution. L'avis de droit émis par l'Office fédéral de la justice conclut clairement, et à juste titre, qu'il n'est pas nécessaire de modifier la Constitution vu que cette dernière est dynamique et doit être interprétée à la lumière des questions contemporaines, et que l'ouverture du mariage doit donc passer par une révision de la loi¹¹ Nous soutenons donc la position exprimée par la majorité de la commission des affaires juridiques.

Par ailleurs, nous soutenons clairement l'inclusion de l'accès à la procédure d'adoption pour les couples de même sexe. Il est aujourd'hui inconcevable de ne pas permettre aux couples de même sexe d'adopter ensemble des enfants, d'autant plus quand on sait que les personnes seules peuvent en adopter. L'ouverture de cet accès dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous a fait ses preuves dans tous les pays européens ayant ouvert le mariage au cours des 20 dernières années.

4 Variante comprenant l'accès au don de sperme

Les parents de même sexe sont une réalité depuis longtemps : selon des estimations, la Suisse compte entre 6'000 et 30'000 enfants vivant dans des familles homoparentales ou « arc-en-ciel ». La moitié de ces familles a été fondée grâce à un don de sperme, provenant pour près d'un sur cinq d'un donneur privé et pour un sur trois d'une banque de sperme à l'étranger.¹² Le don de sperme est donc un élément majeur du projet parental, notamment pour les couples de femmes. La protection juridique des enfants et familles concernées n'est pas suffisante à l'heure actuelle.

De nombreuses études récentes concluent que les enfants dont les parents sont de même sexe se développent aussi bien que ceux dont les parents sont de sexe différent. Selon les résultats de ces recherches, le bien-être de l'enfant dépend surtout de la qualité relationnelle et du climat familial. Le sexe ou l'orientation sexuelle des parents ne sont pas déterminants pour le développement de l'enfant.¹³ L'Association faîtière Familles arc-en-ciel développe plus en détail ces aspects dans son argumentaire.¹⁴

A l'heure actuelle, la protection juridique dont peuvent bénéficier les familles arc-en-ciel est largement insuffisante. Évoquée dans le rapport explicatif, la nécessité de procéder à un examen général du droit suisse de la filiation ne justifie pas de repousser à plus tard le règlement de cette question.¹⁵ L'accès au don de sperme et à la double filiation à la naissance prévu dans la variante permet de réaliser l'égalité entre les couples de même sexe et les couples de sexe différent visée par le mariage civil pour toutes et tous. Ceci n'empêche en rien une éventuelle réforme ultérieure du droit de la filiation qui devra s'appliquer aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent.

Nous préconisons l'adoption de la variante de l'avant-projet de loi qui porte sur les

11 Rapport explicatif : 2.2 « Niveau normatif : Constitution ou loi », p. 8

12 Sondage national réalisé par l'Association faîtière Familles arc-en-ciel : <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage>

13 Synthèse de 75 recherches quantitatives et qualitatives (Law School Columbia, États-Unis) : <https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

14 Argumentaire complet : <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

15 Rapport explicatif : 5.3 « Autres questions sur le droit de la filiation, p. 23.

art. 252 al. 2 et 259a CC. Le nouvel art. 259a CC comprend une présomption de comaternité de l'épouse de la mère, calquée sur la présomption de paternité prévue à l'art. 255 CC, et permet de ce fait l'accès à la procréation médicalement assistée, cette dernière étant réservée aux couples avec lesquels un rapport de filiation peut être établi. Cette variante garantit donc d'une part l'accès au don de sperme et introduit d'autre part la possibilité d'une double filiation dès la naissance.

4.1 Pour l'accès au don de sperme, il suffit de modifier la loi

Sur la base d'un rapport publié en juillet 2016 par l'Office fédéral de la justice, la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé qu'il suffisait de légiférer pour ouvrir le mariage aux couples de même sexe. Au départ, il n'était pas clair s'il y avait besoin de modifier la Constitution pour ouvrir l'accès au don de sperme. Un avis de droit publié en janvier 2019 et rédigé par Andreas R. Ziegler, professeur à l'Université de Lausanne, montre que ce n'est pas le cas.¹⁶ La notion d'infertilité, telle que définie dans la Constitution comme condition d'admissibilité au don de sperme, est pertinente à cet égard. L'avis de droit montre que les couples infertiles non pas du point de vue « médical » mais de par leur configuration sont aussi considérés comme tels au sens de la Constitution, ce qui veut dire que cette notion s'applique également aux couples de même sexe. L'avis de droit se penche aussi sur la position défendue dans le passé par le Conseil fédéral et l'Office fédéral de la justice selon laquelle l'accès au don de sperme nécessiterait une modification de la Constitution. L'avis de droit précise que cette logique, basée sur des représentations sociales traditionnelles du début des années 90, est aujourd'hui obsolète. De nos jours, la doctrine admet majoritairement que la Constitution n'interdit pas expressément aux couples de même sexe de recourir à des méthodes de procréation médicalement assistée.

Nous retenons de l'avis de droit émis par M. Ziegler que l'exclusion actuelle des couples de femmes de l'accès au don de sperme relève de la législation ordinaire et peut donc être revue sans modifier la Constitution. L'ouverture du mariage ayant pour but de réaliser une égalité de fait entre couples de même sexe et couples de sexe différent, il n'y a aucune raison de continuer à exclure les couples de femmes du don de sperme en conservant les règles discriminatoires en vigueur.

4.2 Accès au don de sperme

Le don de sperme est la méthode la plus utilisée de nos jours par les couples de femmes pour fonder une famille et constitue dès lors un enjeu de taille. De nombreux couples de femmes vivant en Suisse ont recours au don de sperme accessible dans des cliniques à l'étranger. La durée d'un traitement de PMA, considéré de manière générale comme une démarche stressante, peut varier considérablement d'une femme à l'autre, mais il n'est pas rare que les essais se succèdent sur plus d'une année. Mener ce processus en se rendant tous les mois à l'étranger constitue dès lors une lourde charge psychique et financière qu'un accès aux services existants en Suisse atténuerait grandement. En outre, ces difficultés conduisent certaines femmes à choisir de recourir à des offres de donneurs de sperme privés (que l'on trouve aisément sur Internet) et il peut en résulter d'importants problèmes médicaux et/ou juridiques. Les couples de sexe différent peuvent, quant à eux, bénéficier en toute sécurité et à moindre coût en Suisse de toutes les prestations nécessaires à une insémination artificielle avec donneur. L'exclusion

¹⁶ Ziegler, Andreas R. (2019) : Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS) : https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

actuelle des couples lesbiens de l'accès au don de sperme n'a aucun fondement objectif et est, de ce fait, discriminatoire et c'est là une analyse que l'on retrouve dans les prises de position des commissions d'éthique, tant en Suisse qu'à l'étranger. On se doit en outre de souligner que la majorité des pays d'Europe de l'Ouest ont accordé l'accès de la PMA aux couples de femmes et que dans ce contexte, les seuls exemples de la France – sur le point de le faire également – et de l'Allemagne ne sont dès lors guère pertinents.¹⁷ La Suisse est, à l'heure actuelle, un des pays les plus restrictifs en matière de droits parentaux pour les couples de même sexe, il est urgent de remédier à cela.

4.3 Double filiation dès la naissance¹⁸

La révision de la loi proposée comme variante¹⁹ permet aux couples de lesbiennes d'accéder au don de sperme et donc à la double filiation dès la naissance. En d'autres termes, cela signifie que lorsqu'un enfant est conçu dans le cadre d'un projet parental commun par deux femmes unies par le mariage, les deux mères seront ses parents légaux dès sa naissance. Cela veut dire que les couples mariés de même sexe sont dès la naissance de leur enfant, conçu ensemble dans le cadre d'un projet parental commun, ses parents légaux. C'est un aspect fondamental pour la protection juridique de l'enfant car l'établissement d'un rapport de filiation est associé à des droits élémentaires tels que le nom, le droit de cité, l'autorité parentale, l'entretien, les prestations en matière d'assurances sociales, les droits de succession ou les impôts. L'établissement de la double filiation dès la naissance met l'accent sur l'intérêt supérieur de l'enfant, ce dernier étant protégé juridiquement dès sa naissance par deux parents légaux. La double filiation à la naissance supprime la nécessité pour la mère qui ne donne pas naissance d'adopter l'enfant de sa partenaire, une démarche longue et soumise à des conditions strictes. La pratique montre que l'adoption de l'enfant du/de la partenaire, possible depuis le 1er janvier 2018, ne constitue pas une alternative satisfaisante à la double filiation à la naissance. La rigueur des conditions d'accès et le délai important entre la naissance et l'adoption représentent un risque pour les parents comme pour l'enfant, notamment si les parents se séparent avant l'adoption ou en cas de décès du parent légal. De plus, l'évaluation « d'aptitude » pointilleuse réalisée par les autorités est ressentie par les couples comme humiliante et comme une atteinte injustifiée à leur vie privée. Le canton de Zurich exige ainsi de joindre 22 pièces à la requête d'adoption, comportant pour certaines des informations très personnelles. Une éventuelle maladie du parent adoptif peut par exemple représenter un obstacle et dans le pire des cas entraîner le refus de l'agrément d'adoption. Globalement, la procédure d'adoption est discriminatoire pour les couples de même sexe qui ne peuvent pas, contrairement aux couples de sexe différent, établir leur parentalité juridique dès la naissance sans passer par une évaluation d'aptitude.

4.4 Égalité entre couples de femmes et couples d'hommes

Le mariage civil pour toutes et tous a pour but d'établir l'égalité entre les couples mariés de même sexe et ceux de sexe différent, dans le cadre du droit applicable actuellement aux couples mariés. Il n'existe aucune justification objective pour interdire aux couples de femmes d'accéder au don de sperme alors que ce dernier est accessible aux couples mariés de sexe différent.

17 Voir le tableau : www.regenbogenfamilien.ch/fr/ehe/

18 Dans le rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 14 février 2019, le terme employé est «parentalité originale» (parentalité dès la naissance).

19 Art. 252, al. 2, et 259a, AP-CC.

En revanche, le seul moyen pour les couples d'hommes d'avoir un lien génétique avec leur enfant est de passer par la gestation pour autrui. Interdite à toutes les personnes en Suisse, donc aussi bien aux couples de même sexe qu'à ceux de sexe différent, cette pratique n'est pas débattue dans le cadre du mariage civil pour toutes et tous.

L'interdiction de la GPA et d'autres méthodes de procréation médicale assistée est inscrite dans la Constitution et n'est pas concernée par le présent projet. Il n'y a ici aucune discrimination à l'égard des couples d'hommes. L'argumentation des adversaires de l'accès au don de sperme n'a dès lors aucun fondement.

5 Évaluation d'autres point de l'avant-projet de loi

5.1 Sort / conversion du partenariat enregistré

Que les partenariats enregistrés conclus auparavant puissent être poursuivis est à saluer. Également proposée, la possibilité de convertir sans obstacles bureaucratiques un tel partenariat en mariage est une disposition complémentaire indispensable. Autre point crucial : les dispositions liées à la durée d'un mariage doivent tenir compte des années de partenariat enregistré, comme le mentionne par ailleurs l'avant-projet.²⁰

La seule chose qui paraît injuste est le fait que la conversion entraînera de nouveaux frais.²¹ De nombreux couples se seraient mariés au lieu de faire enregistrer leur partenariat si cela avait été possible. De ce fait, il faudrait leur permettre de convertir sans frais leur partenariat en mariage.

Par ailleurs, il convient de répondre aux revendications portant sur une protection juridique différente, à l'instar de celle offerte par le PACS français.²² Une législation moderne, en phase avec les réalités sociales, ne doit pas miser exclusivement sur une institution rigide telle que le mariage pour garantir une protection juridique mutuelle. **Une large partie de la population est effet pour une institution supplémentaire, moins contraignante et plus flexible que le mariage, soit un mariage light ou un PACS. VoGay saluerais l'ouverture d'un tel modèle pour tous les couples qui souhaitent bénéficier d'une protection adaptée à leur mode de vies.**

5.2 Conversion du régime

La conversion d'un partenariat enregistré en mariage sera associée à un changement de régime, sauf convention contraire.²³ Les couples de même sexe auront ainsi à l'avenir le même régime ordinaire et la même liberté de choix que les couples de sexe différent. Au regard de la sécurité juridique, il apparaît opportun, conformément à ce qui est proposé, que le changement de régime s'applique à partir du moment de la conversion du partenariat en mariage et non pas rétroactivement.²⁴ Dans le cas contraire, ce processus risquerait d'être plus compliqué pour bon nombre de couples, voire de constituer un obstacle sur le chemin de la conversion du partenariat enregistré en mariage.

La continuité des conventions sur les biens conclues avant la conversion est aussi une solution pragmatique à saluer.

20 Rapport explicatif : 3.3.2 « Effets de la conversion », p. 17.

21 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 32.

22 Voir aussi le postulat Caroni/Portmann (15.3431) qui a été adopté : « Un pacs pour la Suisse » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaef?AffairId=20153431>

23 Le régime ordinaire du partenariat enregistré est la séparation des biens, celui du mariage la participation aux acquêts.

24 Rapport explicatif : 6.2 « Dispositions de l'AP-LPart », p. 33.

Pour certains couples, le changement de régime matrimonial peut avoir un impact important. Avant toute conversion, les offices de l'état civil doivent de ce fait informer les couples de la façon la plus complète possible.

5.3 Accès à l'adoption conjointe

Comme les partenaires de même sexe seront à l'avenir également considérés comme « épouses » ou « époux », l'accès à la procédure d'adoption leur sera automatiquement ouvert. Il s'agit là d'une égalisation indispensable, attendue depuis longtemps. Diverses études montrent que les enfants des familles arc-en-ciel ne sont pas désavantagés, que ce soit au niveau de leur développement personnel ou de la société. Par ailleurs, les arguments mentionnés au chapitre 4 s'appliquent aussi sur ce point.

5.4 Naturalisation

Nous saluons le fait que les dispositions relatives aux conditions de naturalisation d'une personne mariée à une personne de nationalité suisse s'appliqueront suite à l'ouverture du mariage indifféremment aux couples mariés de sexe différent et de même sexe. Nous ne voyons en effet aucune raison objective permettant de justifier ici une distinction.

Il faudrait en outre modifier le titre de l'art. 21 de la loi sur la nationalité suisse (LN) « Conjoint d'un citoyen suisse », dans la section Naturalisation facilitée, en le remplaçant par exemple par « Conjoint ou conjointe d'une personne ayant la nationalité suisse ».

5.5 Rentes de survivants

Le rapport explicatif précise qu'il n'y aura pas de modification au niveau de la rente des survivants.²⁵ L'égalisation entre la rente de veuve et la rente de veuf, aujourd'hui soumises à des conditions différentes, n'est donc pas non plus l'objet du présent projet. Il apparaît cohérent et positif que les veuves issues d'un mariage entre personnes de même sexe aient les mêmes droits que celles issues d'un mariage entre personnes de sexe différent ; cette disposition constitue une amélioration par rapport à la situation actuelle où les veuves issues d'un partenariat enregistré n'ont droit qu'à la rente de veuf.

5.6 Droit international privé

Les modifications apportées au droit international privé sont à saluer puisqu'elles garantissent enfin la reconnaissance totale des mariages entre personnes de même sexe contractés à l'étranger.²⁶ Un point crucial est ici le changement automatique et à effet rétroactif du régime pour passer en participation aux acquêts : la solution proposée, à savoir une simple déclaration écrite unilatérale si l'un ou l'une des partenaires ne souhaite pas ce changement, apparaît ici opportune. Tous les couples concernés doivent cependant être informés suffisamment tôt et de la façon la plus complète possible sur cette possibilité ainsi que sur le délai relativement court de six mois.²⁷

5.7 Langue non genrée

Même si, au vu du volume des modifications nécessaires, on peut comprendre que le droit matrimonial n'ait pas été adapté dans sa totalité, c'est aussi une opportunité

25 Rapport explicatif : 3.2.2 « Rentes de survivants », p. 13.

26 Rapport explicatif : 4 « Droit international privé », p. 18 et suivantes.

27 Rapport explicatif : 4.2.4 « Régimes matrimoniaux », p. 22.

manquée. VoGay estime que le genre en le droit constitue aujourd’hui encore la base de multiples discrimination, en 2019 il serait de rigueur de réviser cette approche et opter pour des textes inclusifs au possible et ce dans tous les domaines du droit.

Nous rappelons dans ce contexte le postulat Flach qui demande de supprimer en droit toute référence inutile au sexe.²⁸ Dans ce cadre, il apparaît indispensable d’utiliser de façon cohérente une langue non genrée, y compris dans le domaine du droit matrimonial.

En résumé, nous sommes tout à fait favorables à l’avant-projet relatif au mariage civil pour toutes et tous et vous demandons d’opter pour la variante permettant l’accès au don de sperme.

Nous vous prions de prendre en considération nos préoccupations lors des prochaines étapes de la procédure législative et vous en remercions par avance.

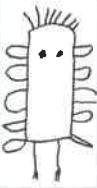
Avec nos salutations les meilleures.

Lausanne, le 17 juin

Mehdi Künzle,
Président



²⁸ Postulat Flach (18.3690) : « Supprimer en droit toute référence au sexe, pour assurer l’égalité de tous devant la loi » : <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>



Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA)

L'Association des autorités centrales cantonales en matière d'adoption (AAC)

L'Associazione delle autorità centrali cantonali in materia di adozione (AAC)

Präsidium VZBA c/o Kantonales Jugendamt / Denise Hug / Gerechtigkeitsgasse 8 / 3011 Bern

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Sekretariat
3003 Bern

Per Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 18.06.2019

13.468 n Pa.IV. Fraktion GL. Ehe für alle; Vernehmlassung zuhanden der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 14. Februar 2019 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats einen Vorentwurf zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts angenommen. Die Vernehmlassungsfrist, zum Vorentwurf und zum erläuternden Bericht Stellung zu nehmen, endet am 21. Juni 2019.

Der Verband der Kantonalen Zentralbehörden Adoption (VZBA) äussert sich – vor allem – in Bezug auf die Auswirkungen des neuen Gesetzes auf Adoptionen und die Entstehung eines Kindesverhältnisses. Er bedankt sich für die Möglichkeit zu einer Stellungnahme.

Grundsätzliches

Der VZBA begrüßt die Vorlage "Ehe für alle", unabhängig von der Geschlechterzusammensetzung und unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen einer gestaffelten Revision. Die in der Vorlage aufgezeigten Handlungsfelder sind aber nach Abschluss der vorgeschlagenen Änderungen zügig anzugehen.

Gemeinschaftliche Adoption durch verheiratete Personen des gleichen Geschlechts

Nach der Gesetzesänderung steht es auch verheirateten Personen gleichen Geschlechts offen, gemeinschaftlich zu adoptieren. Der VZBA begrüßt es, dass eine Gleichstellung auf rechtlicher Ebene stattfindet. Angesichts der Tatsache, dass gemeinschaftliche Adoptionen unbekannter

Kinder (international wie national) in den vergangenen Jahren für gemischtgeschlechtliche Ehepaare drastisch rückläufig waren (1980: 680, 2017; 96), dürfte sich durch die Erweiterung der Möglichkeit zur Adoption für homosexuelle Ehepaare die Lage weiter zuspitzen. Daher könnten bei gleichgeschlechtlichen Ehepaaren wenig realistische Hoffnungen auf ein Adoptivkind geweckt werden.

Zu beachten ist, dass internationale Adoptionen durch gleichgeschlechtliche Paare nicht aus allen Ländern möglich sind, da deren Gesetzgebung es nicht zulässt. Es ist auch denkbar, dass aus gewissen Ländern gar keine Kindervorschläge mehr gemacht werden, wenn in der Schweiz auch die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paar möglich ist.

Art. 252 Abs. 2 ZGB (Entstehung Kindesverhältnis) und Art. 259a ZGB (Elternschaft des Ehemannes oder der Ehefrau) [Variante]

Die bisherige Vaterschaftsvermutung des Ehemannes wird auf die mit der Mutter verheiratete Frau erweitert. Die Herleitung der vorgeschlagenen Variante erfolgt über den – verständlicherweise – angestrebten Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. So kann ein Fortpflanzungsverfahren nur bei Paaren angewendet werden, zu denen ein Kindesverhältnis im Sinne der Artikel 252 - 263 ZGB begründet werden kann (vgl. Ziff. 3.2.3.2, S. 15 und S. 29 Vorentwurf).

Die vorgeschlagene originäre Entstehung des Kindesverhältnisses zur nicht gebärenden Ehefrau lässt ausser Acht, dass Geburten auch bei miteinander verheirateten Frauen nicht immer Resultat einer Samenspende sind. Im Unterschied zur Vaterschaftsvermutung besteht hier aber keinerlei Korrektiv über Anfechtungsklagen. Der wohlgemeinten Variante steht im realen Leben ein erhebliches Konfliktpotential gegenüber.

Die Kommission hat entschieden, das Abstammungsrecht nicht mit dieser Gesetzesvorlage zu behandeln, obwohl - unbestrittenemassen - Revisionsbedarf bestehe (vgl. Ziff. 5.3., S. 26 Vorentwurf). Wir finden es richtig, dass das Abstammungsrecht separat – zu einem späteren Zeitpunkt – behandelt wird. Für uns ist es unabdingbar, dass die Mutterschaftsvermutung der mit der Mutter verheirateten Frau im Rahmen einer Abstammungsrechtsvorlage behandelt wird. Entsprechend lehnen wir die vorgelegte Variante ab, da mit der vorliegenden Vorlage, ohne gesamtheitliche Beurteilung, faktisch die soziale Elternschaft eingeführt wird. Zudem ist die Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter auch nicht mit der Vaterschaftsvermutung des Ehemannes der Mutter vergleichbar. Die Vaterschaftsvermutung des Ehemannes basiert auf der wohl meistens richtigen Annahme, dass der Ehemann der Mutter auch der biologische Vater des Kindes ist. Bei der Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter kann dies mit Bestimmtheit nicht zutreffen.

Die Gleichschaltung der Fälle ist somit aus Sicht der biologischen/genetischen Elternschaft durchaus fraglich. Im Weiteren beantwortet die Vorlage die Frage nicht, wie mit dem zweifelsfrei vorhandenen biologischen Vater rechtlich umgegangen wird. Ihm wird die Möglichkeit der Anerkennung seines biologischen Kindes offensichtlich verwehrt.

Weiter handelt es sich um eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen, miteinander verheirateten Männern.

Eine Öffnung hin zu rechtlichen Elternschaften ist grundsätzlich begrüssenswert, müsste aber diskriminierungsfrei sowie unter Offenlegung der biologischen Abstammung des Kindes erfol-

gen. Der Schweizer Gesetzgeber hat mit der Vaterschaftsvermutung des Ehemanns der Kindsmutter bewusst in Kauf genommen, dass der Ehemann nur rechtlicher, aber nicht immer biologischer Vater sein muss. Insofern müsste konsequenterweise – wie dies ausländische Rechtsordnungen erfolgreich vorgeben – die eheliche Vaterschaftsvermutung abgeschafft werden und durch eine generelle Vaterschaftsanerkennung mit Zustimmung der Kindsmutter (zur Vermindeung von Missbräuchen) ersetzt werden, wobei gleichzeitig auch eine Anerkennung der Elternschaft durch Frauen eingeführt werden könnte. Zu beachten ist zum Schutze des Kindswohls, dass die biologische Abstammung gesichert und registriert wird, damit das Kind das Recht auf Kenntnis seiner Abstammung wahrnehmen kann.

Zudem sind auch sämtliche fortppflanzungsmedizinischen Möglichkeiten für die Schweiz vertieft zu prüfen und soweit möglich zuzulassen, da ansonsten die bereits laufende Umgehung des Schweizer Rechts durch medizinische Eingriffe im Ausland (teils unter kritischen rechtlichen, ethischen und medizinischen Bedingungen) erfolgt und dies zu weiteren Problemen auch in der Schweiz führt.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Denise Hug
Präsidentin VZBA

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats
Per E-Mail an: debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Bern, 17.Juni 2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Einleitend einige Informationen zu WyberNet:

WyberNet ist das Schweizerische Berufsnetzwerk von Frauen mit lesbischer Identität aus verschiedenen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Wissenschaft, Dienstleistung etc.), die im Profit- oder Nonprofitbereich, in der Verwaltung oder als selbständige Unternehmerinnen tätig sind.

WyberNet dient der Vernetzung von lesbisch identifizierten Berufsfrauen untereinander.

Ausgangslage

Im Jahr 2013 wurde die Parlamentarische Initiative zur Ehe für alle eingereicht, doch erst fast sechs Jahre später liegt ein erster Gesetzesentwurf vor. In diesen Jahren ist die Zustimmung in der Bevölkerung zur Ehe für alle nochmals stark gestiegen, nachdem bereits im Jahr 2005 – vor 15 Jahren – die eingetragene Partnerschaft mit einer sehr deutlichen Mehrheit von 58% der Stimmenden angenommen wurde.¹

Bei einer repräsentativen Umfrage von gfs.Zürich im April 2016 befürworteten 69% der Befragten eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare² (ja: 40%, eher ja: 29%). Auch eine entsprechende repräsentative Themenumfrage von Tamedia im Dezember 2017 zeigte, dass nur noch 24% der Bevölkerung die Ehe für alle ablehnen.³ **Es zeigt sich somit, dass die Zustimmung zur Öffnung der Ehe in der Bevölkerung stetig steigt und dass damit ein offensichtlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um diese Realität abzubilden.**

Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft im Jahr 2007 war ein wichtiger Schritt, jedoch bestehen zwischen der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft weiterhin gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie. Zusätzlich führt das Spezialkonstrukt der eingetragenen Partnerschaft zu einer Stigmatisierung von eingetragenen Partner*innen, da sich diese in vielen Lebensbereichen als gleichgeschlechtlich liebend outen

¹ <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20050605/index.html>

² Geschlechtsbezeichnungen der Partner*innen beziehen sich im Folgenden auf das zivilrechtliche Geschlecht, respektive auf die biologische Funktion in Bezug auf Kinder. Dies beinhaltet keine Aussage über deren Geschlechtsidentität respektive Geschlechtsausdruck.

³ Siehe Tamedia-Themenumfrage, S. 9:

https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

müssen. In vielen Formularen wird nach dem Zivilstand gefragt (z.B. auch für Arbeits- oder Mietverhältnisse) und ein auf diese Weise erzwungenes Coming-out kann schwerwiegende persönliche Folgen haben, was durch die Angleichung des Zivilstandes verhindert werden kann.

Auch für Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation sehr unbefriedigend: Für gleichgeschlechtliche Paare gibt es in der Schweiz momentan keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen und von Anfang an gemeinsam Eltern zu sein. Mit der Einführung der Stiefkindadoption im Jahr 2018 ist es nun wenigstens möglich, ein gemeinsames Kind rechtlich abzusichern, doch ist dies mit vielen Hürden und hohen Kosten verbunden. Gleichzeitig ist das Kindeswohl in der z.T. sehr langen Wartezeit von Geburt, 1-jährigem Pflegeverhältnis, Antrag auf Stiefkindadoption bis zu deren Genehmigung (bis zu 2.5 Jahren) gefährdet: Stirbt der leibliche Elternteil in dieser Zeit, so hat der überlebende Elternteil keine Rechte am Kind, obwohl dieses meist das gemeinsame Wunschkind ist.

Diese Situation zeigt deutlich: Das Kindeswohl steht heute nicht im Zentrum. Die bisherigen Regelungen zeugen von einem überholten Familienbild und sollten der Realität angepasst werden.

Die Schweiz ist momentan eines der letzten Länder Westeuropas, welches die Ehe gleichgeschlechtlichen Paaren noch immer verwehrt. In den Niederlanden wurde bereits 2001 die Ehe geöffnet, zuletzt haben auch Deutschland (2018) und Österreich (2019) diesen Schritt vollzogen.⁴ Sogar im eher katholisch geprägten Irland wurde die Ehe für alle im Rahmen einer Volksabstimmung im Jahr 2015 mit klaren 62% angenommen. Auch wenn die Schweiz sich mit gesellschaftspolitischen Öffnungen schwertut – wie beispielsweise die Einführung des Frauenstimmrechts zeigte –, ist es jetzt an der Zeit, die Ehe auch in der Schweiz für gleichgeschlechtliche Paare endlich zu öffnen.

1 Unser Anspruch: Gleiche Rechte

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Die für die Verfassung bewusst verwendete Umschreibung der «Lebensform» bezeichnet nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung und wurde so auch in Gesetzeserlasse und die herrschende Rechtslehre übernommen. Eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren verstößt folglich gegen die Verfassung.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen bei der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Dazu gehört die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren in sämtlichen Rechtsbereichen, wie dies auch im erläuternden Bericht zum Vorentwurf festgeschrieben ist.⁵ Der vollständigen Gleichstellung entspricht nur der Vorentwurf mit Variante («Zugang zur Samenspende»), da ansonsten weiterhin eine Ungleichbehandlung bestehen würde.

Die Einführung der Ehe für alle dient jedoch nicht nur all jenen gleichgeschlechtlichen Paaren, welche heiraten möchten, sondern sie hat auch relevante gesellschaftliche Auswirkungen: Eine Studie im Jahr 2018 zeigte auf, dass die Einführung der Ehe für alle ein wichtiges positives gesamtgesellschaftliches Signal aussendet.⁶ Demnach fördert die Ehe für alle die Akzeptanz von homo- und bisexuellen Menschen in der Gesellschaft, wohingegen Spezialkonstrukte wie die eingetragene Partnerschaft zu einer gewissen Stigmatisierung führen, da sie damit als eine «Out-

⁴ Vollständige Übersicht: <https://rainbow-europe.org>

⁵ Erläuternder Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates: 3.2 «Auswirkungen der Öffnung der Ehe», S. 12.

⁶ Abou-Chadi, T. und Finnigan, R. (2018): «Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe», Comparative Political Studies, 1-28: https://www.dropbox.com/s/rmgpsrt95qskpn/Abou-Chadi_Finnigan2018_CPS.pdf?dl=0

Group» gekennzeichnet werden, was sich negativ auf die Akzeptanz auswirkt. **Die Öffnung der Ehe verstärkt also positive Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen (LGB-Menschen) und wirkt sich somit positiv auf eine sehr grosse Anzahl von Menschen in der Schweiz aus.** Denn verschiedene Studien zeigen, dass zwischen 5-10% der Bevölkerung schwul, lesbisch oder bisexuell sind – das entspricht also mehreren hunderttausend Personen in der Schweiz.

Da bei LGB-Menschen die psychische Gesundheit gerade aufgrund erlebter oder befürchteter Ablehnung und Diskriminierung deutlich schlechter und die Suizidalität klar höher ist,⁷ ist der Staat auch in der Verantwortung, alles zu unternehmen, um die Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und damit die Schwierigkeiten für LGB-Menschen zu reduzieren. Die Öffnung der Ehe und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Belangen ist somit auch zwingend, um die Situation für alle lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen zu verbessern.

Bereits im Januar 1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» mit über 85'000 Unterschriften eingereicht. Fast 25 Jahre später ist es an der Zeit, dieser Forderung endlich nachzukommen und den gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schweiz tatsächlich die gleichen Rechte zuzugestehen – ohne Abstriche.

2 Grundsätzliche Bemerkungen zum Gesetzesorentwurf

WyberNet unterstützt die Parlamentarische Initiative zur «Ehe für alle» und den von der Rechtskommission des Nationalrats ausgearbeiteten Vorentwurf grundsätzlich. **Dabei ist zu betonen, dass WyberNet nur eine vollständige Gleichstellung mit umfassender Umsetzung der Ehe für alle vorbehaltlos befürwortet.**

Ein Ausschluss von einzelnen Bereichen wie der Zugang zur Samenspende lässt sich angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) nicht rechtfertigen. Entsprechend müssen sämtliche Bestimmungen angepasst werden, welche bei vergleichbarer Sachlage zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren führen. Die Kernvorlage allein erfüllt diese Anforderungen nicht. **Unserer Ansicht nach ist es daher im Hinblick auf die anvisierte Gleichstellung und mit Blick auf die bestehenden gravierenden Probleme unverzichtbar, dass die Variante mit Zugang zur Samenspende umgesetzt wird.⁸**

Begrüßt wird von WyberNet insbesondere, dass der vorliegende Entwurf eine Öffnung der Ehe durch eine einfache Gesetzesänderung vorsieht und nicht eine Verfassungsänderung. Das Gutachten des Bundesamts für Justiz kommt klar und richtigerweise zum Schluss, dass keine Verfassungsänderung notwendig ist, da die Verfassung dynamisch und somit zeitgemäß auszulegen und die Ehe entsprechend durch eine Gesetzesänderung zu öffnen sei.⁹ Entsprechend unterstützen wir die Position der Mehrheit der Rechtskommission.

Auch den Einschluss des Zugangs zum Adoptionsverfahren für gleichgeschlechtliche Paare unterstützen wir klar. Es ist heute unverständlich, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam Kinder adoptieren können – vor allem, wenn man bedenkt, dass alleinstehende Einzelpersonen zum Adoptionsverfahren zugelassen sind. Die Öffnung dieses Zugangs im Rahmen der Ehe für alle hat sich in sämtlichen europäischen Ländern, welche die Ehe für alle in den letzten fast 20 Jahren eingeführt haben, bewährt.

3 Variante mit Zugang zur Samenspende

⁷ Diverse Studien, siehe u.A.: Wang, J. et al. (2012): «Suicidality and sexual orientation among men in Switzerland: Findings from 3 probability surveys», in: Journal of Psychiatric Research, 46, 8.

⁸ Erläuternder Bericht: 3.2.3.2 «Zugang zur Fortpflanzungsmedizin», S. 15.

⁹ Erläuternder Bericht: 2.2 «Normstufe: Verfassung oder Gesetz», S. 8.

Gleichgeschlechtliche Eltern sind schon längst eine Realität: Schätzungen zufolge leben in der Schweiz aktuell zwischen 6'000 und 30'000 Kinder in Regenbogenfamilien. Die Hälfte dieser Familien wurden durch eine Samenspende gegründet, knapp ein Fünftel davon von einem privaten Spender, ein Drittel mit der Hilfe einer Samenbank im Ausland.¹⁰ Samenspenden sind also ein zentrales Element für die Familiengründung, insbesondere von Frauenpaaren. Die rechtliche Absicherung der betroffenen Kinder und Familien ist gemäss geltendem Recht ungenügend.

Zahlreiche aktuelle Studien haben belegt, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern sich ebenso gut entwickeln wie jene mit verschiedengeschlechtlichen Eltern. Für das Wohl des Kindes, so die Forschungsergebnisse, sind die Beziehungsqualität und das Klima in der Familie entscheidend. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung der Eltern ist für die Entwicklung eines Kindes unerheblich.¹¹ Der Dachverband Regenbogenfamilien geht in seinem Argumentarium vertieft auf diese Aspekte ein.¹²

Die heutige Rechtslage ist für Regenbogenfamilien massiv ungenügend. Die im erläuternden Bericht angesprochene Notwendigkeit einer generellen Prüfung des schweizerischen Abstammungsrechts rechtfertigt einen Aufschub der Regelung im Rahmen der vorliegenden Vorlage nicht.¹³ Mit dem gemäss Variante vorgesehenen Zugang zur Samenspende und zur originären Elternschaft erfolgt die mit der Ehe für alle angestrebte Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Ehepaaren. Einer allfälligen späteren Neugestaltung des Abstammungsrechts, welche nota bene wiederum für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare gelten muss, steht dies nicht im Wege.

Wir befürworten klar, den Gesetzesvorentwurf mit der Variante zu Art. 252 Abs. 2 und Art. 259a ZGB. Der vorgeschlagene neue Art. 259a ZGB beinhaltet – analog der Vaterschaftsvermutung von Art. 255 ZGB – eine Vermutung der Elternschaft der gleichgeschlechtlichen Ehefrau und stellt damit gleichzeitig den Zugang zu medizinischen Fortpflanzungsverfahren sicher, da letztere nur bei Paaren angewendet werden dürfen, zu denen ein Kindesverhältnis begründet werden kann. Damit wird mit dieser Variante einerseits der Zugang zur Samenspende gewährleistet, andererseits aber auch die originäre Elternschaft ermöglicht.

3.1 Für den Zugang zur Samenspende genügt eine Gesetzesänderung

Auch wenn der Bundesrat und das Bundesamt für Justiz bisher den Standpunkt vertraten, für den Zugang zur Samenspende bedürfe es einer Verfassungsänderung, zeigte ein Gutachten von Prof. Dr. Andreas R. Ziegler der Universität Lausanne vom Januar 2019 auf, dass dies nicht der Fall ist.¹⁴ Dabei ist die Definition des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» relevant, wie er als Voraussetzung für die Zulassung zur Samenspende in der Bundesverfassung festgeschrieben ist. Das Gutachten zeigt, dass auch Paare, welche zwar nicht «medizinisch», jedoch konstellationsbedingt unfruchtbar sind, als unfruchtbar im Sinne der Verfassung gelten – entsprechend ist der Begriff auch auf gleichgeschlechtliche Paare anwendbar. Das Gutachten führt weiter aus, dass sich die Haltung des Bundesamts für Justiz und des Bundesrats auf traditionelle gesellschaftliche Vorstellungen von anfangs der 90-er Jahre stützt und dass diese Auslegung heute überholt ist. Der überwiegende Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass aus der Verfassung kein Verbot fortppflanzungsmedizinischer Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare abgeleitet werden kann.

Das Gutachten Ziegler kommt unseres Erachtens zu Recht zum Schluss, dass der heutige Ausschluss von Frauenpaaren von der Samenspende lediglich auf einfachem Gesetzesrecht beruht und entsprechend auch ohne Verfassungsänderung angepasst werden kann. Da die Öffnung der Ehe eine tatsächliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit verschiedengeschlechtlichen

¹⁰ Nationale Umfrage des Dachverbands Regenbogenfamilien: <https://www.regenbogenfamilien.ch/nationale-umfrage/>

¹¹ Zusammenfassung von 75 quantitativen und qualitativen Forschungsarbeiten (Law School Columbia, USA): <https://whatwекnow.inequality.cornell.edu/topics/lgbt-equality/what-does-the-scholarly-research-say-about-the-wellbeing-of-children-with-gay-or-lesbian-parents>

¹² Vollständiges Argumentarium: <https://www.regenbogenfamilien.ch/argumentarium-ehe-fuer-alle-all-inclusive/>

¹³ Erläuternder Bericht: 5.3 «Weitere Fragen zum Abstammungsrecht», S. 26.

¹⁴ Ziegler, Andreas R. (2019): Kurzgutachten zur Frage des Zugangs gleichgeschlechtlicher Paare zu fortppflanzungsmedizinischen Verfahren in der Schweiz (Auslegung des Begriffs der «Unfruchtbarkeit» in Art. 119 Abs. 2 Bst. c BV), Avis de droit, Lesbenorganisation Schweiz (LOS): https://serval.unil.ch/notice/serval:BIB_2F3DA0DD2F66.

Paaren zum Ziel hat, gibt es keinen Grund, Frauenpaare weiter von der Samenspende auszuschliessen und die diskriminierenden Regelungen beizubehalten.

3.2 Zugang zur Samenspende

Die Samenspende ist heutzutage die häufigste Methode, mit der Frauenpaare Familien gründen, sie ist daher von erheblicher Bedeutung. Viele in der Schweiz lebende Frauenpaare machen von der Möglichkeit Gebrauch, Kinder durch eine Samenspende im Ausland zu zeugen. Sie setzen sich so nicht nur unnötigen gesundheitlichen und rechtlichen Risiken aus, sondern sind gezwungen, teure und zeitaufwendige Verfahren in Anspruch nehmen. Oft setzen sich Frauenpaare mit Kinderwunsch auch gesundheitlichen Risiken aus, weil sie sich etwa auf dubiose Angebote von Samenspendern (problemlos zu finden im Internet) einlassen oder – aus Angst vor dem "illegalen" Vorgehen – ungenügend medizinisch versorgt werden. Demgegenüber erhalten verschiedengeschlechtliche Paare sämtliche Dienstleistungen, die für eine künstliche Befruchtung nötig sind, sicher und günstig in der Schweiz. Diese Ungleichbehandlung von verschiedengeschlechtlichen und gleichgeschlechtlichen Paaren beim Zugang zur Samenspende ist diskriminierend und sachlich nicht gerechtfertigt.

3.3 Originäre Elternschaft

Die als Variante vorgeschlagene Gesetzesänderung¹⁵ ermöglicht zudem die originäre Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Das heißt, dass gleichgeschlechtliche Ehepaare ab Geburt ihres – gemeinsam geplanten und gezeugten – Kindes gemeinsam rechtliche Eltern sind. Der umständliche und an strenge Voraussetzungen geknüpfte Schritt über die zeitaufwendige und teure Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter entfällt. Die Praxis zeigt, dass die seit 01.01.2018 mögliche Stiefkindadoption keine befriedigende Alternative zur originären Elternschaft darstellt. Nicht nur die strengen Voraussetzungen und die lange Zeitdauer zwischen Geburt und Adoption sind eine grosse Belastung, sondern auch die akribische «Eignungsprüfung» wird als demütigend und als ungerechtfertigte Einmischung empfunden. So werden etwa im Kanton Zürich 22 Beilagen verlangt, in denen Persönlichstes preisgegeben werden muss, und es kann z.B. eine Krankheit des adoptierenden Elternteils zum Stolperstein werden. Das Adoptionsverfahren stellt eine Diskriminierung gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren dar, die ihre rechtliche Elternschaft ohne Eignungsprüfung und direkt ab Geburt herstellen können.

Kinder von Frauenpaaren, die mittels Samenspende gezeugt wurden, haben heute bei der Geburt nur einen rechtlichen Elternteil. Durch die originäre Elternschaft wird das Kindeswohl ins Zentrum gerückt, da das Kind von Geburt an rechtlich abgesichert ist und zwei Elternteile hat. Für die Absicherung des Kindes ist dies fundamental, denn mit der Begründung eines Kindsverhältnisses sind elementare Rechte verbunden wie Name, Bürgerrecht, elterliche Sorge, Unterhalt, Sozialversicherungsleistungen, Erbrecht oder Steuern.

3.4 Gleichstellung von Frauen- und Männerpaaren

Die Ehe für alle hat die Gleichstellung von gleich- mit verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zum Ziel – und zwar im Rahmen des derzeit für Ehepaare geltenden Rechts. Dabei lässt sich sachlich nicht rechtfertigen, Frauenpaare den Zugang zur Samenspende zu verweigern, obwohl dieser verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren offen steht.

Männerpaare jedoch können aus biologischen Gründen primär nur über eine Leihmutterchaft ein eigenes Kind bekommen. Da die Leihmutterchaft in der Schweiz für alle Personen – d.h. sowohl für gleich-, als auch für verschiedengeschlechtliche Paare – verboten ist, steht sie im Rahmen der Ehe für alle nicht zur Diskussion. Das Verbot der Leihmutterchaft sowie von weiteren fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ist in der Verfassung festgeschrieben und wird durch diese Vorlage nicht berührt. Eine Diskriminierung von Männerpaaren liegt hier nicht vor und ist entsprechend ein haltloses Argument.

¹⁵ Art. 252 Abs. 2 und 259a VE-ZGB.

4 Beurteilung weiterer Punkte des Gesetzesvorentwurfs

4.1 Schicksal / Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft

Es ist zu begrüssen, dass bereits geschlossene eingetragene Partnerschaften weitergeführt werden können. Die vorgeschlagene Möglichkeit zur unbürokratischen Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe ist die zwingende Ergänzung dazu. Zentral ist ausserdem, dass bei Bestimmungen, welche an die Dauer einer Ehe anknüpfen, die vorhergehenden Jahre in eingetragener Partnerschaft ebenfalls angerechnet werden, wie dies auch im Vorentwurf festgehalten wird.¹⁶

Stossend ist einzig, dass eine Umwandlung erneut mit Kosten verbunden sein wird.¹⁷ Da viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Es ist zusätzlich anzumerken, dass die Forderungen nach einer rechtlichen Absicherung, ähnlich dem französischen PACS, weiterverfolgt werden sollen.¹⁸ Eine fortschrittliche Gesetzgebung, welche die Realitäten in der Gesellschaft anerkennt, darf für die gegenseitige rechtliche Absicherung nicht nur auf ein starres Institut wie die Ehe setzen. Viele gelebte Gemeinschaften – sowohl von hetero- wie von homo- und bisexuellen Menschen – können nicht durch eine Ehe abgedeckt werden, doch sollte es auch für diese Personen Möglichkeiten der gegenseitigen Absicherung geben. Diese Diskussion ist jedoch richtigerweise unabhängig von der Öffnung der Ehe zu führen, denn sie betrifft sämtliche Paare, nicht nur gleichgeschlechtliche.

4.2 Güterstandsumwandlung

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe soll auch der Güterstand angepasst werden, sofern nichts anderes geregelt ist.¹⁹ Somit haben gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft den gleichen ordentlichen Güterstand und die gleiche Wahlfreiheit wie verschiedengeschlechtliche Paare. Mit Blick auf die Rechtssicherheit erscheint es sinnvoll, dass der neue Güterstand wie vorgeschlagen nicht rückwirkend seit der Eintragung der Partnerschaft gilt, sondern erst ab dem Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe.²⁰ Andernfalls könnte der Prozess für zahlreiche Paare verkompliziert werden oder gar ein Hindernis darstellen auf dem Weg zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe.

Auch das Weiterbestehen von Vermögensverträgen, welche vor der Umwandlung geschlossen wurden, ist eine pragmatische Lösung, die zu begrüssen ist.

Für gewisse Paare kann die Änderung ihres Güterstandes grosse Auswirkungen haben. Deshalb ist vor der Umwandlung eine umfassende Information der Paare durch die Zivilstandsämter zwingend notwendig.

4.3 Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption

Da verheiratete gleichgeschlechtliche Partner in Zukunft auch als «Ehegatten» gelten, werden sie automatisch Zugang zum Adoptionsverfahren erhalten. Dies entspricht einer längst fälligen Gleichstellung und ist zwingend notwendig. Diverse Studien zeigen, dass Kinder aus Regenbogenfamilien keine Nachteile erfahren – weder in ihrer persönlichen Entwicklung noch in der Gesellschaft. Weiter gelten die Argumente aus Kapitel 4 auch in diesem Punkt.

¹⁶ Erläuternder Bericht: 3.3.2 «Die Auswirkungen der Umwandlung», S. 17.

¹⁷ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 32.

¹⁸ Siehe auch angenommenes Postulat Caroni/Portmann (15.3431): «Ein «PACS» nach Schweizer Art»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153431>

¹⁹ Der ordentliche Güterstand bei einer eingetragenen Partnerschaft ist die Gütertrennung, bei einer Ehe die Errungenschaftsbeteiligung.

²⁰ Erläuternder Bericht: 6.2 «Erläuterungen zum VE-PartG», S. 33.

4.4 Einbürgerung

Wir begrüssen es, dass mit der Öffnung der Ehe die Bestimmungen betreffend der Einbürgerungsvoraussetzungen von mit Schweizer*innen verheirateten Personen in gleicher Weise auf verschieden- wie auf gleichgeschlechtliche Ehepaare Anwendung finden sollen. Es ist in der Tat kein sachlicher Grund ersichtlich, der hier eine Unterscheidung rechtfertigen könnte.

Ergänzend sollte im Bürgerrechtsgesetz (BüG) im Abschnitt „Erleichterte Einbürgerung“ der Titel von Art. 21 „*Ehefrau eines Schweizers oder Ehemann einer Schweizerin*“ geändert werden, zum Beispiel in „*Ehegatte einer Person mit schweizerischer Staatsangehörigkeit*“.

4.5 Hinterlassenenrente

Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass bei der Hinterlassenenrente keine Anpassungen vorgenommen werden.²¹ Entsprechend ist eine Gleichstellung von Witwen- und Witwerrenten, die heute unterschiedlichen Voraussetzungen unterstehen, nicht Gegenstand der vorliegenden Vorlage.

Es ist folgerichtig und zu begrüssen, dass Witwen aus gleichgeschlechtlichen Ehen die gleichen Rechte erhalten wie Witwen aus verschiedengeschlechtlichen Ehen, was eine Verbesserung gegenüber der heutigen Situation darstellt, in der Witwen aus eingetragenen Partnerschaften nur eine Witwerrente zugestanden wird.

Es erscheint uns richtig, die Diskussion über eine grundsätzliche Überarbeitung der Witwen- und der Witwerrente mit dem Ziel einer kompletten Gleichstellung der Geschlechter und Zivilstände nicht im Rahmen der Ehe-für-alle-Vorlage zu führen, da sie die gesamte Gesellschaft betrifft.

4.6 Internationales Privatrecht

Die Anpassungen im internationalen Privatrecht sind zu begrüssen, gewährleisten sie doch endlich die vollständige Anerkennung von im Ausland geschlossene Ehen gleichgeschlechtlicher Paare.²² Ein zentraler Punkt dabei ist die automatische und rückwirkende Änderung des Güterstands zur Errungenschaftsbeteiligung: Die vorgeschlagene Regelung einer einfachen und einseitigen schriftlichen Erklärung, wenn ein*e Partner*in diese Änderung nicht möchte, erscheint sinnvoll. Sämtliche betroffene Paare müssen jedoch frühzeitig und umfassend über diese Möglichkeit und das relativ kurze Zeitfenster von einem halben Jahr informiert werden.²³

4.7 Geschlechtergerechte Sprache

Der Verzicht auf die Anpassung des gesamten Ehrechts in geschlechtergerechter Sprache ist angesichts des Umfangs der nötigen Anpassungen einigermassen nachvollziehbar, jedoch auch eine verpasste Chance. WyberNet unterstützt das vorgeschlagene Vorgehen, die Überarbeitung soll jedoch in naher Zukunft angegangen werden.

Dabei sei auch auf das Postulat Flach verwiesen, das eine Beseitigung von Regelungen fordert, die ohne Grund an das Geschlecht anknüpfen.²⁴ Im Zuge dessen wäre eine durchgehende geschlechtergerechte Sprache – auch im Ehrech – unumgänglich.

²¹ Erläuternder Bericht: 3.2.2 «Hinterlassenenrenten», S. 13.

²² Erläuternder Bericht: 4 «Internationales Privatrecht», S18ff.

²³ Erläuternder Bericht: 4.2.4 «Ehegüterrecht», S. 22.

²⁴ Postulat Flach (18.3690): «Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Rechtliche Anknüpfungen an das Geschlecht abschaffen»: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183690>

Zusammenfassend können wir festhalten, dass wir den Vorentwurf zur Ehe für alle sehr begrüßen und beantragen, dass die Variante mit dem Zugang zur Samenspende berücksichtigt wird.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse



Co-Präsidentin



Maja Ulli

maja.ulli@wybernet.ch

www.wybernet.ch



LGBTIQ+ Students Zürich

z&h
Rämistrasse 62
8001 Zürich

Zürich, den 21. Juni 2019

Kommission für Rechtsfragen des
Nationalrats
per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung nehmen zu dürfen.

z&h ist eine Organisation für LGBTIQ+-Studierende in Zürich. Gemeinsam mit anderen Vereinen organisieren wir regelmässig vielfältige Anlässe für die LGBTIQ+-Community an den Zürcher Hochschulen. Weiter setzen wir uns für die Rechte von LGBTIQ+-Personen in- und ausserhalb der Zürcher Hochschulen ein. In den letzten 30 Jahre haben wir über 1000 LGBTIQ+-Studierenden ermöglicht, ihren Horizont zu erweitern, neue Kontakte zu knüpfen und die Vielfalt in der akademischen Welt und in unserer Gesellschaft zu fördern. Es ist uns deshalb ein grosses Anliegen, zum Gesetzesvorentwurf «Ehe für alle» Stellung zu nehmen.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt.¹ Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäss ist.

¹ Repräsentative Umfrage gfs.Zürich (April 2016): Befürworten Sie die Öffnung der Ehe: 40% ja, 29% eher ja.
Siehe auch Tamedia-Themenumfrage, S. 9:
https://www.tamedia.ch/tl_files/content/Group/PDF%20Files/Deutsch/Bericht_Themenumfrage_2017.pdf

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stiefkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare umgesetzt werden muss.**

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Vorstands



Henry Raymond
Sekretär z&h

Glarus, 5. Juni 2019

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehme ich zu den geplanten Gesetzesänderungen Stellung.

Art. 252 Abs. 2 ZGB (Entstehung Kindsverhältnis) und Art. 259a ZGB (Elternschaft des Ehemannes oder der Ehefrau)

Die heutige Entstehung des Kindsverhältnisses zum Vater durch Vaterschaftsvermutung des Ehemannes wird neu auf die mit der Mutter verheiratete Frau erweitert. Bei Geburten miteinander verheirateten Frauen entsteht das Kind nicht zwingend aus einer Samenspende. Die Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter kann mit der Vaterschaftsvermutung des Ehemannes der Mutter nicht verglichen werden. Die Vaterschaftsvermutung des Ehemannes basiert auf der Annahme, dass der Ehemann der Mutter auch der biologische Vater des Kindes ist. Bei der Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter kann dies mit Bestimmtheit nicht zutreffen. Wie geht der biologische Vater mit der Tatsache um, dass ihm eine Anerkennung seines biologischen Kindes offensichtlich verwehrt bleibt. Ebenfalls handelt es sich um eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen, miteinander verheirateten Männern.

Antrag:

Die Entstehung des Kindsverhältnisses (Mutterschaftsvermutung der Ehefrau der Mutter) ist in einer separaten Vorlage über das Abstammungsrecht zu klären. Eine Erleichterung der Stiefkindadoption ist in diesem Falle in Betracht zu ziehen.

Wirkungen der eingetragenen Partnerschaft

Art. 12a PartG (Name)

Mit Inkrafttreten der "Ehe für alle" können in der Schweiz keine weiteren eingetragenen Partnerschaften mehr eingegangen werden. Bei der Eintragung einer Partnerschaft können Partnerinnen oder Partner heute den Namen behalten oder gegenüber der Zivilstandsbeamten oder dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie den Ledignamen der einen Partnerin oder des einen Partners als gemeinsamen Namen tragen wollen. Die Regelung der Wirkungen bezüglich Name bei Eintragung einer Partnerschaft erübrigt sich.

Antrag:

Art. 12a PartG kann aufgehoben werden.

Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe

Art. 35 PartG (Umwandlungserklärung)

Mittels Erklärung soll eine eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umgewandelt werden können und dies so einfach wie möglich. Auf Wunsch der betroffenen Personen kann das Zivilstandamt jedoch eine Zeremonie durchführen. Dass im Rahmen von erklärenden Ereignissen (z.B. Kindsanerkennungen) Zeremonien durchgeführt werden können, ist praxisfremd. Sollten solche Zeremonien trotzdem möglich sein, müsste dies im Gebührentarif geregelt werden.

Die Umwandlungserklärung muss gemeinsam und persönlich beim Zivilstandamt unterzeichnet werden. Leben diese Gesuchsteller im Ausland, ist zu prüfen, ob diese Erklärung gegebenenfalls auf der Schweizer Vertretung dieses Landes entgegengenommen werden kann.

Art. 35a PartG (Wirkungen der Umwandlungserklärung)

Ungeklärt bleibt, ob die Umwandlung mit neuen Wirkungen betreffend Namensführung und das Bürgerrecht zu beurteilen ist. Können die Ehegatten ihre Namensführung, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen neu wählen und welche Auswirkungen die Umwandlung auf allfällige Kinder eines Partners hat.

Antrag:

Sofern für ein Umwandlungsverfahren Zeremonien möglich sind, ist dafür eine kostendeckende Gebührenposition vorzusehen.

Es ist zu prüfen ob die Entgegennahme dieser Erklärungen bei den Aufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland in Art. 5 ZStV ergänzt werden könnten.

Die Wirkungen der Umwandlung sind klar zu regeln.

IPRG

Eingetragene Partnerschaften werden nach Einführung der Ehe für alle in der Schweiz nicht mehr möglich sein. Für die Anerkennung ausländischer Ereignisse ist seit dem 1. Januar 2019 das Amt für Migration und Zivilrecht Graubünden zuständig, daher wird auf eine Stellungnahme in Bezug auf das IPRG verzichtet.

Personenstandsregister (Infostar)

Die Auswirkungen der Umsetzung im schweizerischen Personenstandsregister (Infostar) bedarf technischen Anpassungen. Diese entstehenden Kosten werden nirgends erwähnt und auch nicht wer dafür aufkommen wird.

Antrag:

Diese Kosten sind aufzunehmen und vom Bund zu übernehmen.

Freundliche Grüsse

Zivilstandamt und Bürgerrechtsdienst des Kantons Glarus

Marianna Weber

reformierte kirche kanton zürich

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

per E-Mail an:
debora.gianinazzi@bj.admin.ch

Evangelisch-reformierte Landeskirche
des Kantons Zürich

Michel Müller
Kirchenratspräsident

Hirschengraben 50
Postfach
8024 Zürich
Tel. 044 258 92 51

michel.mueller@zh.ref.ch
www.zhref.ch

Zürich, 21. Juni 2019

Vernehmlassung zur Ehe für alle (parlamentarische Initiative 13.468)

Sehr geehrter Herr Kommissions ident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehme ich die Gelegenheit wahr, zu dieser Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Ich bin Präsident des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich (Zürcher Landeskirche) und deren Abgeordneter im Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK). Die Zürcher Landeskirche tritt gemäss ihrer Kirchenordnung Art. 6 "für die Familie, eine kinderfreundliche Gesellschaft..." ein. Der Kirchenrat der Zürcher Landeskirche vertritt die Kirche gegen aussen (Kirchenordnung Art. 220, Abs. 2, lit. b) und hat weiter gemäss Art. 220, Abs. 2, lit. o als grösste öffentlich-rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaft des Kantons Zürich mit 425'000 Mitgliedern den Auftrag, zu "Fragen ethischer und gesellschaftlicher Natur" Stellung zu nehmen. Bei der "Ehe für alle" handelt es sich zweifellos um eine solche, haben doch beispielsweise an der Zurich Pride 2019 über 50'000 Menschen teilgenommen, unter anderem auch eine Gruppe von Pfarrerinnen und Pfarrern aus der reformierten Kirche Schweiz unter dem Label "Christians for Diversity".

Die Zürcher Landeskirche hat sich bereits 1999 für die Gleichwertigkeit homosexueller Liebesbeziehungen ausgesprochen und in der Folge Segnungsfeiern für gleichgeschlechtliche Paare versuchsweise eingeführt, im Jahr 2009 dann definitiv als "Segnungsfeiern in besonderen Lebenslagen" (Kirchenordnung Art. 63).

Bereits 2002 setzte sich der damalige Ratspräsident des SEK, Pfr. Thomas Wipf, am "Christopher Street Day" in Zürich für die Einführung der eingetragenen Partnerschaft ein.

Am 18.6.2019 folgte die Abgeordnetenversammlung des SEK (AV) einstimmig mit 59:0 Stimmen bei 1 Enthaltung meinem Antrag, der mit dem Antrag des Rates SEK im ersten Punkt übereinstimmt, und erklärt: *"Wir sind von Gott gewollt, wie wir geschaffen sind. Unsere sexuelle Orientierung können wir uns nicht aussuchen. Wir nehmen sie als Ausdruck geschöpflicher Fülle wahr."* Mit der Anerkennung der Gleichwertigkeit der sexuellen Orientierung durch die AV des SEK gemäss meinem Antrag, ist die Basis dafür gelegt, dass die Ehe auch gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht werden soll.

Als Präsident des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und Antragsteller in der AV SEK sehe ich mich deshalb dazu legitimiert, eine Vernehmlassungsstellungnahme abzugeben.

1. Grundsätzliches: Ehe für alle ausdrücklich erwünscht

Als erstes spreche ich mich klar für die Möglichkeit der "Ehe für alle" aus. Im Verständnis der Reformation ist die Ehe ein "weltlich Ding" (Luther). Auf Zwinglis Betreiben hat der Zürcher Rat die Möglichkeit der gleichberechtigten Ehescheidung durch beide Partner eingeführt. Ehe wird damit von ihrer hyperdogmatisierten Definition gelöst, und es wird anerkannt, dass das Eheverständnis nicht zum Kerngut des Glaubens gehört. Wer eine ganz bestimmte Ehedefinition als die einzige biblisch-christliche bezeichnet, verwechselt etwa die bürgerliche Ehe des 19./20.Jahrhunderts mit dem Glauben. Biblisch ist die Ehe wandelbar, und niemand käme mehr auf die Idee, die Frau als Besitz des Mannes zu verstehen oder "Vielweiberei" zu erlauben wie noch zu biblischen Zeiten. Die Kirche kann dem Staat die konkrete Ehedefinition zum Schutz der Paare und der Kinder überlassen, möchte ihn dabei allerdings von ihrem Selbstverständnis her daran erinnern, dass die Ehe eben diesem Schutz dienen soll. Freilich soll die Kirche dann allerdings auch selber entscheiden dürfen, ob sie diese Definition für ihre eigenen Segenshandlungen anerkennt. Für die reformierte Kirche, die Ehe auch jetzt schon nicht als Sakrament, sondern die Trauung so oder so als Segens- und Fürbittehandlung definiert, bestehen keine grundsätzlichen Hindernisse zur Anerkennung der Ehe für alle auch als Voraussetzung für eine kirchliche Trauung. Da aber aufgrund des ZGB die Voraussetzung für eine kirchliche Trauung ja eine Ziviltrauung ist, ist die Öffnung der Ehe für alle nicht nur zu akzeptieren, sondern ausdrücklich erwünscht, damit die reformierte Kirche überhaupt erst eine entsprechende Entscheidung für sich selber treffen kann.

2. Ehe für alle schon jetzt

Das Ziel der Ehe für alle ist es, die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegenüber verschiedengeschlechtlichen Paaren aufzuheben. Denn diese Ungleichbehandlung ist nicht sachlich begründbar und daher aufgrund des Gebots der Gleichbehandlung und des Verbots der Diskriminierung nicht zulässig. Auch die neue Verfassung der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz EKS (Nachfolgeorganisation des SEK), die beschlossen ist und per 1.1.2020 in Kraft treten wird, enthält in §10 ein umfassendes "Diskriminierungsverbot". Wenn also insbesondere auch die sexuelle Orientierung als "Ausdruck geschöpflicher Fülle" anerkannt wird, so hat sie Teil an der Gleichwertigkeit von Liebesbeziehungen und am Schöpfungsauftrag, der insbesondere an Menschenpaare ergeht (Genesis 1,27-28). Die Gleichwertigkeit der Liebesbeziehung besteht aus evangelischer Sicht zwar zunächst unabhängig von der Möglichkeit oder gar Pflicht zur Fortpflanzung. Sie kann und muss aber auch die Möglichkeit, Kinder zu haben, in ein evangelisches Eheverständnis einbeziehen. Ein naturrechtlich (missverständlich als "schöpfungstheologisch" bezeichnet) argumentierendes Eheverständnis etwa von konservativen christlichen Kreisen, das allein "natürliche" Fortpflanzung als für eine Ehe konstitutiv und erlaubt anerkannt, steht daher einem Eheverständnis entgegen, das auch andere Formen schützt und ermöglicht und sich am Schöpfungsgedanken orientiert. In der Konsequenz wären bei ersterem auch kinderlose Paare nicht wirklich ehefähig, wie das heute noch Teil etwa des katholischen Eheverständnisses ist. Das ist aus reformierter Sicht absurd und weder evangelisch noch seelsorglich haltbar. Nicht eine scheinbar "natürliche Ehe zwischen Mann und Frau" muss geschützt werden, vielmehr muss die weltliche Institution der Ehe verbindliche Beziehungen und die allenfalls daraus entstehenden und/oder darin lebenden Kinder schützen. Daher ist es ausdrücklich auch im Sinne des Kindswohls, wenn Ehe für alle ermöglicht wird, und sowohl der Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption als auch der Zugang von gleichgeschlechtlichen Frauenpaaren zur Samenspende gewährt wird.

3. Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption und zur Fortpflanzungsmedizin

Aus meiner Sicht steht das Kindswohl im Zentrum, weshalb ich mich dafür spreche, dass die Kinderbeziehungen rechtlich abgesichert sind. Daher sollen alle Paare, gleich- wie verschiedengeschlechtlich, Zugang zum Stiefkind- sowie zum Voll-Adoptionsverfahren haben. Wichtig ist mir auch hier, dass das Paar die Rechte und Pflichten gegenüber dem Kind rechtlich abgesichert hat.

Ich unterstütze folglich auch die Variante der Kommissionsminderheit, die den Zugang zum fort- pflanzungsmedizinischen Verfahren der Insemination mit gespendeten Samenzellen für weibliche Ehepaare durch eine Änderung im ZGB ermöglicht. Da die schweizerische Gesetzgebung ja so oder so dem erwachsenen Menschen den Zugang zum Wissen über seine genetische Herkunft gewährt, ist auch dadurch das Kindeswohl gewahrt, wenn rechtlich die genetisch nicht bestehende Elternschaft der einen Partnerin als rechtliche Elternschaft automatisch besteht (ehemals "Vaterschaftsvermutung").

Ich teile allerdings nicht die Einsicht der Mehrheit der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats, wonach eine Erweiterung des Zugangs zur Samenspende für einander verheiratete Frauen zu einer Ungleichbehandlung zwischen weiblichen und männlichen gleichgeschlechtlichen Ehepaaren führen würde. Denn das Verbot der Leihmutterchaft gilt für alle Paare in der Schweiz und besteht aufgrund von Bedenken gegenüber der Leihmutterchaft. Während die in der Schweiz erlaubte Methode der Insemination mit gespendeten Samenzellen für bestimmte Ehepaare verboten sein, wäre dies klar eine Diskriminierung. Eine solche Diskriminierung könnte nur dann umgangen werden, wenn die Insemination mit gespendeten Samenzellen für alle Paare in der Schweiz verboten werden würde. Dies sehe ich jedoch nicht als abschenswert an. Weiter gehe ich selbstverständlich davon aus, dass zwei Männer genau gleich gute Eltern wie zwei Frauen (oder Mann/Frau) sein können. Die Argumentation der Kommission, dass auch bei gleichgeschlechtlichen Eltern längst nicht mehr dieselbe gesellschaftliche Akzeptanzproblematik besteht wie noch zur Zeit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft, teile ich voll und ganz. Auch deshalb ist der generelle Zugang zur Fortpflanzungsmedizin, wie er für alle Paare besteht, zu gewähren.

4. Weitere Anpassungen

Ich befürworte die automatische Erweiterung des Anwendungsbereichs aller weiteren Bestimmungen des Eherechts (Ehescheidung und Ehetrennung, Wirkungen der Ehe im Allgemeinen sowie Gütrecht) auf gleichgeschlechtliche Paare. Zudem stimme ich der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe zu.

Weiter befürchte ich die bereits 2016 im Nationalrat angenommene Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren, welche jedoch aufgrund der Umsetzung der Initiative (13.468) zur Ehe für alle sistiert wurde. Daher begrüsse ich den Entscheid der Kommission, bei der Ehe für alle auf eine Unterscheidung zwischen gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren bezüglich Einbürgerungsverfahren zu verzichten.

Dass viele weitere Anpassungen auf dem Weg der jeweiligen Gesetzgebung erst später erfolgen sollen, halte ich im Interesse einer raschen Einführung der Ehe für alle für politisch einleuchtend. Es ist Zeit für die Ehe für alle.

Aufgrund der oben ausgetragenen Gründe spreche ich mich für diese Vorlage inklusive der Variante aus. Ich bedanke mich für den Einbezug meiner Überlegungen in die weitere Arbeit der Kommission zuhanden des Parlaments.

Freundliche Grüsse



Michel Müller, Pfr.
Kirchenratspräsident

Kommission für Rechtsfragen RK-N
3003 Bern

Stiftung Zukunft CH

Stiftungssitz:
Dorfstrasse 21, Engelberg

Adresse Büro:
Zürcherstrasse 123
CH-8406 Winterthur

Telefon: +41 (0) 52 268 65 00
Fax: +41 (0) 52 268 65 09

Internet: www.zukunft-ch.ch
E-Mail: info@zukunft-ch.ch

Spendenkonto:
Postcheck 85-465565-8

Winterthur, 20. Juni 2019

Vernehmlassungsantwort der Stiftung Zukunft CH zur „Ehe für alle“

Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zur parlamentarischen Initiative „Ehe für alle“ Stellung nehmen zu können.

Die Stiftung Zukunft CH lehnt sowohl die Kernvorlage wie die Variante bezüglich des Zugangs lesbischer „Ehe“-Paare zur Samenspende dezidiert ab. Beide verstossen insbesondere gegen das Kindeswohl. Ferner erachten wir eine allfällige Einführung der „Ehe“ für gleichgeschlechtliche Paare ohne entsprechende Änderung der Verfassung aus demokratiepolitischen Gründen für inakzeptabel.

Folgende Überlegungen sind für unseren Standpunkt leitend:

Was ist die Ehe?

Die Ehe ist seit jeher und in allen Kulturen als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau verstanden worden, die das natürliche Potential hat, eigene Kinder zu haben und somit eine Familie zu gründen. Die Ehe in diesem Sinn ist Keimzelle und Pfeiler der Gesellschaft und somit Garant für den Fortbestand der Generationenfolge. Dieses Ideal zu verwässern, indem man andersartige Lebensgemeinschaften ebenfalls Ehe nennen und ihnen den gleichen institutionellen Schutz gewähren will, ist weder gesellschaftlich noch rechtlich ein Fortschritt, sondern das Einknicken vor einer egalitaristischen Ideologie. Es handelt sich bei der „Ehe für alle“ um einen Etikettenschwindel, ähnlich wie beim „Veggie-Cheese“, der nach einem Urteil des EU-Gerichtshofs (EuGH) von 2017 nicht als solcher angepriesen werden darf, weil es sich eben nicht um Käse handelt.¹

Ähnlich geht es bei der Ehe nicht bloss um einen historisch geprägten Begriff, der sich beliebig dem Wandel der Gesellschaft und aufkommenden Trends anzupassen und der Macht des Faktischen zu beugen hätte, sondern um die durch den Begriff „Ehe“ bezeichnete Realität selbst. Mit der Einführung der gleichgeschlechtlichen „Ehe“ würde sich unsere Rechtsordnung vom Realitätsprinzip verabschieden. Es würde damit der fundamentale Rechtsgrundsatz untergraben, wonach Gleiches gleich, Ungleiches aber ungleich zu behandeln ist.

¹ NZZ online, 14.06.2017, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/eugh-urteil-pflanzenkaese-darf-nicht-kaese-heissen-ld.1300815> [04.06.2019]

Gleichgeschlechtliche Paare können keine eigenen Kinder haben, weswegen es ihnen grundsätzlich nicht möglich ist, in gleicher Weise zu Stabilität und Fortbestand der Gesellschaft beizutragen wie Ehepaare. Daran kann sich nichts ändern, da hier die Natur selbst unterscheidet („diskriminiert“). Auch geht es nicht an, homosexuelle Paare mit kinderlosen Ehepaaren zu vergleichen. Denn die Kinderlosigkeit ist im ersten Fall prinzipiell (d.h. normal), im zweiten Fall aber die Folge einer freien Entscheidung oder einer körperlichen Dysfunktion. Die Kinderlosigkeit gleich- bzw. gegengeschlechtlicher Paare ist also von ganz anderer Qualität. Davon abgesehen leben auch kinderlose Ehepaare das unverzichtbare gesellschaftliche Ideal der auf Dauer ausgerichteten Lebensgemeinschaft von Mann und Frau, welche das Fundament der Gesellschaft bildet. Dieses Ideal gilt es für junge Leute sichtbar zu halten und auch begrifflich von anderen Formen des Zusammenlebens klar zu unterscheiden.

Die Ehe im herkömmlichen Sinn ist vorstaatlich. Sie ist in der Natur vorgegeben und kein bloses soziales Konstrukt. Der Gesetzgeber hat darum die Ehe zu schützen und ihren Wert und ihre Bedeutung nicht durch unsachliche Umdeutungen zu schmälern und zu untergraben.

Das Kindeswohl

Wir bedauern, dass die RK-N in ihrem Bericht dem Kindeswohl kaum Beachtung schenkt. Dieses wird scheinbar einzig in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Akzeptanz von homosexuellen Partnerschaften gesehen, die seit 2002 zweifellos zugenommen hat. Dass ein Kind, das mit zwei Männern oder zwei Frauen aufwächst, sich heute nicht mehr in dem Masse in einer statistischen „Ausnahmesituation“ befindet wie damals, trifft zwar zu. Dies sagt aber noch kaum etwas darüber, wie es diesen Kindern geht und wie sie sich bis ins Erwachsenenalter entwickeln werden.

Die intakte biologische Familie (verheiratete Eltern, die mit ihren leiblichen Kindern zusammenleben) ist, wie die Sozialforschung klar zeigt, der „Goldstandard“ für das Wohlergehen von Kindern.² Die Entbehrung eines oder beider biologischer Elternteile sowie partnerschaftliche Instabilität sind statistisch nachweisbare Risikofaktoren, die einen guten Entwicklungsverlauf gefährden. Auch der biologische Geschlechtsunterschied der Eltern spielt eine zentrale Rolle: Kaum etwas ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten vierzig Jahre so gut belegt wie die Tatsache, dass Mutter und Vater geschlechtsabhängig Verschiedenes und Komplementäres für die Entwicklung der Kinder leisten.³ Die führenden deutschen Bindungsforscher Klaus und Karin Grossmann sind der Auffassung: „Wir haben es (...) mit deutlichen Geschlechtsunterschieden im Einfluss der Eltern auf die Entwicklung ihrer Kinder zu tun. (...) Beide zusammen, Vater und Mutter, legen (...) erst die Grundlagen für psychische Sicherheit und ergänzen einander“.⁴ Dazu ergänzt der Psychiater Christian Spaemann: „Es gibt nicht mehr und nicht weniger als zwei Geschlechter, Mann und Frau. Das bedeutet, dass es hinsichtlich des Geschlechts auch nur zwei Arten von Kindern gibt: Mädchen und Jungen. Für ihre Identitätsentwicklung ist sowohl

² Forscher der Princeton University (2009) beispielsweise kamen in einer Langzeitstudie mit 20'000 Kindern zum Ergebnis, „dass es Kindern, die in einem Haushalt mit nur einem biologischen Elternteil aufwachsen, durchschnittlich schlechter geht als Kindern, die bei ihren beiden biologischen Eltern aufwachsen; und zwar unabhängig davon, ob der alleinerziehende Elternteil wieder eine Ehe eingeht.“ Es kommt also tatsächlich auf die Beziehung des Kindes zu seinen leiblichen Eltern an, und nicht bloss darauf, dass es zwei „Eltern“ hat. Mc Lanahan S, Sandefur G (2009), *Growing up with a single parent: What hurts, what helps*, Harvard University Press

³ Vgl. Vonholdt C R (2009), Das Kindeswohl nicht im Blick,
<https://www.dijg.de/homosexualitaet/adoptionsrecht/kindeswohl-nicht-im-blick-homosexuelle/>
[05.06.2019]

⁴ Grossmann K u. K (2001), Das eingeschränkte Leben, in: Gebauer K, Hüther G, Kinder brauchen Wurzeln, Düsseldorf, S. 60

das gleichgeschlechtliche als auch das gegengeschlechtliche Elternteil wichtig. Vater und Mutter bestätigen und fördern auf jeweils andere Weise ihre Jungen und ihre Mädchen.⁵

Gleichgeschlechtliche „Elternschaft“ widerspricht in jedem Fall dieser Idealsituation. Wer darum auf politischem Wege die Legalisierung gleichgeschlechtlicher „Elternschaft“ welcher Art auch immer (Adoptionsrecht, Samenspende, Eizellenspende, Leihmutterschaft...) fordert, trägt die Beweislast zu zeigen, dass das Kindeswohl dadurch keinen Schaden leidet. Dieser Beweis ist aber bis heute nicht erbracht worden.

Kursierende Studien, die behaupten, es gäbe für Kinder keine Unterschiede, ob sie bei ihren beiden leiblichen Eltern aufwachsen oder bei zwei Männern bzw. zwei Frauen (von denen maximal einer bzw. eine ein leibliches Elternteil ist), zeichnen sich durch gravierende methodische Mängel aus und können nicht belegen, was sie behaupten.⁶ Es gibt weltweit keine einzige wissenschaftlich belastbare, auf grossen Zufallsdatenbeständen beruhende Langzeitstudie, die belegen würde, dass sich Kindern bei gleichgeschlechtlichen Eltern gleich gut entwickeln wie bei ihren verheirateten biologischen Eltern. Anderseits gibt es ein paar wenige, aus nationalen Zufallsdatenbeständen beruhende Forschungsarbeiten neueren Datums⁷, die zeigen, dass es eben doch signifikante Unterschiede gibt, die sich bis ins Erwachsenenalter der betroffenen Kinder auswirken: z.B. bezüglich Inanspruchnahme von Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit, sexuellen Belästigungen, sexuell übertragbaren Krankheiten, Konsum von Suchtmitteln, Sicherheitsgefühl, psychische Gesundheit, Sexualverhalten, Liebesbeziehungen und Ausbildungserfolg.

Die homosexuell lebende Bevölkerung hebt sich statistisch hinsichtlich verschiedener Kriterien deutlich von der Allgemeinbevölkerung ab (z.B. betreffend psychische Gesundheit, Beziehungsstabilität, Trennungs- bzw. Scheidungsrate,⁸ Suizidalität, Sexualverhalten und sexuell übertragbare Krankheiten).⁹ Anzunehmen, dass sich diese Unterschiede nicht nachteilig auf Kinder auswirken, ist realitätsfremd.

Als Antwort auf die Frage der Öffnung des Adoptionsrechts müsste darum auch schon die pragmatische Überlegung genügen, dass es in der Schweiz keinen Notstand an adoptionswilligen Ehepaaren gibt. Bedarf, nach „zweitbesten“ Lösungen für Adoptivkindern zu suchen, besteht also nicht. Sachlich betrachtet müsste nach wie vor massgebend sein, was der Bundesrat 2002 in seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft schrieb: „Von der Natur vorgegeben ist, dass jedes Kind einen Vater und eine Mutter hat, die für die Entwicklung des Kindes ihre spezifische Bedeutung haben. Das Kindesrecht des Zivilgesetzbuches (...) versucht dementsprechend, jedem Kind auch

⁵ Spaemann C (2018), im Interview mit dem Magazin „Factum“, Nr. 4/2018

⁶ Marks L (2012), Same-sex parenting and children's out-comes: A closer examination of the American psychological association's brief on lesbian and gay parenting, Social Science Research, 41: 735-351. Die Kritik gravierender methodischer Mängel gilt auch für die einzige grössere Studie im deutschsprachigen Raum (Rupp et al. 2009), auf die sich der Bundesrat bei der Reform des Adoptionsrechts bezieht. Vgl. zur Kritik an dieser Studie Vonholdt (2009), a.a.O.

⁷ Regnerus M (2012), How different are the adult children of parents who have same-sex relationships? Findings from the New Family Structures Study, Social Science Research, 41: 752–770; Allen D W (2013), High school graduation rates among children of same-sex households, Review of Economics and Household, 11: 635–658; Sullins D P (2015), Emotional Problems among Children with Same-Sex Parents: Difference by Definition. British Journal of Education, Society & Behavioural Science, 7: 99–120

⁸ Daran ändert sich scheinbar auch nichts durch das Vorhandensein von Kindern in gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Vgl. Wiik K A et al. (2012), Divorce in norwegian same-sex marriages 1993-2001, Discussion Papers, Statistic Norway Research department, Nr. 723, <https://www.ssb.no/a/publikasjoner/pdf/DP/dp723.pdf> [10.06.2019]

⁹ Stiftung Zukunft CH (2016), Informationsblatt „Homosexualität aus wissenschaftlicher Sicht“, https://www.zukunft-ch.ch/wp-content/uploads/2016/05/Zukunft-CH-Infoblatt-Homosexualität_V-2.pdf [05.06.2019]

rechtlich einen Vater und eine Mutter zuzuordnen und damit der Polarität der Geschlechter Rechnung zu tragen.“

Gleichgeschlechtliche Paare zu reproduktionstechnischen Verfahren zuzulassen, widerspricht sogar in doppelter Weise dem Kindeswohl: 1. wird dem Kind die für seine Entwicklung ideale Doppelstruktur von Vater und Mutter vorenthalten. 2. wird dem Kind die schmerzhafte Trennung von mindestens einem Elternteil bewusst zugemutet. Es ist daran zu erinnern, mit welchen ernsthaften Schwierigkeiten Kinder, die durch Samenspende entstanden sind, auf ihrem Lebensweg konfrontiert sind.¹⁰ Nicht zuletzt muss man festhalten, dass im Grunde jede künstliche Fortpflanzung mit nicht elterlichen Ei- oder Samenzellen der UNO-Kinderrechtskonvention widerspricht.¹¹

Das Adoptionsrecht zu öffnen oder gar reproduktionstechnische Verfahren für gleichgeschlechtliche Paare zugänglich zu machen, käme somit einem ethisch unverantwortlichen Experimentieren mit dem Kindeswohl gleich.

Die Ehe in der Bundesverfassung

Die „Ehe für alle“ ohne Verfassungsänderung einzuführen, erachten wir als undemokratisch und verfassungsrechtlich hochproblematisch. Zwar widerspräche die sogenannte „Öffnung“ der Ehe nicht dem Wortlaut von Artikel 14 BV, da dort die Selbstverständlichkeit, dass nur ein Mann und eine Frau heiraten können, nicht explizit genannt wird, wohl aber dessen ursprünglicher Aussageabsicht, also dem Willen dem Verfassungsgebers selbst.

Wenn Schweizer Behörden und Gerichte nur einem Mann und einer Frau das Recht auf Ehe gewähren, wird dadurch der Wortlaut der Verfassung keineswegs diskriminierend eingeschränkt. In BGE 126 II 425, 430¹² hielt das Bundesgericht im Jahr 2000 in Auslegung von Artikel 14 BV ausdrücklich fest, dass „Ehe und Familie [...] aus biologischen Gründen immer noch und natürlicherweise in anderer Form zum Fortbestand der Gesellschaft bei[tragen] als die gleichgeschlechtliche Partnerschaft“. Zudem spricht das Bundesgericht in diesem Zusammenhang von der Ehe als auf Dauer angelegte umfassende Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau (vgl. auch BGE 119 II 264, 266)¹³.

In Beantwortung der Interpellation Thorens Goumaz (13.4254: CVP-Volksinitiative zur Besteuerung von Ehepaaren. Keine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren) stellte der Bundesrat 2013 hinsichtlich der von der CVP vorgeschlagenen Ehe-Definition als „auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau“ klar: „Die traditionelle Definition der Ehe ist nicht neu, sondern entspricht der geltenden Auslegung von Artikel 14 BV.“ Der Bundesrat habe schon in seiner Botschaft vom 20. November 1996 zur neuen Bundesverfassung festgehalten, dass das Recht auf Ehe entsprechend der historischen Auslegung von Artikel 54a BV und in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) die Verbindung zwischen Mann und Frau garantiere. Eine Ausweitung auf alle Formen des

¹⁰ Marquard E et al. (2010), Ma daddy's name is donor – A new study of young adults conceived through sperm donation, Institute for American Values, http://americanvalues.org/catalog/pdfs/Donor_FINAL.pdf [10.06.2019]

¹¹ Art. 7 (1) der UN-Erklärung über die Rechte des Kindes: „Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat (...) soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von Ihnen betreut zu werden.“ (https://www.unicef.ch/sites/default/files/2018-08/un-kinderrechtskonvention_de.pdf [10.06.2019]) Es versteht sich von selbst, dass mit „Eltern“ in diesem Zusammenhang die leiblichen Eltern (also ein Vater und eine Mutter) gemeint sind. Vgl. S. 9 unter: <https://www.unicef.org/rightsite/files/krkfurkindererklartdt.pdf> [10.06.2019].

¹² http://relevancy.bger.ch/php/clir/http/index.php?highlight_docid=atf%3A%2F%2F126-II-425%3Ade&lang=de&type=show_document&zoom=OUT [10.06.2019]

¹³ http://relevancy.bger.ch/php/clir/http/index.php?highlight_docid=atf%3A%2F%2F119-II-264%3Ade&lang=de&type=show_document [10.06.2019]

Zusammenlebens würde hingegen – wie der Bundesrat festhält – „dem Grundgedanken des Instituts Ehe widersprechen“. Die Landesregierung verweist zudem auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung. Dieser zufolge „umfasst der Ehebegriff die gleichgeschlechtlichen Paare nicht.“

In der bereits zitierten Botschaft, die für die Auslegung der heutigen Bundesverfassung relevant ist, schloss der Bundesrat nicht-heterosexuelle Verbindungen sogar explizit vom Institut der Ehe aus: „Es erstreckt sich weder auf Ehen zwischen Transsexuellen noch auf homosexuelle Ehen. (...) Das Institut der Ehe war stets auf die traditionellen Paare ausgerichtet.“ Damit ist klar: Wenn die RK-N die „Ehe für alle“ auf Gesetzesebene einführen will, widerspricht dies eindeutig dem ursprünglichen Willen des Verfassungsgebers. Auch der Bundes(zivil)gesetzgeber ist an diese Vorgaben gebunden und kann sich nicht einfach über den Willen des historischen Verfassungsgebers hinwegsetzen, ohne an den demokratischen und rechtstaatlichen Fundamenten unseres Landes zu rütteln. Die Definition der Ehe als „auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau“ ist integraler Bestandteil der Bundesverfassung. Eine Änderung dieser Definition ist darum politisch betrachtet zwingend an das Volks- und Ständemehr gebunden. Umso mehr, als es sich um eine umstrittene gesellschaftspolitische Entscheidung von weitreichender Bedeutung handelt.

Das Menschenrecht auf Ehe und Familie

Die gängige Interpretation von Artikel 14 BV befindet sich zudem in voller Übereinstimmung mit den entscheidenden internationalen Menschenrechtsverträgen und deren aktueller Auslegung.

Die Gerichtspraxis des EGMR widerlegt die unter Befürwortern der „Ehe für alle“ verbreitete Ansicht, wonach es sich beim Ausschluss gleichgeschlechtlicher Paare von der Ehe um einen Verstoss von Schweizer Gerichten und Behörden gegen Menschenrechte handelt. Im Sommer 2016 hat der EGMR im Fall Chapin & Charpentier gegen Frankreich festgehalten, dass gleichgeschlechtliche Paare gestützt auf Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) kein Menschenrecht auf gleichgeschlechtliche „Ehe“ geltend machen können. Es verstösse ferner nicht gegen den Diskriminierungs-Artikel 14 der EMRK, homosexuellen Paaren das Recht auf Eheschliessung zu verweigern. Der EGMR anerkennt zwar, wenn Mitgliedstaaten die gleichgeschlechtliche „Ehe“ einführen. Gleichzeitig hält der Strassburger Gerichtshof aber implizit an der geschlechtlichen Bipolarität einer Lebensgemeinschaft als notwendige Voraussetzung dafür fest, die Eheschliessung als Menschenrecht einklagen zu können.

Ebenso wie Artikel 12 EMRK, so definiert auch Artikel 16 der UNO-Menschenrechtskonvention („Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen.“) zwar nicht die Ehe. Allein aufgrund des Alters der Erklärung (1948) sowie der bis heute weltweit klar vorherrschenden Ablehnung der gleichgeschlechtlichen „Ehe“ (in lediglich 28 UNO-Mitgliedsländern ist sie erlaubt) kann eine Inanspruchnahme der UN-Menschenrechtserklärung für die Homo-Ehe jedoch ausgeschlossen werden. Sie würde der Aussageintention des Dokuments klar widersprechen.

Dass die Verfasser der UN-Menschenrechtskonvention ebenso wie des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (UNO-Pakt II, dem die Schweiz 1992 beitrat) bei der Ehe von einer Verbindung von Frau und Mann ausgingen, kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass beide Dokumente das Recht auf Eheschliessung in Verbindung mit dem Recht auf Familiengründung regeln. So heisst es in Artikel 23 UNO-Pakt II:

(1) Die Familie ist die natürliche Kernzelle der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

(2) Das Recht von Mann und Frau, im heiratsfähigen Alter eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, wird anerkannt.

Es liegt auf der Hand, dass kein relevanter internationaler Menschenrechtsvertrag dort, wo von der Ehe als Menschenrecht die Rede ist, gleichgeschlechtliche Paare miteinschliesst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Überlegungen.



Dominik Lusser
Leiter Fachbereich Werte und Gesellschaft



Beatrice Gall-Vollrath
Geschäftsführerin

Von: [Eva Kaderli](#)
An: [Gianinazzi Debora BJ](#)
Betreff: STN Zwischenraum Schweiz 20.06.2019 VNL Ehe für alle
Datum: Donnerstag, 20. Juni 2019 22:45:54

Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Zürich , 20.06.2019

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf «Ehe für alle» der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, zum Gesetzesvorentwurf zur Ehe für alle Stellung zu nehmen.

Zwischenraum Schweiz ist ein Verein mit knapp 100 Mitgliedern, die überzeugt sind, dass sich Glaube und Homosexualität nicht ausschliessen. Wir sind in Gesprächen mit verschiedenen Kirchen und Organisationen. Wir treffen uns zum persönlichen Austausch zweiwöchentlich an sieben Orten in der Schweiz. Die Pride in Zürich hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, sich am politischen Prozess zu beteiligen.

Seit 2007 ist es für gleichgeschlechtliche Paare möglich, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, doch bleibt ihnen eine Ehe noch immer verwehrt. Dies, obwohl eine klare und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung die Öffnung der Ehe unterstützt. Zwischen der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe bestehen gewichtige Differenzen: So gibt es Unterschiede beim Erwerb des Bürgerrechts, im Sozialversicherungsrecht oder beim Zugang zur Samenspende, um nur wenige Beispiele aufzuführen. Diese fussen auf keinen sachlichen Gründen, sondern lediglich auf einem traditionellen Verständnis von Ehe und Familie.

Die Bundesverfassung schreibt heute schon vor, dass eine Diskriminierung wegen der «Lebensform» oder des «Geschlechts» unzulässig ist (Art. 8 Abs. 2 BV). Da die Umschreibung «Lebensform» nach dem parlamentarischen Willen in erster Linie die sexuelle Orientierung bezeichnet, verstösst eine Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren gegen die Verfassung und muss entsprechend behoben werden.

Der Vergleich mit anderen Ländern sowie die verschiedenen Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren nicht mehr recht- und zeitgemäß ist.

Eine tatsächliche Gleichstellung wird jedoch nur erreicht, wenn gleichgeschlechtliche Paare eine Ehe mit sämtlichen Rechten und Pflichten eingehen können, und zwar genau so, wie sie auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offen steht. Hierfür bedarf es der Umsetzung inklusive der vorgeschlagenen Variante mit dem Zugang zur Samenspende.

Für gleichgeschlechtliche Paare mit Kinderwunsch ist die heutige Situation höchst unbefriedigend: Es gibt für sie keine Möglichkeit, legal ein gemeinsames Kind auf die Welt zu bringen. Mit der Öffnung der Ehe muss deshalb der Zugang zur Samenspende auch für verheiratete Frauenpaare ermöglicht werden, so wie er für verheiratete verschiedengeschlechtliche Paare seit vielen Jahren gewährleistet ist. Durch die vorgeschlagene Variante im Vorentwurf – welche wir unterstützen – wird zudem die originäre Elternschaft ermöglicht, was im Sinne des Kindeswohls zentral ist. Dadurch hat ein gemeinsames Kind eines Frauenpaars ab Geburt zwei rechtliche Elternteile und auf den zeitintensiven und teuren Umweg über die Stieffkindadoption kann verzichtet werden.

Das einfache Verfahren zur Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe begrüssen wir. Da jedoch viele Paare bereits bei der Eintragung ihrer Partnerschaft eine Ehe eingegangen wären, sofern dies möglich gewesen wäre, sollte eine kostenfreie Umwandlung ermöglicht werden.

Wie begrüssen den Gesetzesvorentwurf, weil er keine weiteren Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Paaren mehr zulässt und entsprechend auch den Zugang zum Adoptionsverfahren gewährleistet. Angesichts des Gebots der Gleichbehandlung (Art. 8 Abs. 2 BV) ist auch ein Ausschluss vom Zugang zur Samenspende für Frauenpaare nicht zu rechtfertigen, weshalb **zwingend die Variante mit Zugang zur Samenspende für Frauenpaare** umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Eva Kaderli / Roland Weber
Co PräsidiuM Zwischenraum Schweiz

eva kaderli*
hebamme*
affolternstrasse 139*
8050 zürich*
+41 78 765 04 03*